



## 10. Sitzung

Wiesbaden, den 4. Juni 2008

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	545	7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Aufhebung alt-kirchlicher Vorschriften</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	545	– Drucks. 17/245 – . . . . .	577
Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	545	<i>Nach erster Lesung dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	577
Axel Wintermeyer . . . . .	596, 613	Minister Jürgen Banzer . . . . .	577
Vizepräsident Hermann Schaus . . . . .	596	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	577
Vizepräsident Dieter Posch . . . . .	613		
<b>2. Regierungserklärung des zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragten Ministers der Justiz betreffend „Neue Wege finden – gemeinsam für Hessens Schulen“</b> . . . . .	545	8. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes</b>	
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> . . . . .	565	– Drucks. 17/247 – . . . . .	577
Minister Jürgen Banzer . . . . .	545	<i>Nach erster Lesung dem Rechtsausschuss, federführend, sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	581
Heike Habermann . . . . .	549	Ursula Hammann . . . . .	577
Dorothea Henzler . . . . .	552, 555, 556	Heike Hofmann . . . . .	578
Dr. Thomas Spies . . . . .	555	Margarete Ziegler-Raschdorf . . . . .	579
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	555	Leif Blum . . . . .	580
Hans-Jürgen Irmel . . . . .	559	Minister Jürgen Banzer . . . . .	580
Barbara Cárdenas . . . . .	562	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	581
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	565		
<b>21. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer und Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder in Hessen</b>		38. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Handeln für Hessen: Gute Arbeit braucht soziale Rahmenbedingungen</b>	
– Drucks. 17/143 – . . . . .	565	– Drucks. 17/257 – . . . . .	581
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	577	hierzu:	
Hermann Schaus . . . . .	565	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Reinhard Kahl . . . . .	567	– Drucks. 17/305 – . . . . .	581
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	568	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	596
Leif Blum . . . . .	570		
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	572	36. Entschließungsantrag der Abg. Fuhrmann, Schäfer-Gümbel, Eckhardt, Kühnholz, Merz, Roth, Dr. Spies, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend <b>Koch scheidet Beschäftigten und Unternehmen – Tariftreue und Fachkunde bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sichern</b>	
Florian Rentsch . . . . .	573	– Drucks. 17/254 – . . . . .	581
Clemens Reif . . . . .	574	<i>Angenommen</i> . . . . .	596
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	574	Andrea Ypsilanti . . . . .	581, 596
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	577	Petra Müller-Klepper . . . . .	583
		Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	585
6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Vereinfachung des Fundrechts</b>		Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	586
– Drucks. 17/242 – . . . . .	577	René Rock . . . . .	588
<i>Nach erster Lesung dem Rechtsausschuss überwiesen</i> . . . . .	577	Marjana Schott . . . . .	590, 594
Minister Jürgen Banzer . . . . .	577		
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	577		

	Seite		Seite
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	591	Tarek Al-Wazir . . . . .	611
Jürgen Lenders . . . . .	593	Dr. Ulrich Wilken . . . . .	613
Petra Fuhrmann . . . . .	593	Vizepräsident Dieter Posch . . . . .	613
Michael Boddenberg . . . . .	595		
Reinhard Kahl . . . . .	596	10. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz über die unterirdische Verlegung von Hoch- und Höchst- spannungsleitungen (Hessisches Erdkabelgesetz)</b>	
Vizepräsident Hermann Schaus . . . . .	596	– Drucks. 17/260 – . . . . .	613
		<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	613
25. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Forum Flughafen 2020 – das RDF braucht einen Nachfolger – Dialogfortsetzung ist notwendig</b>		Vizepräsident Dieter Posch . . . . .	613
– Drucks. 17/217 – . . . . .	597		
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur ab- schließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	613	27. Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend <b>Behandlung von Petitionen in der Sondersitzung des Petitionsausschusses am 31. Juli 2008</b>	
		– Drucks. 17/229 – . . . . .	613
23. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN betreffend <b>Intensivierung des Dialogs mit der Region rund um den Flughafen Frankfurt</b>		<i>Angenommen</i> . . . . .	613
– Drucks. 17/135 – . . . . .	597	Vizepräsident Dieter Posch . . . . .	613
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur ab- schließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	613		
Dieter Posch . . . . .	597	47. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitio- nen</b>	
Michael Boddenberg . . . . .	598, 604	– Drucks. 17/219 – . . . . .	614
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	600	<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> . . . . .	614
Jürgen Walter . . . . .	602, 605, 611	Vizepräsident Dieter Posch . . . . .	614
Florian Rentsch . . . . .	605		
Hermann Schaus . . . . .	606, 608		
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	607		
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	608, 612		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Erster Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsident Dieter Posch  
Vizepräsidentin Sarah Sorge  
Vizepräsident Hermann Schaus

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter  
des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Jürgen Banzer, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger, zugleich mit der Leitung des  
Ministeriums für Wissenschaft und Kunst beauftragt  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
Staatssekretär Klaus-Peter Güttler  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

(Beginn: 9.04 Uhr)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 10. Plenarsitzung in der 17. Legislaturperiode.

Zur Tagesordnung darf ich Ihnen Folgendes mitteilen: Erledigt sind die Punkte 1, 3, 15, 16, 65, 66 und 67.

Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Einrichtung eines unabhängigen Kompetenzzentrums Datenschutz, Drucks. 17/312. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 68 und kann nach Tagesordnungspunkt 48 aufgerufen und ohne Aussprache direkt abgestimmt werden. – Sie stimmen dem zu, dann können wir so verfahren.

Zum Ablauf der Sitzung darf ich Ihnen mitteilen, dass wir eine Mittagspause von zwei Stunden vereinbart haben. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 2, der Regierungserklärung des Herrn Staatsministers Banzer betreffend „Neue Wege finden – gemeinsam für Hessens Schulen“. Dann folgt Tagesordnungspunkt 21, Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer und Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder in Hessen, Drucks. 17/143. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 38.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass uns Herr Staatsminister Hoff ab 11.30 Uhr verlassen wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Von der Regierung ist noch überhaupt niemand da! Was ist denn da los?)

Heute Abend spielt die Mannschaft des Hessischen Landtags gegen eine Auswahl des Hessischen Rundfunks. Das Spiel findet in Taunusstein-Wehen statt. Wir wünschen der Fußballmannschaft Fortune und ein gutes Ergebnis. In jedem Falle wird es einen Sieger geben, nämlich den sozialen Zweck, der auch heute Abend im Mittelpunkt stehen wird.

Im Anschluss an die Plenarsitzung heute Abend tagt der Innenausschuss in Sitzungsraum 510 W. – So viel zu den Mitteilungen.

Wie angekündigt, kommen wir jetzt zu **Tagesordnungspunkt 2:**

**Regierungserklärung des zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragten Ministers der Justiz betreffend „Neue Wege finden – gemeinsam für Hessens Schulen“**

Als Redezeit sind 20 Minuten angedacht. Herr Banzer, bitte schön.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schule ist darauf angelegt, Schülerinnen und Schüler zu fördern. Ihre Hauptakteure – Eltern, Lehrer und Schüler – haben dieses Grundverständnis, wenn sie Schule gestalten.

Wenn wir über Schulpolitik streiten, diskutieren wir zuvorderst über den besten Weg für die Schüler. Deswegen

ist es meine Maxime als geschäftsführender Kultusminister, die Unterstützung der Schulen in diesem Kernauftrag in den Mittelpunkt meiner Arbeit zu rücken. Wenn ich auf die Vorschläge der Schulen, ihre positiven Erfahrungen und ihre Sorgen höre, ihnen die nötigen Ressourcen zur Verfügung stelle und ihnen Ruhe zur Gestaltung ihrer Arbeit und Raum zur Entwicklung gebe, setze ich die besten Voraussetzungen dafür, dass Bildungspolitik erfolgreich sein kann. Denn Schule kann man nur mit Schulen machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In meinen ersten 50 Tagen als geschäftsführender Kultusminister habe ich – wahrscheinlich mitunter zum Leidwesen der Mitarbeiter im Kultusministerium – nicht so sehr umfangreiche Vermerke studiert und dicke Akten gewälzt, sondern ich habe den Schulen zugehört und das Gespräch auf allen Ebenen gesucht: mit den Schulen insgesamt, mit deren Interessenvertretern, mehrmals mit dem Landeselternbeirat und der Landesschülervertretung sowie mit einer großen Zahl von Lehrerverbänden; davon gibt es im Schulbereich wirklich mehr als genug.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Ich wurde bestätigt: Schule weiß am besten, welches der richtige Weg für sie ist. Die Schulen sind bereit, neue Wege zu gehen und z. B. überall dort, wo es sinnvoll ist, G 8 zum Erfolg zu führen. Deswegen – und das wird auch in anderen bildungspolitischen Fragen meine Linie sein – will ich den Schulen möglichst großen Gestaltungsspielraum überlassen.

Deswegen möchte ich beim Thema Eigenverantwortung der Schule weiter vorankommen; und ich versuche, soweit das in einem laufenden Haushaltsjahr geht, den Schulen gerade bei schwierigen Herausforderungen zusätzliche Ressourcen zu geben und ihnen damit Rückenwind zu verschaffen. Wichtig bleibt, dass sie in Ruhe arbeiten können.

Schule, Pädagogik, Erziehung, das Reifen junger Menschen vertragen keine Hektik. Auch Streit wirkt in der Schule nicht produktiv. Der Wettlauf der Initiativen, den wir seit Beginn dieser Legislaturperiode erleben, wird in den Schulen nicht als Hilfe, sondern vielmehr mit Beunruhigung zur Kenntnis genommen. Dialog, Konsensorientierung, entspannte, unideologische Diskussionen und Unterstützung – das wird mein Stil im Umgang mit den Schulen sein. Dabei bleibt es das wichtigste Ziel: Keine Schülerin und kein Schüler darf zurückbleiben.

(Zunächst zögerlicher, dann lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wenn Sie beim Kernsatz meiner Regierungserklärung klatschen, habe ich es schon geschafft.

Weiterhin wollen wir, dass so gut wie jeder zweite hessische Schulabsolvent eine Hochschulzugangsberechtigung erwirbt. Wir wollen, dass die Zahl derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, weiter reduziert wird. Gerade auf diesem Feld wurde in den vergangenen Jahren an unseren Schulen hervorragende Arbeit geleistet. Von 2000 bis 2007 konnte der Anteil der schulentlassenen Hauptschüler ohne Abschluss von 22,9 % auf 10,5 % gesenkt und damit mehr als halbiert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich halte einen auf breiten Dialog ausgerichteten Kurs der Bildungspolitik nicht zuletzt deshalb für so wichtig, weil wir als Politiker im Hessischen Landtag – und nicht nur

die Landesregierung – in der gegenwärtigen Situation eine besondere Verantwortung haben und handeln müssen. Die Bürger erwarten von uns mehr denn je, dass wir mit Augenmaß handeln, Gräben überbrücken und zu einem vernünftigen Konsens finden, um eine stabile Entwicklung an hessischen Schulen in dieser Phase der Landespolitik sicherzustellen.

Klar ist für mich: Zu einem politisch verursachten Reformchaos darf es nicht kommen. Es hat keinen Sinn, wenn sich die Parteien Monat für Monat mit Gesetzen und Anträgen gegenseitig zu überflügeln suchen. Jeder parteipolitische Aktionismus ist hier fehl am Platze.

Ich sehe mich gegenüber den Lehrern, Eltern und Schülern in der Pflicht, alles dafür zu tun, dass auch in dieser Phase einer geschäftsführenden Landesregierung die Entwicklung unserer Schulen in vernünftigen Bahnen vorangehen kann.

Mein Eindruck ist: Die Schulen sind derzeit sehr dankbar dafür, dass die Schuldebatte konstruktiver geworden ist. Sie sehen es als positiv an, wenn die Bildungspolitik einen sachlichen Dialog mit ihnen und über sie führt. Natürlich sind nicht alle Positionen miteinander vereinbar. Es gibt natürlicherweise weiterhin politische Streitigkeiten, diese sollte es auch geben. Es ist jedoch unsere Aufgabe, diese Auseinandersetzungen in solche Bahnen zu lenken, dass für die Schulen am Ende Gutes herauskommt.

Wie dies funktionieren kann, lässt sich am Beispiel der G-8-Diskussion aufzeigen. Ich habe in der vergangenen Woche ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgestellt, das zum Ziel hat, die an den Schulen entstandenen Belastungen nachhaltig zu reduzieren. Im Vorfeld der Veröffentlichung sowie danach habe ich mit vielen Vertretern der Schulen, der Verbände sowie der Politik intensive Gespräche über die einzelnen Punkte geführt. Dabei habe ich auch deutlich machen wollen: Dieses Paket ist nicht in Stein gemeißelt, sondern auch kurzfristig für Modifikationen offen.

Es hat besonders bei den drei Regionalversammlungen – mit allen Schulleitern der Gymnasien und Gesamtschulen – verschiedene Anregungen gegeben. Dies betrifft etwa die Frage, ob wir die verbindliche Regelung, bei Pflichtunterricht am Nachmittag auf Hausaufgaben für den nächsten Tag zu verzichten, in die Hände der Schulgemeinde geben oder ob wir das auf dem Weg der Verordnung verankern. Wir haben uns für den Weg über die Schulgemeinde entschieden. Es gibt an den angesprochenen Tagen grundsätzlich keine Hausaufgaben – das entspricht der Regel. Die Schulen können aber in ihren Gremien Ausnahmen beschließen. Damit wird auch diese Frage von den Schulen entschieden.

Vor der Veröffentlichung des Pakets habe ich mit den bildungspolitischen Sprechern der Fraktionen gesprochen. Ich habe insbesondere mit dem Landeselternbeirat sowie anderen Interessenvertretern Kontakt aufgenommen, um frühzeitig über diese Vorschläge zu informieren. Natürlich sind in die Überlegungen auch Vorschläge aufgrund aktueller Diskussionen im Landtag sowie im Kulturpolitischen Ausschuss eingeflossen. Ich habe auf diesem Wege versucht, in den meisten Punkten einen breiten Konsens herzustellen. Die überwiegend zustimmenden Reaktionen bestätigen, dass dies im Großen und Ganzen auch gelungen ist.

Ich kann daher gut damit leben, wenn sich nun sowohl die FDP als auch die GRÜNEN die Urheberschaft von manchen Punkten zuschreiben. Ich erhebe durchaus nicht den

Anspruch, mit diesem Maßnahmenpaket das Rad neu erfunden zu haben. Die Reaktionen der Parteien auf das Maßnahmenpaket haben insgesamt gezeigt, dass sich bei der G-8-Diskussion die Wogen merklich glätten, dass die überhitzten Gemüter abkühlen und die G-8-Debatte deutlich konstruktiver geworden ist. Das ist erfreulich, und dafür bedanke ich mich. Es wurde deutlich, dass die Mehrheit des Landtags – auch das ist sehr wichtig – grundsätzlich hinter G 8 steht. Lediglich die Linkspartei steht in diesem Zusammenhang noch völlig im Abseits.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bin natürlich etwas enttäuscht, wenn ich sehe, dass in der vergangenen Woche die GRÜNEN auf einmal gemeinsam mit der SPD einen Antrag in den Kulturpolitischen Ausschuss eingebracht haben, der den erreichten Konsens wieder infrage stellt. Ich kann angesichts dessen lediglich an die GRÜNEN und die SPD appellieren: Lassen Sie dieses politische Geplänkel. Reißen Sie nicht schon wieder neue Baustellen auf. Geben Sie den Schulen erst einmal die Möglichkeit, sich mit dem Maßnahmenpaket zu befassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Genau dies stimmt nach meinem Eindruck mit der Stimmungslage in den Schulen, in den Verbänden und bei den Eltern überein. Eine Mehrheit sieht grundsätzlich die Notwendigkeit und den Sinn einer Schulzeitverkürzung – allerdings werden deutliche Verbesserungen des G-8-Konzepts erwartet. Es wird unter anderem eine Möglichkeit gefordert, das Abitur wahlweise auch in neun Jahren erreichen zu können; und es wird nicht zuletzt gefordert, mehr Zeit und Ruhe für die Schulen zu schaffen, um Neuerungen vernünftig umsetzen zu können.

Ich möchte die Gelegenheit der heutigen Regierungserklärung dazu nutzen, das Maßnahmenpaket noch einmal im Landtag anzusprechen – nicht alle Punkte im Einzelnen, da sie Ihnen wahrscheinlich bekannt sind, sondern ich möchte nur einige Aspekte ansprechen, die im Laufe der vergangenen Woche besonders diskutiert wurden.

Mit großem Nachdruck wurde in den vergangenen Monaten von vielen Seiten eine erneute Überarbeitung der Lehrpläne gefordert. Manch einer mag sich an dem dabei verwendeten Vokabular gestört haben, denn es war von Entschlackung und Entrümpelung die Rede. Unsere bisherigen Lehrpläne enthalten natürlich keinerlei Gerümpel, das man achtlos auf den Sperrmüll werfen könnte. Es ist aber auch klar, dass eine Straffung immer ein Verzicht auf das eine oder andere Thema bedeutet. Das ist nun mal nicht zu vermeiden.

Ich möchte stattdessen ausdrücklich betonen: Im Vordergrund der Lehrplanüberarbeitung stand die verstärkte Ausrichtung auf die Vermittlung von Kern- und Methodenkompetenzen. Sie wurde so vorgenommen, dass weiterhin ein ausgewogenes Verhältnis von Wissens- und Kompetenzvermittlung sichergestellt ist und dass das bestehende, in den Landesprüfungen geforderte und gesicherte Niveau keinerlei Einbußen erfährt. Unser Bildungsverständnis bleibt also unangetastet. Wir erleben hier nicht den Untergang des Abendlandes.

Wir haben im Vorfeld der Überarbeitung die Lehrerkollegien um ihre Mitarbeit gebeten, um möglichst viele Erfahrungen aus der Praxis einbeziehen zu können. Diese Möglichkeit wurde in beachtlichem Maße – das sagt ebenfalls etwas über den Wunsch der Schulen aus, die Lehrpläne zu straffen – von vielen Schulen genutzt. Beim Kul-

tusministerium sind – angesichts von rund 260 G-8-Schulen – über 500 Rückmeldungen aus mehr als 100 Schulen eingegangen. Ich möchte an dieser Stelle allen Kollegien sowie Fachkonferenzen, die Vorschläge erarbeitet haben, für ihre Mitarbeit herzlich danken. Die Vertreter des Landeselternbeirats haben zudem zugesagt – es ist eine wichtige Voraussetzung, dass wir diesen ehrgeizigen Zeitplan einhalten –, sich in ihrem Gremium dafür einzusetzen, dass die Vorschläge noch vor den Sommerferien behandelt werden, um sicherzustellen, dass sie im kommenden Schuljahr in Kraft treten können. Ich bin gerade dem Landeselternbeirat als einem von ehrenamtlichen Mitgliedern getragenen Gremium ausgesprochen dankbar dafür, dass es sich dieser zusätzlichen Belastung stellt und mit-hilft, G 8 zu verbessern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben natürlich die Tatsache vor Augen, dass es sich bei den überarbeiteten Lehrplänen lediglich um Übergangslösungen handeln kann, weil die Bildungsstandards und die Kerncurricula für die Sekundarstufe I längst in Arbeit sind. Die überarbeiteten Lehrpläne können durch ihre Ausrichtung auf die Kern- und Methodenkompetenz als ein Zwischenschritt zu den künftigen Bildungsstandards und Kerncurricula verstanden werden, die vom Schuljahr 2010/2011 an die Lehrpläne ablösen sollen.

Die Stundentafel für den verkürzten gymnasialen Bildungsgang wurde ebenfalls überarbeitet. Hierbei stand die Zielsetzung im Vordergrund, den Schulen größere Gestaltungsspielräume sowohl für den Vormittags- als auch für den Nachmittagsunterricht zu geben. Wir wollten mehr Möglichkeiten zur Entlastung für die G-8-Klassen bieten sowie zugleich mehr Möglichkeiten für die individuelle Förderung einräumen.

Wir nutzen auf diese Weise die Freiräume, die ein von Hessen initiiertes Beschluss der Kultusministerkonferenz zur Flexibilisierung der Stundentafel eröffnet hat. Die neue Stundentafel sieht vor, dass die Stundenzahl in der Mittelstufe reduziert wird und dass dafür einige Stunden in die Oberstufe geschoben werden, wo die Schülerinnen und Schüler vom Alter her stärker belastbar sind. Ich bin gern bereit, über die Einzelheiten der künftigen Gestaltung der Oberstufe im Rahmen der Vorgaben der Kultusministerkonferenz zu diskutieren, wie dies vom Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer, der GEW gefordert wurde. Dies sollte dann der nächste Schritt sein.

Eine ganz entscheidende Neuerung ist zudem, dass der bisherige Wahlpflichtunterricht in Wahlunterricht umgewandelt wird. Die für den Wahlunterricht zur Verfügung stehenden vier bis sechs Stunden können nun in den Jahrgangsstufen 5 bis 9 frei eingesetzt werden. Sie fallen aber nicht weg. Im Ergebnis müssen nach wie vor 265 Stunden bis zum Abitur absolviert werden. Diese vier bis sechs Stunden sind aber freier einsetzbar. Die Schulen können diese Stunden etwa in besonderem Maße zur individuellen Förderung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler nutzen, z. B. in den Fremdsprachen oder zur Vorbereitung auf den Übergang in die Oberstufe.

Man könnte nun einwenden – das geschah auch in den Regionalkonferenzen –, dies gehe zulasten der dritten Fremdsprache. Aber auch hier haben die Schulen Gestaltungsfreiheit. Sie können alternativ die dritte Fremdsprache als freiwilliges Angebot vorsehen. Schulen mit einem besonderen sprachlichen Profil können zudem die neu geschaffenen, ausgebauten Möglichkeiten des bilingualen Unterrichts nutzen. Ich glaube, gerade die Möglichkeit, in

einem der anderen Fächer in einer Fremdsprache zu unterrichten, gibt weitere Potenziale, die dann für die Fremdsprache nicht mehr benötigten Fachstunden möglicherweise in die dritte Fremdsprache zu investieren. Ich glaube, dass das ein ganz innovatives Konzept ist und eine echte Chance für die Schulen, besonderes Profil zu gewinnen.

Ganz unabhängig von der G-8-Diskussion ist die neue Stundentafel eine wichtige und zukunftsweisende Neuerung im hessischen Schulwesen. Sie ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu mehr schulischer Eigenverantwortung. Die mit der neuen Stundentafel verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten können nicht nur die Entlastung bei G 8 fördern, sondern sie sind darüber hinaus geeignet, die Schulen qualitativ ein gutes Stück voranzubringen. Genau das ist das Ziel von mehr schulischer Eigenverantwortung. Schulische Eigenverantwortung darf hingegen kein Selbstzweck sein und nicht zur Beliebigkeit führen. Schulen haben ganz unterschiedliche Situationen zu bewältigen. Die einen haben beispielsweise viele Fahrschüler, andere eine eher städtische Klientel. Zudem sind die räumlichen Voraussetzungen verschieden und damit die Möglichkeiten zur Gestaltung von Nachmittagsunterricht. Schulen müssen auf diese unterschiedlichen Voraussetzungen individuell reagieren können. Diese Möglichkeit räumen wir jetzt ein. Wesentlich ist aber, dass die Eltern an den dazu notwendigen Entscheidungen, insbesondere an der Gestaltung des Nachmittags unmittelbar beteiligt werden.

Ich habe in den vergangenen Wochen mehrfach klargestellt, dass ich die Auffassung teile, dass die Umsetzung der Schulzeitverkürzung mit dem Ausbau von Ganztagsangeboten einhergehen müsse. Auf diesem Feld wurde in den vergangenen Jahren viel getan. Im neuen Schuljahr werden insgesamt 528 und nach Verwirklichung meines Vorschlages sogar 593 Schulen in Hessen am Ganztagsprogramm der Landesregierung teilnehmen. Das sind fast viermal so viele wie vor zehn Jahren. Das ist noch lange nicht genug, aber ein guter Ausgangspunkt für die weitere Ausweitung in den kommenden Jahren.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Dorothea Henzler (FDP))

Die weitaus meisten G-8-Schulen verfügen mittlerweile über solche Angebote. Viele sind im Ganztagsprogramm der Landesregierung. Andere konnten durch IZBB-Mittel gefördert werden. 65 Schulen verfügen aber bisher noch über kein Essens- und Betreuungsangebot. Mit Beginn des Schuljahres 2008/2009 soll daher auch diesen Schulen die Möglichkeit gegeben werden, eine pädagogische Mittagsbetreuung anzubieten. Mein Signal ist also: Wo G 8 angeboten wird, soll es künftig auch mindestens eine pädagogische Mittagsbetreuung geben. Dies wurde von den Schulleiterinnen und Schulleitern auf der Regionalversammlung sehr begrüßt.

Ich bin mir bewusst, dass eine Mittagsbetreuung nur dort umsetzbar ist, wo die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass im Haushalt 2007 und im Haushalt 2008 jeweils 100 Millionen € zusätzlich vorgesehen sind bzw. zur Unterstützung der Schulträger beim Mensabau an G-8-Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Ein allseits bekannter Kritikpunkt war und ist: Die Klassen sind zu groß. – Das macht sich gerade unter den Bedingungen der Schulzeitverkürzung bemerkbar, zumal angesichts der enormen Beliebtheit der Gymnasien die

großen Klassen auch in den kommenden Schuljahren weiterhin die Regel sein werden.

An dieser Stelle wollen wir als Landesregierung ein klares Signal setzen. Wir wollen kleinere Klassen, und zwar in allen Schulformen. Diesen Weg haben wir an den Hauptschulen bereits mit den SchuB-Klassen eingeschlagen. Nun setzen wir ihn an den G-8-Schulen fort. Wenngleich an vielen Schulen die Klassen für das neue Schuljahr bereits gebildet und mit den räumlichen Gegebenheiten abgestimmt worden sind, möchte ich zusagen: Spätestens im kommenden Jahr werden die Klassen kleiner. Schon jetzt erhalten die Schulen aber die erhöhte Lehrerzuweisung, unabhängig davon, ob sie zugleich kleinere Klassen bilden. Sie können diese Sonderzuweisung für Förder- und Differenzierungsangebote nutzen. Ich glaube, das ist in jedem Fall ein Gewinn.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin mir sehr bewusst, dass die Verringerung der Klassengrößen weiterhin ein Thema bleiben wird. Andere Schulformen haben ebenfalls diesen Wunsch. Sicherlich müssen in Zukunft weitere Schritte folgen. Wir werden zu prüfen haben, in welchem Zeitrahmen und mit welchen Mitteln dies umsetzbar wäre. Natürlich ist und bleibt dies letztlich eine Frage der finanziellen Prioritätensetzung. Leider sind nicht alle wünschenswerten Dinge im Bildungswesen auf einmal umsetzbar, weder in Hessen noch anderswo.

Im Landtag wurde die Wahlmöglichkeit der kooperativen Gesamtschulen zwischen G 8 und G 9 beschlossen. Ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen: Die Schule, die das zum kommenden Schuljahr durchführen will, ist eingeladen, dies zu tun. Aber das ist keine Tür, die sich schließt, sondern die Schulen, die diese neuen Maßnahmen zu G 8 in Ruhe ausprobieren wollen, die diese Entscheidung in Ruhe mit ihren schulischen Gremien diskutieren wollen, können diesen Wechsel auch zum darauffolgenden Schuljahr beschließen. Da das Gesetz an dieser Stelle nicht befristet ist, ist dies sogar in den weiteren Jahren möglich. Es gibt keinen Grund für Hektik. Es gibt keinen Grund, notwendige Diskussionen zu verkürzen.

Im Ergebnis wird es in Hessen über die integrierte Gesamtschule hinaus zwei unterschiedliche Wege zum gleichen Ziel der allgemeinen Hochschulreife geben. Da die Oberstufe gemäß der Vorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK) dreijährig zu organisieren ist, bleibt das Schulwesen zudem anschlussfähig – oder nach der neuen Formulierung des Schulgesetzes durchlässig – für all die Schülerinnen und Schüler, die die mittlere Reife an Haupt-, Real- oder beruflichen Schulen erwerben und auf das Gymnasium oder eine Gesamtschule wechseln wollen. Es bleibt zudem das Ziel auch der geschäftsführenden Landesregierung, das Thema „mittlere Reife nach neun Schuljahren an den G-8-Schulen“ erneut in der KMK zur Sprache zu bringen und eine gute Lösung dafür zu finden.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin insgesamt davon überzeugt, dass es mit diesem Maßnahmenpaket gelingen wird, die Schulzeitverkürzung in Zukunft zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu gestalten. Denn es handelt sich hier nicht um ein Herumdoktern an den G-8-Problemen, wie das eine Fraktion kritisiert hat. Die einzelnen Maßnahmen wurden in den vergangenen Wochen sorgsam ausgearbeitet. Praxiserfahrungen der Schulen wurden einbezogen. Vorschläge aus den Lehrerkollegien wurden eingeholt. Natürlich wurde es mit

Blick auf andere Bundesländer so organisiert, dass sie durchaus in der Lage sind, die Durchführung von G 8 zu verbessern.

Es wäre sicherlich wünschenswert, wenn wir nach der Lösung dieser Detailfragen dahin kommen könnten, in Zukunft weniger über das Ob und Wie von G 8 zu sprechen, sondern vielmehr darüber, welche Chancen Jugendliche aus dieser Verkürzung der Schulzeit haben. G 8 muss in Hessen der Regelfall auf dem Weg zum Abitur bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Das entspricht auch dem nationalen und internationalen Standard. G 8 bietet jungen Menschen ein Jahr mehr Zeit, um sich nach dem Abitur persönlich wie beruflich zu orientieren und zu entwickeln. Diese Chance sollten wir den jungen Leuten nicht nehmen.

Ich habe in den vergangenen Wochen viele Gespräche geführt. Diese Gespräche sollten nicht nur eine Einstiegshilfe in meine neue Aufgabe sein. Ich möchte diesen Dialog auch weiterhin fortsetzen. Ich möchte auf diese Weise eine Politik der offenen Türen ermöglichen, wie sie Ministerpräsident Roland Koch in seiner Regierungserklärung beschrieben hat.

Dies erscheint mir gerade in der Bildungspolitik wichtig. In Hessen wurde in der Vergangenheit oft geklagt, dass die Schulen nicht mehr zur Ruhe kämen, und dies nicht nur aufgrund zahlreicher unverzichtbarer Reformen, sondern auch wegen eines nicht enden wollenden politischen Streits. Die Zeit der politischen Schlammschlachten sollte nun vorbei sein. Damit verunsichert man nur Menschen, anstatt sie zu motivieren.

Aus meiner Sicht ist die Suche nach gemeinsamen Wegen gerade in dieser Übergangsphase geboten. Die hessischen Schulen müssen sich darauf verlassen können, dass die laufenden Projekte nahtlos weitergehen und notwendige neue Entwicklungen nicht gebremst oder gar blockiert werden. Diese Verlässlichkeit will ich den Schulen zusichern.

Wir haben viele Themen, über die wir gemeinsam diskutieren müssen und können, sei es die Lehrerbildung, die Entwicklung der Haupt- und Realschulen oder die Verbesserung der verlässlichen Schule. Klar ist auch, um all dies umzusetzen, brauchen wir in den kommenden Jahren mehr Personal: Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagogen, Psychologen usw.

Ich glaube, an keinem anderen Punkt sind wir uns partei- und fraktionsübergreifend so einig wie in diesem. Wir sind uns sicherlich aber auch darüber einig, dass dies nur schrittweise geht. Wir müssen uns alle aktiv um Lehrkräfte bemühen, gerade, aber nicht nur, in den Mangelfächern. Es ist derzeit erfreulich, zu beobachten, dass die Zahl der Anmeldungen zum Referendariat stark gestiegen ist. Ich möchte daher – das ist auch noch Gegenstand dieses Tagesordnungspunkts – auch die Zahl der Referendariatsplätze schon im kommenden Schuljahr gern erhöht sehen. Wenn wir die Chance haben, Referendare in Mangelfächern zu bekommen, sollten wir diese im Interesse der hessischen Schulen nutzen.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Staatsminister, ich erlaube mir den Hinweis, dass die Redezeit der Fraktion überschritten ist – als Orientierung.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt:**

Die Zukunft der hessischen Schulen hängt ganz entscheidend davon ab, ob es uns gelingt, qualifizierte und motivierte Lehrerinnen und Lehrer in ausreichender Zahl zu gewinnen. Sonst laufen alle Anstrengungen ins Leere. Ich habe mir vorgenommen, in den kommenden Wochen an diesem Punkt besonders zu arbeiten und verstärkt auf Studierende, auf Lehrkräfte, die derzeit nicht im Dienst sind, oder auch auf Interessenten für einen möglichen Quereinstieg zuzugehen. Die geplanten Veränderungen in der Gestaltung der BAT-Verträge sehe ich ebenfalls in diesem Zusammenhang. Ich bin dankbar für jeden Hinweis von Ihnen und von anderen Fachleuten, die mich darauf hinweisen, wie man noch weitere Lehrerinnen und Lehrer, Quereinsteiger beispielsweise, für unsere Schulen gewinnen kann.

Eines sollte uns nicht passieren: dass wir, weil wir so viele Lehrerinnen und Lehrer brauchen, Abstriche an den Qualitätsanforderungen machen müssten, nur damit wir Lehrer haben. Wir wollen auch gute und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer für unsere Schulen haben.

Meine Damen und Herren, wir haben nach meiner Überzeugung eine gute Ausgangsposition, um uns gemeinsam Gedanken darüber zu machen, wie diese Entwicklung durch neue Schritte positiv vorangebracht werden kann. Diese Chance sollten wir verantwortungsvoll nutzen und nicht politisch zerreden. Von meiner Seite bin ich bereit für offene, durchaus auch kontroverse Gespräche und für eine gemeinsame Suche nach neuen Wegen für Hessens Schulen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Banzer. – Ich darf die Aussprache eröffnen. Frau Habermann, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion. Es sind jetzt insgesamt 22 Minuten Redezeit für die Fraktionen möglich.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die Betonung liegt auf „möglich“!)

**Heike Habermann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Banzer, es darf nicht zu einem politisch verursachten Reformchaos kommen, stellen Sie in Ihrer Regierungserklärung fest. Ich stimme vollständig mit Ihnen überein, was diese Forderung betrifft.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Nur in einem Punkt würde ich sie verändern, und zwar im Tempus. Richtig ist, es durfte nicht zu einem politisch verursachten Reformchaos kommen. Genau das ist die Situation, mit der die Schulen in Hessen in den vergangenen neun Jahren konfrontiert wurden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Michael Boddenberg (CDU): Quatsch!)

Es gibt immer noch zu viele Baustellen, und zu viele Sackgassen durchziehen die hessische Bildungslandschaft. Viel zu viele Vorhaben sind zwar verkündet und beschlossen, es gab aber niemals die dringend notwendige Unterstützung für die Schulen, um diese auch zu realisieren.

(Michael Boddenberg (CDU): 600 Millionen € mehr, Frau Kollegin!)

Geblichen ist eine Fülle von Verordnungen, Erlassen, Zielvereinbarungen, Datenverarbeitungssystemen, die Schulen an ihren zentralen Aufgaben mehr hindern als fördern. Geblichen ist ein Schulgesetz, das ungeeignet ist, den Anspruch auf ein gutes und zukunftsfähiges Schulsystem zu erfüllen.

Deshalb ist es richtig, dass überstürzte Initiativen der falsche Weg sind, um das Reformchaos der Vergangenheit zu beseitigen. Genauso richtig aber ist es, dass den Schulen das Signal gegeben werden muss, dass sich etwas ändert und dass sich etwas ändern muss. Nichts anderes tut die SPD-Fraktion mit den Initiativen, die wir in den vergangenen Monaten auf den Weg gebracht haben. Wir haben gestern eine erste Änderung des Schulgesetzes verabschiedet, und die Unterrichtsgarantie plus wurde abgeschafft.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie wurde ersetzt durch ein Konzept für eine verlässliche Schule, das die Schulen nicht mehr dazu zwingt, ausfallenden Fachunterricht durch Nichtlehrkräfte vertreten lassen zu müssen.

Wir haben beschlossen, dass die Querversetzung in Klasse 7 ganz wegfällt und in Klasse 5 und 6 nur noch ausnahmsweise zugelassen wird. Das Regelinstrument der Querversetzung ist damit in den hessischen Schulen nicht mehr existent.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Wir haben die Richtwerte zur Klassenbildung abgeschafft, die nicht nur Schulstandorte gefährdet haben, sondern dazu geführt haben, dass Klassenhöchstgrenzen an allen Stellen in diesem Land ausgereizt worden sind.

Dies sind kleine Schritte, aber sie zeigen, wohin für uns der Weg in der Bildungspolitik gehen muss. Schule braucht die Freiheit, die Ressourcen und die Verantwortlichkeit, die besten Chancen für alle Schülerinnen und Schüler zu bieten. Nicht die Schülerinnen und Schüler müssen sich der Schule anpassen, sondern Schule muss Lern- und Lehrbedingungen bieten können, die an das einzelne Kind, an seine Begabungen, an seine persönliche Entwicklung und auch an sein Lerntempo angepasst werden können.

Meine Damen und Herren, unser größtes bildungspolitisches Defizit in Hessen ist weiterhin, dass viel zu viele Kinder zurückgelassen werden, aussortiert werden und scheitern. Herr Banzer, daran ändert auch in Ihrer G-8-lastigen Regierungserklärung nicht das erneute Beschwören der Hauptschulabschlussquote etwas. Es beantwortet nämlich nicht die Frage, wie viele dieser Hauptschüler auch nach erfolgreichem Abschluss keine Chance im Berufsleben haben.

Es beantwortet nicht die Frage, wie viele von ihnen ohne Friktionen und ohne Schulwechsel einen anderen Abschluss hätten erreichen können, wenn ihnen die Chance eines integrierten, auf individuelle Förderung setzenden Bildungsgangs geboten worden wäre. Denn längeres gemeinsames Lernen ist auch hier eine Antwort auf die Frage nach der Lösung dieser Probleme.

Es beantwortet auch nicht die Frage, warum die Zahl der Förderschüler, insbesondere in der Lern- und Erziehungshilfe, in den vergangenen Jahren massiv gestiegen ist.

Weil dies so ist und wir als Sozialdemokraten uns nicht damit abfinden, dass vorhandene Begabungen durch eine rückwärtsgewandte Bildungspolitik, die nicht die Kraft hat, aus den internationalen Vergleichsstudien die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, verschüttet werden, brauchen wir zunächst eine Orientierung an den kleinen Schritten. Wir brauchen den Willen, im Austausch mit Eltern, Lehrern und Schülern und unter Berücksichtigung ihrer Interessen als Land ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwickeln.

Herr Kultusminister, ich erinnere daran, dass das gültige Schulgesetz auf den 31.12.2009 befristet ist. Wann, wenn nicht jetzt, sollte ein transparentes Verfahren in Gang gesetzt werden, das die Betroffenen mitnimmt? Ist der vor Veränderungen warnende Zeigefinger wirklich angebracht, wenn man weiß, dass eines sicherlich nicht zur Debatte stehen kann – die korrekturlose Verlängerung des bestehenden Schulgesetzes? Ebenso wie Sie in den Schulen das Bedürfnis nach Ruhe für die pädagogische Arbeit erkennen, erkenne ich auch die Angst vor Stillstand, die Angst, dass alles so bleibt, wie es ist. Denn das ist nicht das, was Schulen und Eltern in Hessen wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Widerspruch gilt es aufzulösen durch erkennbare Dialogbereitschaft, aber auch durch das Aufzeigen von Perspektiven und Entschlossenheit zum Handeln. Es genügt eben auf Dauer nicht, zu moderieren und zuzuhören; es muss auch erkennbar sein, dass das Land Bildungspolitik gestalten will, sonst geraten Maßnahmen in Gefahr, beliebig zu werden. Nicht alle Entscheidungen sind unter dem Hinweis auf mehr Eigenverantwortung den Schulen zu überlassen. Die Entscheidung zwischen G 8 und G 9 ist eine, die mit Eigenverantwortung von Schule nichts zu tun hat. Sie muss letztlich von den politisch Verantwortlichen einheitlich gelöst werden.

Die SDP-Fraktion hat gestern trotzdem dem Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugestimmt. Wir haben dies getan, weil wir den kooperativen Gesamtschulen, die zur sechsjährigen Mittelstufe zurückkehren wollen, diese Möglichkeit nicht verwehren wollten. Sie können damit als Gesamtschulen auch wieder verstärkt Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen herstellen. Eine Lösung mit Perspektive ist dies für uns jedoch nicht, sondern allenfalls ein Zwischenschritt.

Das Paket, das Sie uns heute zur Diskussion vorlegen, ist ein Paket, das viele Komponenten enthält, die die Schulen in ihrer Arbeit unterstützen können. Herr Kultusminister, ich erkenne ausdrücklich an, dass Sie in den vergangenen Monaten Eltern und Schulen in der Tat gut zugehört haben. Sie haben nicht versucht, die Verantwortung für die Folgen von G 8 mit neuen Erlassen auf die Schulen abzuschieben, sondern sich ernsthaft bemüht, G 8 erträglich zu gestalten. Ich will auf die Vorschläge im Einzelnen eingehen.

Wir haben in den letzten Monaten oft über Lehrpläne debattiert. Die SPD hat die bestehenden Lehrpläne, und zwar in allen Schulformen, immer als aufgeblasen und überfrachtet kritisiert. Wir haben darauf gedrängt, die Diskussion um die Bildungsstandards zu nutzen, um Kerncurricula zu entwickeln.

Ein Offenbacher Schulleiter hat die bestehenden Lehrpläne in der Presse so charakterisiert – ich habe dies schon an vielen Stellen gehört und teile diese Auffassung –: Es bringe nichts, immer mehr in die Köpfe der Kinder hineinzupressen. Ziel müsse vielmehr sein, die Schüler zu befähigen, sich Sachen selbst anzueignen. Es gehe darum, das Lernen zu lernen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob ein bisschen Entschlackung dazu führt, dass die Schulen diesem Ziel näher kommen, halten wir weiterhin für fraglich. Als Übergangslösung bis zur Einführung der Bildungsstandards wird dies hoffentlich wenigstens dazu führen, dass der Druck auf die Kinder und Lehrkräfte etwas geringer wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kultusminister, wir haben uns gefreut, dass Sie unseren Vorschlag der Kontingenzstundentafeln, wenn auch modifiziert, aufgegriffen haben. Die SPD-Fraktion hat dies bereits in ihrem Antrag an das Parlament als Sofortmaßnahme für die Schülerinnen und Schüler beantragt, die jetzt mitten in G 8 stecken.

Im Übrigen halte ich Kontingenzstundentafeln nicht nur für eine Möglichkeit, das noch bestehende G-8-Modell zu entlasten. Im Sinne der Eigenverantwortung von Schulen ist es von Vorteil, wenn Schulen so über die Verteilung von Schwerpunkten und Inhalten bis zum Ende des jeweiligen Bildungsabschnitts entscheiden können, wie es für ihre Schüler von Vorteil ist. Die Kontingenzstundentafeln begrüßen wir deshalb ausdrücklich.

Mit größerer Skepsis sehen wir Ihre Initiative, allen Gymnasien zu Beginn des neuen Schuljahres die Mittel für eine pädagogische Mittagsbetreuung zur Verfügung zu stellen. Sie haben keine Aussage dazu gemacht, ob es hierfür Stellen geben wird oder ausschließlich Mittel. Festzuhalten bleibt auf jeden Fall, dass Schulen auch Lehrerstellen benötigen, um Ganztagsangebote zu entwickeln.

Herr Kultusminister, außerdem ist es nicht redlich, zu behaupten, dass eine pädagogische Mittagsbetreuung geeignet sei, G-8-Stress abzubauen. G 8 hat in den letzten Jahren an allen Gymnasien zu unzumutbaren Belastungen für die Kinder geführt, nicht nur an den 65 Schulen, die Sie jetzt mit dieser Maßnahme nachrüsten wollen.

(Beifall bei der SPD)

Den richtigen Weg hat hier Rheinland-Pfalz eingeschlagen, wo die Einführung der verkürzten Gymnasialzeit an das freiwillige Angebot einer gebundenen Ganztagschule geknüpft wurde. Es setzen also nur die Gymnasien die verkürzte Schulzeit um, die gleichzeitig auch zu gebundenen Ganztagschulen werden. Dies folgt der Erkenntnis, dass G 8 in einer um ein Mittagessen erweiterten Halbtagschule nur zulasten von Schülerinnen und Schülern umzusetzen ist. Aber diesen Weg schlagen Sie nicht ein, weil Sie wissen, dass nicht allen Gymnasien, denen in Hessen G 8 übergestülpt wurde, die notwendigen Stellenzuschläge von 15 bis 20 % zugesichert werden können. Deshalb ist dieser Vorschlag ein Placebo.

Herr Kultusminister, Sie werden gleichzeitig die Frage beantworten müssen, welche Anstrengungen diese geschäftsführende Landesregierung unternimmt, um endlich ein Ganztagschulprogramm aufzulegen, das allen Schulen die Wahl zwischen offener und gebundener Ganztagschule lässt.



(Beifall bei der SPD)

Wir werden nicht tolerieren, dass die Gymnasien bevorzugt werden müssen, um die Fehler von G 8 zu übertünchen. Die SPD will ein Ganztagsprogramm für alle Schulformen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ankündigung kleinerer Klassen hören wir gerne. Schließlich hat diese noch amtierende Landesregierung dafür gesorgt, dass die Ausnahme für die Klassengrößen zur Regel wurde. Die SPD erwartet, dass der 10-%-Zuschlag in allen Schulformen gestrichen wird, damit individuelle Förderung keine leere Floskel bleibt.

Herr Kultusminister, kleine Klassen in der Hauptschule können nicht das Alibi dafür sein, jetzt nur bei den Gymnasien etwas zu verändern.

Es bleibt anzumerken, dass entsprechende Anträge der Fraktionen für eine bessere Lehrerversorgung zum Schuljahresbeginn mit Sicherheit an Finanzierungsvorbehalten der Ministerien scheitern werden. Sie dagegen können locker ankündigen, neue Stellen für kleinere Klassen zur Verfügung zu stellen. Wir wollen auch wissen, ob die begrüßenswerte Unterstützung der Gymnasien zulasten anderer Schulformen oder des Vertretungsbudgets geht.

Wir wollen dies insbesondere deshalb wissen, weil im letzten Zuweisungserlass nicht nur die Stellen für den gemeinsamen Unterricht reduziert wurden, sondern auch die Zuweisungen für die Gesamtschulen sich schon wieder verschlechtert haben. Wir werden nicht zusehen, wenn eine missglückte Reform zulasten von Integrationsmaßnahmen und auf dem Rücken anderer Schulformen entschärft wird. Kleinere Klassen und bessere Fördermöglichkeiten sind in jeder Schulform längst überfällig.

Herr Kultusminister, Ihre umfangreichen Vorschläge werten wir aber auch als Zugeständnis, dass G 8 gescheitert ist. Sie tragen dazu bei, das Gesamtbild zu verschönern. Aber Sie lassen den Kern des Problems unangetastet. Der Kern des Problems ist die Verkürzung der Sekundarstufe I. Sie haben einen Pullover gestrickt, der nicht passt. Jetzt setzen Sie überall bunte, attraktive Flicker ein, um den Pullover an den Nähten weiter zu machen. Sie scheuen aber die Mühe, schon Gestricktes wieder aufzutrennen und etwas daraus zu machen, was wirklich Sinn hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe für meine Fraktion in den vergangenen Monaten und bereits vor der Wahl deutlich gemacht, dass wir G 8 mit einer auf fünf Jahre verkürzten Mittelstufe ablehnen. Wir wollen mit den Beteiligten im kommenden Jahr über unser Modell diskutieren. Dieses Modell beinhaltet eine sechsjährige Mittelstufe für alle Schulen der Sekundarstufe I und erfordert ein Konzept einer reformierten Oberstufe. Diese kann in zwei oder drei Jahren durchlaufen werden. Wie viele Schuljahre ein Schüler bis zum Abitur braucht, ob 12 oder 13, sollte alleine von seinem persönlichen Leistungsstand und seiner persönlichen Leistungsbereitschaft abhängig sein. Flexibilisierung individueller Schulzeit ist ein völlig anderer Ansatz als die schematische Festlegung von Regelschulzeiten für Bildungsgänge.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen diese flexible Schulzeitverkürzung in der Oberstufe, und wir wollen sie in der Schuleingangsstufe.

Kinder sind verschieden. Sie haben unterschiedliche Interessen und lernen auf unterschiedliche Weise, und sie lernen unterschiedlich schnell.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist richtig! – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Ein Bildungssystem, das sich am Kind orientiert, muss mit dieser Unterschiedlichkeit umgehen lernen und flexible Angebote machen.

(Beifall bei der SPD – Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP)

– Herr Boddenberg, ich rede nicht von Ihren drei Schubladen, die Sie immer so gern aufmachen.

(Michael Boddenberg (CDU): Es hörte sich aber jetzt so an, Frau Kollegin!)

Eine solche Initiative haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD gemeinsam in den Kulturpolitischen Ausschuss eingebracht. Herr Kultusminister, dies als politisches Geplänkel zu bezeichnen, halte ich für unangemessen. Ich bin relativ sicher, dass Schulen und Lehrer das nicht als Geplänkel ansehen, sondern als konstruktiven Vorschlag, wie wir weiter mit G 8 umgehen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten ohne Wenn und Aber an der sechsjährigen Mittelstufe fest, die für alle Schüler in allen Schulformen auch weiterhin den mittleren Bildungsabschluss bedeutet. Denn das Problem, dass Schüler und Schülerinnen die Orientierungsstufe eines Gymnasiums ohne Realschulabschluss absolvieren müssen, ist auch weiterhin ungelöst.

Die Verdichtung in der Mittelstufe ist entwicklungspsychologisch Unsinn und erhöht Angst und Druck. Sie verhindert nachdrücklich, dass Durchlässigkeit mehr werden kann als eine Absichtserklärung.

Verehrter Herr Kultusminister, deshalb kann ich es nicht stehen lassen, wenn Sie den Eindruck erwecken, die Mehrheit des Landtags stehe grundsätzlich hinter G 8. Sie sollten bitte auch berücksichtigen, dass wir konstruktive Vorschläge für eine Weiterentwicklung anbieten, die G 12 oder G 13 heißen kann, aber die es nicht schematisch für alle über einen Kamm schert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen keine Rolle rückwärts. Wir wollen ein Modell, das Schulzeitverkürzung den Stellenwert zuweist, den sie hat. Schulzeitverkürzung ist nicht der Motor des Fortschritts und die Voraussetzung für Konkurrenzfähigkeit. Sie ist vielmehr eine von vielen Antworten auf die Herausforderung, Kindern individuelle Bildungswege zu ermöglichen. Ich bin überzeugt, dass viele oder die meisten von ihnen den Weg zum Abitur verkürzen können, ohne dafür in der Mittelstufe die Fähigkeit zum eigenverantwortlichen Lernen aufzugeben und durch Pauken ersetzen zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin auch schon bei den Schlussbemerkungen. Ich finde es bemerkenswert, dass eine Landesregierung – und sei es auch nur eine geschäftsführende – sich gezwungen sieht, eine Regierungserklärung darüber abzugeben, wie sie ihre eigenen Fehler korrigiert. Die Diskussion um G 8 ist mit dem heutigen Tage nicht abgeschlossen. Ich glaube, das habe ich deutlich gemacht. Aber wir sollten uns in den nächsten Monaten sehr viel mehr auch mit dem beschäftigen, was in den

Schulen des Landes passiert, die nicht Gymnasium heißen. Wir sollten die Diskussion um eine Schulpolitik beginnen, in der Chancengleichheit und individuelle Förderung auch umgesetzt werden können.

Wir haben uns gefreut, und das haben Sie gemerkt, dass Sie vorhin gesagt haben: Kein Kind darf zurückgelassen werden. – Das ist original unserer parteipolitischen Programmatik entnommen. Wir hoffen, dass das nicht nur Worte waren. Ich will schließen mit einem Zitat von Andreas Tenzer, der die Lernpraxis in Köln gegründet hat, in der man sich mit Lernbehinderungen und Lernstörungen beschäftigt:

Innerer oder äußerer Klimawandel, das ist hier die Frage.

Daran werden wir Sie in den kommenden Monaten messen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Habermann. – Als Nächste hat für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Henzler das Wort.

(Beifall bei der FDP)

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung ist mit den Worten überschrieben: „Neue Wege finden – gemeinsam für Hessens Schulen“. Dieser Titel bezeichnet ein sehr hehres Ziel, ein sehr großes Ziel. Allerdings muss ich sagen: Die gestrige Debatte zum Thema Schulgesetzentwürfe von SPD und GRÜNEN zeigt die Realität, dass wir von diesen hehren Zielen noch sehr weit entfernt sind.

(Beifall bei der FDP)

Ein gemeinsamer Weg zum Wohle der Schulen in Hessen ist leider noch Wunschdenken. Die FDP schätzt die offene Art, mit der Kultusminister Banzer die Probleme in der Schulpolitik angeht. Mich persönlich wundert seine offene Art nicht sehr, denn wir kennen uns schon seit 1985 aus dem Stadtparlament von Oberursel.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aha!)

Wir haben damals eine sehr gut geführte Koalition miteinander gehabt.

Wir unterstützen den Kultusminister beim Löschen der akuten Brandherde an den Schulen, damit sich die Schulen wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Das Kerngeschäft von Schulen ist, Schüler optimal zu fördern und guten Unterricht zu gestalten. Gemeinsam neue Wege für die hessischen Schulen zu finden, darf nach unserer Auffassung aber nicht bedeuten, dass jede Fraktion ihre Wunschvorstellungen hier in Einzelanträgen vorträgt, die mit irgendwelchen Zufallsmehrheiten beschlossen werden.

(Beifall bei der FDP)

Dadurch entsteht ein Flickenteppich, aber keine Verlässlichkeit für die Schulen. Die CDU-Regierung hat in den letzten Jahren in der Schulpolitik viele Fehler gemacht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Na, na, na! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber ja, Herr Irmer!)

– Das Wahlergebnis spricht dafür Bände, lieber Herr Irmer. Das können Sie schlecht verleugnen. – Dabei sind diese Reformen in die richtige Richtung gegangen. Nach der neuesten Schulstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft liegt Hessen auf Platz 2 und hat damit einen Spitzenplatz.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

Da wurde bestätigt, dass die Reformen in Hessen eigentlich die richtige Zielrichtung hatten, dass sie aber bei der Umsetzung ständig von handwerklichen Fehlern begleitet worden sind und deshalb nur Ärger an die Schulen gebracht haben. Schulpolitik nach dem Motto: „Gut gedacht und schlecht gemacht“, das waren die letzten fünf Jahre. Hätte man Initiativen anderer Fraktionen, insbesondere der FDP, früher aufgenommen, dann würde die schulpolitische Bilanz deutlich besser aussehen.

Zum Thema G 8. G 8 wurde den Schulen übergestülpt, anstatt das schrittweise und behutsam einzuführen. Die Proteste seitens der Schulen wurden schlichtweg überhört. Man hat auf sie keine Rücksicht genommen. Dabei hätte man nur dem Beschluss folgen müssen, den der Landtag am 27. Mai 2003 gefasst hat. Damals hat der Landtag beschlossen, dass die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs abgestimmte und deutlich schlankere Lehrpläne erforderlich macht, dass eine flexible Stundentafel eingeführt werden muss, dass Anteile freier Unterrichtszeiten für die Entwicklung schuleigener Curricula genutzt werden müssen, damit Schwerpunktsetzungen der Schulen möglich sind. Erforderlich sind nach diesem Beschluss auch die Einführung fächerübergreifenden Unterrichts und die Angleichung der Wissensvermittlung in den Kernfächern an den Grundschulen als Voraussetzung für den gymnasialen Bildungsgang. Alle diese Punkte finden sich jetzt in dem Elf-Punkte-Programm des Kultusministers wieder. Am 27. Mai 2003 wurden diese Punkte von der CDU und der FDP im Hessischen Landtag gemeinsam beschlossen – gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP)

Aber wie es anscheinend oft der Fall ist, hat das Kultusministerium auch diesen Beschluss nicht umgesetzt, obwohl das eigentlich richtig gewesen wäre, denn es ist mit Mehrheit im Landtag so beschlossen worden. Herr Minister, Sie sollten künftig sehr genau aufpassen, wie das Ministerium mit Beschlüssen des Hessischen Landtags umgeht. Augenscheinlich herrscht da die Devise: Augen zu und durch, wir sitzen das alles aus, irgendwann wird sich das schon wieder ändern.

Das Gleiche gilt für einen Antrag der FDP vom 9. März 2004. Damals hat die FDP ausgeführt, dass der Weg zu G 8 zu einer Bedrohung der Schulvielfalt in Hessen und insbesondere der kooperativen Gesamtschulen führen kann. Wir haben damals unterstrichen, dass die kooperativen Gesamtschulen ein wichtiger Bestandteil der Schulvielfalt sind, und wir haben kritisiert, dass die Einführung von G 8 den kooperativen Gesamtschulen die Möglichkeit nehmen würde, ihre Förderstufen weitgehend so zu belassen, wie sie sind. Diesem Teil des Antrags haben SPD und GRÜNE zugestimmt. Die CDU hat auch das abgelehnt. Jetzt lese ich Ihnen den letzten Absatz vor:

Der Landtag fordert die Landesregierung in diesem Zusammenhang jedoch auf, dass die Umsetzung der Schulzeitverkürzung für kooperative Gesamtschulen mit Förderstufen derart ausgestaltet wird,

dass diese Schulen selbst darüber entscheiden können, ob sie eine Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges vornehmen.

Leider hat diesem Absatz im Jahr 2004 nur die FDP zugestimmt.

(Beifall bei der FDP)

Auch SPD und GRÜNE haben also insgesamt vier Jahre gebraucht, um diese vernünftigen Vorschläge anzuerkennen und sie jetzt mit uns gemeinsam umzusetzen. Schulpolitik bedeutet leider das Bohren dicker Bretter.

(Beifall bei der FDP)

Insgesamt gesehen begrüßen wir aber, dass der Brandherd G 8 zum neuen Schuljahr gelöscht wird und dass die kooperativen Gesamtschulen endlich die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 haben.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

– Liebe Frau Habermann, mit Wahlfreiheit und mit Freiheit überhaupt hat die SPD gar nichts am Hut.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Frechheit!)

Sie stellen sich hierhin und sagen, es gebe Kinder, die langsamer lernen, und es gebe Kinder, die schneller lernen. Deshalb brauche man eine flexible Schulzeit für diese Kinder. Genau das Gleiche sagen auch wir.

(Widerspruch der Abg. Heike Habermann (SPD))

Wir sagen: Es gibt Kinder, die langsamer lernen, und es gibt Kinder, die schneller lernen. Deshalb brauchen wir verschiedene Schulen für verschiedene Kinder, damit die Kinder entweder langsamer oder schneller lernen können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Der Unterschied besteht darin: Sie wollen alle Kinder in die gleiche Schule schicken und dann schauen, wie langsam oder wie schnell sie lernen. Das ist für uns keine Wahlfreiheit. Wir wollen verschiedene Schulen mit verschiedenen Schnelligkeiten und mit verschiedenen Angeboten für verschiedene Kinder. Das bedeutet Wahlfreiheit für die Eltern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Zwei Punkte des Elf-Punkte-Programms des Kultusministeriums sehen wir kritisch. Zum einen will sich das Ministerium in die Hausaufgabengestaltung einmischen. Ich denke, es ist eine Kernaufgabe eigenverantwortlicher Schule, zu prüfen, ob man zusätzlich Hausaufgaben geben kann bzw. welche Art von Hausaufgaben man trotz Nachmittagsunterrichts noch aufgeben kann. Es gibt ja auch Hausaufgaben in Form des Lesens eines Kapitels oder des Sehens eines interessanten Fernsehfilms. Ich denke, das sollte man den Schulen nicht hineinreden.

Zweitens. Die Begrenzung der Klassengrößen auf 30 Schüler in Klasse 5 an den Gymnasien ist zwar sicherlich sehr wünschenswert, wird aber Unruhe an den Schulen verursachen, da das eine deutliche Bevorzugung der gymnasialen Schulform ist. Auch die Schulträger sehen sich bereits vor Probleme gestellt. Wenn die Schulen nämlich sehr voll sind – und die Gymnasien sind sehr voll, da es einen Run auf sie gibt –, werden sie eben in die Klasse 5 nicht mehr so viele Kinder aufnehmen können, wie sie ei-

gentlich aufnehmen sollten, weil sie nur noch 30 Kinder pro Eingangsklasse haben dürfen. Daher ist zwar das Ziel richtig, aber ob das schon im nächsten Schuljahr umzusetzen ist, wage ich zu bezweifeln.

Gute Bildung ist teuer, schlechte Bildung ist teurer. Deshalb ist es auch richtig, dass wir uns heute auf einen Antrag einigen, der die Zahl der Referendarstellen erhöht. Wir müssen an der Stelle investieren. Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer. Lehrer werden in den nächsten Jahren Mangelware.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Auch der Umgang mit den BAT-Lehrern hat sich verändert. Zum Glück haben wir hierzu einen einstimmigen Beschluss gefasst. Auch das hätte schon seit dem Jahr 2004 so erfolgen können, als unser Antrag eingebracht wurde, BAT-Verträge auf zwölf Monate auszudehnen und die jungen Lehrer in den Ferien nicht mehr in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Die Begründung des Kultusministeriums für diese Kehrtwende ist wirklich bemerkenswert. Jetzt heißt es plötzlich, es gebe keine Kettenverträge, auch wenn man Zwölfmonatsverträge hintereinanderreihet. Dazu muss ich sagen: Der Jurist Banzer hat den Juristen im Kultusministerium augenscheinlich die aktuelle Rechtslage erklärt. Wenn dem so ist, dann würde ich vorschlagen, die Juristen des Kultusministeriums sollten dringend eine Fortbildung besuchen, dass sie in Rechtsdingen auf den neuesten Stand kommen, insbesondere was die Vertragsgestaltung bei Lehrern betrifft.

(Beifall bei der FDP)

Allerdings gibt es noch weitere Brandherde, die dringend gelöscht werden müssen. Die LUSD hat in den vergangenen Jahren die Schulen und die Schulsekretariate zur Verzweiflung gebracht. Wir haben darüber sehr intensiv diskutiert. Für Mitte dieses Jahres ist vom Staatssekretär die Einführung einer neuen Version versprochen worden. Wir haben jetzt Juni. Ich bin gespannt, wann diese neue Version kommt, und vor allen Dingen gespannt darauf, wie sie eingeführt wird: ob Stück für Stück oder wieder gleich für alle, sodass die Gefahr eines erneuten Versagens besteht.

Die NVS stellt eine deutliche zusätzliche Erschwernis für die Schulen und die Schulämter dar. Anstatt die Schulverwaltung zu unterstützen, die Vorgänge zu vereinfachen und effizienter zu machen, bewirkt die jetzige Form des Rechnungswesens genau das Gegenteil. Es wird Bürokratie aufgebaut, es wird ein Datenfriedhof angelegt. Das ist eine Belastung der Mitarbeiter ohne eine klare Zielvorgabe. Deshalb ist eine Evaluation der NVS zum jetzigen Zeitpunkt dringend erforderlich.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die NVS nicht stoppen, aber wir wollen prüfen, was sie bisher gebracht hat, ob es sinnvoll war, diese vielen Daten zu erheben, ob es sinnvoll ist, dass eine Balanced Scorecard mit 29 Einzelfaktoren belastet wird. Wir wollen sehen, was sie bisher gebracht hat, und hören, was man für die Zukunft verbessern kann.

Grundsätzlich ist es wichtig, dass man die Mitarbeiter in der Kultusverwaltung und in den Schulen davon überzeugt, dass die Erhebung von Daten wichtig und richtig ist, aber man muss ihnen sehr deutlich machen: Die Datenerhebung, das Controlling sind dafür da, die Dinge voranzubringen. Controlling ist keine Kontrolle bis auf den letzten Cent.

(Beifall bei der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war die alte Verwaltung!)

– Das war die alte Verwaltung.

Lassen Sie mich ein paar grundsätzliche Positionen der FDP zur Schulpolitik erläutern. Ziel von Schule muss es sein – darüber sollten wir uns alle einig sein –, die Schüler auf ein eigenverantwortliches, auf ein eigenständiges Leben und auf den Eintritt in den Beruf vorzubereiten. Deshalb muss Schule ihren Schülern das Bestmögliche mitgeben. Das muss ein Dreiklang aus Vermittlung von Fachwissen, sozialer Kompetenz und Persönlichkeitsentwicklung der einzelnen Schüler sein.

(Beifall bei der FDP)

Das gelingt am besten durch individuelle und begabungsgerechte Förderung, durch Bildungsgänge, die klar definiert sind, durch Bildungsabschlüsse, die landesweit einheitlich anerkannt sind. Jeder Bildungsabschluss muss eine Tür in einen weiteren Bildungsweg öffnen.

Die Schule kann das am besten durch mehr Eigenverantwortung leisten. Eigenverantwortung ist nichts Beliebigen. Herr Banzer, Eigenverantwortung wird sehr deutlich, wenn sie dem Ziel untergeordnet ist, das ich eben definiert habe, nämlich junge Menschen gut vorbereitet ins Leben zu entlassen.

Die Eigenverantwortung von Schule bedeutet für uns einen Freiraum in der Unterrichtsgestaltung und auch einen Freiraum in der inneren Schulorganisation. Das heißt, wenn an einer Schule Haupt- und Realschüler lernen, es aber nur sehr wenige Hauptschüler gibt, ist es der Schule überlassen, zu entscheiden, ob sie die Schüler gemeinsam unterrichtet oder eine eigene Hauptschulklasse gründet. Das Einzige ist, dass die Schüler gut auf die Bildungsabschlüsse vorbereitet sein müssen. Dazu kann man sie in den Einzelfächern trennen. Aber man kann sie sehr gut gemeinsam in einer Klasse unterrichten.

Zur eigenverantwortlichen Schule gehört auch die Personal- und Budgethoheit. Das ist etwas ganz Wichtiges. Die Schulen müssen endlich in die Lage versetzt werden, sich ihr Personal selbst auszusuchen und auch über die Personalausstattung selbst zu bestimmen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es wichtig, dass sie für die pädagogische Mittagsbetreuung Geld bekommen. Es geht nicht unbedingt um Stellen. Stellen sind nicht das Einzige. Wichtig ist, dass die Schulen Freiheit haben. Das bedeutet Geld. Dann kann die betreffende Schule Schulassistenten und Schulverwaltungskräfte einstellen, damit die Lehrer das machen können, was sie am besten können: gut unterrichten.

(Beifall bei der FDP)

Auch der Bericht der Schulleiter aus Frankfurt, die jetzt in Finnland waren, hat sehr eindeutig und – wie ich sagen muss – nach einer differenzierten Beurteilung gezeigt: Das Entscheidende an den finnischen Schulen ist der Personalmix, sodass sich die Lehrer wirklich intensiv auf das vorbereiten können, was sie machen sollen, nämlich guten Unterricht abzuhalten. Für alle anderen Probleme, die an einer Schule entstehen, gibt es dort Fachkräfte, die einspringen und helfen können.

Die Politiker müssen die Rahmenbedingungen für die eigenverantwortliche Schule schaffen. Das heißt, wir müssen den Schulen genügend Personal und Mittel zur Verfügung stellen. Dazu befindet sich ein FDP-Antrag auf der

Warteliste, den wir vielleicht irgendwann einmal abarbeiten werden. Darin geht es um eine 105-prozentige Lehrerzuweisung, wobei die Möglichkeit besteht, 20 % in Form von finanziellen Mitteln zu erhalten, um den eigenverantwortlichen Mitteleinsatz der Schulen zu gewährleisten. Sie können entscheiden, ob sie Lehrer, andere Kräfte oder Sachmittel haben wollen. Das ist eine bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen mit Personen und Mitteln.

Dafür ist es erforderlich, das Lehrerzuweisungsverfahren zu ändern. Das Lehrerzuweisungsverfahren nach Klassengrößen mit einzelnen Faktoren führt dazu – das haben wir in der Fragestunde wieder gehört –, dass nachgefragt wird, wie viele Lehrer im gemeinsamen Unterricht sind; denn plötzlich werden dort die Zahlen verändert.

Dieses Lehrerzuweisungsverfahren ist vor allem für die Schulen völlig undurchsichtig. Das muss vereinheitlicht werden. Es muss sich an der Zahl der Köpfe, an einem Sozialindex, an den Bildungsgängen und an dem Umfeld der Schule orientieren. Ferner muss es so transparent sein, dass jede Schule in Hessen genau weiß: Diese Zahl an Lehrern steht mir zu, und die andere Schule hat aus diesem und jenem Grund eine andere Zahl an Lehrern.

(Beifall bei der FDP)

Aber die Eigenverantwortung der Schule bedeutet auch, dass es neue Anforderungen an die Schulaufsicht gibt. Die Schulämter müssen die Schulen auf dem Weg in die Eigenverantwortung unterstützen. Sie müssen sie beraten. Sie müssen ihnen helfen. Das heißt, sie müssen sich zu Serviceeinrichtungen wandeln. Sie müssen die Schulen auf dem Weg der Qualitätsentwicklung begleiten. Das sind viele neue Aufgaben, die auf die Schulämter zukommen.

Die FDP-Fraktion hat daher vorgeschlagen, dass wir die Staatlichen Schulämter – die Schulverwaltung – anders organisieren, um sie für die neuen Aufgaben, die auf sie zukommen, wirklich fit zu machen.

Die eigenverantwortliche Schule bedeutet aber auch eine sehr viel stärker eigenverantwortlich arbeitende Schulaufsicht. Die Schulämter müssen eigenverantwortlich organisieren können, wie sie ihre Schulen betreuen. Man kann ihnen nicht vorschreiben, dass ein Gymnasiallehrer nur Gymnasien und ein Hauptschullehrer nur Hauptschulen betreuen kann. Es kann durchaus so organisiert werden, dass ein Schuldezernent für einen Bereich und somit für alle Schulen in diesem Bereich verantwortlich ist. Das ist sehr sinnvoll; denn dann kann er sich auf die Schnittstellen zwischen den einzelnen Schulen besser konzentrieren und die Zusammenarbeit viel stärker fördern.

(Beifall bei der FDP)

Es ist höchst kontraproduktiv, wie es jetzt wieder gemacht worden ist, nämlich dass man den Staatlichen Schulämtern genau vorschreibt, wie sie sich zu organisieren haben und wie sie ihre Schulen betreuen müssen.

Ich denke, das Kultusministerium muss endlich lernen, dass man bei den Verwaltungen und bei den Schulen einfach Leine lassen muss. Das Kultusministerium muss seine Haltung im Grundsatz ändern. Die Schulen müssen vom Gängelband gelassen werden. Sie müssen sich zur Eigenverantwortung bekennen. Vonseiten des Kultusministeriums muss die Eigenverantwortung für die Schulen in Rechtsform gegossen werden.

(Beifall bei der FDP)

Wir fordern den Herrn Kultusminister auf, diesen Weg zu gehen. Es ist ein mutiger Weg. Sie müssen die gesamte Kultusverwaltung umkrempeln. Sie müssen die Kultusverwaltung zu einem Dienstleister für die Schulen machen.

Sie haben in Ihrer Rede die Schulen in den Mittelpunkt gestellt. Wir werden Sie auf diesem Weg unterstützen. Gehen Sie mutig voran. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Henzler. – Herr Dr. Spies hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Verehrte Frau Kollegin Henzler, ich habe mich auf eine Bemerkung hin gemeldet, die Sie vorhin im Zusammenhang mit der Freiheit der Elternwahl und den Kindern gemacht haben. Sie hat mich doch etwas irritiert.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das glaube ich Ihnen!)

Insbesondere hat sie mich irritiert, weil sie von den Liberalen gekommen ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das glaube ich Ihnen noch mehr!)

Nach dem Scheitern der liberalen Revolution 1848 wurde auch in Hessen das preußische Dreiklassenwahlrecht eingeführt. 1918 wurde es durch die Sozialdemokraten wieder abgeschafft.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

90 Jahre später verfechten ausgerechnet Liberale immer noch ein Dreiklassenschulrecht; denn das, was sie an Freiheit und Individualität unterstellen, geht davon aus, dass man im Rahmen des dreigliedrigen Schulsystems alle Kinder in drei unterschiedliche Schemata einsortieren kann. Genau das ist der Punkt. Von einer liberalen Partei würde man doch erwarten, dass sie gerade diese Freiheitseinschränkung in der Zuteilung langsam hinter sich lässt und sieht,

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

dass wir für 100 Kinder 100 verschiedene Schulen brauchen, die sich dem jeweiligen Kind individuell öffnen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Au ja!)

Das erreichen Sie, indem Sie die 100 Kinder zusammen lernen lassen und dafür sorgen, dass sich der Lehrer im Rahmen der Binnendifferenzierung jedem einzelnen Kind öffnet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist Freiheit!)

Das gibt den Eltern die größtmögliche Freiheit, einen individuellen Weg für das jeweilige Kind zu finden.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist Freiheit à la Korea!)

Wir würden uns freuen, wenn gerade die Liberalen aus ihrer Tradition heraus eine solche Liberalität gegenüber der Schulwahl der Eltern erkennen lassen würden.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ab in die Zone! – Zurufe von der CDU)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Spies. – Frau Henzler, Sie haben die Gelegenheit, darauf zu antworten. Sie haben ebenfalls zwei Minuten Zeit dafür.

**Dorothea Henzler (FDP):**

Sehr geehrter Herr Dr. Spies, wenn Sie das Dreiklassenwahlrecht mit einem sogenannten Dreiklassenschulrecht gleichsetzen, zeigt mir das sehr deutlich, dass Sie von den Schulen in Hessen überhaupt keine Ahnung haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben in Hessen nämlich nicht nur drei Schulformen. Vielmehr hat Hessen so viele verschiedene Schulformen wie kein anderes Land in der Bundesrepublik. Das fängt mit den integrierten Gesamtschulen an, die Sie, die SPD, früher präferiert haben, weil alle Kinder dorthin gehen, weil dort binnendifferenziert wird und weil dort sehr leistungsorientiert gearbeitet wird, was Ihnen heute nicht mehr passt.

Außerdem haben wir die kooperativen Gesamtschulen. Wir haben verbundene Haupt- und Realschulen. Wir haben Grundschulen mit Förderstufen und Grundschulen mit Hauptschulen. Hessen hat alles. Es kann also überhaupt nicht von irgendeinem Dreiklassensystem die Rede sein.

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Die Eltern sollen die Wahl haben, zu sagen: Ich will mein Kind auf diese Schule schicken.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin als Mutter genau der Prototyp dafür. Ich habe meine drei Kinder auf Schulen verschiedener Schulformen geschickt; denn meine drei Kinder sind sehr unterschiedlich. In diesen drei verschiedenen Schulen waren sie alle sehr erfolgreich. Dieses Wahlrecht möchte ich den Eltern zugestehen. Ich möchte es ihnen nicht nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Dr. Spies, deshalb sind Freiheit und Wahlfreiheit in den Händen der FDP immer besser aufgehoben als bei Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Frau Henzler. – Nunmehr hat Herr Wagner die Möglichkeit, die Position von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darzulegen. Bitte schön.

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir befinden uns heute – vier Monate nach der Landtagswahl, zwei Monate nach der konstituierenden Sitzung – in der 10. Plenarsitzung. Wir GRÜNE werden immer gefragt: Wo sind jetzt die Gemeinsamkeiten mit der CDU? Gibt es eigent-

lich Gemeinsamkeiten mit der CDU? Ich finde, die Zeit ist gekommen, um diese Frage zu beantworten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Da sind wir gespannt!)

Ich habe während der Vorbereitung auf diese Rede lange recherchiert. Herr Minister der Justiz, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt – so heißt es wohl formal –, ich glaube, ich habe die Gemeinsamkeit gefunden. Zumindest vermute ich das.

Ich habe mir nämlich mein Zeugnis aus der 1. Klasse vorgelesen. Das war im Schuljahr 1980/81. Dort heißt es unter „Lernentwicklung“: „Das Abschreiben von Texten geht schon recht gut.“

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Banzer, wenn ich sehe, was Sie heute zum Thema G-8-Veränderungen vorgelegt haben, dann glaube ich, in Ihren Zeugnissen stand auch: „Das Abschreiben von Texten geht schon recht gut.“ Sie haben es bis heute nicht gelernt, Herr Minister Banzer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zur Vorfreude auf meine weitere Rede möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass in diesem Zeugnis auch steht: „Mündlich kann er sehr interessant und abwechslungsreich erzählen.“

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war der Stand von 1980. Freuen Sie sich also auf die weiteren Ausführungen.

Aber die Gemeinsamkeit mit dem Minister – das Abschreiben von Texten geht schon recht gut – ist auch beim Thema G 8 vorhanden. Schauen wir uns doch einmal an, was wir GRÜNE seit vielen Monaten zum Thema G 8 und zur Korrektur G 8 fordern und was jetzt in den Vorschlägen von Minister Banzer steht.

Wir haben gefordert, die Lehrpläne sollen umgehend entschlackt werden. Im Elf-Punkte-Programm von Minister Banzer finden wir unter Punkt 1: Anpassung und Strafung der Lehrpläne. – Wir GRÜNE haben gefordert, der Unterrichtsstoff soll sinnvoll auf die komplette Schulzeit verteilt werden, statt ihn weiter in den Klassen 5 bis 9, also ausgerechnet während der Pubertät, extrem zu verdichten. Wir finden die Forderungen unter Punkt 2 und 4 von Minister Banzer, die da lauten: Gestaltungsmöglichkeiten durch Kontingentsstundentafel, freie Organisation des Nachmittagsunterrichts. Und unter Punkt 4: mehr Differenzierung und mehr individuelle Förderung.

Frau Kollegin Henzler hat eine Zwischenfrage. Ich möchte dem Präsidenten nicht vorgreifen, aber ihm schon den Hinweis geben, dass ich sie sehr gerne zulasse.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Dann machen wir das.

#### **Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Kollege Wagner, stimmen Sie mit mir überein, dass die GRÜNEN im Abschreiben auch ganz gut waren? Denn Sie haben gerade gesagt, dass Sie das die letzten Monate gefordert haben. Das Gleiche stand aber in unse-

rem Antrag vom Mai 2003. Den haben Sie damals abgelehnt.

(Nicola Beer (FDP): Hört, hört! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Och ne!)

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Kollegin Henzler, ich habe darauf hingewiesen, das Abschreiben von Texten geht schon recht gut, was bei mir schon im Schuljahr 1980 festgestellt wurde.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern, glaube ich, habe ich die Antwort auf Ihre Frage schon gegeben. Wir sollten hier keinen alten Landtag machen. Ich habe das schon in der letzten Plenarwoche gesagt: Gemeinsamkeiten muss man manchmal auch aushalten können, Frau Henzler.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen auch manche Bewegung bei der FDP hin auf etwas, was in unserem Programm steht. Ich erspare mir manchmal, Sie darauf hinzuweisen. Aber es ist halt schon auch so. Wenn wir gemeinsam für unsere Schulen zu guten Lösungen kommen, ist das doch eine gute Sache.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum die FDP allerdings kategorisch ausschließt, gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD schulpolitisch etwas voranzubringen, das ist etwas, was Sie beantworten müssen, Frau Kollegin Henzler.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Ich war dabei: „Jürgen kann schon gut abschreiben.“ – Ich fahre fort. Wir GRÜNE haben gefordert, durch eine Ausweitung von Ganztagsangeboten an Schulen mehr Zeit zum Lernen und für individuelle Förderung zu schaffen. Auch das finden wir im 11-Punkte-Katalog von Herrn Banzer.

Wir sagen, wir wollen eine Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9. Auch das finden wir jetzt in den Vorschlägen von Herrn Banzer.

Eine Forderung von uns: Die Veränderungen dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern sollen bereits zum nächsten Schuljahr greifen. – Wie lautet die Überschrift der Pressemitteilung von Herrn Banzer zur Vorstellung seines Programms? „Elf-Punkte-Programm für G 8 eröffnet Schulgemeinden schon ab 1. August 2008 nachhaltig mehr Freiräume“, also zu Beginn des neuen Schuljahres.

Ich kann nur sagen: „Das Abschreiben von Texten geht schon recht gut.“ Herr Banzer, Sie haben sich wirklich ausgiebig unserer Programmatik bedient. Das wundert umso mehr, weil das, was wir GRÜNE seit Monaten gefordert haben, was teilweise die FDP auch schon gefordert hat – das war zum Zeitpunkt, als wir die Forderungen erhoben haben –, für die CDU und die damalige Kultusministerin der Niederrhein-Region war.

Wir mussten uns für alle diese Forderungen, die ich vorgestellt habe, massiv beschimpfen lassen. Alles war Quatsch. Es hieß die ganze Zeit: Es gibt keine Probleme mit G 8. – Wir freuen uns, dass es diesen Meinungswechsel gegeben hat. Herr Minister Banzer, aber sehen Sie es

mir nach – die CDU redet neuerdings gern von Nachhaltigkeit –: Wer vor vier Monaten massiv beschimpft hat, was für ihn jetzt genauso massiv richtig ist, den fragen wir dann, wie nachhaltig der Erkenntnisprozess bei der hessischen CDU eigentlich ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will gern auf die Vorschläge im Einzelnen eingehen. Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Auch wenn Sie jetzt von uns abgeschrieben haben, können Sie sich darauf verlassen: Wir machen uns nicht vom Acker, Herr Banzer. Es ist für uns gewöhnungsbedürftig, dass ein CDU-Minister macht, was GRÜNE sagen. Aber davon, dass Sie jetzt vertreten und umsetzen, was wir GRÜNE wollen, wird es trotzdem nicht falsch.

Wir bleiben bei unseren Forderungen. Gemeinsamkeiten muss man dann vielleicht manchmal aushalten. Für uns ist es gewöhnungsbedürftig. Herr Banzer, aber ich glaube, für Sie ist es genauso gewöhnungsbedürftig, dass Ihre Vorschläge zur Korrektur an G 8 bei den GRÜNEN mehr Unterstützung finden als in Ihrer eigenen Fraktion,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn ich höre, was es dort an Misstönen gibt.

(Mark Weinmeister (CDU): Ross und Reiter nennen!)

– Ach, Herr Kollege Weinmeister, ich glaube, ich habe eine recht präzise Vorstellung, wie sich der ehemalige Kultusminister und heutige Fraktionsvorsitzende Christean Wagner zu dem Vorschlag des Kultusministers verhalten hat, dass auch Gymnasien eine Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 bekommen sollen. Die CDU-Fraktion ist ja die Fraktion mit der höchsten Dichte an Exkultusministern. Insofern gibt es also wahrscheinlich sehr interessante und lebhaft Diskussionen bei Ihnen.

Herr Minister Banzer, zu Ihren Vorschlägen im Einzelnen. Bei der Anpassung und Straffung der Lehrpläne werden wir Sie unterstützen. Das finden wir richtig. Da wird man im Detail vieles diskutieren und auch auf die Anregungen aus der Praxis reagieren müssen. Im Prinzip finden wir das richtig. Wir freuen uns ausdrücklich, dass Sie schreiben, Sie wollten, dass es um Kern- und Methodenkompetenz geht.

Dazu kann ich nur sagen: Schade, dass Hartmut Holzapfel diesem Landtag nicht mehr angehört. Was hat es die CDU beschimpft, wie Rot-Grün in den Neunzigerjahren schon genau das gesagt hat, nämlich die Lehrpläne mehr an Kern- und Methodenkompetenz auszurichten. Damals war das aus Sicht der CDU auch der Niedergang des Abendlandes. Mit der Verzögerung von zehn Jahren sind Sie auf diesem Weg. „Jürgen kann schon gut abschreiben“, kann ich nur sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir finden auch ausdrücklich richtig, dass Sie mehr Gestaltungsspielraum bei den Klassenarbeiten einräumen wollen. Auch das ist eine Diskussion aus den Neunzigerjahren, die Rot-Grün geführt hat. Damals war das eine Nivellierung von Leistungsstandards aus Sicht der CDU. Aber wenn Sie mit zehn Jahren Verzögerung auf diesen Kurs gehen, dann soll uns das natürlich recht sein.

Die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 für die kooperativen Gesamtschulen trifft natürlich unsere Unterstützung.

Herr Banzer, fair wäre es gewesen, wenn Sie erwähnt hätten, dass diese Wahlfreiheit nur dadurch möglich wurde, dass der Hessische Landtag gestern einem Gesetz meiner Fraktion zugestimmt hat. Ohne gesetzliche Änderung hätten Sie ansonsten das und Ihr Elf-Punkte-Programm nämlich überhaupt nicht aufnehmen können, Herr Minister Banzer.

Ich will auch einige Punkte nennen, wo unsere Kritik beginnt. Sie haben gesagt, Sie wollten den Gymnasien mehr Stellen für kleinere Gruppen geben. Wir kritisieren nicht, das für die Gymnasien zu tun – aber warum nur für die Gymnasien, Herr Minister? Diese Frage haben Sie heute hier nicht beantwortet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kleinere Gruppen, kleinere Klassen wären genauso an den integrierten Gesamtschulen angezeigt, wären genauso an den Realschulen angezeigt, wären genauso an den Hauptschulen angezeigt. Herr Minister Banzer, Sie müssen wirklich aufpassen, dass Sie nicht zum Gymnasialminister werden, sondern Minister aller Schulen werden, weil die Schulen ein Anrecht darauf haben, dass für alle Schulen etwas getan wird und nicht nur für die Gymnasien.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Genauso beim Ganztagsangebot. Wir GRÜNE – und die SPD – fordern seit Langem eine Ausweitung des Ganztagschulprogramms. Wir sagen seit Langem: Wir wollen auch Schulen in offener und gebundener Form in das Ganztagschulprogramm aufnehmen. – Bislang war das alles nicht möglich. Jetzt sagen Sie, für die Gymnasien gibt es so eine Art Sonderstatus, quasi eine vierte Form von Ganztagschule. Sie bekommen nämlich 60.000 € überwiesen.

Das hat mit Ihrer eigenen Ganztagschulrichtlinie überhaupt nichts mehr zu tun. Das ist von den formalen Kriterien noch einmal weniger als die pädagogische Mittagsbetreuung. Herr Minister Banzer, auch hier frage ich Sie: Wieso nur die Gymnasien? – Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben.

Ich möchte Sie einmal auf eine Absurdität Ihrer Politik hinweisen. Der Landtag hat beschlossen, kooperative Gesamtschulen können zwischen G 8 und G 9 wählen. Wenn das jetzt eine Schule zum nächsten Schuljahr tut und in G 9 geht, dann bekommt diese kooperative Gesamtschule nach Ihrer Politik für ihre 5. Klassen keine kleineren Klassengrößen und wird nicht privilegiert ins Ganztagschulprogramm aufgenommen. Wenn sie aber in G 8 geht, bekommt sie das. Welchen Sinn soll das denn haben? Die gleiche Schule wird abhängig davon, ob sie sich für G 8 oder G 9 entscheidet, unterschiedlich behandelt.

Das zeigt: Herr Minister Banzer, Sie sind hier auf einem ganz gefährlichen Weg zur Privilegierung der Gymnasien. Eine Privilegierung der Gymnasien aber darf es nicht geben. Auch die anderen Schulen leisten eine ganz hervorragende Arbeit zur Förderung der Schülerinnen und Schüler und müssen deshalb auch an diesen Maßnahmen partizipieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auch bei den Schulbüchern agieren Sie wieder ausschließlich für die Gymnasien. Ich glaube, auch an den anderen Schulen gibt es riesige Probleme bei der Ausstat-

tung mit Schulbüchern und bei dem Zustand dieser Bücher – warum nur die Gymnasien?

Herr Minister, ich glaube, das weist auf etwas hin, wovon Sie sich drücken – das ist die Vorlage eines Nachtragshaushalts. Wenn wir mit dem Ernst machen wollen, was alle Fraktionen in diesem Landtag in ihren Wahlprogrammen geschrieben haben, dass sie nämlich mehr in Bildung investieren wollen, dann wäre es absolut notwendig, einen Nachtragshaushalt vorzulegen, dann bräuchten wir endlich von dieser Regierung einen Bericht über den Finanzstatus des Landes, damit dieser Hessische Landtag sehr verantwortlich entscheiden kann, wie er mehr in Bildung investieren kann.

Herr Minister Banzer, ich fordere Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass diese Landesregierung spätestens nach der Sommerpause diesen Nachtragshaushalt vorlegt. Denn nur mit solchen Änderungen im Haushalt können wir wirklich mehr in Bildung investieren. Alles andere sind wichtige Korrekturen, aber um für unsere Schulen wirklich einen Sprung machen zu können, brauchen wir einen Nachtragshaushalt und die Gestaltung des Haushalts 2009. So lange Sie das nicht tun, verwehren Sie eine Debatte darüber, welche Prioritäten wir setzen wollen und wie wir mehr Geld in Bildung investieren können. Ich glaube, es wäre sehr notwendig, hier keine Zeit zu verlieren.

Wenn die Landesregierung schon angekündigt hat, den Landeshaushalt 2009 aus Unwilligkeit oder Unfähigkeit nicht fristgerecht vorlegen zu können, dann zeigt das: Wir verlieren für notwendige Veränderungen an unseren Schulen immer mehr Zeit, weil Sie hier keine Debatte über den Finanzstatus des Landes zulassen. Herr Minister, das richtet sich an die gesamte Regierung.

Ich möchte noch auf etwas eingehen, was Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben.

(Peter Beuth (CDU): Sehr wenig überzeugend! – Mark Weinmeister (CDU): Ganz dünn!)

– Wenn jetzt der Kollege Weinmeister „Ganz dünn!“ dazwischenruft, dann gilt das, wie ich glaube, für die Besetzung der CDU-Fraktion während dieser Debatte. Die ist in der Tat ganz dünn, wenn ich so in Ihre Reihen schaue.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Das zeigt einmal mehr, wie viel Rückhalt Herr Minister Banzer mit seinen Vorschlägen in der CDU-Fraktion hat. Die Beteiligung an dieser Debatte zeigt das.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist kein Niveau!)

Herr Minister, in Ihrer Regierungserklärung haben Sie mehrfach darauf hingewiesen –

(Mark Weinmeister (CDU): Man muss Gemeinsamkeiten auch ertragen können!)

– Herr Kollege Weinmeister, Zwischenfragen sehr gerne, Zwischenrufe bitte ein bisschen weniger.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist das freie Recht des Abgeordneten!)

Sie haben darauf hingewiesen, man müsse aufpassen, dass der Hessische Landtag keine Unruhe an die Schulen bringe und dass es nicht eine Vielzahl von unabgestimmten Reformen gebe.

Da sage ich Ihnen sehr deutlich: Herr Minister, diese Arbeitsteilung, die Sie in Ihrer Regierungserklärung nahele-

gen – was der Landtag an Veränderungen macht, gegebenenfalls mit Mehrheiten, an denen die CDU nicht beteiligt ist, sei Chaos; und das, was Sie machen, sei der Weisheit letzter Schluss –, werden wir nicht akzeptieren.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

– Herr Minister Weimar, wenn ausgerechnet Sie sich jetzt auch noch in diese Debatte einbringen, ausgerechnet beim Thema Chaos, haben Sie Ihr Stichwort gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich begrüße es natürlich, dass Sie sich beim Thema Chaos einbringen, und verstehe, dass Sie sich da angesprochen fühlen.

So aber geht die Arbeitsteilung nicht: Wenn die einen Veränderungen vorschlagen, sorgt das für Chaos; wenn die anderen Veränderungen vorschlagen, ist das in Ordnung.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

– Herr Weimar, Sie laden mich geradezu ein: Je länger Sie dazwischenrufen, umso mehr muss ich an Chaos denken, und es ist natürlich auch klar, dass das an der Qualität Ihrer Zwischenrufe liegt.

So funktioniert das nicht. Ich glaube, dieser Hessische Landtag hat gestern sehr verantwortlich unter Beweis gestellt, dass er Korrekturen am Schulgesetz voranbringt, die die Entwicklungen an unseren Schulen fördern. Mit dem gestrigen Tag hat dieser Hessische Landtag entschieden, dass Durchlässigkeit wieder das Prinzip und der Handlungsauftrag für unser Schulsystem ist. Das ist auch gut so – dass Schülerinnen und Schüler wieder zu jedem Zeitpunkt gemäß ihren individuellen Begabungen gefördert werden.

Gestern hat der Hessische Landtag sehr verantwortlich beschlossen, das Bürokratiemonster Unterrichtsgarantie plus abzuschaffen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

und dass wir an unseren Schulen eine wirklich verlässliche Unterrichtszeit bekommen, die diesen Namen verdient: ohne bürokratische Gängelung, mit mehr Entscheidungsspielraum für die Schulen.

Gestern hat dieser Hessische Landtag sehr verantwortlich entschieden, dass die kooperativen Gesamtschulen eine Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 bekommen, und somit einen sehr wesentlichen Beitrag zur Korrektur der vermurksten verkürzten Schulzeit zum Abitur geleistet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gestern hat der Hessische Landtag sehr verantwortlich entschieden, dass wir die Möglichkeit zur Querversetzung einschränken, und präzisiert, dass Querversetzung nicht ein Regelinstrument des Schulsystems ist, sondern die absolute Ausnahme in pädagogisch begründeten Einzelfällen. Auch das ist eine wesentliche Änderung, die dieser Hessische Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN beschlossen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister Banzer, es war auch kein Anflug von Irritation, sondern eine sehr verantwortliche Entscheidung, dass künftig integrierte Gesamtschulen leichter gegründet werden können und dafür die Zweizügigkeit aus-



reicht. Auch das ist ein wichtiger Schritt, um zu längerem gemeinsamen Lernen für Schülerinnen und Schüler zu kommen.

Wir haben noch etwas getan: Wir haben die Richtgrößen zur Klassenbildung – die landauf, landab dazu geführt haben, dass für die Frage, ob ein schulisches Angebot erhalten bleiben soll, nicht pädagogische Erwägungen ausschlaggebend waren, sondern statistische Größen, wie das die Vorgängerregierung eingeführt hat – wieder abgeschafft. Herr Minister, das hat der Hessische Landtag mit dem gestrigen Tag sehr verantwortlich korrigiert.

Herr Banzer, wir sollten auch – darüber haben Sie wenig gesagt – über die Perspektiven reden. Aus der Sicht meiner Fraktion ist völlig klar: Das, was der Hessische Landtag gestern hier beschlossen hat, was Sie an Vorschlägen zur Korrektur von G 8 vorgelegt haben, können nur erste Schritte sein. Alle Fraktionen dieses Hessischen Landtags sind aufgefordert, nach der Sommerpause auf der Grundlage der Ergebnisse der Landtagsanhörung in der übernächsten Woche ihre Vorschläge zur Perspektive des Bildungssystems zu machen. Denn unsere Schulen brauchen über diese Perspektive Klarheit. Sie brauchen Verlässlichkeit, wie es weitergehen soll. Herr Banzer, darüber aber haben Sie in Ihrer Regierungserklärung nichts gesagt, wohn es denn gehen soll.

Unsere GRÜNEN-Perspektive ist sehr klar: Wir wollen mehr Ganztagsangebote, in offener wie gebundener Form, für alle Schulen. Unsere Perspektive ist sehr klar: Wir wollen eine bessere Lehrer- und Finanzausstattung, möglichst schnell für alle Schulen. Deswegen brauchen wir diesen Nachtragshaushalt. Unsere GRÜNEN-Perspektive ist klar: Wir wollen längeres gemeinsames Lernen an mehr Schulen in unserem Land, denn wir GRÜNE sind der Überzeugung, mit längerem gemeinsamen Lernen können wir für alle Schülerinnen und Schüler in unserem Land bessere Ergebnisse erreichen. Aber wir GRÜNE sagen ebenso klar: Dieser Weg muss von den Schulen und den Eltern ausgehen. Aber wir müssen endlich den Schulen, die sich auf den Weg machen wollen, die Perspektive geben, dass sie längeres gemeinsames Lernen anbieten und so zu Schulen nach finnischem Vorbild werden können.

Herr Banzer, über diese Perspektiven haben Sie geschwiegen. Deshalb kann ich am Ende meiner Rede feststellen: Es gibt in diesem Hause viele Gemeinsamkeiten, auch teilweise in ungewöhnlichen politischen Kombinationen, wenn es um die Korrektur der Fehler der Vergangenheit geht.

Ich glaube, die spannende Debatte nach der Sommerpause auf der Grundlage der Landtagsanhörung wird über die Frage sein: Wo finden sich in diesem Hessischen Landtag die Mehrheiten zur Gestaltung der Zukunft unserer Schulen sowie dafür, für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen? Ich habe den Eindruck, da ich glaube, dass der Erkenntnisprozess der hessischen CDU in Bezug auf ihre Fehler der vergangenen neun Jahre nicht sehr groß ist, dass sie die Antwort darauf, wo diese Gemeinsamkeiten vorhanden bzw. mit wem sie zu gestalten sind, bereits geben könnte. Das ist heute aber noch nicht gewollt. Für heute bleibt festzustellen: Herr Banzer, in Bezug auf die Korrektur beim G 8 haben Sie sehr gut geschrieben. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als Nächster hat Herr Irmer für die Fraktion der CDU das Wort.

### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Wagner, Sie haben auf der einen Seite die Veränderungen beim G 8, die vom Minister vorgeschlagen wurden, begrüßt. Auf der anderen Seite hatte ich den Eindruck, dass Sie sich nicht so richtig über diese freuen konnten, da er Ihnen nun ein „politisches Spielzeug“ aus der Hand genommen hat. Ihre Freude war sehr verhalten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir schon gemeinsam Politik machen, was die Konstellation auch teilweise erfordert, dann meine ich, dass wir auch die Größe haben sollten, zu sagen: Das war ein guter Wurf. – Es steht Ihnen natürlich zu, zu sagen, dass wir von Ihnen einen Teil übernommen hätten. Das ist in Ordnung. Ich bin aber der Meinung, dass wir im Kern einen großen Schritt weitergekommen sind. Ich möchte daher an dieser Stelle dem Kultusminister herzlich zu dieser Leistung, die er hier vollbracht hat, gratulieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es ist Ihnen gelungen, in einem schwierigen Fahrwasser dazu beizutragen, berechtigterweise etwas mehr Ruhe an die „schulische Front“ zu bekommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat es denn schwierig gemacht?)

– Lieber Herr Kollege Kaufmann, es bestreitet niemand, dass auch wir nicht fehlerfrei sind. Es mag sein, dass Sie ohne Fehler durchs Leben marschiert sind. Ich bin aber der Meinung, dass es zur Wahrheitsfindung dazugehört, zu sagen: Wir sind alle nur Menschen. Wir machen alle Fehler, und manchmal machen wir auch Fehleinschätzungen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gerade aus Ihrem Munde!)

– Passt Ihnen das etwa auch nicht? Es passt Ihnen nicht, wenn wir sagen, wir machen alles richtig. Wenn wir Ihnen aber sagen, dass wir auch Fehler machen, dann passt es Ihnen wieder nicht. Sie müssen sich langsam entscheiden und sagen, was Sie wollen. Ich weiß nicht, ob es überhaupt noch eine Chance gibt, dass Sie einmal sagen werden: Sie da vorne haben recht, aber Schwamm darüber.

Der Minister hat es aus unserer Sicht wirklich geschafft, in einer sehr schwierigen Phase dazu beizutragen, zu einer Entspannung und Beruhigung der Materie zu gelangen. Ich finde es ebenfalls gut, dass Regionalversammlungen stattgefunden haben und dass er mit den Lehrerverbänden und dem Landeselternbeirat gesprochen hat. Er hat außerdem mit den schulpolitischen Sprechern der Fraktionen gesprochen. Wenn man überlegt, dass es in Verbindung mit der Lehrplanstraffung von über 100 Schulen insgesamt über 500 Rückmeldungen inhaltlicher Art gegeben hat, ist festzustellen, dass dies nicht nur positiv ist, sondern, Herr Kollege Wagner, man könnte sogar, da sich so viele beteiligt haben, von einer Basisdemokratie sprechen. Es handelt sich also rundum um ein positives Verfahren.

(Beifall bei der CDU – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein anderes Prinzip!)

Das Thema bleibt uns gleichwohl erhalten, da wir über Bildungsstandards und Kerncurricula noch zu sprechen haben werden. Wir müssen – das ist aufgrund der Rede des Ministers deutlich geworden – insgesamt Folgendes zum Ziel haben: mehr Entscheidungsfreiheit sowie Verantwortung für die einzelnen Schulen durch eine Flexibilisierung der Stundentafeln; Ganztagsangebote, was die pädagogische Mittagsbetreuung anbelangt, zunächst einmal in Bezug auf die G-8-Schulen, um die es nun geht; und, Herr Kollege Wagner, wir wollen ausdrücklich den Einstieg in die Dreißigerregelung.

Herr Kollege Wagner, Sie und die Kollegen von der Sozialdemokratie haben schulpolitische Forderungen gestellt; und alles kostet unterm Strich und in letzter Konsequenz viel Geld. Wir wissen – ich glaube, diese Auffassung teilen wir –, dass dies nicht alles gleichzeitig umsetzbar ist. Frau Kollegin Habermann hat während einer Diskussion mit dem Landeselternbeirat ebenfalls gesagt, dass man das Ganze prioritär sehen müsse. Ich teile ausdrücklich die Auffassung, dass man Prioritäten setzen muss. In diesem Zusammenhang kann man darüber streiten, wo man anfängt. Damit bin ich einverstanden.

Es hat nun aber eine Festlegung stattgefunden, indem gesagt wurde, dass wir bei den G-8-Klassen, und zwar ab der Klasse 5, mit der Dreißigerregelung starten. Wir brauchen nicht darüber zu streiten, dass dies perspektivisch auf alle übertragen werden muss. Dennoch ist es richtig, dass der Einstieg an dieser Stelle stattgefunden hat.

Meine Damen und Herren, bei allen Bemühungen um Konsens und Gemeinsamkeiten möchte ich gleichwohl deutlich machen, dass wir nicht all das akzeptieren können, was politisch vorgeworfen wurde. Herr Kollege Wagner und Frau Kollegin Habermann, es ist, politisch gesehen, zu verstehen, dass Sie erklärt haben, es sei ein ganz schreckliches Chaos gewesen, das Sie in den vergangenen neun Jahren vorgefunden hätten, und alles sei ganz schlimm gewesen. Ich glaube aber, dass man gelegentlich der Wahrheit die Ehre geben und darauf hinweisen muss, was wir in den vergangenen Jahren Gutes getan haben. Aber das reklamieren Sie heute wie selbstverständlich für sich. Wenn wir heute über 3.500 Lehrer netto mehr im Schuldienst haben, dann ist dies für dieses Land sowie die Bildung unserer Kinder durchaus positiv.

(Beifall bei der CDU)

Dass wir heute 2.100 Referendare mehr in der Ausbildung haben, ist auch für den Lehrernachwuchs sowie für die Zukunftsfähigkeit des hessischen Bildungswesens gut.

Meine Damen und Herren, Sie hatten während Ihrer Regierungsverantwortung versprochen, mehr Referendarstellen zu schaffen. Ich will aber nur darauf hinweisen, dass Sie das nicht gemacht haben. Zu Ihrer Zeit waren es noch 2.600. Aktuell haben wir 4.700 Stellen. Ich begrüße ausdrücklich, dass wir uns darauf verständigen konnten, in einem gemeinsamen Antrag zu sagen: Wir wollen die Anzahl der Referendarstellen, die nun schon vorhanden sind, noch einmal erhöhen, sodass wir für die beiden Ausbildungsjahrgänge statt der 4.700 Referendarstellen künftig 5.600 haben werden.

(Beifall bei der CDU)

Das finde ich hervorragend. Es zeigt aber auch, dass wir gemeinsam daran interessiert sind, die möglicherweise

vorhandene Problematik der fehlenden Lehrer zu lösen – gerade in den Fächern, die wir im Allgemeinen als Mangelfächer kennen.

Ich darf darauf verweisen, dass wir die Mittel – egal, ob Sie dies U+, verlässliche Schule oder Vertretungsmittel nennen; es interessiert mich offen gestanden im Moment auch nicht – erhöht haben. Zu Ihrer Regierungszeit betrug diese 5,7 Millionen €. Wir haben heute für den gleichen Zweck 52 Millionen € zur Verfügung gestellt. Das ist das Zehnfache. Auch das hat dazu geführt, dass Bildung in Hessen verlässlicher und besser geworden ist.

Sie haben den Ausbau der Ganztagsangebote angesprochen. Sie haben kritisiert, dies sei alles zu wenig und zu langsam gegangen. Hierüber kann man in der Tat streiten. Aber auch in diesem Zusammenhang gilt – auch das ist die Wahrheit, und das wissen Sie –, dass Sie während Ihrer eigenen Regierungsverantwortung nicht ein einziges zusätzliches Ganztagsangebot genehmigt haben.

(Beifall bei der CDU)

In den Jahren von 1995 bis 1999 war die Anzahl gleich geblieben, und zwar in der Größenordnung von rund 130 bzw. 140 Angeboten. Heute haben wir 530 Angebote. Das heißt, wir haben in dieser Zeit gemeinsam eine Vervierfachung erreicht. Das ist ein Fortschritt; und wir haben mehr als 130 Angebote geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen dies ganz konsequent weiterhin ausbauen. Das beinhaltet logischerweise nicht nur die Ganztagsangebote in offener, sondern auch Ganztagschulen in gebundener Form.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Wir müssen dies sukzessive und in aller Ruhe fortführen.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zum Schulbuchetat. Es ist bereits angesprochen worden, dass wir ein Defizit vorgefunden haben, da der Schulbuchetat chronisch unterfinanziert war. Wir haben im Jahre 2006 im Rahmen der Haushaltsplanungen beschlossen, die Schulbuchmittel zu erhöhen. Es gab hierfür ein Sonderprogramm in Höhe von fünf mal 5 Millionen €, sodass noch einmal 25 Millionen € obendrauf kamen.

Wir haben bei den Kindergärten und den Haupt- und Realschulen eine Reihe von Veränderungen getätigt. Wir haben den Bildungs- und Erziehungsplan sowie Sprachvorkurse beim Übergang vom Kindergarten zur Grundschule eingeführt. Wir haben das Ziel der Grundschule erst einmal inhaltlich definiert. Wir haben Orientierungsarbeiten sowie schulformbezogene Lehrpläne und Stundenpläne eingeführt, und wir haben die Querversetzung eingeführt, die Sie de facto belassen wollen.

Sie argumentieren jetzt, das sei nur noch ausnahmsweise der Fall. Sie müssen Ihren Wortbruch in pädagogischer Hinsicht in irgendeiner Weise rechtfertigen. Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Habermann, die Querversetzung war immer nur ein Ausnahmetatbestand für pädagogisch begründete Einzelfälle. Bei den Gymnasien gibt es eine Querversetzungsquote von 1,8 %. Allein das macht deutlich, dass es pädagogisch begründete Einzelfälle sind. Nichts anderes war jemals gemeint.

(Beifall bei der CDU)

Das, was Sie jetzt hier formulieren, ist im Grunde genommen ein Rückschritt, weil Sie anerkennen müssen, dass Sie die Abschaffung der Querversetzung nicht hinbekom-

men. Wenn jetzt zumindest die Klassen 5 und 6 drin sind, ist das sicherlich besser als das, was Sie ursprünglich gefordert haben.

Abschlussprüfungen in der Hauptschule, Abschlussprüfungen in der Realschule, SchuB-Klassen. Der Minister hat zu Recht darauf hingewiesen: In Ihrer Regierungsverantwortung sind 22,9 % der Hauptschüler ohne Abschluss abgegangen – 22,9 %. Die aktuelle Quote liegt bei 10,5 %.

(Axel Wintermeyer (CDU): Aha!)

Meine Damen und Herren, das sind immer noch 10 % zu viel. Darüber sind wir uns einig.

(Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Aber was haben Sie denn, bitte schön, selbst dazu beigegeben, diese horrenden Zahlen zu reduzieren?

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Ergebnis unserer Bildungspolitik der Vergangenheit.

(Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Oberstufenreform, Lehrerbildungsgesetz, das ist praxisnäher. Außerdem haben wir – Frau Kollegin Henzler hat zu Recht darauf hingewiesen – die Schulwahlfreiheit in diesem Land teilweise erst wieder ermöglicht, wo sie gar nicht vorhanden war. Wir möchten, dass die Menschen auf Dauer in der Lage sind, auf der Basis der Eignung ihrer Kinder frei zu entscheiden, in welche Schulform sie ihre Kinder schicken. Das möchte ich nicht als Staat vorschreiben, sondern wir wollen, dass die Eltern das entscheiden. Wir brauchen ein begabungsgerechtes, vielfältiges und vielgliedriges Schulsystem, weil die Kinder unterschiedliche Begabungen haben. Sie brauchen unterschiedliche Lernangebote.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb sage ich in aller Deutlichkeit: Bei allen Fehlern, die wir gemacht haben, können wir in der Summe gleichwohl stolz auf das sein, was in den vergangenen neun Jahren in diesem Land in der Bildungspolitik geleistet worden ist.

(Beifall der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Dass wir Anlass haben, darauf stolz zu sein, will ich mit einem aktuellen Gutachten belegen, das erst wenige Tage alt ist, einem Länderprofil des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. Ich will das nicht überhöhen. Wir haben in der Vergangenheit häufig Gutachten unterschiedlichster Art gehabt. Wir haben sie häufig auch relativiert, weil jedes Gutachten kleine Fehlerquellen haben mag. Ich will aber einige wenige Sätze aus diesem Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft zitieren.

Hessen ist einer der Motoren, der die Reform- und Innovationstätigkeit im Schulsystem mit am stärksten antreibt. Das Land gehört zur Spitzengruppe der Bundesländer. Dem Land ist eine hohe Innovationsbereitschaft zu bescheinigen.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Das gilt fast uneingeschränkt für sämtliche Qualitätsbereiche. Hessen hat beste Voraussetzungen für die Qualitätssicherung und die Autonomie von Schulen geschaffen. Auch beim Umgang mit Zeitressourcen punktet das Land. Hessen sorgt für frühe und flexible Einschulung und hat auch die

gymnasiale Schulzeit (wie alle anderen Bundesländer auch) auf acht Jahre verkürzt.

Meine Damen und Herren, Note 2+. Deshalb sage ich: Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU)

Das ist Ergebnis dessen, was wir bildungspolitisch in der Vergangenheit gemacht haben.

Lassen Sie mich auf das eingehen, was der Minister, aus meiner Sicht ebenfalls völlig zu Recht, gesagt hat, was aber nicht nur von ihm gesagt worden ist, sondern auch von der Vereinigung der Schulaufsichtsbeamten, von Lehrerverbänden und vom Landeselternbeirat: „Freunde, wenn ihr Bildungspolitik macht: Wir haben Verständnis dafür, wenn es andere parlamentarische Mehrheiten gibt, dass man dann versucht, das, was man selbst für richtig erkannt hat, umzusetzen. Das ist völlig normal.“ Aber alle, unisono, haben gesagt: „Tun Sie uns einen Gefallen. Bitte keine Atomisierung, keine Kleinteiligkeit.“ – Frau Kollegin Habermann, Sie haben vorgestern auf der anderen Veranstaltung, an der wir gemeinsam teilgenommen haben, selbst von kleinteiligen Anträgen gesprochen, die Sie hier gestellt haben.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Deshalb möchte ich in der Tat an Sie alle, an uns alle, appellieren, diese Kleinteiligkeit einen kleinen Moment wegzudenken und zu überlegen, ob wir nicht gemeinsam ein Schulgesetz zimmern können, in dem wir gemeinschaftlich sagen: Wir haben ein paar Grundsätze, die wir versuchen, in die Tat umzusetzen. Das wird nicht bedeuten, dass wir uns in Grundsatzfragen, was die Schulstruktur angeht, einig sein müssen. Da wird es auf Dauer unterschiedliche Auffassungen geben. Die sind nicht kompatibel. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Ich möchte Ihnen abschließend einige wenige Punkte im Sinne eines Ausblicks nennen. Ich könnte mir vorstellen, dass diese Punkte in der Sache gar nicht so streitig sind. Wenn wir diese Punkte gemeinsam in ein Schulgesetz kleiden und bestimmte ideologische Streitpunkte ausklammern, dann könnte es sogar gelingen, dass wir etwas Gemeinsames machen. Denn bis Ende nächsten Jahres gilt das Schulgesetz. Vielleicht kommt man nach der gemeinsam beschlossenen Anhörung im Ergebnis dazu, zu sagen: Das ist in der Tat so übergreifend, dass wir versuchen, das in das Schulgesetz einzubringen.

Ich möchte stichwortartig die enge Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen nennen. Stichwortartig sei der Bildungs- und Erziehungsplan mit verbessertem Personalschlüssel ebenso genannt wie die Fortbildungsbereitschaft der Erzieherinnen, die im Übrigen extrem groß ist. Häufig können die Erzieherinnen gar nicht alle Fortbildungen wahrnehmen, weil es nicht genug Fortbildungsangebote gibt. Da ist eine Riesenbewegung in der Sache. In Teilbereichen müssen wir sicherlich auch über eine Veränderung der Ausbildung zur Erzieherin diskutieren.

Ich glaube, auch die flexible Eingangsstufe gehört zu der Thematik der parteiübergreifend geltenden Punkte. Der Erhalt der kleinen Grundschulen ist für uns aus pädagogischen Gründen eine ganz zentrale Frage. Ob ich eine Hauptschule verbundene Haupt- und Realschule nenne oder eine Stadtteilschule Regionalschule oder wie auch immer nenne, ist relativ unerheblich und sollte außen vor gelassen werden. Entscheidend ist: Wir haben Hauptschüler. Sie sind da, egal wie ich sie nenne. Um diese Kinder muss ich mich kümmern.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist die Frage, ob wir aus Hauptschulen eine Art Berufsfindungsschule machen – als Arbeitstitel –, mit einer veränderten Hauptschuldidaktik und -pädagogik, mit weniger Kindern in der Klasse, gerade in den Hauptschulen, mit weniger Unterrichtsverpflichtung für Hauptschullehrer, die im Grunde genommen mehr sozialtherapeutische Arbeit übernehmen müssen, die in das soziale Umfeld ihrer Kinder eintauchen müssen, von denen sie – das ist kein Vorwurf – häufig gar nicht viel wissen. Da stoßen teilweise Welten aufeinander. Da müssen wir aus meiner Sicht ansetzen.

Wir brauchen eine Realschule mit einem eigenen Profil. Ich glaube, es ist völlig unstrittig, dass die Berufsschulen im Sinne von SV+ weiterentwickelt werden müssen. Auch so etwas kann in einem gemeinsamen Schulgesetz implementiert werden.

Stärkung der Förderschulen. Die Kollegen leisten dort hervorragende Facharbeit. Das ist auch etwas, was mich unter pädagogischen Aspekten umtreibt, wenn wir über das Thema gemeinsamer Unterricht diskutieren. Ich weiß nicht, ob viele von Ihnen schon an einer Förderschule unterrichtet haben oder häufig dort waren. Meine Damen und Herren, das, was dort von Förderschullehrern geleistet wird, kann nicht jeder Pädagoge leisten.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann ganz persönlich als Gymnasiallehrer sagen: Ich glaube nicht, dass ich in der Lage wäre, diese Aufgabe in der Form durchzuführen, wie es die gelernten Förderschullehrer können. Deshalb brauchen wir die unterschiedlichen, differenzierten und begabungsgerechten Ausbildungsgänge.

(Norbert Kartmann (CDU): So ist es! Das kann nur beurteilen, wer die Schulform kennt!)

Ich glaube auch, dass es unstrittig ist, in einem gemeinsamen Schulgesetz Ganztagsangebote, in welcher Form auch immer, zu fixieren.

Eigenverantwortung der Schulen. Frau Kollegin Henzler hat wie andere darauf hingewiesen, dass wir die Eigenverantwortung der Schulen brauchen. Dazu gehört Personal-einstellungskompetenz. Dazu gehört die Budgethoheit ebenso wie die Rechtsstellung einer Schule, die Aufgaben der Schulaufsicht, Backoffice, Unterstützungssysteme, Zusatzpersonal für die Schulen, in welcher Form auch immer. Ob das Schulsozialarbeiter oder Verwaltungskräfte für große Schulen oder Assistent-Teacher sind, sei dahingestellt. Wir sind uns in dieser Zielsetzung vom Grundsatz her durchaus einig. Was hindert uns also daran, zu versuchen, das in ein gemeinsames Schulgesetz einzubringen?

Ich glaube, dass wir uns einig darüber sind, dass wir auch Entlastungsmomente für Pädagogen brauchen. Wir brauchen eine veränderte Lehrerausbildung, nicht nur in der zweiten Ausbildungsphase – dazu liegt jetzt ein Antrag der FDP vor –, sondern auch in der ersten Ausbildungsphase im Sinne von noch mehr Praxisbezug, als wir dies derzeit haben.

Die Entlastungsmomente für Pädagogen halte ich persönlich für richtig und wichtig. Wir haben beispielsweise – das ist nicht mehr Diskussionsgegenstand, weil es schon selbstverständlich ist – die Altersteilzeit für Lehrer eingeführt. Wir haben den Lehrern die Altersentlastung, die Rot-Grün – auch das gehört zur Wahrheit – zurückge-

nommen hatte, wiedergegeben. Auch das ist ein Beitrag zur Entlastung dieses Berufsstandes.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem haben wir den Lehrern die Vorgriffsstunde, die Sie nicht vorhatten zurückzugeben, zurückgegeben – jetzt, aktuell, mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.

Meine Damen und Herren, kurzum: Wir müssen gemeinsam daran arbeiten – das halte ich auch für selbstverständlich –, dass die Klassen insgesamt kleiner werden. Ich glaube, dass wir die Chance haben. Wenn die Schülerzahl insgesamt zurückgeht, muss es unser Bestreben sein, die Zahl der Planstellen, die wir haben, zu erhalten. Alle Parteien haben in ihren Programmen gesagt: On top wollen wir in Schulen eine unterschiedlich große Zahl von Stellen zusätzlich schaffen. Wir können, glaube ich, auch diese Entlastungsmaßnahmen für Kolleginnen und Kollegen in letzter Konsequenz erreichen.

Ziel muss es sein, dass sich der Lehrer auf seine pädagogische Profession konzentrieren kann: auf die Wissensvermittlung und die Erziehung der Kinder. Wenn ich von Wissensvermittlung und Erziehung spreche, möchte ich damit deutlich machen, dass dies ein gemeinsamer Prozess ist. Es kann nicht sein, dass die einen für die Wissensvermittlung und die anderen nur für die Erziehung zuständig sind. Die Bildung, Ausbildung und Erziehung unserer Kinder sind ein Gemeinschaftswerk von Elternhaus und Schule. Wir müssen dafür sorgen, dass beide Seiten ihren Teil zum Gelingen des Ganzen beitragen.

Deshalb sage ich sehr deutlich – das hat der Minister ebenfalls sehr klar gesagt, und wie man das formuliert und ob das im Rahmenplan der SPD oder woanders steht, ist, offen gestanden, völlig egal –: Das Kind steht im Mittelpunkt aller unserer Bemühungen. Alles, was wir machen müssen, ist, Kindern eine gute Bildung zu geben und sie gleichzeitig gut zu erziehen, damit sie in ihrem Leben vorankommen, auf eigenen Füßen stehen können und zum Gelingen dieser Gesellschaft einen wertvollen Teil beitragen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube – es ist unstrittig, wenn ich das in dieser Form sage; das stelle ich mir zumindest so vor –, wenn es gelingt, diese wenigen – Pars pro Toto – Grundsätze gemeinsam zu diskutieren, könnten wir vielleicht etwas schaffen, was dieser Landtag noch nie geschafft hat, nämlich ein Schulgesetz auf den Weg zu bringen, das von einer großen, breiten Mehrheit getragen wird. Ich glaube, das würde dem System Schule, den Pädagogen, aber auch den Eltern guttun. Deshalb sollten wir uns gemeinsam die Zeit nehmen, bis zum Herbst nächsten Jahres zu versuchen, so etwas in die Tat umzusetzen. Des Schweißes der Edlen wäre es sicherlich wert. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Cárdenas, Fraktion DIE LINKE.

**Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte als Erstes noch einmal die Experten für das Schulwesen be-

grüßen – Experten, weil sie sehr viel Zeit in der Schule verbringen –, nämlich die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer, die hier noch anwesend sind. Eben gerade waren es noch viel mehr. Ich freue mich sehr, dass sie hier sind.

Erst einmal mein genereller Eindruck: Herr Banzer, Sie haben Ihre Sache gut gemacht. Gerade als Psychologin sage ich: Hut ab. Was war denn nach dem Chaos und der Unruhe angesagt, die Frau Wolff in der Bildungspolitik an den Schulen hinterlassen hatte? Was war angesagt, um sich angesichts von möglichen Neuwahlen als Partei CDU wieder positiv ins Gespräch zu bringen?

Es ging vor allem darum, die Krise zu bewältigen – das haben Sie auch selbst ausgeführt – und für Ruhe an den Schulen zu sorgen. Das Wort „Ruhe“ haben Sie, glaube ich, fünfmal in Ihrem Bericht und auch noch ein paar Mal, als Sie hier eben gesprochen haben, erwähnt. Sie wollten für neues Vertrauen in die Politik der CDU sorgen. Sie wollten in erster Linie gut Wetter an den Schulen machen und das Gespräch suchen. Die Schulen sollten sich endlich wieder ernst genommen fühlen. Sie sollten als Partner, nicht als diejenigen, die das auszubaden haben, was die da oben sich so ausgedacht haben, wahrgenommen werden.

Ich möchte an diesem Punkt etwas aufgreifen, was Frau Henzler, die leider im Augenblick nicht da ist, gesagt hat.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Doch!)

– Ach, da hinten sitzt sie. – Ich denke, Sie haben richtig angemerkt, dass Herr Banzer Brandherde löschen wollte. Aber ich denke, man muss ergänzen, dass er bzw. die CDU diese auch selbst gelegt hat. Es gibt da ein Sprichwort. Wir haben eben danach gesucht, haben es aber leider nicht gefunden.

Ich möchte Frau Henzler aber an dem Punkt deutlich widersprechen, wo sie sagt, dass keine vernünftigen Möglichkeiten existierten, in einer Klasse oder auch nur in einer Schule alle Kinder zieldifferent zu fördern. Ich denke, da gibt es längst bewährte Möglichkeiten, die nicht nur im Ausland deutlich nachgewiesen sind.

Ich habe mich anfangs oft gefragt, warum eigentlich nicht die Sozialministerin, Frau Lautenschläger, die Nachfolge von Frau Wolff angetreten und damit ein weiteres Ressort übernommen hat. Schließlich ist sie für diesen Posten doch als Verantwortliche für Kindertagesstätten und frühkindliche Bildung prädestiniert. Der hessische Bildungs- und Erziehungsplan betrifft schließlich die Kinder von 0 bis 10 Jahren, umfasst also auch die Grundschulen.

Ich verstehe inzwischen besser, dass und warum Sie als der bessere Kandidat gelten. Man glaubte, Sie könnten glaubhaft verkörpern, dass es Ihnen nicht um Bedrohungsgesten geht, sondern darum, erst einmal Ruhe einkehren zu lassen, den Druck herauszunehmen und Ängste an den Schulen abzubauen. Sie sind augenscheinlich in der Lage, den Schulen auf den ersten Blick das zu geben bzw. zurückzugeben, was sie so lange vermissen mussten.

Sie haben ihnen Vertrauen in ihre Fähigkeiten ausgesprochen, und Sie haben ihre Leistung angesichts schwieriger Bedingungen anerkannt. Das ist die Voraussetzung, um das Gespräch nicht nur zu suchen, sondern auch zu finden. Sie haben quasi die weiße Toga angelegt, sind heruntergestiegen vom Olymp des Hessischen Landtags und haben es wie Balu der Bär „mal mit Gemütlichkeit“ anstatt mit Drohgebärden und dem Prinzip „bad guy – good guy“ versucht.

Ich glaube Ihnen, wenn Sie schreiben, dass Sie überall in den Schulen eine positive Aufnahme gefunden haben. Ich glaube, die Schulen waren über diese Wende im Stil sehr erleichtert. Aber ob das reicht, das ist die große Frage. Die Schulen wollen sicherlich, dass ihre Leiden gesehen und ernst genommen werden, dass die Politik, dass also wir uns aufmachen, das zerschlagene Porzellan wieder zu kitten, dass wir aber auch das Landesportemonnaie aufmachen, um nicht nur die schlimmsten Engpässe zu beseitigen, sondern auch langfristig eine solide Finanzierung auf die Beine zu stellen, mit der das Bildungsland Hessen wieder nach vorne kommen kann.

Sie wissen, Sie werden Ihre Versprechen halten müssen. Die Schulen werden sich nicht noch einmal so schnell befriedigen lassen. Aber vielleicht haben Sie auch gedacht: Bis zu den Neuwahlen wird es schon langen.

Zu Ihren einzelnen Entlastungsvorschlägen möchte ich für DIE LINKE – natürlich völlig aus dem Abseits heraus, wie Sie über uns gesagt haben – Stellung nehmen. Ihre Erklärung heißt nicht umsonst „gemeinsam für Hessens Schulen“. Sie heißt nicht „... für Hessens Schülerinnen und Schüler“. Denn bis das bei den Schülerinnen und Schülern wirklich ankommt, ist es unseres Erachtens noch ein weiter Weg.

Erstens. Zur Anpassung und Straffung der Lehrpläne. Ich bin zwar schon gespannt darauf, zu hören, was denn nun eigentlich konkret der Müll ist, der entsorgt gehört. Aber wichtig ist noch etwas anderes. Prof. Herrmann hatte in der „Süddeutschen Zeitung“ Anfang April erklärt, dass Lehrpläne in ihrem Wesen Stoffverteilungsvorschriften seien. Nach seiner Ansicht gehören sie in den Müll und sollen durch flexible Arbeitspläne für Schüler ersetzt werden. So, wie ich Lehrerinnen und Lehrer kenne – ich bin seit 20 Jahren in der Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer tätig –, werden sie davon begeistert sein, denn dieser Vorschlag von Herrn Prof. Herrmann ist doch weit näher an der Unterrichtsrealität.

Stattdessen wollen Sie die Lehrpläne auf die Kern- und Methodenkompetenz ausrichten. Was bitte schön ist das denn eigentlich? Sie kündigen Bildungsstandards und Kerncurricula an, die zum Teil noch gar nicht existieren und in ihrem Charakter als Regelstandards eigentlich eher anforderungsbezogene Leistungsstandards sind, die mit dem Begriff von Bildung, den wir LINKEN haben, nur sehr wenig zu tun haben. Wir haben einen Begriff von Bildung, der zugleich umfassende Selbstbildung und eine generell kritische Sicht auf das, was uns umgibt, einschließt.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum zweiten Punkt: Gestaltung der Kontingenzstundentafeln, die Sie eingeführt haben. Auf den ersten Blick handelt es sich um den richtigen Weg. Auch wir haben in unserem Gesetzentwurf der sechsjährigen Mittelstufe eine Umstellung der Stundentafel auf der Basis der Gesamtstundentafel in Aussicht gestellt. Aber wir haben eine jährliche Entlastung der Stundentafeln durch eine Rückkehr von fünf auf sechs Jahre vorgesehen. Sie rühren das Ganze eigentlich nur um. Jeder Hobbykoch weiß, davon wird die Suppe nicht gehaltvoller, sie brennt allerdings nicht so schnell an. Das ist das, was Sie vermutlich angetrieben hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch eines: Sie erwähnen die Gestaltungsfreiheit der dritten Fremdsprache. Wer wird sie denn freiwillig wählen

wollen angesichts des weiterhin gegebenen Leistungsdrucks? – Ich könnte noch die restlichen Schüler auf der Besuchertribüne fragen: Wer von euch wird unter dem Druck bei G 8 eine dritte Fremdsprache wählen? – Ich denke, die Antworten würden unsere Position stützen.

Zum dritten Punkt: Ganztagsangebote und Mittagstisch. Hierzu haben wir schon mehrfach Stellung genommen. Auch SPD und GRÜNE haben die Ganztagsangebote als Schwindel und Augenwischerei bezeichnet. Nach diesen angeblich ganztägigen Angeboten stehen für Schülerinnen und Schüler noch die Hausaufgaben, das Üben generell und die Vor- und Nachbereitungen für die Klassenarbeiten an. Wir fordern den Ausbau echter, d. h. gebundener Ganztagschulen, in denen die Kinder spätestens um 16.30 Uhr, an manchen Tagen auch früher, nach Hause gehen und dann chillen und abhängen und vielleicht auch Querflöte spielen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was machen die Eltern in der Zeit?)

Dabei haben auch die Lehrerinnen und Lehrer die Chance und die Verantwortung, die Schülerinnen und Schüler tatsächlich zu begleiten und über die Schulaufgaben die Lernfortschritte zu überprüfen. Wir haben gestern gehört – ich lasse mich gerne belehren, wenn ich Minister Banzer missverstanden habe –, dass die Gelder für Ganztagsangebote in 2008/2009 in Gänze für die Ausweitung der Mittagstische und Über-Mittag-Angebote an den G-8-Gymnasien vorgesehen sind. Dies wäre absolut unsozial und kann vom Hause nicht hingenommen werden. Seit Jahren warten viele Schulen, auch Grundschulen, auf die Anerkennung als offene oder gebundene Ganztagschule. Sie haben aus dem Bundestopf die Mensen schon aufgebaut, dazu haben Sie nichts beigetragen, und warten auf den Startschuss, um endlich eine andere rhythmisierte ganztägige Pädagogik anbieten zu können.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie auch nicht! – Mark Weinmeister (CDU): Was haben Sie dazu beigetragen? – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das ist eine Pädagogik, die viele Kinder so nötig brauchen. Das steht an in Standorten, für die die von Ihnen so beschworenen Sozialindizes gelten. Ich wohne in Dietzenbach. Schon vor fünf Jahren haben zwei der fünf Grundschulen nach ausgiebiger und anfangs kontroverser Diskussion die Anerkennung als gebundene Ganztagschule beantragt. Der Anteil von Migrantenkindern liegt bei 70 bis 85 %. Der überwiegende Teil der Familien ist als sozial schwach einzuschätzen. Über all die Jahre sind sie vertröstet worden. Ich meine, wir haben hier eine Verantwortung.

In einem Gymnasium handelt es sich immer nur um wenige Kinder aus bildungsfernen Schichten. Es kann nicht sein, dass wieder einmal, und diesmal mit der Begründung, Gerechtigkeit herzustellen und den Elternwillen zu erfüllen, die benachteiligten Kinder der Grundschulen abgehängt werden. Das kann auch nicht allein durch die wenigen Schüler in Schub-Klassen ausgeglichen werden. Das lassen wir nicht zu.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Turgut Yüksel (SPD))

Ich bin überzeugt, die Mehrheit des Hauses wird zeigen, dass die Verteilung der Gelder nicht mehr so akzeptiert wird. Dahin gingen auch die Aussagen meiner Vorredner von SPD und den GRÜNEN.

Ihr vierter Punkt ist die Bereitstellung von mehr Stellen für kleinere Gruppen. Toll, aber woher kommen die 100 Stellen? Abgesehen davon, dass sie nicht reichen werden, und abgesehen davon, dass auch die anderen Schulformen kleinere Klassen benötigen – das ist auch schon mehrfach ausgeführt worden –, damit das Lernen wieder Freude macht und etwas bringt. Darüber hinaus muss man vermuten, dass sie zulasten der anderen Schulformen gehen. Herr Minister Banzer, woher nehmen Sie die Stellen?

Was bleibt noch aus Ihrer Regierungserklärung? – Regierungserklärung ist ein viel zu anspruchsvolles Wort. Ihre Regierungserklärung bestand aus nicht mehr als einer Absichtserklärung zur Atmosphäre und ein paar Ausführungen zu G 8.

Okay, die Beschränkung bei den Klassenarbeiten ist sicherlich sinnvoll. Als LINKE wenden wir uns gegen die ständige Testieritis, die – was ich als Psychologin noch einmal sagen möchte – in der Regel nicht als Förderorientierung genutzt wird, sondern zur Einstufung. Wir wenden uns ebenfalls gegen den parallel gelagerten ständigen Evaluationsdruck bei den Lehrerinnen und Lehrern.

Zur Wahlmöglichkeit an kooperativen Gesamtschulen haben wir schon ausführlich Stellung genommen. Das wiederhole ich jetzt nicht. Ebenfalls nehme ich nicht mehr zu den kleineren Punkten aus Ihrem Elf-Punkte-Programm Stellung.

An den Schluss will ich stellen, was wir in einer wirklichen Regierungserklärung für den Bildungsbereich vermissen. Wir vermissen schlicht gute Bildung für alle, angefangen von besser konzipierten Krippen in öffentlicher Trägerschaft über Kitas mit ausreichend bezahlten Erzieherinnen, die den Erziehungsplan mit einem vernünftigen Erzieher-Kinder-Schlüssel umsetzen, weiter mit einem tatsächlichen Programm zur flächendeckenden Versorgung mit Ganztagschulen in offener und gebundener Konzeption, vor allem in den Problemvierteln mit ihren sogenannten Sozialindizes, weiter mit einem Konzept der Entwicklung einer Schule für alle oder, wie Sie es nennen, „Einheitsschule“ –

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sozialistische Einheitsschule!)

dies ist ein Begriff, der mit der deutschen Einheit durchaus positiv verbunden ist. Weiter könnte man auch noch die Berufsschulen benennen, die haben Sie auch nicht aufgeführt. Für das lebenslange Lernen würden wir auch gerne weitere Visionen entwickeln. Weiterhin sollten Sie nicht so zaghaft mit der Bereitstellung der Gelder für die 100 Lehrerstellen umgehen.

Über kurz oder lang werden alle Bildungsangebote kostenfrei sein. Dies entspricht den Vorstellungen der Hessischen Verfassung. Es erfordert natürlich eine Umverteilungspolitik auf Kosten derer, die bisher nicht angemessen in die allgemeinen Kassen einzahlen.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ein Schwachsinn!)

Dies ist eine Position aus dem Abseits, die längst nicht mehr aus dem Abseits kommt, wie wir denken.

Dagegen wollen wir keine privatisierte Bildung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das haben wir gesehen, wohin das bei den Russen und in der DDR geführt hat!)

Wir wollen keine Bildung, die erforderlich macht, dass Eltern bei Nachhilfeeinrichtungen Kunden werden, dass sie teure Privatschulen zahlen müssen, weil nur dort Nachmittagsunterricht und bilinguales Lernen möglich sind.

Wir wollen keine Abhängigkeit bei den notwendigen Innovationen von Stiftungen wie der Bertelsmann Stiftung und keine Unternehmerverbände in den Lehrplankommissionen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wir wollen keine Berufsschulen, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet sind.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Freie deutsche Jugend!)

Wir wollen keine SV.

(Mark Weinmeister (CDU): Was?)

Wir halten es absolut für notwendig, dass arme Familien für ihre Kinder die Schultüte gestellt bekommen und dass sie ebenso das Mittagessen gestellt bekommen.

(Mark Weinmeister (CDU): Frau Kollegin, warum wollen Sie keine SV+?)

Wir wollen, dass Kinder gemeinsam lernen, und benötigen dafür als ersten Schritt die Ausweitung

(Mark Weinmeister (CDU): Sagen Sie etwas zu SV+!)

– jetzt seien Sie doch bitte einmal still – des gemeinsamen Unterrichts und längerfristig die Inklusion aller behinderten Kinder in den Regelschulen.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weinmeister?

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Ich möchte erst zu Ende vortragen. – Herr Minister Banzler, wir sind, wie Sie, gegen Schnellschüsse. Wir müssen jetzt beginnen, die richtigen Schritte zu gehen und uns nicht die Möglichkeit eines sozial gerechten Schulwesens zu verbauen. In dem Sinne machen wir uns als Haus auf, die richtigen Schritte gemeinsam zu gehen. Damit sehe ich in erster Linie die Verantwortung bei der Mehrheit des Hauses, also bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und uns. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt die Frage!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es liegen zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Regierungserklärung abgegeben und die Debatte dazu durchgeführt.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 21** auf:

**Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Steuergerechtigkeit im Vollzug der Steuergesetze herstellen – mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer und Steu-**

#### **erfahnderinnen und Steuerfahnder in Hessen – Drucks. 17/143 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Das Wort hat für die antragstellende Fraktion Herr Abg. Schaus.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als neue Fraktion in diesem Landtag haben wir in den ersten zwei Monaten die Erfahrung machen müssen, dass beinahe zu allen Anträgen und Gesetzesinitiativen die Ausgabenseite immer sehr kritisch betrachtet wird, während die Einnahmeseite, also Steuern und Abgaben, kaum in den Blick genommen wird. Dabei müsste es doch in der politischen Debatte zumindest gleichgewichtig erfolgen.

Mit unserem Antrag wollen wir diesen Blick wenden und bereits in Vorbereitung auf die ausstehenden Haushaltsberatungen, wann immer sie tatsächlich stattfinden mögen, das Thema Steuergerechtigkeit in den Vordergrund stellen. Dabei ist es zunächst wichtig, einen Blick auf die Ungerechtigkeiten in der Steuergesetzgebung zu werfen. Die rot-grüne und die Große Koalition haben die Unternehmensteuern seit 2000 praktisch halbiert. Der Spitzensteuersatz wurde von 53 % auf 42 % gesenkt. Ein Einkommensmillionär zahlt deshalb heute 100.000 € im Jahr weniger an Steuern, und das betrifft in Deutschland immerhin 15.600 steuerpflichtige Superreiche.

Wenn nach dieser Steuerreduzierung für diesen Personenkreis die Einkommensteuer als sogenannte Reichensteuer auf 45 % geringfügig erhöht wird, dann ist dies nur politisch-propagandistische Augenwischerei.

(Beifall bei der LINKEN)

Auf der anderen Seite stehen Mehrwertsteuererhöhung, Kürzung der Pendlerpauschale, höhere Steuern bei Arbeitszimmern und Abfindungen und weitere Belastungen für weite Bereiche der Bevölkerung. Hätten wir noch die Steuergesetze von 1997, dann wären bundesweit 56 Milliarden € Mehreinnahmen in den öffentlichen Kassen zu verzeichnen. Allein diese Zahl beweist, wie dringend notwendig eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer auf mindestens 50 % sowie eine Rücknahme der erheblichen Reduzierungen bei der Körperschaftsteuer wäre, um die öffentlichen Einrichtungen und die öffentlichen Dienstleistungen zu erhalten und auszubauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber genau das Gegenteil passiert. So beglückt uns die FDP nun auch noch mit den Beschlüssen ihres Parteitags zu weiteren Einkommensteuersenkungen in Höhe von 25 bis 28 Milliarden €.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo bleibt da die Einnahmeseite? Wer soll das bezahlen? Wieder die kleinen Leute? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Nicola Beer (FDP): Da müssen Sie weiterlesen! Das steht alles im Beschluss!)

Zu diesen Steuerungerechtigkeiten tritt dann auch noch ein Zwei-Klassen-Steuervollzug hinzu, der Großunternehmen und Reiche schont. Während allen Arbeitnehmern bereits durch ihren Arbeitgeber regelmäßig die Steuern abgezogen werden, ist dies bei Unternehmern und bei Einkünften aus Vermögen ganz anders. Sie kön-

nen dem Finanzamt selbst angeben, welche Einkünfte sie haben. Da gibt es viele Tricks, um legal oder illegal Steuern zu sparen. Die Kontrolle durch die Finanzämter ist hier völlig unzureichend. Es fehlt das Personal. In den meisten Fällen werden die Steuererklärungen ohne weitere Nachprüfungen durchgewunken.

(Michael Boddenberg (CDU): Auch falsch! Keine Ahnung!)

Man hat den Eindruck, diese laschen Kontrollen der Unternehmen werden sogar bewusst als Wirtschaftsförderung eingesetzt.

(Horst Klee (CDU): So ein Blödsinn!)

Nur etwa die Hälfte der Einkommen aus Unternehmens-tätigkeit wird versteuert.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Hier gibt es die größten Steuerrückstände. Hier finden Steuerprüfer und Steuerfahnderinnen und -fahnder regelmäßig Milliardenbeträge, die vor der Steuer versteckt oder ins Ausland geschafft werden.

(Beifall des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Der Präsident des Bundesrechnungshofs erklärte dazu in seinem Bericht 2006 – –

(Michael Boddenberg (CDU): Ich glaube, der ist nicht einverstanden mit Ihrer Darstellung, Herr Schaus!)

– Hören Sie einmal zu, Herr Boddenberg. Eines wollte ich an dieser Stelle einmal loswerden.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja, bitte!)

Vielleicht können wir uns darauf verständigen – –

(Michael Boddenberg (CDU): Nein, sicher nicht, egal was kommt, weil es von Ihnen kommt!)

– Okay, gut. Ich hatte gedacht, wir könnten uns vielleicht darauf verständigen, dass wir nach dem Wahlergebnis auf Ihrem Landesparteitag mit 14 % weniger Zwischenrufen von Ihnen rechnen können. Das wäre doch schon etwas.

Meine Damen und Herren, der Präsident des Bundesrechnungshofs erklärte 2006 dazu – ich zitiere –:

Die Steuererklärungen werden häufig nur noch im Schnellverfahren bearbeitet. Den Bearbeitern ... bleibt nichts anderes übrig, als die Angaben ... ganz überwiegend zu übernehmen und „abzuhaken“

Der Bundesrechnungshof ... ist der Auffassung, dass der gesetzmäßige und gleichmäßige Vollzug der Steuergesetze nicht mehr gewährleistet ist.

(Leif Blum (FDP): Weil sie keiner mehr versteht!)

So viel zu Ihren Einwüfen.

Im Jahr 2006 erzielten bundesweit 13.500 Betriebsprüfer – in Hessen haben wir nach dem Bericht der Oberfinanzdirektion 1.052 – zusätzliche Steuern in Höhe von 14 Milliarden €. Die Unternehmensteuersonderprüfung erzielte mit 1.500 Prüfern bundesweit zusätzlich 1,4 Milliarden €, also knapp 1 Million € pro Prüfer und Jahr.

Mit 17,7 % sind in Deutschland die tatsächlich gezahlten Steuern auf Gewinne der großen Unternehmen nach einer Statistik der EU-Kommission für 2006 noch weit unter dem Durchschnitt. Ich könnte jetzt alle Länder aufzählen, die darüber liegen. Ich lasse es einmal. Das sind

alle westlichen Industrieländer. Selbst Luxemburg hat einen höheren Steuersatz als Deutschland.

(Michael Boddenberg (CDU): Steuerparadies Deutschland?)

– Ja, das ist in der Tat so, Herr Boddenberg. Das müssen Sie vielleicht auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das gilt für die Unternehmensteuern, aber nicht für die Steuern, die die Arbeitnehmer zahlen und die die Bevölkerung als Mehrwertsteuer zahlt. Da sind wir in einer ganz anderen Situation im europäischen Vergleich.

Meine Damen und Herren, zwischen den einzelnen Bundesländern bestehen große Unterschiede im Vollzug. So liegt der Anteil der Betriebsprüfungen in Hessen unter dem Bundesdurchschnitt. Mit unserem Antrag sprechen wir auch die Vorgänge um die Steuerfahndung in Hessen an, die im Februar dieses Jahres erneut in den Medien aufgegriffen wurden.

(Florian Rentsch (FDP): Respekt! Wir sind jetzt schon beim Antrag! Das hat ja nur eine halbe Stunde gedauert!)

Die Steuerfahndung ist sozusagen die Kriminalpolizei für Steuerdelikte, so wie es die Kripo für Diebstahl und Betrug ist. Doch Steuerhinterziehung ist weit mehr verbreitet, und sie wird weniger verfolgt und geahndet. Sie ist sozusagen die Massenkriminalität der Reichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur ein kleiner Teil der Betrugsdelikte wird aufgedeckt. Die Dunkelziffer ist riesig, sagen die Experten. Die Steuerfahndung in Hessen ist personell massiv unterbesetzt. Aus dem Jahresbericht der Oberfinanzdirektion von 2007 ergibt sich, dass die Zahl der Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften, wie das heißt, vom 18. auf den 19. Prüfturnus – hier wäre zu klären, wie lang dieser Zeitraum ist; das würde mich sehr interessieren – von 2.676 auf 1.860, also um 40 %, gesunken ist.

Dies kann ich gar nicht glauben; denn das würde bedeuten, dass die Einkommensmillionäre zu verarmen drohen oder fluchtartig das Bundesland Hessen verlassen haben.

(Michael Boddenberg (CDU): Haben Sie eine neue Zielgruppe ausgemacht?)

Vielleicht gibt es dafür aber auch eine ganz andere Erklärung, nämlich dass über 1.100 Einkommensmillionäre in Hessen steuerpolitisch sozusagen abgestuft wurden. Diese Veränderung halten wir für dringend erklärungsbedürftig.

Wir halten es ebenso für erklärungsbedürftig, wieso lediglich bei 10 % der Personen dieses Kreises eine Außenprüfung durchgeführt wurde. Der Sprecher des hessischen Finanzministeriums erklärte im Februar dieses Jahres der Presse, mit 214 Fahndern sei Hessen auskömmlich ausgestattet. Dies klingt so, als ob das Ministerium an Mehreinnahmen gar nicht interessiert sei.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, die Redezeit ist zu Ende.



**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Wir meinen, es ist notwendig, die Zahl der Steuerfahnder und auch der Betriebsprüfer zu erhöhen, und wir wollen mit diesem Antrag die Haushaltsdebatte einleiten, wo wir das konsequent weiterverfolgen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Kollege Kahl für die Fraktion der SPD.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Begriff Steuergerechtigkeit bezieht sich auf zwei Ebenen. Zum einen geht es um Steuergerechtigkeit durch Gesetze und zum anderen um Steuergerechtigkeit im Vollzug der Gesetze durch die Steuerverwaltung.

Zur Steuergerechtigkeit auf der Ebene der Gesetzgebung ließe sich viel sagen. Das ist nicht Thema dieser Debatte, aber im Hinblick auf das aktuelle Steuerkonzept der FDP möchte ich an dieser Stelle Folgendes bemerken. Für uns Sozialdemokraten ist klar: Politisch muss zuerst die Leitfrage beantwortet werden, was die Aufgaben des Staates sind und welches Steueraufkommen der Staat braucht, um eben diese Aufgaben zu erfüllen, ohne weitere Schuldenberge anzuhäufen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der FDP)

Danach stellt sich die Frage, wie das notwendige Steueraufkommen unter klarer Beachtung der Leistungsfähigkeit des Einzelnen zu erbringen ist. Das sind die entscheidenden Fragen.

Von diesen Prämissen ausgehend ist das Steuerkonzept der FDP schlicht ungeeignet. Einerseits führt es zu enormen Einnahmeausfällen des Staates, andererseits bringt es keine Entlastung der mittleren Einkommen, sondern es führt durch das Drei-Stufen-Modell in erster Linie zu einer gigantischen Entlastung der oberen Einkommen. Daher ist es alles andere als sozial und gerecht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Lebhaftes Zurufe von der FDP)

Man könnte auch von Klientelpolitik sprechen.

(Zurufe von der FDP)

Kommen wir nun zu dem eigentlichen Thema: Steuergerechtigkeit im Vollzug. Dazu von unserer Seite folgende Vorbemerkung. Wir haben in Hessen eine kompetente und leistungsfähige Steuerverwaltung. Unter den geltenden Rahmenbedingungen können sich die Leistungen der hessischen Steuerverwaltung sehen lassen. Durch eine verbesserte Personalausstattung können die Ergebnisse der Steuerverwaltung aber weiter verbessert werden. Mehr Steuerprüfer und eine entsprechende Ausstattung des Innendienstes führen zu mehr Steuergerechtigkeit und zu höheren Einnahmen des Staates. Deshalb haben wir uns wiederholt für mehr Stellen in der Steuerverwaltung eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Steuergerechtigkeit in der korrekten Anwendung der Steuergesetze ist ein sehr wichtiges Thema. Das Gerechtigkeitsempfinden ist in der Bevölkerung nur dann im

Lot, wenn die Menschen den Eindruck haben, dass alle ihrer Steuerpflicht nachkommen, dass der, der mehr verdient, mehr Steuern zahlt – nicht weniger! –, dass legale Steuerumgehungsmöglichkeiten weitestgehend ausgeschlossen werden und dass Steuerbetrug schnell und umfassend bekämpft wird. Doch dieser Eindruck besteht in der Öffentlichkeit leider nicht. Es besteht eher das Empfinden, dass wir uns in einem Zwei-Klassen-Steuersystem befinden, in dem Gewinne und Vermögenseinkünfte begünstigt werden.

Nach Angaben der Deutschen Steuer-Gewerkschaft erwirtschafteten in Hessen 125 Steuerfahnder 175 Millionen €. Das ist eine großartige Leistung. Das ergibt einen Durchschnitt von etwa 0,65 Millionen € pro Fahnder. Die Betriebs- und Umsatzsteuerprüfer erzielen bundesweit durchschnittlich 1 Million € pro Jahr an Mehrsteuern. Der Rechnungshof Baden-Württemberg schrieb der Politik bereits 2002 ins Stammbuch, dass jeder im Veranlagungsbereich Beschäftigte mehr als das Doppelte dessen einbringt, was er kostet. Das sind klare Zahlen.

Ich will aber auch deutlich sagen, dass es in dieser Frage nicht nur um mehr Geld geht. Es geht ganz besonders um die Herstellung von Steuergerechtigkeit im Vollzug. Eine einheitliche Besteuerung ist ein wahrhaft erstrebenswertes Ziel, nicht nur unter den 16 Bundesländern, sondern auch innerhalb der Bundesländer.

In Hessen werden Großbetriebe im Durchschnitt nur etwa alle vier Jahre geprüft. Bei mittelständischen Unternehmen beträgt der Abstand derzeit fast 16 Jahre und bei kleinen Unternehmen fast 40 Jahre. Dabei hat sich der Turnus für Großbetriebe in den letzten Jahren etwas verbessert. Bei mittleren Betrieben ist er deutlich schlechter geworden. Bei den kleinen Betrieben hat sich ein Zeitsprung vollzogen, denn 2001 wurden die Prüfungen durchschnittlich alle 26 Jahre durchgeführt. Diese Zahlen nannte der Finanzminister im Jahr 2005 auf eine entsprechende Anfrage der SPD-Fraktion. Nach neueren Zahlen von ver.di werden bundesweit Mittelbetriebe alle 13 Jahre, Kleinbetriebe alle 24 Jahre und Kleinstbetriebe alle 76 Jahre geprüft. Sie sehen also, auch wenn sich die Zahlen in Hessen positiver gestalten, was wir anerkennen wollen, es muss etwas passieren, denn mit Steuergerechtigkeit hat ein solcher Prüfungszyklus wirklich nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Jedem Arbeitnehmer wird regelmäßig der dem Staat geschuldete Anteil vom Einkommen abgezogen, und er hat nahezu keine Gestaltungsmöglichkeiten bei seiner Steuerschuld. Zu viele Gestaltungsmöglichkeiten bei ihrer Steuerschuld haben allerdings viele Unternehmen und die Bezieher sehr hoher Einkommen. Sie müssen nicht noch durch ausbleibende Kontrollen besser gestellt werden, um es klar und deutlich zu sagen.

Ein weiteres Thema für eine effektive Steuerverwaltung ist die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs. Die Einschätzungen, wie hoch der Schaden ist, der pro Jahr in Deutschland allein durch Umsatzsteuerbetrug entsteht, gehen auseinander: 2001 hat das Ifo-Institut einen Betrag von 14 Milliarden € genannt, 2003 war es schon 17,6 Milliarden €.

Bei der Umsatzsteuerprüfung weisen nach Aussagen des Bundesrechnungshofs vom Jahr 2006 gerade die besonders wirtschaftsstarken Bundesländer die geringste Prüfungsdichte auf. Die Prüfungszyklen schwanken hier von „35 Jahre“ bis „alle 77 Jahre“. Vor wenigen Tagen kündigte Bundesfinanzminister Steinbrück an, national

tätig zu werden, nachdem sich die europäischen Wirtschafts- und Finanzminister auf die Durchführung eines gemeinsamen Pilotprojekts nicht verständigen konnten. Im Koalitionsvertrag der Berliner Koalition haben sich die Regierungsparteien das Ziel gesetzt, gegen den ausufernden Umsatzsteuerbetrug vorzugehen. Der Finanzminister wird dazu in Kürze Vorschläge vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Was auf europäischer oder nationaler Ebene geschieht, ist die eine Seite; was wir in Hessen bereits tun können, die andere. Wir müssen dafür sorgen, dass die personelle und technische Ausstattung der Steuerverwaltung stetig weiterentwickelt wird.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Fortsetzung des Betriebsprüfungsprogrammes in der Steuerverwaltung, die aber nur bei gleichzeitiger Stärkung des Innendienstes sinnvoll ist, denn das, was draußen erwirtschaftet wird, muss auch nach innen umgesetzt werden. Sonst laufen alle Anstrengungen ins Leere. Die Steuerverwaltung unterliegt einem besonderen Stellenschlüssel. Diesen wollen wir beibehalten. Er ist eine wichtige Voraussetzung für die Motivation, denn Aufstiegsmöglichkeiten und eine leistungsgerechte Entlohnung sind wichtige Elemente einer guten Verwaltung.

In diesem Zusammenhang kommt immer das Argument, dass der Löwenanteil dessen, was die Steuerprüfer hereinholen, sowieso in den Länderfinanzausgleich abgeführt werden müsse. Das ist erst einmal richtig.

(Zurufe von der FDP)

– Aber die Konsequenzen, die wir ziehen, sind nicht die Ihrigen, um das klar zu sagen.

(Zurufe von der FDP)

Trotz allem bleibt jedoch bereits jetzt ein ordentlicher Betrag in Hessen, beispielsweise auch aus anfallenden Gebühren. Es ist nicht so, dass wir von den Erlösen der Steuerprüfer und Steuerfahnder nichts hätten.

(Leif Blum (FDP): Die anderen haben mehr davon!)

Es muss sich aber im System des Länderfinanzausgleichs einiges ändern. Wir halten eine Verbesserung des LFA an diesem Punkt für letztlich unumgänglich. Gegenwärtig ist es so, dass der Anreiz für die Länder, die ihre Steuerverwaltung stärken und wirkliche Steuergerechtigkeit herstellen, zu gering ist.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Was die Nehmerländer auf dem Wege der Betriebsprüfung in den Landeshaushalt holen, wird ihnen bei den Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich abgezogen. Was die Geberländer hereinholen, geht zum größten Teil über den LFA an die Nehmerländer. Genau das ist der Punkt. Einen Anreiz, selbst etwas zu tun, schaffen wir nur dann, wenn den Ländern von dem, was ihre Verwaltung erarbeitet, viel verbleibt, wenn sie also die Einnahmen deutlich erhöhen können.

Daraus resultiert unsere klare Forderung: Eine personelle Ausstattung der Steuerverwaltung über dem Länderdurchschnitt muss beim LFA positiv berücksichtigt werden. Eine unterdurchschnittliche personelle Ausstattung

führt dagegen für das betroffene Land zu Belastungen im LFA. Damit schaffen wir sowohl für die Geber- als auch für die Nehmerländer ein Anreizsystem.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deshalb sagen wir lieber klar: Wir sind für eine Stärkung unserer Steuerverwaltung. Das ist ein ganz wesentlicher Schritt, um eigene Verantwortung zu übernehmen.

Die Änderung der Systematik des Länderfinanzausgleichs gehört allerdings auch zu dem, was Hessen machen kann. Hier ist die Landesregierung gefordert, in den Verhandlungen zur Föderalismusreform II tätig zu werden. Einheitliche Verwaltungsgrundsätze und Vollzugsziele für die Steuerverwaltung in allen Bundesländern wären ein großer Schritt nach vorne. Ich betone: Eine Aufstockung der Steuerverwaltung rechnet sich und muss sich noch besser rechnen. Sie trägt zu mehr Steuergerechtigkeit bei.

Deswegen sage ich sehr klar – das ist auch an alle Fachpolitikerinnen und -politiker in diesem Raum gerichtet –: Die Ausgaben für eine Verbesserung der Steuerverwaltung sind kein Geschenk an die Steuerverwaltung, sondern sie führen zu mehr Steuergerechtigkeit und dazu, dass die Mittel für das Land Hessen auch für Programme eingesetzt werden können, die für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes von ganz entscheidender Bedeutung sind. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Milde für die CDU-Fraktion.

(Norbert Schmitt (SPD): Er schließt sich den Ausführungen des Vorredners an!)

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat kann man sich zwar einigen Ausführungen des Vorredners anschließen, jedoch keiner der Ausführungen des Vorvorredners. Das will ich hier deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Mark Weinmeister (CDU))

– Herr Kollege Weinmeister hat verstanden, weswegen das so ist. – Man muss sagen, es ist für den Finanzminister wirklich eine Sauerei, wenn als Erstes nach seiner Genesung ein solcher Antrag behandelt wird. In diesem Antrag wird davon ausgegangen, dass die Unternehmer und überhaupt alle Bürger des Landes diesen Staat systematisch betrügen wollen. Genau das schreiben Sie in Ihrem Antrag. In der Begründung steht das wörtlich.

(Beifall bei der CDU – Mark Weinmeister (CDU): Eigene Erfahrungen!)

Zu dem, was Sie wirklich wollen: Sie misstrauen jedem Bürger dieses Staates.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie doch auch!)

Sie wollen jeden Bürger dieses Staates überwachen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das wollen Sie doch!)

Meine Damen und Herren, Überwachung hat Methode in der Geschichte der Linkspartei in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, das ist der Kern der Debatte, die wir hier führen. Wir diskutieren doch nicht darüber, dass es gerechter ist, wenn wir in einer Steuerverwaltung genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die in der Lage sind, ihren Aufgaben nachzukommen. Vielmehr misstrauen Sie den Menschen und wollen sie überwachen. Sie wollen Bankgeheimnisse abschaffen und am Ende an das kleine Spargbuch der normalen Bürger gehen. Sie misstrauen allen. Das ist die Kernaussage dessen, was in Ihrem Antrag steht.

(Beifall bei der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Dann haben Sie nichts verstanden oder nicht zugehört!)

Herr Schaus, da Sie den Kollegen Boddenberg angesprochen und einen Rückgang um 14 % erwähnt haben: Ich kann mir vorstellen, dass für die Linkspartei ein Ergebnis von unter 99 % eine Bankrotterklärung ist und quasi den Untergang der Demokratie bedeutet. Ich muss sagen, wir haben ein anderes Demokratieverständnis. Bei uns dürfen die Menschen frei wählen, und wir freuen uns auch über 75 % Zustimmung.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): 95 % für Koch!)

Man muss sagen, dass mehr Steuerfahnder und mehr Betriebsprüfer nicht auch gleich mehr Einnahmen bedeuten. Herr Kollege Kahl hatte nicht ganz recht. Das kann man, systematisch gesehen, so nicht sagen.

Zunächst einmal erhöhen wir die Kosten. 100 Mitarbeiter in dem Bereich bedeuten Kosten von etwa 8 Millionen €.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die finanzieren sich!)

– Was zusätzlich an Geld hereinkommt, ist in der Tat eine spannende Frage. – Sie haben die Zahlen statistisch auf einen Steuerfahnder heruntergebrochen und behaupten, ein Steuerfahnder nehme ungefähr 1,6 Millionen € ein. Wenn wir 100 Leute einstellten, hätten wir also 160 Millionen € mehr. Meine Damen und Herren, wenn das so leicht ist, warum verlangen Sie dann nicht 1.000, 10.000 oder sogar 100.000 zusätzliche Steuerfahnder?

(Beifall bei der CDU und der FDP – Reinhard Kahl (SPD): Sie malen mal wieder schwarz-weiß, Herr Kollege!)

Wenn das wirklich ein Lösungsweg wäre, um in Deutschland mehr Steuereinnahmen zu haben, wären schon andere auf diese Idee gekommen. Dann stellt sich immer die Frage, ob mehr zugleich auch besser bedeutet. Wenn wir hier nicht 110, sondern 210 Abgeordnete hätten – also 100 mehr –, würden wir dann eine dieser Zahl entsprechend bessere Politik machen?

(Michael Boddenberg (CDU): Wir schon!)

Oder trauen wir es uns nicht zu, dass wir für das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Abgeordneten und Bürgern das richtige Mittelmaß gefunden haben? Das ist doch eine Entscheidung. Oder bedeuten zehn Minister mehr gleich eine doppelt so gute Regierung?

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt hast du mich überzeugt!)

Ich meine, bei dieser Regierung könnte man sich das überlegen. Vielleicht sollten wir 100 davon haben. Aber es ist doch alles relativ. Wir haben uns auf gewisse Zahlen festgelegt. In den letzten Jahren haben wir uns mit diesem Thema mehrmals beschäftigt. Es gab viele Debatten. Auch in den Ausschüssen hat man sich mit diesem Thema befasst.

Alle sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht so einfach ist, man also nicht eben nur 100 Leute einzustellen braucht. Steuerfahnder und Betriebsprüfer brauchen nämlich eine Ausbildung. Wir können sie nicht einfach aus einem anderen Bereich nehmen. Nehmen wir die Steuerfahnder als Beispiel. Die müssen Sie aus der Betriebsprüfung holen. Dann fehlen Ihnen aber diese Leute bei der Betriebsprüfung.

Was die Betriebsprüfer betrifft, so haben wir sogar Anschlussprüfungen bei den Betrieben. In Deutschland, also auch in Hessen, werden alle Großbetriebe geprüft. Was wollen Sie eigentlich mit einer größeren Zahl von Prüfern dort noch erreichen? Das frage ich Sie wirklich. Wenn Sie 100 Prüfer weniger haben, richten Sie einen Einkommenschaden an; das ist klar. Was jedoch die 100 zusätzlichen Betriebsprüfer betrifft: Sie müssen erst einmal 100 oder sogar 1.000 neue Unternehmen haben, damit die Einstellung von zusätzlichen Prüfern gerechtfertigt ist.

(Reinhard Kahl (SPD): Was?)

Hier gibt es ein bestimmtes Verhältnis. Gerade bei der Betriebsprüfung ist die Finanzverwaltung nämlich gut aufgestellt.

(Norbert Schmitt (SPD): Der Vergleich mit den Ministern hat mich überzeugt!)

Da ich gerade die Finanzverwaltung anspreche, möchte ich Ihnen auch sagen: Sie haben ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber der Finanzverwaltung.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

– Herr Kahl, das habe ich nicht an Sie, sondern an die Abgeordneten der LINKEN gerichtet gesagt. Entschuldigen Sie, dass ich gerade Sie angeschaut habe. Ich meine die Fraktion DIE LINKE.

Sie misstrauen auch der Steuerverwaltung; denn die Steuerverwaltung hat sowohl in Bezug auf die Steuerfahndung als auch in Bezug auf die Betriebsprüfung in den vergangenen Jahren sehr gute Ergebnisse eingefahren: zum Vorteil des Landes Hessen und – das hat Herr Kollege Kahl angesprochen – zum Vorteil der ganzen Bundesrepublik Deutschland; denn ein Großteil dessen, was wir in Hessen erwirtschaften, geht über den Länderfinanzausgleich in der Tat an die anderen Bundesländer.

Darüber müssen wir zusammen mit den anderen Bundesländern nachdenken. Herr Kahl, ich finde Ihren Vorschlag gar nicht so verkehrt. Das Problem ist doch, dass wir uns im Landtag heute darüber einig sein können, dass wir am Länderfinanzausgleich Änderungen vornehmen. Aber dieser Beschluss hat keine Wirkung. Wir müssen uns mit den anderen darauf verständigen.

Es hat eine gewisse Logik, dass ein Anreizsystem für alle dahintersteckt. Die Schaffung eines Anreizsystems dürfte von den anderen nicht a priori abgelehnt werden. Es ist also eine gewisse Hoffnung auf einen Erfolg vorhanden.

Das heißt, man kann darüber nachdenken, ob man eine Relation entwickelt: Wer mehr Steuerfahnder bzw. mehr Menschen dort eingestellt hat, muss sich das auch auf die

Zahlungen in den Länderfinanzausgleich anrechnen lassen können. Es kann nicht sein, dass die Kosten, die wir haben, das übersteigen, was in Hessen am Ende übrig bleibt. Darüber sollten wir uns einig sein.

Aber ich will durchaus noch einmal auf Ihren Antrag zurückkommen. In dem Antrag der LINKEN heißt es, allein schon die Verwaltungsvorgaben in Deutschland – damit meinen sie auch Hessen – seien verfassungswidrig, weil der Staat gar kein Interesse daran habe, die Steuern einzutreiben. Ich muss sagen, das ist eine Unverschämtheit. Die Verwaltungsvorgaben sind so gestrickt – das ist in allen Bereichen mehrfach überprüft worden –, dass die Mitarbeiter der Finanzverwaltung ihre Arbeit gut machen können und die Steuerpflichtigen auch erreichen.

Sie müssen auch einen großen Unterschied zwischen Steuerfahndern und Betriebsprüfern machen. Bei der Steuerfahndung ist schon ein Anfangsverdacht gegeben. Im Zusammenhang mit den Betriebsprüfern gleich davon zu reden – das schreiben Sie in Ihrem Antrag –, dass die Unternehmer ihre Steuern nicht bezahlen, sondern systematisch hinterziehen wollen, ist eine Unverschämtheit den Unternehmern in Deutschland gegenüber, die sich aufreißen, Tag und Nacht arbeiten und am Ende viele Steuern bezahlen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Darüber sollten wir uns in diesem Landtag auch einmal einig sein.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Der SPD würde es auch guttun, sich hinter diese Position zu stellen. Weil Sie vorhin davon gesprochen haben, 35 % wäre eine Senkung des Spitzensteuersatzes: Ja, möglicherweise ist das eine Senkung des Steuersatzes. Aber ich erinnere daran, was unser gemeinsamer Bundesfinanzminister Peer Steinbrück am Freitag bei der Einweihung des House of Finance gesagt hat. Unsere Probleme sind in Deutschland nicht die Steuersätze. Unser Problem ist die Steuerquote. Wenn bei den Vermögenden die Steuerquote bei 21 % liegt, dann wären 35 %, die tatsächlich erhoben werden, 14 % mehr und nicht weniger Geld.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch keine Vermögensteuer!)

Deswegen gehen bei der Einkommensteuer Vorschläge, die sowohl von der FDP als auch in vielen Bereichen schon von der CDU gemacht wurden, in die richtige Richtung. Wir müssen in Deutschland die Steuerquote erhöhen und die Steuersätze senken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann haben wir auch in Deutschland mehr Vertrauen bei den Unternehmen. Dann haben wir mehr Unternehmen. Dann können wir mehr Betriebsprüfer einstellen, weil es sich dann lohnt, mehr zu prüfen. Dann brauchen wir die auch – das ist doch klar.

(Lachen des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Aber wir brauchen diese Reihenfolge. Wir brauchen erst einmal ein unternehmensfreundliches Klima in diesem Land, das dazu führt, dass wir Steuereinnahmen haben, die dann geprüft werden können.

(Reinhard Kahl (SPD): Diese Steuer war noch nie so gering wie heute!)

Meine Damen und Herren, insofern will ich Ihnen sagen: Wir sollten auf dem Weg weitermachen, die Finanzver-

waltung systematisch an den tatsächlichen Bedarf anzupassen, weitermachen, wie wir es seit 2001 mit dem Zehnjahresprogramm haben, mehr Menschen auszubilden, die dann in die Steuerverwaltung hineingehen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Was haben Sie in den letzten Jahren gemacht? Keine eingestellt von 2001 bis 2004!)

Dazu werden trotz knapper Kassen zusätzlich 30 Steuerfahnder pro Jahr ausgebildet. Das sind nach zehn Jahren 300. So muss man diesen Weg weitergehen, also eine Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Ich sage Ihnen eindeutig: Wir brauchen Nachwuchsarbeit, aber wir brauchen keinen Überwachungsstaat. Der ist mit uns nicht zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Mit uns auch nicht!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Abg. Blum für die Fraktion der FDP.

#### **Leif Blum (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wieder einmal – diesmal unter dem Deckmäntelchen der Steuergerechtigkeit – offenbart die LINKE auf erschreckende Art und Weise in diesem Hause die Eindimensionalität und die geradezu tunnelblickartige Verengung ihres Menschen- und Gesellschaftsbildes.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Herr Kollege Schaus, die Frage stellt sich schon: Lesen Sie oder überprüfen Sie überhaupt die Anträge, die Sie in diesem Haus erstellen, bevor Sie sie in den Geschäftsgang geben?

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Es ist schlechterdings unfassbar – Herr Kollege Milde hat darauf hingewiesen –, dass Sie sich hier das Recht herausnehmen, in der Begründung Ihres Antrages parlamentsöffentlich ganze Bevölkerungsgruppen pauschal der Steuerhinterziehung und damit eines gesellschaftsschädigenden kriminellen Verhaltens zu bezichtigen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das kann und darf nicht so sein. Das können wir so auch nicht stehen lassen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das ist eine Unverschämtheit gegenüber den Unternehmerinnen und Unternehmern in diesem Land, die jeden Tag für sich und für andere, nämlich für die, für die sie Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, hier Verantwortung übernehmen, auf diese Art und Weise von Ihnen diffamiert zu werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie noch einmal an dieses Pult kommen

(Michael Boddenberg (CDU): Erwarten Sie nicht zu viel! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Ich komme noch öfter ans Pult!)

und das an dieser Stelle richtigstellen. Es ist genauso erschreckend und bezeichnend, dass die Linkspartei die Debatte um Steuergerechtigkeit dadurch führt, dass sie den Überwachungsstaat ausbauen und aufstocken will. Dazu fällt Ihnen nichts Besseres ein, als weiterhin den Verwal-

tungsapparat für die Überwachung der Menschen in diesem Land auszubauen.

(Michael Boddenberg (CDU): Und den Verfassungsschutz wollen sie abschaffen!)

Wenn Sie sich für Steuergerechtigkeit einsetzen wollen, dann setzen Sie sich für ein niedriges und für ein einfaches Steuersystem ein – ein Steuersystem, das von den Menschen akzeptiert und verstanden wird,

(Beifall bei der FDP)

das denjenigen, die arbeiten gehen, mehr netto übrig lässt. Dann haben Sie einen Beitrag zur Steuergerechtigkeit geleistet, aber nicht mit Ihrem Antrag zu mehr Steuerfahndern und Betriebsprüfern.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Was denn nun?)

Ihr Antrag, das muss man auch einmal sagen, zeugt natürlich – nehmen Sie es mir bitte nicht übel, dass ich es sagen muss – von wenig Fachkenntnis über die Verwaltungsabläufe und Arbeitsstrukturen innerhalb der hessischen Finanzverwaltung, von wenig Fachkenntnis über die Frage der Rekrutierungs- und Ausbildungspolitik innerhalb der hessischen Finanzverwaltung und einem, sagen wir einmal, etwas eingeschränkten Verständnis der föderalen Finanzbeziehungen innerhalb dieser Republik.

Sie fordern mit Ihrem Antrag sofort 100 neue Steuerprüfer, ohne dass Sie in irgendeiner Form darlegen oder nachvollziehbar erklären können, wo die denn herkommen sollen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei, Steuerfahnder brauchen, und das ganz zu Recht, eine mehrjährige hoch qualifizierte Ausbildung und langjährige Berufserfahrung,

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Deshalb „Studiengebühren“!)

weil nachhaltige und profunde Kenntnisse sowohl im materiellen Steuerrecht als auch im Strafprozessrecht gebraucht werden. Deswegen können Sie Steuerfahnder nicht dadurch schaffen, dass Sie sechswöchige Umschulungskurse beim Arbeitsamt anbieten, sondern Sie müssen langsam, gezielt und systematisch auf die Ausbildung dieser Menschen hinarbeiten. Da ist es eben nichts mit der Soforteinstellung von 100 Steuerfahndern, weil wir im Moment dazu die Menschen gar nicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen darauf erst einmal hinarbeiten. Es bleibt auch festzuhalten und ist schon mehrfach angeklungen, so einfach, wie Sie das rechnen, soundso viele Steuerfahnder und soundso viel Steuernehreinnahmen, ist es nun einmal nicht, weil das, was Steuerfahnder und Betriebsprüfer an Ergebnissen im Außendienst erarbeiten, nicht mit Steuernehreinnahmen gleichzusetzen ist.

Es muss natürlich das, was dort festgestellt wird, im Innendienst in einen Steuerbescheid, in einen Leistungs- und Zahlungsbefehl umgesetzt werden, woraus dann die Steuernehreinnahmen resultieren mögen. Aber dazu brauchen Sie neben den Steuerfahndern auch das Personal im Innendienst, das diese Umsetzungsarbeit leistet. Das sind Kosten, die daraufkommen, die daraufgerechnet und gegengerechnet werden müssen, wenn wir Steuerfahndungs- und Betriebsprüfungsmaßnahmen ausweiten.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Und schaffen Arbeitsplätze!)

– Mehr Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich, das ist das Einzige, was Ihnen dazu wieder einfällt, wenn es um Arbeitsmarktpolitik geht. – Sie dürfen sicher sein, Sie erhöhen auch die Kosten im Bereich der Justiz. Sie glauben doch nicht, dass die Menschen in diesem Land jede Entscheidung der Steuerverwaltung einfach so hinnehmen werden.

Sie werden sich dort, wo Fehler gemacht worden sind – die Fehlerquote im Bereich der Steuerverwaltung ist nicht ganz niedrig, das wissen wir nun einmal –, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln dagegen wehren. Das löst wieder Kosten im Rahmen der Finanzgerichtsbarkeit aus. Auch diese Kosten müssen Sie gegenkalkulieren gegen die angeblichen Mehreinnahmen, die durch Ihre Fahnder erzielt werden.

(Beifall bei der FDP)

Schlussendlich ist es eben so: Ich habe dem Kollegen Kahl gesagt, er möge einmal einen Antrag im Hinblick auf die Föderalismusreform und die Neuregelung der Beziehungen im Länderfinanzausgleich stellen. Wir können uns durchaus einig werden. Aber gegenwärtig ist es so, dass von den Steuernehreinnahmen, die Sie angeblich erwirtschaften wollen, 70 % in den Länderfinanzausgleich fließen und überhaupt nicht im Lande Hessen bleiben,

(Beifall bei der FDP)

mit der Folge, dass wir mit unseren Geldern, mit unseren Haushaltsmitteln, die in der Tat begrenzt sind, die Finanzausstattung anderer Länder, nämlich der der Nehmerländer, nachhaltig verbessern. In Hessen bleibt doch nur der kleinste Teil dieser Einnahmen übrig.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen bleibt es dabei. Aus unserer Sicht ist Ihr Antrag nicht nur unverschämt, populistisch und diffamierend gegenüber den Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land, sondern er ist auch bei den Gegebenheiten viel zu kurz gegriffen, die wir im Moment innerhalb der Verwaltung und innerhalb der Finanzbeziehungen zwischen den Bundesländern haben.

Deswegen ist er nicht zustimmungsfähig. Das, was Sie wollen, wird keinen Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit leisten. Steuergerechtigkeit erreichen wir, indem wir das System verändern,

(Demonstrativer Beifall bei der LINKEN)

indem wir Steuerrecht vereinfachen und dadurch die Akzeptanz des Steuerrechts bei den Bürgerinnen und Bürgern erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dann kommen Sie davon weg, dass es einen Wettlauf in der Frage gibt, wie man die Steuern am besten sparen kann. Deswegen werden wir Ihrem Antrag auf keinen Fall zustimmen können.

Ich bitte und fordere Sie noch einmal nachdrücklich dazu auf: Kommen Sie hierher, und stellen Sie richtig, dass Sie nicht einfach pauschal mit Ihrem Antrag, wie das in der Begründung geschehen ist, ganze Gruppen der hessischen Bevölkerung als Steuerhinterzieher und kriminelle Schädlinge für den Staat und die Gesellschaft diffamieren wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann für die Fraktion der GRÜNEN.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die erste im weiteren Sinne finanzpolitische Debatte in diesem Hause in dieser Plenarrunde, in der der Finanzminister wieder bei uns ist, möchte ich dazu nutzen, diese Tatsache ausdrücklich zu begrüßen: Herr Finanzminister, wir freuen uns, dass Sie wieder bei uns sind.

(Allgemeiner Beifall)

Nach meiner Wahrnehmung ist der Kollege Milde auch ein klein wenig über das Ziel hinausgeschossen – so schlimm war die Debatte für Sie bislang nicht, und das wird sie im Zweifelsfalle auch nicht werden; dazu müsste man schon mit härteren Geschützen auffahren.

(Michael Boddenberg (CDU): Wenn Sie schon einen solchen Einstieg machen?)

Auch wenn der Kollege Blum jetzt versucht hat, härtere Geschütze aufzufahren, so werde ich darauf zurückkommen, möchte mich zunächst einmal aber mit dem Antrag befassen.

Das Thema Steuergerechtigkeit müssen wir unter zwei Aspekten betrachten: unter Vollzugs- und unter Gesetzesaspekten. Kollege Kahl hat bereits darauf hingewiesen.

Der Antragstext der LINKEN greift alte Forderungen auf, die auch dadurch nicht falsch werden, dass – Herr Kollege Blum – noch so laut geschrien wird. Es ist richtig, die Kontrolle zu vergrößern, zu intensivieren. Dafür braucht man aber nicht nur Personal – auch darauf ist schon hingewiesen worden –, sondern eine bessere Organisation und modernere Hilfsmittel. Das alles kommt zusammen.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Ihre letzte Argumentation war derart abwegig – nach dem Motto: wir brauchen keine Steuergerechtigkeit, weil die Einnahmen am Ende sowieso in den Länderfinanzausgleich fließen –, das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Herr Kollege Blum, es wundert mich nicht, dass Sie dagegen angehen, denn die Partei, die einen rechtskräftig verurteilten Steuerhinterzieher zu ihrem Ehrenvorsitzenden macht, ist bei diesem Thema natürlich engagiert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN, des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie – Zurufe von der FDP – Florian Rentsch (FDP): Das war das Dämmste, was ich je gehört habe!)

Dass Sie eher sagen, die Hinterziehung soll nicht verfolgt werden, und diffamieren, das wundert mich nicht.

(Lebhafter Widerspruch bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme auf den Antrag zurück. Jetzt wende ich mich den verehrten Kollegen von der LINKEN zu. – Warum schreien Sie so?

(Florian Rentsch (FDP): Herr Kaufmann, Sie sollten einmal darüber nachdenken, was Sie hier erzählen!)

– Die Wahrheit, lieber Herr Kollege.

Ich wollte mich gerade mit dem Antrag der Kollegen der LINKEN befassen und werde das jetzt auch tun.

(Leif Blum (FDP): Bisher war das ein untauglicher Versuch!)

Sie fordern also mehr Steuerprüfer und -fahnder. Meine Damen und Herren, nun haben wir derzeit einen einzigen Ort, an dem DIE LINKE mitregiert, und das ist Berlin. Wenn ich eine Veröffentlichung der „HNA“ vom 20. Februar dieses Jahres richtig lese, dann wurde in den letzten Jahren die Anzahl der Steuerfahnder in Berlin reduziert. – Herr Kollege van Ooyen bestätigt dies.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Das ist dann ein bisschen verwunderlich: Wenn Sie an der einen Stelle mehr fordern, aber dort, wo Sie Verantwortung tragen, die Einstellungszahlen reduzieren, dann ist das nicht ganz stimmig. Darauf wird man hinweisen dürfen.

Nach dem gleichen Zeitungsbericht ist diese Zahl auch in Hessen etwas rückläufig, und das lobe ich gar nicht. Wir haben immer wieder gefordert, dass es dort mehr geben muss. Aber wenn man an der einzigen Stelle, an der man selbst Verantwortung trägt, diese Zahl reduziert, dann hat man, denke ich, schon ein gewisses Argumentationsproblem. Darauf hinzuweisen ist schon nötig.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist auch zu kritisieren!)

Der Kollege Milde hat noch in besonderer Weise auf die Qualität der hessischen Steuerfahndung hingewiesen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Kollege Milde, haben wir nicht gemeinsam in einem Untersuchungsausschuss UNA 16/1 gesessen? Ich meine, mich daran zu erinnern. Dort wurden die Verhältnisse in der Steuerverwaltung untersucht. Sie erinnern sich an den wunderbaren Begriff LLF, Lenkungs-, Leitungs- und Führungskreis, über den wir mehrfach den Kopf schütteln durften.

(Beifall des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir mussten damals feststellen, dass die Steuerverwaltung – zumindest für den Untersuchungszeitpunkt und den Zeitraum davor – keineswegs in einem optimalen Zustand war

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

und man sich in erheblichem Maße um Modernisierung kümmern musste. Ich fürchte, in einigen Bereichen ist das heute immer noch der Fall.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es nicht richtig, zu sagen, alles sei wunderbar. Deshalb hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der letzten Legislaturperiode, unter anderem, im Dezember 2004 versucht, mit einem Antrag mehr Betriebsprüfer und Steuerfahnder sowie eine Verbesserung der technischen Ausstattung zu bewirken. Damals aber wurde dies alles abgelehnt.

Meine Damen und Herren, heute haben wir von CDU und FDP ein Stück weit eine Begründung dafür gehört, warum sie nach wie vor dagegen sind. Ich sage Ihnen aber: Wir sind im Prinzip für dieses Anliegen. Aber noch einmal

zu den verehrten Kollegen von den LINKEN: Eine kontinuierliche Steigerung der Zahl der Steuerfahnder ist nicht sinnvoll.

Man könnte sagen, wenn wir am Ende mit einer Hausrückaktion einmal 33.000 Steuerprüfer neu einstellen, dann könnten wir mit den dadurch erzielten Jahreseinnahmen die gesamten hessischen Schulden in Höhe von 33 Milliarden € beseitigen.

(Zuruf von der FDP)

Das wird nicht funktionieren. Eine Aufstockung des Personals, eine gleichzeitige Verbesserung der organisatorischen und technischen Möglichkeiten ja, aber keine kontinuierliche Erweiterung.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Es geht um 100!)

Und wenn ich schon kritisiere, dann kann ich auch noch sagen: Auch Ihr Angriff, die Leute könne man nicht vom Arbeitsamt holen, ist nicht ganz richtig.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Denn man sollte schon genau lesen. Genau heißt es, wir wollen die Zahl der Planstellen erhöhen. Das ist wieder eine typisch bürokratische Formulierung. Dahinter steckt, dass man zunächst einmal Stellen haben muss, um z. B. auf diese dann Leute abzuordnen, die man dann weiter ausbilden kann. Insoweit dauert dieser Prozess, bis man die fertigen Steuerfahnder und -prüfer hat, sicher etwas länger.

(Leif Blum (FDP): 100 neue Planstellen, steht drin!)

– Dort steht: 100 neue Planstellen für Steuerprüfer und -fahnder. 100 neue Planstellen heißt, man muss im Steuersystem insgesamt 100 Personen mehr einstellen. Lesen Sie es doch wenigstens richtig.

(Leif Blum (FDP): Sollen die unbesetzt bleiben? – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Unbesetzte Planstellen?)

– Es müssen Schritt für Schritt mehr eingestellt werden, entsprechend der Haushaltslage. Dann sind wir uns ja einig, und Sie müssen nicht so herumschreien. Das ist ja wunderbar.

Es ist auch schon gesagt worden, dieser Antrag gehört im Prinzip zu den Haushaltsberatungen. Denn er bezieht sich auf das Jahr 2009. Dass wir heute bei so schönem Wetter und mit knurrendem Magen schon einen Haushaltsantrag beraten, über den wir erst in Monaten abstimmen werden, vielleicht erst zu Anfang des nächsten Jahres, das müssen wir heute nicht vertiefen.

Meine Damen und Herren, es ist schon viel über den Aspekt Steuervollzug gesagt worden. Deshalb nur noch einige wenige Bemerkungen zur Kritik der FDP und den steuerlichen Vorhaltungen insgesamt.

Herr Kollege Blum, an einem Punkt gebe ich Ihnen recht.

(Leif Blum (FDP): Das macht mir Angst!)

Die pauschale Bewertung, die im Antrag der LINKEN darüber steht, wer Steuern verkürzt, ist sicherlich ohne Beleg.

(Leif Blum (FDP): Das ist vorsichtig ausgedrückt!)

Das muss man einräumen. Den Begriff beleidigende Unverschämtheit dafür würde ich jetzt für etwas übertrieben halten.

(Leif Blum (FDP): Genau das ist es aber!)

Denn immerhin können das Statistische Bundesamt und alle Steuerstatistiker immer wieder nachweisen, dass Prüfung und Fahndung zusätzliche Einnahmen erbringen. Das heißt, wenn man prüft, findet man etwas. In der Tat ist das ein Bereich, in dem man verkürzen kann.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Aber wir leben – ich meine: bedauerlicherweise – in einem Land, in dem Steuerhinterziehungsversuche allgegenwärtig sind. Das betrifft nicht nur die Selbstständigen.

Der Arbeitnehmer, der bei sich die Fahrgemeinschaft zur Fahrt am Arbeitsplatz einsetzt, hat im Prinzip auch schon einen Versuch der Steuerhinterziehung begangen, und das hat gar nichts mit der Höhe des Einkommens zu tun. Das wird von Großen vorgemacht und von Kleinen nachgeahmt – oder umgekehrt, ganz wie Sie wollen –, und das ist das Problem. Jeder denkt, er hätte einen Vorteil, wenn er der Gemeinschaft die Abgabe von ein paar Euro verweigern kann.

Der Vorwurf ist, dass Sie mit der Art und Weise, in der Sie argumentieren, diese Haltung unterstützen. Richtig wäre es, wenn wir alle in etwas größerer Gelassenheit sagten, wir wollen, dass alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu dieser Gemeinschaft beitragen, anstatt zu versuchen, den letzten Zwickel noch abzuschneiden. Wie gesagt, das betrifft nicht nur die Großverdiener und die Selbstständigen, sondern auch die Arbeitnehmer, und das muss man ehrlicher Weise sagen. Im Einzelbetrag ist das dann wenig, aber Sie kennen den alten Finanzerspruch: Nur die Masse bringt die Kasse. – Wenn 1 Million Leute jeweils 10 € abziehen, ist das im Zweifel genauso viel, wie wenn einer auf einmal 10 Millionen € abzwackt. Daher muss man dieses Phänomen schon in der Breite betrachten.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wir werden den Antrag im Ausschuss noch einmal beraten – zumindest wünsche ich mir das. Ich denke, dass am Ende auch etwas Sinnvolles herauskommen kann. Wir werden im Ausschuss vorschlagen, diesen für die Haushaltsberatungen zurückzustellen, weil es Sinn macht, alles im Gesamten einzubeziehen. Aus unserer Sicht ist aber eine Verstärkung der Kontrollinstrumentarien der Steuerverwaltung durchaus sinnvoll. Wir haben Sie nicht dazu gebraucht, auf diese Idee zu kommen, wie dies gesagt worden ist. Diese Idee steht schon länger im Raum. Es schadet nun wirklich nicht, einmal mehr daran zu erinnern. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen zwei Wünsche für eine Kurzintervention vor. Zunächst erhält Herr Kollege Rentsch das Wort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Ich will auf das eingehen, was Sie gerade während Ihrer leider nicht so überzeugenden Rede gesagt haben. Sie haben soeben erwähnt und den Eindruck erweckt – das haben Sie in der vergangenen Legislaturperiode schon einmal gemacht –, dass einer der Ehrenvorsitzenden der Freien Demokraten in einer besonderen Form strafrecht-

lich verurteilt worden sei. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich mir von Ihnen mehr Niveau gewünscht und erhofft hätte, Herr Kollege Kaufmann.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe dies aber nicht wirklich erwartet, weil Sie bereits in der vergangenen Legislaturperiode unter Beweis gestellt haben, dass es nicht Ihre Art ist, in Debatten vorzutragen, sondern dass Sie gern über das Ziel hinausschießen, sofern Sie denn eines erkennen.

Herr Kollege Kaufmann, wir sollten uns nicht auf eine Debatte nach dem Motto: „Welche Partei hat welche Probleme?“ einlassen, sondern ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass mir Herr Otto Graf Lambsdorff als Ehrenvorsitzender der Freien Demokraten deutlich lieber ist als Herr Joschka Fischer, der mit seiner sehr bewegten Vergangenheit im Bundesland Hessen nicht nur Zeitungen gefüllt, sondern auch Steine geworfen hat. Wissen Sie, es ist fraglich, ob dies eine Niveaufrage ist und den neuen Landtag kennzeichnen sollte. Daher sollten wir auch nicht darüber reden, ob Cem Özdemir als neuer Bundesvorsitzender von den Bundes-GRÜNEN eine Miles-and-More-Karte erhält oder ob diese Rezzo Schlauch bekommt. Diese Debatten sollten wir einfach lassen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kaufmann, was wir allerdings machen sollten, ist, über die Frage zu diskutieren, wie die Steuergerechtigkeit in Deutschland über ein Steuersystem ausgestaltet werden kann, sodass wir ein Steuersystem bekommen, von dem die Leute einerseits sagen, sie zahlen gerne Steuern, weil sie diese Gesellschaft unterstützen wollen, und bei dem sie auf der anderen Seite erkennen, dass es transparent und fair ist. Dafür setzen wir Liberale uns ein. Wir wollen ein transparentes und faires Steuersystem – nicht eines, bei dem, wenn er eine Steuererklärung abgibt, keiner mehr weiß, was er denn unterschreibt.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Kollege Kaufmann, wenn Sie noch einmal in sich gehen und Ihre Gedanken, die für den Bereich Populismus verantwortlich sind, beiseite schieben – ich gestehe, hierzu braucht man sicherlich viel Kraft, aber man sollte es probieren –,

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorüber.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

dann sollten wir, wie gesagt, über das Steuersystem diskutieren, nicht aber über ehemalige Bundesvorsitzende und Ehrenvorsitzende von Parteien, denn auch in diesem Zusammenhang sollten die GRÜNEN ganz kleine Brötchen backen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Reif hat sich ebenfalls zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet.

#### **Clemens Reif (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten eines machen, und zwar sollten wir zwischen Steuerfahndern und Betriebsprüfern unterscheiden. Es ist ganz klar, dass ein Steuerfahnder nur dann kommt, wenn ein begründeter Anfangsverdacht für ein ernsthaftes Steuervergehen vorhanden ist. Ich denke, dass uns klar ist, dass wir durch die Multiplikation von Steuerfahndern nicht gleichzeitig ernsthafte Vergehen von Steuerdelikten multiplizieren können. Es ist vollkommen klar, dass wir unterscheiden müssen: Mit der Einstellung von Fahndern wird es nicht auch mehr Vergehen geben, sondern das Gegenteil ist der Fall.

Meines Erachtens ist es sehr wichtig, dass wir uns ernsthaft darüber unterhalten, wie wir das bei den Betriebsprüfern sehen. Die Betriebsprüfer sind in einem Maße aufgestellt, dass sie alle vier Jahre in die Unternehmen kommen. Das hat dazu geführt, dass in den Unternehmen eine vernünftige Finanzplanung vorhanden ist und dass sich selbst kleine und mittelständische Unternehmen von Steuerberatern beraten lassen, sodass in unserem Lande die Steuergerechtigkeit heute von vollkommen anderer, nämlich besserer Qualität ist, als dies noch vor 10 oder 15 Jahren der Fall gewesen ist.

Ich denke, dass wir es als Parlamentarier letztlich vermeiden müssen, zu versuchen, bei der Behandlung eines solchen Themas Unternehmer und Unternehmen zu kriminalisieren. Das wird der Sache nicht gerecht, und es ist auch hoffentlich nicht das Ziel dieses Antrags sowie dieser gesamten Debatte. Das möchte ich in diesem Zusammenhang ausdrücklich sagen.

Ich habe den Eindruck, dass es seitens der LINKEN einen anderen Ansatz gibt. Dennoch glaube ich, dass es für die Mehrheit des Parlaments ein ernsthaftes und ordentliches Anliegen ist, zu mehr Steuergerechtigkeit zu kommen – nicht zur Kriminalisierung eines Standes oder von Unternehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Finanzminister Weimar.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich will dazu sehr deutlich meine persönliche Meinung sagen: Ich möchte mich nämlich – außer bei den Antragstellern, seitens derer es so manchen Zungenschlag gegeben hat, den ich so nicht akzeptieren kann – für diese Diskussion, so wie sie hier stattgefunden hat, bedanken.

Als Finanzminister muss ich allerdings, insgesamt betrachtet, sagen, dass ich seitens des Hauses für das, wie die Finanzverwaltung in Zukunft geführt wird sowie in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der hessischen Finanzverwaltung, die hier herausgestellt worden ist, eine deutliche Unterstützung erkenne. Hierüber freue ich mich. Wir werden dies an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergeben. Diese freuen sich, wenn sie einmal gelobt werden, denn in aller Regel verhält es sich so, dass jemand, der vom Finanzamt kommt und den Leuten Geld abnehmen muss – das ist für viele, nicht für alle Leute das Wichtigste, was sie haben –, nicht mit Sympathien rechnen kann. Da-



her ist es sehr in Ordnung, von unserer Seite etwas Unterstützung zu bekommen.

(Beifall des Abg. Clemens Reif (CDU))

Eigentlich habe ich eine ausformulierte Rede, doch kommt es mir nach dem Verlauf dieser Diskussion darauf an, hierzu das eine oder andere erläuternd zu sagen.

Erstens. Wenn Steuergesetze gemacht werden – das ist auch meine persönliche Meinung –, dann kann man sie für schlecht halten und darüber streiten. Der Punkt ist aber, dass ein Gesetz aufgrund einer Initiative des Parlaments geändert werden muss – nicht aufgrund einer Verweigerungshaltung oder sonstiger krimineller Machenschaften. Das heißt, es ist unsere Aufgabe, in diesem Staat dafür zu sorgen, dass Steuergesetze eingehalten werden.

Zweitens. Es ist immer wieder unsere Aufgabe, darüber nachzudenken, ob Steuergesetze gerecht, richtig und effizient sind. Sonst ist es unsere Aufgabe, diese zu ändern. Vorher müssen wir aber dafür sorgen, dass die Steuergesetze eingehalten werden. Wer das sagt, der diskriminiert niemanden, sondern es handelt sich um einen ganz normalen Vorgang, der von der Dienstseite auch verlangt wird und den wir in diesem Zusammenhang zu erfüllen haben.

Herr Kahl hat bereits den Kostenfaktor im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich angesprochen. Dafür bin ich sehr dankbar. Wir verhandeln und sprechen über diesen Punkt, doch ist dies nicht der wichtigste. Das Wichtigste ist, dass wir durch unseren Verwaltungsvollzug dazu beitragen, dass eine Steuergerechtigkeit herrscht und dass Gesetze eingehalten werden. Daher wird die Finanzverwaltung von mir immer die Unterstützung erhalten, die notwendig ist, damit sie diese Aufgabenstellung wahrnehmen kann. Wenn bei Gelegenheit mehr Geld in der Kasse ist, dann ist das erfreulich und ein Ausfluss der guten Arbeit.

Wir leiden darunter, dass wir bei der Prüfung eigentlich nicht so ganz genau wissen, wer steuerhelferlich ist und bei wem man genauer hinschauen muss. Wir haben Bereiche, wo man genauer hinschauen muss. Dort haben wir die Prüfungen intensiviert. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Lohnsteuerausprüfung, denn wir hatten 40 % Nullfälle. Bei 40 % ist nichts herausgekommen. Das ist schlicht zu viel. Es ist eine Vergeudung von Ressourcen.

Wer sich dafür ausspricht, Betriebsprüfungen linear hochzurechnen, liegt natürlich völlig falsch. Bei der Überprüfung von Einkommensmillionären – ohne das Steuergeheimnis zu verletzen, ganz allgemein gesagt – ist bei der großen Mehrzahl ganz wenig oder nichts herausgekommen; und es sind in das Jahresergebnis nur zwei oder drei Fälle eingegangen. Daher müssen wir dafür sorgen, dass die Finanzverwaltung so ausgestattet ist, dass sie dies punkt- und zielgenau mit einem vertretbaren Aufwand an Ressourcen machen kann.

Wenn es keinen Anlass für eine Fahndung oder eine Betriebsprüfung gibt, weil sich aus der Fortschreibung der jährlichen Steuererklärung ergibt, dass sich eigentlich nichts großartig geändert hat, ist die Frage, ob sich die Finanzverwaltung und ob ich das Unternehmen zeitlich so binden muss, diese Prüfung durchzuführen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen müssen wir der Finanzverwaltung die technischen und personellen Ressourcen geben, die notwendig sind, um diese Aufgaben zu erfüllen. Gleichzeitig müssen

wir immer wieder darüber diskutieren, dass wir die Punkte so erledigen können, dass sie effizient und für alle Beteiligten erträglich erledigt werden.

Ich komme als Erstes auf die EDV. Das wird Sie vielleicht ein bisschen verwundern. Aber das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt. An die Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN, da Sie das wahrscheinlich nicht mitbekommen haben: Vor zwei Jahren haben wir die gesamte Hardware der hessischen Finanzverwaltung ausgetauscht, alle Computer. Wir haben die Beteiligten, insbesondere diejenigen, die im Außendienst sind, mit Laptops ausgestattet. Daher haben wir jetzt eine hervorragende technische Ausstattung. Wir werden das alle vier Jahre auf den neuesten Stand bringen. Wir haben entsprechende Verträge abgeschlossen.

Zweitens. Ich möchte meinem Staatssekretär Dr. Arnold sehr herzlich danken, dass es gelungen ist, am 8. Mai in der Finanzministerkonferenz durchzusetzen, dass nunmehr alle Bundesländer auf der Basis von EOSS nach KONSENS I mit den gleichen Computerprogrammen zusammenarbeiten. Das heißt, wir werden in absehbarer Zeit einheitliche Computerprogramme in allen Bundesländern in Deutschland haben, für jedes Sachgebiet. Meine Damen und Herren, wer weiß, was es bedeutet, eine GmbH & Co. KG mit 500 Kommanditisten deutschlandweit zu prüfen, wird wissen, welchen Vorteil es bietet, eine einheitliche Software zu haben, um die Prüftätigkeit besser vornehmen zu können.

Wir haben Finanzservicestellen bei fast allen Finanzämtern eingeführt. Ich glaube, nur ein Finanzamt in Hessen steht noch offen. Wir haben die Neustrukturierung der Finanzämter erfolgreich durchgeführt. Meine Damen und Herren, wir haben bei den Einstellungen – darauf bin ich sehr stolz – seit Jahren eine stabile Quote von 320 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im mittleren und gehobenen Dienst. Wir bilden jährlich 320 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Diese Zahl liegt deutlich über der Abgangsquote, sodass wir die Finanzverwaltung durch die Einstellung dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter permanent aufstocken. Abgesehen davon, dass es eine Verdopplung gegenüber der Einstellungsquote der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre ist, haben wir trotz der sonstigen Personaleinsparungen in diesem Bereich kontinuierlich deutlich aufgestockt. Die Finanzverwaltung partizipiert schon jetzt ganz erheblich von der Höhe der Ausbildungszahlen, weil sie Jahr für Jahr nach der Prüfung einen erheblichen Zufluss an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat, die über die Zahl natürlicher Abgänge bei der Finanzverwaltung hinausgeht.

Meine Damen und Herren, damit schaffen wir die personellen Grundlagen dafür, so, wie Herr Abg. Kaufmann das gesagt hat, um sukzessive aufzubauen. Nach dem Zehnjahresprogramm soll es 30 zusätzlich geben. Die rot-grüne Regierung hat damals, ich glaube, 1997, 300 Stellen für Betriebsprüfer geschaffen, die sukzessive besetzt worden sind, sodass wir durch das Strukturprogramm tatsächlich zu sehr viel besseren Zahlen in der Finanzverwaltung kommen. Es werden unendliche Leistungen durchgeführt.

Wir haben hier auch darauf hinzuweisen, dass die Zahl der Prüfer tatsächlich steigt, dass wir – da komme ich wieder zu den technischen Problemen – bei 320 Personen, die wir im Jahr in Rotenburg und dort, wo wir die Ausbildung noch zusätzlich machen, ausbilden, nach objektiven Gesichtspunkten aber am Ende unserer Ausbildungskapazitäten sind. Man kann vielleicht noch ein paar mehr aus-

bilden, weil im Laufe des Jahres immer welche abgehen, weil die Finanzverwaltungs-ausbildung eine der schwierigsten Ausbildungen überhaupt ist. Man muss große Hochachtung vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Ausdruck bringen, die die Prüfung bestehen, die sich ständig fortbilden und ständig, eigentlich jährlich, geistig enteignet werden und sich mit neuen Dingen auseinandersetzen müssen, die alten aber nie vergessen dürfen, weil sie teilweise über viele Jahre in den Steuererklärungen eine Rolle spielen. Meine Damen und Herren, das ist ein schwerer Beruf. Die Leute, die das machen, sind prima Leute. Wir bilden sie optimal aus. Aber wir sind bei der Ausbildungskapazität an der Obergrenze angelangt. Das hat übrigens auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft bestätigt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Leif Blum (FDP))

Ich glaube, es ist vom Kollegen Kahl angesprochen worden, und die anderen sind ihm gefolgt: Es reicht nicht aus, allein den Außendienst zu stärken. Ich gehe davon aus, dass zwei Dinge eine Rolle spielen. Erstens. Ich brauche im Innendienst korrespondierend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das umsetzen. Aber was noch wichtiger ist, um mehr Fälle – unterstellt, es gibt sie – z. B. bei der Steuerfahndung aufzudecken, muss ich neben der Frage der Anzeigen einen Top-Innendienst haben, der Hinweise dafür sammelt, dass man anschließend sagen kann, dass wir die Fahndung dorthin schicken müssen, weil da alles ein bisschen schwierig zu sein scheint. Ich will das, was öffentlich so attraktiv ist, nämlich über die Aufstockung der Anzahl der Mitarbeiter im Außendienst zu reden, nicht herunterreden. Aber ich sage, weil es häufig ungerecht ist: Der Innendienst bedarf ebenfalls unserer besonderen Zuneigung.

Sie müssen Folgendes sehen. Wenn Sie einen Betriebsprüfer oder einen Steuerfahnder herausziehen, sind das meistens Leute, die schon zwischen zehn und zwanzig Jahren in der Finanzverwaltung – in Führungszeichen – gelernt haben, die also Praktiker sind, mit großer beruflicher Erfahrung tätig sind und gleichzeitig verantwortliche Stellen im Innendienst hatten. Wenn ich die in die Betriebsprüfung, in die Steuerfahndung setze, brauche ich anschließend wieder Leute, die dann als Sachbearbeiter, als Sachgebietsleiter oder sonst wo 1 : 1 diese Aufgabenstellung übernehmen. Das heißt, die Dinge müssen von unten nach oben aufgebaut werden. Wir können uns immer über die Frage einer optimalen Ausstattung der Finanzverwaltung unterhalten. Aber zu sagen, mit der öffentlichen Deklamation, dass wir jetzt 100 Steuerfahnder oder Betriebsprüfer mehr haben müssen, sei die Sache erledigt oder das Problem gelöst, das ist nicht richtig. Ich will unsere Steuerverwaltung ein bisschen davor schützen, dass man das vereinfacht darstellt.

Im Übrigen, kleiner Hinweis zu dem Aufkommen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, die Fraktionsredezeit ist vorbei.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Ich versuche, mich zu beeilen. – Die bei der Betriebsprüfung erzielten Mehrsteuern sind zu 90 % aus der Prüfung der größten Betriebe. Man kann es nicht 1 : 1 umrechnen: „Wir brauchen nur noch 100 Betriebsprüfer zusätzlich, dann habe ich die Million.“ Ich sage: 90 % ist Betriebs-

prüfungsergebnis aus größten Betrieben. Die werden alle, lückenlos, dauergeprüft. Das heißt, ich habe keinen Spielraum, zu sagen, ich stelle mehr Betriebsprüfer oder Fahnder ein, dann wird das große Geld herauskommen. Ich sage es noch einmal: 90 % der Mehrsteuern, die wir einnehmen, kommen aus der Prüfung größerer Betriebe. Dadurch, dass wir dort schon den Schwerpunkt der Prüfung haben, und aufgrund der Tatsache, dass wir sie ständig prüfen, Anschlussprüfungen haben, ist da nicht sehr viel zusätzlich zu holen. Ich will nicht bestreiten, dass das eine oder andere Ergebnis besser sein könnte. Aber, wie gesagt, es ist nicht richtig, dass Sie das 1 : 1 umrechnen können.

Meine Damen und Herren, die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hat an der Stelle durchaus hervorgehoben, dass wir uns sehr bemühen, die hessische Steuerverwaltung in einen ordentlichen Zustand zu bringen. Ich finde, das ist ein gutes Lob.

Herr Präsident, ich will mich nur noch mit der Frage Einkommensmillionäre beschäftigen. Wir haben im Jahre 2007 16 % der sogenannten Einkommensmillionäre geprüft, und zwar drei Jahre rückwirkend. Wer den Turnus sieht, weiß, dass wir bei den Einkommensmillionären eine Quote von mindestens 50 % erreichen, weil durch die Tatsache, dass immer drei Jahre geprüft werden, die Zahl entsprechend hoch ist.

Wir sind damit in der Prüfung ziemlich weit oben. Die Zahl der Einkommensmillionäre ist zurückgegangen. Ich habe auch nach Gründen dafür gefragt. Es liegt an zwei Dingen. Das eine ist: Die Ausgangsbasis ist 2000/2001. Damals gab es diese Blase bei IT, auf dem Aktienmarkt und in weiteren Bereichen und daher eine Menge Einkommensmillionäre, die allerdings heute in Teilen keine mehr sind, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Sie kennen die Vita des einen oder anderen.

(Michael Boddenberg (CDU): Manche landen in der „Bild“-Zeitung!)

Das andere ist: Man muss ganz nüchtern feststellen, dass sich bei Banken und in anderen Bereichen die Frage stellt, wo Prämien und Sonstiges mehr völlig legal ausgezahlt werden. Das ist angesichts des Steuersatzes in Deutschland nicht mehr unbedingt Deutschland. Deswegen verändern und verschieben sich diese Dinge. Sie haben mit dem Thema Prüfung überhaupt nichts zu tun. Wir prüfen an dieser Stelle. Ich habe auch dem Ausschuss schon darüber berichtet, aber ich weise noch einmal darauf hin: Bei den Prüfungen der Einkommensmillionäre war das Ergebnis, dass wenige Fälle das Geld gebracht haben und auf der anderen Seite sogar viele Nullfälle dabei waren. Das relativiert übrigens auch die Frage eines Generalverdachts.

Man kann eigentlich generell sagen: Ein Großteil der Prüfungen läuft an dieser Stelle sehr befriedigend ab unter dem Gesichtspunkt, dass die Beteiligten sich nichts zuschulden kommen lassen. Es gibt Fälle von Auslegungproblemen, die mit Steuerhinterziehung nichts zu tun haben. Was die Fälle von Steuerhinterziehung betrifft, können Sie davon ausgehen, dass die hessische Steuerverwaltung ihnen unnachgiebig nachgeht.

Abschließend muss ich sagen, dass wir einen großen Erfolg erzielt haben, der hier nicht bemerkt oder angesprochen worden ist. Wir haben ab dem 1. Januar 2009 die Abgeltungsteuer. Ich finde, man sollte gelegentlich darauf hinweisen. Wenn es eine signifikante Vereinfachung des Steuerrechts gibt, dann ist es die Einführung der Abgel-

tungsteuer durch die Koalition in Berlin. Wir sind sehr dankbar dafür, dass es diese in Zukunft gibt. Es spart dem Steuerpflichtigen Erklärungsaufwand, sichert den Steuervollzug und damit auch die Steuereinnahmen.

Meine Damen und Herren, Sie werden sehen, dass meine Prognose an dieser Stelle richtig ist. Unsere Steuereinnahmen werden an dieser Stelle steigen, sodass wir davon ausgehen können, dass hier endlich einmal etwas richtig gemacht wurde. Ich bin gerne bereit, mit Ihnen darüber an anderer Stelle noch zu diskutieren. Ich wollte die Gelegenheit nutzen, nicht undifferenziert im Raum stehen zu lassen, dass mit ein paar Steuerfahndern unsere Probleme gelöst seien. Das muss differenziert angegangen werden.

Wir gehen es differenziert an, und die hessische Steuerverwaltung macht ihre Arbeit aus meiner Sicht hervorragend. Ich bin den Fraktionen sehr dankbar dafür, dass sie diese Diskussion nicht dazu genutzt haben, Aggressionen auszutauschen, sondern sehr sachlich und vernünftig, meine ich, den Weg der hessischen Steuerverwaltung im Großen und Ganzen unterstützen. Dafür bedanke ich mich.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor, nachdem der Herr Minister geredet hat.

(Clemens Reif (CDU): Das war die Jungferrede des Ministers in diesem Plenarsaal!)

Lieber Herr Weimar, ich möchte die Freude, die Herr Kaufmann bereits darüber zum Ausdruck gebracht hat, dass Sie genesen sind und sich wieder unter uns befinden, noch einmal im Namen des ganzen Hauses übermitteln.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, damit ist Folgendes zu bescheiden: Der Antrag ist vereinbarungsgemäß an den Haushaltsausschuss zu überweisen. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das erfolgt.

Es folgen nun zwei Lesungen, für die wir vereinbart haben, auf die Aussprache zu verzichten. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Vereinfachung des Fundrechts – Drucks. 17/242 –**

Zur Einbringung hat Herr Minister Banzer das Wort.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Entsprechend der Absprache zwischen den Fraktionen bringe ich hiermit formell das Gesetz ein und verweise im Übrigen auf die schriftliche Begründung.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, damit ist das Gesetz eingebracht.

(Allgemeiner Beifall)

Ein regierungsfreundliches Parlament, wie ich feststelle. Richtig, es geht auch so – ohne Aussprache. Damit ist die erste Lesung erfolgt.

Wir überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Rechtsausschuss. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Aufhebung alt-kirchlicher Vorschriften – Drucks. 17/245 –**

Zur Einbringung erteile ich das Wort dem zuständigen Minister, Herrn Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz, zugleich mit der Leitung des Kultusministeriums beauftragt:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesem Thema wäre die Rede wirklich reizvoller gewesen. Aber auch hier gab es eine andere Absprache. Ich lege damit auch dieses Gesetz dem Landtag zur Beratung vor und verweise im Übrigen auf die schriftliche Begründung.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, damit ist der Gesetzentwurf eingebracht. Auf die Aussprache wird verzichtet, und wir überweisen diesen Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Kulturpolitischen Ausschuss. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist es so beschlossen.

Ich komme zu **Tagesordnungspunkt 8:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes – Drucks. 17/247 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Die Einbringung des Gesetzes erfolgt durch Frau Kollegin Hammann. Nach dieser Debatte werden wir in die Mittagspause eintreten – nur für diejenigen, die sich schon auf Punkt 9 vorbereitet haben. Bitte.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe noch einmal nachgesehen: Es ist fast ein Jahr her, dass wir unseren Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes zum ersten Mal eingebracht haben. Damals fand er leider keine Mehrheit. Aber Sie kennen uns GRÜNE: Wir sind sehr hartnäckig, wenn es darum geht, Umweltpolitik vernünftig umzusetzen,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine Umweltpolitik, die sich dann natürlich auch in den Portemonnaies unserer Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt. Was verstehen wir unter einer Änderung des Hessischen Nachbarrechtsgesetzes? Stellen Sie sich vor, Sie haben Hauseigentum. Sie leiden unter den ständig steigenden Gas- und Ölpreisen, Sie möchten Ihr Haus gern umweltbewusst modernisieren, Sie wollen Fenster austauschen und Wärmedämmmaßnahmen anbringen.

Dann stellen Sie auf einmal fest: Mein Haus steht auf der Grundstücksgrenze, und mein Nachbar hat etwas gegen diese Maßnahmen. Er möchte nicht, dass eine Außen-dämmung angebracht wird. Nun, dann hofft ein solcher Hauseigentümer natürlich auf gesetzliche Regelungen, die ihm im Hinblick auf die Priorität des Klimaschutzes die nötige Hilfestellung geben.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Und der Nachbar?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir in das Hessische Nachbarrechtsgesetz schauen, sehen wir ein großes Defizit. Es verhindert sogar, dass Menschen, die nachträglich an ihrem Wohneigentum eine Wärmedämmung anbringen wollen, dies umsetzen können. Denn es ist ganz klar: Wenn ein Haus auf oder an der Grundstücksgrenze steht, greift eine nachträglich angebrachte Wärmedämmung in den Luftraum des Nachbarn hinein.

Wir haben gesagt: Angesichts des Klimawandels und der aufgrund der Entwicklung des Gas- und Ölpreises steigenden Kosten, die wir überall spüren, muss für alle Hauseigentümer die rechtliche Möglichkeit geschaffen werden, hier noch nachträglich etwas zu tun. Das wollen wir mit unserem Gesetzentwurf erreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, darüber haben sich sehr viele Bundesländer schon ausführlich Gedanken gemacht. Wir haben damals schon in der Anhörung deutlich gemacht, dass es Bundesländer gibt, z. B. Baden-Württemberg und Brandenburg, die entsprechende Regelungen in ihr Nachbarrechtsgesetz eingefügt haben. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass wir das auch in Hessen vollziehen.

Ich sage Ihnen: In unserem Gesetzentwurf haben wir alle Aspekte, die während der Anhörung an uns herangetragen wurden, natürlich berücksichtigt. Es ging um die Frage: Ist es vielleicht so, dass derjenige, der Hauseigentum hat, Missbrauch betreiben will, indem er seinen Wohnraum vergrößern will? Wir haben auch das in unserem Gesetzentwurf mit bedacht.

Wir haben ebenfalls mit bedacht, dass die andere Person, in deren Grundstück durch diese Dämmmaßnahmen eingegriffen wird, natürlich nur mit zumutbaren Belastungen konfrontiert werden darf. Es darf für sie nicht unzumutbar sein.

Im Falle einer geringfügigen Beeinträchtigung heißt das auf der anderen Seite natürlich auch, dass eine Art Entschädigung damit einhergehen muss. Das sind Dinge, die wir in unserem Gesetz mit berücksichtigt haben.

Wir glauben, das ist ein wirklich guter Weg. Wenn Sie überlegen, wo die meisten Gebäude stehen, die diese Problematik aufweisen, also direkt an oder auf Grundstücksgrenzen, dann stellen Sie fest, das sind meist alte Dorfkerne. Unser Ziel ist es, wenn wir über Dorferneuerung reden, diese alten Dorfkerne weiter zu stärken und attraktiv zu gestalten. Das kann nur passieren, indem diese Häuser auch umweltgerecht modernisiert werden können, sodass die Menschen darin auch eine Wohnqualität haben und weiter darin bleiben werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der auch eine Rolle spielt, ist: Jede Modernisierungsmaßnahme vor Ort stärkt auch das lokale Handwerk. Auch hieran sind Arbeitsplätze gebunden. Wenn wir gesetzliche Regelungen haben, die das

Ganze unterbinden, heißt das, dass Aufträge für das Handwerk nicht ergehen können.

Das bedeutet aber auf der anderen Seite für diejenigen, die nicht modernisieren können, die nachträglich keine Wärmedämmmaßnahmen anbringen können, einen Wertverlust ihres Eigentums. Auch das muss man im Auge haben, gerade vor dem Hintergrund des eingeführten Energiepasses. Diese Häuser werden zukünftig unattraktiv werden, gerade beim Verkauf oder bei der Vermietung.

Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf, der von uns eingebracht wurde, fügt sich in die Reihe unserer geplanten Aktivitäten ein. Wir haben ein Eckpunktepapier mit 20 Punkten in Hinblick auf Klimaschutz und Energiesparmaßnahmen verabschiedet.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, die Redezeit ist um.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Dies ist ein Teil davon. Ich fordere Sie auf: Begleiten Sie uns bitte auf diesem Weg, setzen Sie sich für diese Änderung ein, damit wir im Hinblick auf Klimaschutz und im Hinblick auf die Bauherinnen und Bauherren gute Veränderungen erreichen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Hofmann, SPD-Fraktion.

**Heike Hofmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat uns bereits in der letzten Legislaturperiode sehr intensiv mit einer mündlichen und einer schriftlichen Anhörung beschäftigt. Wir als SPD-Fraktion denken, dass dieser Gesetzentwurf in die richtige Richtung geht und die Intention dieses Gesetzentwurfs vernünftig und richtig ist.

Frau Hammann hat es ausgeführt: Es geht darum, zu überlegen, wie wir in Zeiten des Klimawandels noch mehr tun für die Steigerung der Energieeffizienz, aber auch zur Energieeinsparung gerade im Altbaubestand, der nicht unbedeutend ist.

In der Tat werden Altbausanierungen durchgeführt, gerade hinsichtlich der Wärmedämmung, vor allem wenn sie außen angebracht wird. Wir haben damals in der Anhörung gelernt, dass dies am effektivsten ist. Das erspart dem Hauseigentümer mittel- bis langfristig sehr viel Geld, er spart Energiekosten.

Dieser Gesetzentwurf wäre aber nur ein kleines Mosaiksteinchen dafür, dass Hauseigentümer, die es gerne wollen, die Investitionsentscheidung treffen und Wärmedämmungsmaßnahmen nachträglich anbringen. Wir wissen, dass es bei Hauseigentümern an entsprechenden Investitionen mangelt, weil sie das Kapital dafür nicht haben. Sie bekommen zum Teil bei den Kreditinstituten keine Darlehen, und aus meiner Sicht fehlt es an entsprechenden Investitionsanstoßen, etwa durch ein Landesprogramm.

Wenn man sich die Problematik insgesamt anguckt, kann dieser Gesetzentwurf, gerade wenn es um Nachbarrechtsstreitigkeiten geht, auch Abhilfe schaffen. Frau Hammann, Sie haben auf die Problematik hinreichend hingewiesen. Andere Bundesländer haben es uns schon vorge-macht, wie man das Nachbarrechtsgesetz entsprechend ändern kann, etwa Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Aber wir wissen alle, gerade die Juristen, wenn man an Art. 14 Abs. 1 Grundgesetz herangeht – hier haben wir es mit einem Grundrechtseingriff zu tun –, muss der Jurist sehr genau hinschauen. Wir brauchen vor allen Dingen Regelungen, um verfassungskonform zu sein, und das Gesetz insgesamt muss aus unserer Sicht dem Bestimmtheitsgrundsatz genügen.

Deshalb müssen wir auch dieses Mal wieder, in der neuen Legislaturperiode, diesen Gesetzentwurf im Rechtsausschuss und in den begleitenden Fachausschüssen sehr gründlich und ordentlich prüfen, damit er den verfassungsrechtlichen Bestimmungen Genüge tut. Vor allen Dingen müssen wir auch noch einmal in die Detailregelungen gucken. Das hatten wir damals auch schon diskutiert, etwa die Frage, ob man nicht das eine oder andere regeln muss, wie beispielsweise § 10a des Gesetzes, der über eine wesentliche bzw. unwesentliche Beeinträchtigung spricht. Als Jurist muss man schon fragen, ob dies im Gesetz nicht auch gleich mehr bestimmt und definiert werden sollte.

Eine andere Fragestellung – um nur exemplarisch ein paar Beispiele zu nennen – lautet: Warum schreibt man im Gesetzentwurf nicht gleich eine Rückbauverpflichtung vor, um im Konfliktfall per Gesetz Vorsorge getragen zu haben und um nicht erst die Gerichte mühsam zu beauftragen?

All diese Fragen sollten wir gründlich und ordentlich, ohne Schnellschüsse – so wie es BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der letzten Legislaturperiode leider vorhatte – im Ausschuss beraten.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich hoffe, dass wir zu einer tragfähigen Lösung kommen. Die SPD-Fraktion wird sich bei diesem Weg konstruktiv verhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Ziegler-Raschdorf für die Fraktion der CDU.

#### **Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gut ein halbes Jahr, nachdem wir uns im Hessischen Landtag letztmals mit dem Nachbarrechtsgesetz beschäftigt haben, bringt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heute erneut einen Gesetzentwurf zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes ein.

Mit dieser Änderung soll eine Duldungspflicht des Nachbarn für Maßnahmen der Wärmedämmung an Außenwänden von Gebäuden normiert werden, die auf die Grundstücksgrenze gebaut sind. Nach der Diskussion des Gesetzentwurfs in der vorigen Legislaturperiode kann eines ganz klar und eindeutig festgehalten werden: Alle sei-

nerzeit im Landtag vertretenen Fraktionen haben schon im letzten Jahr die Absicht des Gesetzentwurfs begrüßt, energetische Maßnahmen zur nachträglichen Wärmedämmung an bestehenden Gebäuden zu ermöglichen. Ich gehe davon aus, dass dies auch weiterhin der Fall ist.

Wärmedämmung an Gebäuden ist ein wichtiges Mittel zum Klimaschutz und zur Energieeinsparung. Die Landesregierung hat bekanntermaßen in diesem Bereich wichtige Programme zur finanziellen Unterstützung solcher Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dass der Gesetzentwurf Ende vergangenen Jahres letztlich nur die Zustimmung der antragstellenden Fraktion selbst gefunden hat, hat also nichts mit dem grundsätzlich lobenswerten Ziel des Gesetzentwurfs zu tun, sondern liegt im Wesentlichen an der handwerklichen Umsetzung der Thematik.

Ein weiterer Grund für die Ablehnung lag in der bereits seinerzeit angekündigten Absicht der Landesregierung, noch in diesem Jahr eine umfassende Novellierung des Nachbarrechtsgesetzes vorzulegen. Das Hessische Nachbarrechtsgesetz wurde letztmalig im Jahr 1990 geändert, und neben dem uns heute so wichtigen Klimaschutz und dem Ziel der Energieeinsparung besteht mittlerweile an weiteren Stellen Änderungs- und Anpassungsbedarf.

Ich möchte daher für meine Fraktion anregen, den Gesetzentwurf der Landesregierung abzuwarten und sodann alle Vorschläge im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN intensiv und sorgfältig zu beraten.

Wir haben, wie schon angesprochen, im November des letzten Jahres eine mündliche Anhörung zu dem damaligen Gesetzentwurf durchgeführt. Im Rahmen dieser Anhörung wurden etliche Defizite des Gesetzentwurfs deutlich. Nun ist, entgegen den Ausführungen der Kollegin Hammann, der vorgelegte neue Gesetzentwurf im Wesentlichen der alte.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Er nimmt nur wenige der in der Anhörung geäußerten Anregungen auf. Weitere, in der Diskussion deutlich gewordene Probleme wurden weder im alten, noch werden sie im jetzigen Gesetzentwurf angesprochen.

Ich möchte einige Beispiele geben. Der aktuelle Gesetzentwurf spricht nunmehr ausdrücklich von „übergreifenden untergeordneten Bauteilen bestehender Bauten zum Zwecke der Energieeinsparung“.

Das enthielt der ursprüngliche Entwurf nicht. Es fehlt allerdings die meines Erachtens erforderliche Klarstellung, dass mit dem Begriff „bestehende Bauten“ ausschließlich Altbauten gemeint sein sollten. Eine Duldungspflicht des Nachbarn im Falle des auf die Grenze gebauten Neubaus, dessen Eigentümer sich plötzlich entschließt, im Nachgang an die Fertigstellung seines Hauses noch eine Außendämmung anzubringen, halten wir für problematisch.

Eingearbeitet wurde auch die Anregung, Beginn, Art und Umfang der beabsichtigten Wärmedämmmaßnahme dem Nachbarn gegenüber anzuzeigen. Ob hierfür die genannte Frist von einem Monat vor Ausführung angemessen ist oder ob darüber hinaus eine Rücksprache mit dem Nachbarn erforderlich sein soll, darüber muss man diskutieren. Immerhin handelt es sich um Überbauten ins Nachbargrundstück in einer Größenordnung von bis zu 30 oder 40

cm Stärke – ein nicht unerheblicher Eingriff ins Eigentumsrecht.

Weiterhin fehlt im Gesetzentwurf eine Definition dessen, was mit der Beschreibung der „übergreifenden untergeordneten Bauteile“, die die Benutzung eines Grundstücks nur „unwesentlich beeinträchtigen“, gemeint ist. Eine Klarstellung darüber, wann eine Grundstücksbeeinträchtigung wesentlich ist und wann nicht, wann zumutbar und wann nicht – ebenfalls in der Anhörung angeregt –, halten wir für sinnvoll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind einige der wichtigen Fragen, die alle einer sorgfältigen Erörterung bedürfen. Angesichts möglicherweise bedeutenderer Probleme, die wir im Hessischen Landtag zu lösen haben, mögen sie dem einen oder anderen Mitglied in diesem Hohen Hause als Klein-Klein oder gar kleinkariert vorkommen. Aber Sie wissen ebenso gut wie ich: In Deutschland ist gerade das Nachbarrecht ein hochgradig sensibler Bereich. Gerade wir Deutschen genießen sozusagen Weltrenown für das einmalige, nicht immer unproblematische Verhältnis zu unseren Grundstücksnachbarn.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, die Redezeit ist zu Ende.

**Margarete Ziegler-Raschdorf (CDU):**

Ich möchte in diesem Zusammenhang an das uns allen bekannte unselige Drama vom Maschendrahtzaun erinnern,

(Beifall bei der CDU – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Darauf habe ich gewartet!)

das sich in zahlreichen Varianten tagtäglich in unserem Land wiederholen dürfte – eine unendliche Geschichte, die verdeutlicht, dass wir gerade in diesem Bereich ganz besondere Sorgfalt an dem Tag legen sollten.

Alle Fraktionen haben ausdrücklich die Bereitschaft und den Wunsch geäußert, einen gemeinsamen Gesetzentwurf aller Fraktionen anzustreben. So war es im vergangenen Jahr. Diese Bereitschaft möchte ich für meine Fraktion nochmals deutlich unterstreichen. Es wäre ein erstrebenswertes Ziel, ein modernes, zukunftsorientiertes Nachbarrechtsgesetz zu erarbeiten. Wenn es uns gelingen könnte, wenigstens einen kleinen Beitrag dazu zu leisten, das Drama vom Maschendrahtzaun ins Genre der komischen Oper zu verschieben, dann hätten wir in unserem Lande schon etwas Bedeutendes erreicht. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Blum, FDP-Fraktion.

**Leif Blum (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat richtig: Die Intention, die mit dem vorgelegten Gesetzentwurf verfolgt wird, ist eine gute. Sie findet deswegen auch die Unterstützung der FDP-Fraktion. Denn energetische Gebäudesanierung ist in all ihren Facetten nicht nur wirtschaftlich sinnvoll für den betroffenen Hauseigentümer, sondern das sind aus Gründen der vielfältigen Beiträge zum Klimaschutz sinnvolle und des-

wegen unterstützenswerte Maßnahmen, für die die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Wenn das über das hessische Nachbarrecht geschehen muss, dann sollten wir alle gemeinsam diesbezüglich zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Es ist auch schon angeklungen, es gebe in diesem Zuge auch die eine oder andere Vorschrift im hessischen Nachbarrecht, mit der man sich befassen könnte. Vielleicht wird das Ministerium noch geeignete Vorschläge machen, was man noch gleich mit erledigen könnte, wenn man sich schon dieser Materie annimmt. Aber es ist – darauf werden wir im weiteren Gesetzgebungsverfahren sehr genau achten – notwendigerweise mit einem Eingriff in die Eigentumsrechte des jeweiligen Nachbarn verbunden. Da muss man genau hinschauen, weil das Eigentum verfassungsrechtlich garantiert ist. Deswegen können wir nicht nach Belieben und nach Gusto und auch nicht nur, weil es gerade in die gesellschaftliche Debatte passt, in dieses verfassungsrechtlich garantierte Eigentumsrecht eingreifen, sondern wir müssen es mit Bedacht und juristisch sauber und bestimmt tun.

Ich glaube nicht, dass es problematisch sein wird, solche Wege und Möglichkeiten zu finden. Sie sind verfassungsrechtlich sauber und an der Bestimmtheit des Eingriffs dokumentiert abzuarbeiten. Ich glaube aber, dass man sicherlich das eine oder andere an dem vorgelegten Gesetzentwurf nachbessern kann und muss.

Aber es klang schon bei allen Vorrednern an: Der feste Wille aller scheint zu bestehen, eine solche Lösung zu finden, bei der Novellierung des hessischen Nachbarrechts in diesem Bereich die gesellschaftspolitisch und klimapolitisch relevanten und wichtigen Ziele mit dem verfassungsrechtlich garantierten Eigentumschutz in Einklang zu bringen. Daran werden wir uns konstruktiv und positiv im weiteren Verfahrensgang der Gesetzesberatung beteiligen.

Ich bringe deswegen zum Abschluss unsererseits die Hoffnung zum Ausdruck, dass wir am Ende dieser Beratungen mit möglichst breitem, bestenfalls einstimmigem Konsens zu einer Gesetzesverabschiedung kommen, die dem in der Tat richtigen und guten Ziel der antragstellenden Fraktion Rechnung trägt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Minister Banzer.

**Jürgen Banzer, Minister der Justiz:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin, selbstverständlich gibt es Einigkeit in dem Motiv. Allerdings haben hier schon verschiedene Sprecher gesagt: Jeder, der einmal Anwalt sein durfte, kennt das Gefühl, wenn ein Mandant mit einem nachbarschaftsrechtlichen Streit kommt. Dann ist das schöne Leben für einige Zeit vorbei: leider schlecht bezahlt, aber viel Arbeit, und am Schluss kann man das Problem doch nicht lösen, weil die Ursache der Streit zwischen den Nachbarn ist und nicht die nachbarschaftlichen Regelungen, die nur Instrumente sind, um mangelnde Sympathien untereinander auszuleben und auszutragen.

Umso wichtiger ist es, dass wir zumindest von den gesetzlichen Regelungen her keinen zusätzlichen Streit säen.

Deswegen bin auch ich der Meinung, wie das Frau Kollegin Hofmann zu Recht gesagt hat, dass es eine ganze Anzahl von Punkten gibt, über die man bei dieser Gelegenheit reden müsste, ob es z. B. sinnvoll ist, auch § 4 der Hessischen Bauordnung, der gerade diese Fragestellung anspricht, mit zu ändern.

Ich habe bei der letzten Debatte angekündigt, dass wir im Justizministerium eine umfangreiche Novellierung des hessischen Nachbarrechts vorbereiten. Das ist eine sehr komplexe Angelegenheit. Wir wollen keinen Anlass bieten, dass nachher noch mehr Streit besteht als ohnehin. Aber Fragen wie die Anpassung der Ausschlussfrist an die allgemeinen Verjährungsregeln, die erstmalige Einführung eines Anspruchs auf Zurückschneiden von Anpflanzungen und die Ausdehnung der Grenzabstände für Anpflanzungen auf wild gewachsene Pflanzen – das sind alles keine weltbewegenden Fragen, aber damit kann man ein Gericht ausreichend beschäftigen, wenn man es darauf anlegt.

All diese Fragestellungen wollen wir regeln. Wir sind so weit, dass wir im Juni den ersten Kabinettdurchgang mit diesem Gesetzentwurf durchführen können. Wir hoffen, dass wir, wenn wir es mit den Anhörungsfristen hinbekommen, zum kommenden Plenum im August unseren Gesetzentwurf einbringen können. Ich möchte anregen, dass wir das im Sinne der Sache gemeinsam diskutieren. Denn in der Sache haben wir keinen Streit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache in der ersten Lesung beendet.

Wir überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Rechtsausschuss, federführend, und dem Wirtschaftsausschuss und dem Umweltausschuss, beteiligt. – Das ist so akzeptiert und damit auch so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr für die Mittagspause. Guten Appetit.

(Unterbrechung von 12.59 bis 15.03 Uhr)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Meine Damen und Herren, ich hoffe, Sie hatten eine angenehme Mittagspause. Wir treten jetzt wieder in die Beratungen ein und fahren in der Tagesordnung fort.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts, Druck. 17/326. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Kollege Wintermeyer.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Frau Präsidentin, der Gesetzentwurf ist noch nicht verteilt, sodass wir uns dazu nicht äußern können. Ich kenne den Gesetzentwurf nicht.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Wenn das so ist, dann rufe ich die Initiative später noch einmal auf.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 38** auf:

#### **Antrag der Fraktion der SPD betreffend Handeln für Hessen: Gute Arbeit braucht soziale Rahmenbedingungen – Drucks. 17/257 –**

Hierzu ist ein **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 17/305**, eingegangen.

Mitbehandelt wird **Tagesordnungspunkt 36:**

#### **Entschließungsantrag der Abg. Fuhrmann, Schäfer-Gümbel, Eckhardt, Kühnholz, Merz, Roth, Dr. Spies, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend Koch schadet Beschäftigten und Unternehmen – Tariftreue und Fachkunde bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sichern – Drucks. 17/254 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Erste Wortmeldung, Frau Ypsilanti, Vorsitzende der SPD-Fraktion.

#### **Andrea Ypsilanti (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben einen Aufschwung in diesem Land. Die Arbeitslosenzahlen gehen zurück, und die Wirtschaft wächst. Politik hat auch die Aufgabe, denen einen Anteil am Aufschwung zu gewähren, die diesen Aufschwung mit erarbeitet haben, die den Gürtel die ganze Zeit enger geschnallt haben und die jetzt davon bedroht sind, in prekären Arbeitsverhältnissen zu landen.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel bleibt die Vollbeschäftigung. Unser Ziel bleibt, gute Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Wer den ganzen Tag arbeiten muss, der soll von dem, was er verdient, leben können.

(Beifall bei der SPD)

Diesen gesellschaftlichen Auftrag nehmen die CDU und die geschäftsführende Landesregierung nicht wahr. Sie verweigern sich immer noch der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. Stattdessen werden tarifvertragliche Regelungen empfohlen. Wie Sie mit tarifvertraglichen Regelungen umgehen, haben wir im letzten Jahr erfahren. Sie haben den Gewerkschaften jahrelang verweigert, Tarifverträge auf Augenhöhe zu verhandeln. Sie haben nach Gutsherrenart per Gesetz über die Höhe der Entlohnung entschieden. Sie haben sich erst jetzt und erst unter dem Druck einer anderen parlamentarischen Mehrheit dazu aufraffen können, Tarifverträge für die Angestellten im öffentlichen Dienst abzuschließen. Meine Damen und Herren von der CDU und von der geschäftsführenden Landesregierung, gehen Sie aber davon aus, dass die Angestellten dieses Landes genau das sehr wohl zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir freuen uns natürlich über diese Lohnerhöhung, aber die Weigerung der geschäftsführenden Landesregierung, trotz eines Beschlusses des Landtags in die Tarifgemeinschaft der Länder einzutreten, macht deutlich, dass für die CDU Tarifverträge keine Bausteine unserer sozialen Ordnung sind.

(Michael Boddenberg (CDU): Quatsch!)

Die Wendigkeit der geschäftsführenden Landesregierung, die wir auch hier immer öfter vor Augen geführt bekommen, zeigt sich natürlich in allen Richtungen. Wenn wir die Energiepolitik betrachten, dann warten wir jeden Tag darauf, dass der Ministerpräsident mit Turnschuhen hier ins Parlament kommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Aber es gibt auch die Kehrseite der Medaille.

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

– Wenn Sie irgendwann so öko sind, dass Sie wissen, was ein Flotzmaul ist, dann reden wir wieder darüber.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Stefan Grüttner: Ich hätte es gewusst!)

Die Kehrseite der Medaille konnten wir in der vorletzten Woche im Bundesrat miterleben. Wir erinnern uns, dass die Landesregierung jahrelang eine Verweigerungshaltung zeigte, was die Frage der Tariftreue anging. Dann haben wir erlebt, dass im Wahlkampfjahr kurzfristig doch ein Gesetz zur Tariftreue vorgelegt wurde. Sogar die Gewerkschaften waren überrascht. Die Landesregierung hat aber die erstbeste Gelegenheit ergriffen, dieses Gesetz durch die Hintertür wieder abzuschaffen. Meine Damen und Herren von der CDU, das ist keine nachhaltige Politik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sollen wir es sonst verstehen, dass die geschäftsführende Landesregierung die Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz abgelehnt hat, die bestehenden Regeln zur Tariftreue in den Ländern, also auch die hessischen, europafest zu machen? Sie nehmen damit in Kauf, dass auch künftig auf hessischen Baustellen Dumpinglöhne gezahlt werden und dass die Tariftreue der Unternehmen dabei auf der Strecke bleibt. Auf ein kurzfristiges sozialpolitisches Wahlkampfhoch folgt also das gewohnte Gerechtigkeitstief der CDU.

(Beifall bei der SPD)

So geht man eben nicht mit der Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um. Sie von der CDU nehmen übrigens auch Ihre Verantwortung gegenüber den Unternehmen nicht wahr, die keine Dumpinglöhne bezahlen wollen, die aber, wenn es kein Tariftreuegesetz gibt, Angst haben müssen, im Vergleich mit anderen Unternehmen nicht mehr wettbewerbsfähig zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen den Abschluss starker Tarifverträge, die einen gerechten Lohn, einen gerechten Anteil an dem erwirtschafteten festschreiben. Wir wissen mittlerweile, wie die Realität aussieht. Die Realität darf man hier nicht ausblenden. Wir wissen, dass es mittlerweile tarifvertraglich festgelegte Löhne gibt, die eben nicht leisten, was sie leisten sollen, dass nämlich die Menschen, die den ganzen Tag arbeiten, von ihrem Lohn leben können. Die Realität ist, dass heute Dumpinglöhne für Tätigkeiten gezahlt werden, die eigentlich als ordentliche Arbeit gelten. Wir wissen auch, dass das nicht nur niedrig Qualifizierte, sondern mittlerweile auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trifft, die eine gute Ausbildung haben. Die machen inzwischen 60 % der Betroffenen aus.

Die Billiglöhne haben mittlerweile auch Tätigkeitsfelder wie z. B. das Fahren von Linienbussen oder Montagearbeiten erreicht. Realität ist, dass sich die Niedriglöhne immer weiter ausbreiten. Realität ist auch, dass wir mittlerweile 783.000 Beschäftigte in Hessen haben, die zwar vollzeiterwerbstätig sind, aber ein Einkommen haben, das nicht zum Leben ausreicht, und die deshalb Transferleistungen vom Staat erhalten. Meine Damen und Herren, wahr ist auch, dass ein Viertel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor arbeitet. Darauf muss die Politik eine Antwort geben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Boddenberg, die Antwort, die Sie nach wie vor geben, reicht uns nicht aus. Ihre Antwort ist, dass diejenigen, die von ihrer Erwerbsarbeit nicht leben können, eben Transferleistungen vom Staat erhalten müssen. Wir sagen, dass die Staatskassen nicht dazu da sind, Dumpinglöhne zu subventionieren.

(Beifall bei der SPD)

Um auch das klarzustellen: Wer den ganzen Tag arbeitet, muss nicht nur sich selbst, sondern auch seine Familie von dem Lohn für diese Arbeit ernähren können. Es geht nicht nur um Essen und Trinken, sondern übrigens auch um die Teilhabe arbeitender Menschen am sozialen und kulturellen Leben in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb brauchen wir Regeln. Wir brauchen Regeln, damit die Gesellschaft in diesem Teil zusammenbleiben kann. Wir brauchen Regeln, die dafür sorgen, dass sich nicht die einen auf Kosten der anderen bereichern. Wir brauchen auch verbindliche Regeln dafür, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Unsere Antwort ist: Dort, wo es Tarifparteien gibt, die Löhne und Mindestlöhne aushandeln, sollen diese Vorrang haben. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Initiative zur Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu unterstützen. Aber dort, wo das nicht möglich ist, müssen wir über gesetzliche Mindestlöhne reden.

(Beifall bei der SPD)

Vordringlich und vorrangig gilt das mittlerweile für die Leiharbeitsbranche. Meine Damen und Herren von der CDU, auch da setzen Sie sich noch heftig zur Wehr. Wir nehmen zur Kenntnis – das müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen –, dass die Leiharbeitsfirmen, die ihre Mitarbeiter ordentlich entlohnen möchten, einen gesetzlichen Mindestlohn haben wollen. Die wehren sich überhaupt nicht dagegen. Das sollten auch Sie zur Kenntnis nehmen.

Der Standort Hessen ist auf gute, auf hochwertige Arbeit von gut motivierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angewiesen. Aber ein Hochleistungsland muss meines Erachtens auch ein Hochlohnland sein. Ansonsten verspielen wir auch an dieser Stelle ein Stück unserer Zukunft.

Wir müssen uns der Leiharbeit zuwenden, weil sie mittlerweile leider ein Instrument zur Einführung von Dumpinglöhnen geworden ist. Wir haben in den letzten Jahren eine Zunahme der Leiharbeitsverhältnisse um 60 % feststellen können – mit steigender Tendenz.

Die Leiharbeit hatte einmal einen anderen Sinn. Die Leiharbeit diente den Unternehmen dazu, ihre Auftrags-



spitzen abzuarbeiten. Die Leiharbeit hatte auch den Sinn, Langzeitarbeitslose an feste Arbeit heranzuführen.

Was ist passiert? Kleine Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten nutzen die Leiharbeit so gut wie gar nicht. Aber in der Hälfte der Großunternehmen mit mehr als 5.000 Angestellten kommt Leiharbeit vor. Da die Großbetriebe bei der Abarbeitung ihrer Auftragsspitzen mit vielen Mitarbeitern viel flexibler sind, liegt die Annahme nahe, dass die Leiharbeit nicht so sehr zur Flexibilisierung der Arbeit eingesetzt wird, sondern eher zur Lohnsenkung dient. Das haben übrigens auch Untersuchungen des DGB ergeben.

Das gilt auch für den individuellen Klebeeffekt von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die als Leiharbeiterinnen bzw. -arbeitnehmer eingestellt worden sind. Die Hälfte der Betriebe – nur die Hälfte – übernimmt gerade einmal 5 % der Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer.

Ich glaube, die Leiharbeit, wie sie heute gehandhabt wird, ist eine Möglichkeit, durch die Hintertür Billiglöhne in Branchen einzuführen, die eigentlich noch gute, tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsverhältnisse haben. Durch die zunehmende Umwandlung von normalen Arbeitsverhältnissen in Leiharbeitsverhältnisse wächst natürlich auch der Druck auf die Stammebelegschaften. Wir wissen, dass schon viele Stammebelegschaften durch Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer ausgetauscht worden sind.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Ypsilanti, ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

#### **Andrea Ypsilanti (SPD):**

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, die drei Punkte beinhalten muss: Erstens. Nach einer Einarbeitungszeit muss es in einem Betrieb für Leiharbeiternehmer und Stammebelegschaft den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit geben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zweitens. Die maximale Verleihzeit und der prozentuale Anteil an der Gesamtbelegschaft müssen begrenzt werden.

Drittens. Die Leiharbeitsbranche muss in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden.

Die Leiharbeiter brauchen Schutz. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen Schutz. Die Unternehmen, die die Arbeit ihrer Mitarbeiter gut bezahlen wollen, brauchen Schutz. Natürlich brauchen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Schutz vor Billig- und Dumpinglöhnen. Deshalb bleibt dieser Punkt auf der Tagesordnung. Dieses Land hat nämlich nicht nur eine Verantwortung für die hessischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern es hat auch eine Verantwortung gegenüber dem Bund.

Daraus werden wir Sie nicht entlassen. Sie suchen offensichtlich nach einem neuen christdemokratischen Programm. Ich kann Ihnen nur empfehlen, auf die CDA zu hören, die genau diesen Vorschlag der Einführung von Mindestlöhnen macht. Wir bleiben dabei:

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Ypsilanti, ich darf Sie jetzt noch einmal bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen, und zwar zügig.

#### **Andrea Ypsilanti (SPD):**

Wir werden hier immer wieder darüber reden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Ypsilanti. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Müller-Klepper für die CDU-Fraktion.

#### **Petra Müller-Klepper (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Antrag versucht die SPD, ihr Lieblingsthema Mindestlohn zu beleben, um von ihrem handwerklichen Dilettantismus der letzten Monate und ihrer Regierungsunfähigkeit abzulenken.

(Beifall bei der CDU)

Es ist der untaugliche Versuch eines Schaulaufens, nachdem man Pflicht und Kür in den Sand gesetzt hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Da bewegen Sie sich aber auf Glatteis!)

Es ist der missglückte Versuch, Frau Ypsilanti Frischzellen zu verordnen, nachdem sie in den letzten Plenarrunden abgetaucht war, was auch die Medien entsprechend gewürdigt haben.

(Beifall bei der CDU)

Unverändert frisch ist dagegen die soziale Marktwirtschaft in Deutschland, die in diesem Monat ihren 60. Geburtstag feiern kann.

(Beifall bei der CDU)

Wirtschaft und Soziales gehören zusammen. Der Staat schafft den ordnungspolitischen Rahmen, damit in einer freien Wirtschaft der soziale Ausgleich erfolgt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist aber Frischkäse, was Sie da erzählen!)

Die zentrale Aufgabe ist es, allen auf dem Arbeitsmarkt Chancen einzuräumen;

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist Frischkäse auf Magerstufe!)

denn Arbeit ist die Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe. Sozial sind angemessene Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Ausbildung, Qualifizierung, Weiterbildung und auch eine familienfreundliche Arbeitswelt. Aber sozial ist vor allen Dingen das, was Arbeit schafft.

Seit dem Amtsantritt von Kanzlerin Merkel haben wir eine positive Entwicklung. Die Arbeitslosenzahl ist gegenüber dem Höchststand unter Rot-Grün um 2 Millionen auf 3,28 Millionen zurückgegangen. Das ist seit 15 Jahren bundesweit – auch in Hessen – der niedrigste Stand. Das ist eine großartige Botschaft.

(Beifall bei der CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger haben den Aufschwung durch ihre Leistungen, das Schultern zusätzlicher Belastungen und eine Tarifpolitik mit Augenmaß ermöglicht. Forderungen nach Lohnerhöhung sind daher legitim und berechtigt. Aber Achtung: Es muss auch mehr Netto vom Brutto in der Tasche bleiben. Familien, Arbeitnehmer, Rentner und der Mittelstand müssen weiter entlastet werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Haushaltskonsolidierung, eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten und eine Steuerreform sind Bausteine. Es gibt Handlungsbedarf bei der Lohnfindung, denn in manchen Branchen und Regionen existieren Probleme mit der Billiglohnkonkurrenz aus dem Ausland und mit Dumpinglöhnen.

Das ist für uns nicht akzeptabel. Deshalb werden auch die Schutzmechanismen ausgebaut – das Entsendegesetz und das Mindestarbeitsbedingengesetz. Hierbei muss die Leitlinie sein: Vorfahrt für die Tarifparteien.

(Beifall bei der CDU)

Der Anstieg bei den Niedriglöhnern hängt auch mit Veränderungen der Erwerbsmuster zusammen – mehr Teilzeit, mehr geringfügige Beschäftigung – und damit,

(Norbert Schmitt (SPD): Alles selbst gewählt? – Gegenruf des Abg. Horst Klee (CDU): Herr Schmitt, Sie haben doch ganz andere Probleme zu lösen!)

dass durch die Arbeitsmarktreformen auch dieses Segment verstärkt erschlossen wird. Um den nicht und gering Qualifizierten die Chance auf einen Arbeitsplatz zu sichern, brauchen wir auch in Zukunft einen Niedriglohnsektor. Nicht zu vergessen ist auch, dass hier Qualifizierten, die ansonsten arbeitslos wären, zumindest der Einstieg geschaffen wird.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, „Mindestlohn“ klingt gut. Doch die Probleme lassen sich nicht mit einer Zauberformel und auch nicht mit einer pauschalen Diskreditierung des Unternehmertums lösen. Wer den Niedriglohnbereich teuer macht, zerstört Arbeitsplätze und damit Arbeitschancen für die sozial Benachteiligten, die insbesondere von Arbeitslosigkeit am stärksten bedroht sind. Liegt der Mindestlohn in der Nähe einer dem Markt entsprechenden Größenordnung, bleibt er wirkungslos. Liegt er darüber, führt er zum Arbeitsplatzabbau.

(Beifall bei der CDU)

Jobs wandern ins Ausland. Die Schwarzarbeit wird angeheizt. Meine Damen und Herren, was auf den ersten Blick sozial und gerecht erscheint, entpuppt sich als kontraproduktiv

(Norbert Schmitt (SPD): Haben Sie dafür einen Beleg?)

– volkswirtschaftlich, arbeitsmarktpolitisch und insbesondere sozialpolitisch. Was nützt den Menschen ein Mindestlohn, wenn sie in der Folge keinen Arbeitsplatz haben?

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Was ist menschenunwürdiger – Arbeit und die Ergänzung des Einkommens durch aufstockende Leistungen des So-

zialstaates oder der Absturz in Arbeitslosigkeit? Was kostet mehr – das Aufstocken von niedrigen Arbeitseinkommen oder, wie bis vor Kurzem geschehen, millionenfache Arbeitslosigkeit zu finanzieren?

(Beifall bei der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Genau das ist die zentrale Frage!)

1,3 Millionen Menschen sind trotz Arbeit auf ergänzende Hilfen angewiesen. 2005 arbeiteten von dieser Gruppe nur 495.000 Vollzeit, 2007 waren es 374.000, und viele von ihnen nicht über das ganze Jahr hinweg. Die Zahl ist rückläufig, und dies widerlegt die „Tatsache“, Armutslöhne hätten zugenommen.

Der überwiegende Teil der Aufstocker, nämlich zwei Drittel, hat einen Teilzeit- oder einen 400-€-Job. Der Mindestlohn würde die Zahl derer, die Vollzeit arbeiten und trotzdem Hartz IV bekommen, nicht deutlich reduzieren, denn die meisten Aufstocker haben Kinder und einen Partner, der nichts oder nur wenig hinzuverdient. Sie würden auch bei einem Mindestlohn von 7,50 € weiter auf Hartz IV angewiesen sein.

Sieben Jahre hatte die SPD Zeit, einen Mindestlohn einzuführen. Sieben Jahre ist nichts passiert.

(Zurufe von der SPD: Ei, ei, ei!)

„Ein gesetzlicher Mindestlohn überall in Deutschland, so wie der DGB ihn fordert, von 7,50 € ist nicht darstellbar“, so Peter Struck 2006.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Michael Boddenberg (CDU): Ach, der ist das!)

Recht hat er, wie auch die Forschung über Beschäftigungseffekte von Mindestlöhnen zeigt. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt in seinem Gutachten 2006 unter der Überschrift „Mindestlöhne, ein Irrweg“ zu dem Ergebnis: In Verbindung mit den internationalen Erfahrungen ist im Hinblick auf die zu erwartenden Beschäftigungseffekte ausdrücklich vor der Einführung eines Mindestlohnes in Deutschland zu warnen.

Meine Damen und Herren, Ziel muss es sein, Arbeit und ein Mindesteinkommen zu haben, um eigenverantwortlich für den Lebensunterhalt sorgen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Wo sich Arbeitgeber und Gewerkschaften aus wirtschaftlichen Gründen nur auf niedrige Gehälter einigen können, stockt die Gemeinschaft diese auf. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben des Sozialstaates und nicht der Unternehmen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Staatsfinanzierte Löhne!)

Der Mindestlohn führt beschäftigungspolitisch in eine Sackgasse. Lohnkostenzuschüsse sind sinnvoller, denn es ist besser, Arbeit zu subventionieren als Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Branchenspezifische Mindeststandards zu schaffen ist Sache der Tarifpartner, die durch das staatliche Recht der Allgemeinverbindlichkeit im Ausnahmefall ergänzt wird. Diese Instrumente taugen zur Lösung der Probleme bei nahezu oder tatsächlich sittenwidrigen Niedriglöhnen. Garantiertes Mindesteinkommen und Wahrung der Tarif-

autonomie sind die vernünftigen Alternativen zum einheitlichen Mindestlohn per Gesetz.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag hat beim Mindestlohn nichts Neues zu bieten. Passagen sind wörtlich vom SPD-Bundesvorstandsbeschluss vom 06.01.2008 abgeschrieben.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Neu ist die Forderung, die Landesregierung solle die Initiative des Bundesarbeitsministers unterstützen. Etwas konkreter hätte es im Antragstext schon sein können, denn angesichts von Forderungen nach Lufthoheit über den Kinderbetten und des verunglückten Konzepts der kooperativen Jobcenter ist ein Freibrief für Herrn Scholz nicht zu vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehe davon aus, Sie meinen das Mindestarbeitsbedingungsgesetz für den Fall besonders geringer Tarifbindung. Staat und Politik müssen den Vorrang tarifvertraglicher Regelungen respektieren. Hierauf werden wir den Entwurf prüfen.

Und Sie meinen das Entsendegesetz. Wir unterstützen, es an seinem ursprünglichen Kern auszurichten, den Schutz vor übermäßigem grenzüberschreitenden Lohnwettbewerb. Eine Einbeziehung weiterer Branchen ist akzeptabel, sofern bestehende Tarifverträge geschützt werden.

Die interessierten Branchen hatten bis Ende März die Möglichkeit, ihre Aufnahme zu beantragen. Das geringe Echo bestätigt unsere Position, dass die bewährte Tarifautonomie Vorrang haben muss.

Ihre negative Bewertung der Zeitarbeit teilen wir nicht. Zeitarbeit hilft, Jobs zu schaffen. 22 % der neuen Stellen sind Leiharbeitsverhältnisse. Die Zeitarbeit ist eine Brücke in den Arbeitsmarkt. 60 % der Zeitarbeitskräfte waren zuvor arbeitslos. Sie ist ein Sprungbrett für Berufsanfänger. Auch Ungelernte haben eine Chance.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ein Drittel der Zeitarbeiter hat keine abgeschlossene Berufsausbildung und dennoch einen Arbeitsplatz. Zeitarbeit vermittelt auch dauerhafte Beschäftigung. Der Klebeffekt funktioniert. Mehr als jeder Zehnte, der in einem Betrieb fest angestellt ist, war dort zuvor als Zeitarbeiter beschäftigt. Weitere 30 % der Zeitarbeiter finden im Anschluss an eine Entleihtätigkeit einen festen Job in einem anderen Betrieb.

Das Vorurteil, Zeitarbeit verdränge reguläre Arbeitsplätze, widerlegt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Leiharbeitsjobs sind in der Regel nur kurze Phasen im Erwerbsleben – durchschnittlich zwei bis drei Monate. In der Studie heißt es: Langfristige Einsätze – nur sie sind geeignet, reguläres Personal zu ersetzen – gibt es selten. Wer wie Sie die Zeitarbeitsbranche in ihrer Flexibilität einschränken will, der nimmt vielen Menschen Chancen im Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sind in den vergangenen Jahrzehnten mit dem Wechselspiel von Arbeitgebern und Gewerkschaften bei der Wahrnehmung sozialer und wirtschaftlicher Verantwortung gut gefahren. Das soll so bleiben. Wir wollen nicht mehr Staat, sondern einen Rahmen

setzen, der den Menschen die Teilhabe am Arbeits- und Wirtschaftsleben ermöglicht und innerhalb dessen sie sich eigenverantwortlich entfalten können. Nur so können Arbeit und Wohlstand für alle entstehen. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Klepper. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Schäfer-Gümbel zu Wort gemeldet.

(Michael Boddenberg (CDU): Der wird jetzt mit neuesten Zahlen kommen!)

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Die Fachkraft der Union erklärt sich. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine lieben Besucherinnen und Besucher, Sie haben eben einen sehr untauglichen Versuch zur Beschreibung der realen Welt erlebt, die Sie wahrscheinlich besser kennen als viele andere, und sind einer wunderbaren Welt von ordnungspolitischen Fantasien begegnet.

(Zurufe von der CDU)

Frau Müller-Klepper, deswegen will ich vier Bemerkungen machen.

Erstens. Wir haben wiederholt und immer wieder gesagt, dass tarifliche Lösungen Vorrang haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Aber Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass durch Ihre politischen Aktivitäten, unter anderem durch das Zertrümmern der Tariflandschaft, die Kampf- und Arbeitskraft der Gewerkschaften geschwächt ist

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

und sie an vielen Stellen überhaupt nicht mehr in der Lage sind, tarifliche Lösungen herbeizuführen – weil es den zweiten starken Partner gar nicht mehr gibt, den Sie auch gar nicht wollen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Zweite Bemerkung. Frau Müller-Klepper, Ihre Bemerkung zum Thema Leiharbeit ist natürlich insofern völlig daneben, weil wir ausdrücklich immer wieder gesagt haben, dass wir das Instrument der Leiharbeit für sinnvoll und notwendig halten.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist doch ein Widerspruch zu dem, was Frau Ypsilanti vertritt!)

– Herr Boddenberg, es wäre für Sie wirklich sehr hilfreich, wenn Sie wenigstens einmal in Ihrem Leben einfach nur zuhören würden. Das könnte dann vielleicht auch Ihre Ergebnisse verbessern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bei der Leiharbeit gibt es zwei völlig verschiedene Entwicklungen. Bei den Fachleiharbeitern gibt es inzwischen eine Situation, in der die Leiharbeit zusammengebrochen ist, weil wir einen solch großen Fachkräftemangel haben, dass das kein interessantes Instrument mehr ist.

Beim Niedriglohn wird die Stammebelegschaft durch den Einsatz von Leiharbeit systematisch reduziert, um das Gesamtlohnniveau in den Betrieben zu senken. Das ist der Punkt, über den wir reden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Dritte Bemerkung.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, die dritte Bemerkung bitte sehr kurz, denn Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Norbert Schmitt (SPD): Frau Müller-Klepper durfte länger reden! – Gegenruf des Abg. Horst Klee (CDU))

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Frau Präsidentin, meine dritte Bemerkung ganz kurz. – Ihre Form der Staatslohntheorie mit dem Aufstocken ist völliger Unfug. Der Mindestlohn zerstört nicht Arbeit, sondern er schafft Arbeit. Ein Blick über die Grenzen Deutschlands würde Ihnen bei der Einsicht sehr helfen, die richtige Politik zu machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Das Wort hat Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Müller-Klepper, bisher habe ich Sie eigentlich für eine engagierte Sozialpolitikerin gehalten.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist sie ja auch!)

Ich bin ziemlich entsetzt, dass Sie hier den Niedriglöhnen das Wort reden, obwohl Sie aus Ihrem Ausschuss genau wissen, wer davon betroffen ist,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

was das für die Frauen, die Kinder und die Familien heißt. Sie kommen jetzt mit einem solch lächerlichen Argument wie Steuersenkung, die für diese Leute 52 Cent ausmacht.

(Gernot Grumbach (SPD): Das ist wirklich lächerlich!)

Das rettet keinen vor Armut in unserem Lande. Das finde ich für eine Sozialpolitikerin relativ armselig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wenn ich mich richtig erinnere, sitzen auf der rechten Seite dieses Saales diejenigen, die fordern, der Staat solle sich aus der Wirtschaft heraushalten. Ich verstehe nicht, dass es genau die gleichen Politiker befürworten, dass der Staat über Transferleistungen ganz gewaltig in die Wirtschaft eingreift: Transferleistungen zu Löhnen sind Sub-

ventionierungen, und das widerspricht völlig dem, was Sie sonst immer propagieren – der Staat solle sich heraushalten. Das müssten Sie mir noch einmal erklären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Dieter Posch (FDP))

Würde die Wirtschaft im Moment ihrer Verantwortung nachkommen, dann könnten wir uns heraushalten. Inzwischen aber haben wir uns in eine Schiefelage entwickelt. Die Lohnentwicklung klappt auseinander. Die Einkommensschere öffnet sich immer weiter. Da kann sich Politik nicht mehr heraushalten. Dann haben wir die Verantwortung wahrzunehmen.

Das Statistische Bundesamt hat dazu Zahlen vorgelegt. Danach ist in den Jahren von 2000 bis 2005 der Anteil der durch abhängige Arbeit erwirtschafteten Einkommen von 72 % auf 64 % gesunken und der Anteil der Gewinne dagegen von 28 % auf 36 % gestiegen. Das sagt schon viel darüber aus, womit in diesem Land Geld verdient wird. Die Löhne bleiben hinter dem Produktionswachstum zurück, und das seit Jahren. Das kann einfach nicht sein.

Bei den Niedriglöhnen geht es um Gerechtigkeit, aber auch – Frau Müller-Klepper, das möchte ich Ihnen nochmals ans Herz legen – um Menschenwürde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Schauen wir uns doch an, wer für Niedriglohn arbeitet. Zu 75 % sind das Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung; zu 6 % sind es Akademiker. Jeder Siebte, der in Vollzeit arbeitet, arbeitet im Niedriglohn, und von allen Menschen für Niedriglohnsektor sind 70 % Frauen.

Wenn Sie mir dann sagen wollen, die Welt sei in Ordnung, dann irren Sie schlicht und ergreifend.

(Horst Klee (CDU): Das hat niemand gesagt!)

Es kann nicht sein, dass man Menschen, die arbeiten, zu Bittstellern in unserem System macht, zu Empfängern von Almosen. Der Verweis darauf, sie könnten zur Tafel und zur Kleiderkammer des Roten Kreuzes gehen – das kann ja wohl nicht sein.

(Widerspruch bei der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Wer sagt denn so etwas?)

– Herr Boddenberg, auch in Ihrer Fraktion gibt es noch Menschen, die wissen, wie die sozialen Realitäten von Menschen aussehen, die von dem nicht mehr leben können, was sie verdienen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Das weiß ich so gut wie Sie! Glauben Sie, dass sich darüber jemand freut? Wieso denn das?)

Im Jahr 2006 ist in Deutschland der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor auf 22 % angestiegen. Im Jahr 1995 waren es noch 15 %. Es sind 6,5 Millionen Beschäftigte, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Es gibt eine halbe Million sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die auf ergänzende ALG-II-Zahlungen angewiesen sind. Herr Boddenberg, Sie wissen genauso gut wie ich, welche Sprünge man damit machen kann.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja, eben!)

Es wird geschätzt, dass zusätzlich etwa 2 Millionen Erwerbstätige Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II hätten, diesem aber, aus welchen Gründen auch immer,

nicht wahrnehmen. Ich glaube, das hat manchmal auch etwas mit der Würde zu tun.

Armut trotz Arbeit ist für viel zu viele Menschen in Deutschland Realität. Das kann nicht sein. Da muss Politik handeln.

Deutschland hat den höchsten Niedriglohnanteil unter den kontinentaleuropäischen Ländern. So viel zum Blick über die Grenzen. Im europäischen Vergleich ist die Aufstiegsmobilität, um aus diesem Bereich herauszukommen, in Deutschland besonders niedrig. Da sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

Zu dem politischen Märchen, wenn Mindestlöhne eingeführt würden, wäre Deutschland am Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig,

(Michael Boddenberg (CDU): Nein, die Arbeitsplätze sind weg!)

denke ich: Schauen Sie einmal über die Grenzen in andere Länder Europas, und Sie werden feststellen, dass die Arbeitsplätze in den anderen europäischen Ländern mehr geworden sind.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Boddenberg, mit Einführung der Mindestlöhne sind dort die Beschäftigungsraten gewachsen, das wissen Sie doch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Schauen Sie sich doch einmal die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich an!)

Dann Ihr politischer Irrtum, der Staat müsse die Löhne aufstocken. Das ist doch die Einladung an Unternehmer, die Löhne zu drücken.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Die Allgemeinheit, die Steuerzahler sollen dann dafür aufkommen. Das aber kann nicht Aufgabe des Staates sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der erste Schritt zu flächendeckenden Mindestlöhnen ist die Aufnahme weiterer Branchen in das Arbeitnehmerentsendegesetz. Frau Müller-Klepper hat ja signalisiert, dass sich zumindest dort in Berlin unter Umständen etwas tut.

(Zuruf des Abg. Fritz-Wilhelm Krüger (FDP))

Zu den Branchen, die dort Interesse angemeldet haben, gehören die Zeitarbeit, Pflegedienste, Wach- und Sicherheitsgewerbe und der Weiterbildungsbereich – ein Bereich, bei dem wir auch immer betonen, wie wichtig er für die Entwicklung unseres Landes ist. Aber die Löhne, die dort gezahlt werden – teilweise von Organisationen, die für diesen Staat arbeiten –, sind jämmerlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Bundesarbeitsminister hat es jetzt in der Hand, in den Verhandlungen der Großen Koalition die Gesetzesänderungen dazu umzusetzen. Die Referentenentwürfe befinden sich in der Ressortabstimmung.

Beim gegenwärtigen Zustand der Großen Koalition ist nicht absehbar, wann es hier eine Einigung geben wird. Deswegen hat die GRÜNEN-Bundestagsfraktion in Ber-

lin dazu ebenfalls Gesetzentwürfe eingebracht, die in weiteren Branchen Mindestlöhne ermöglichen.

Zur SPD und ihrer Haltung zur Zeitarbeit. Herr Schäfer-Gümbel hat es wieder etwas gerade gerückt, denn die Zeitarbeit hat sich verändert. Wir Rot-Grünen haben viel damit zu tun, dass es so viele Zeitarbeitsplätze gibt. Das haben wir gewollt. Inzwischen aber ist die Entwicklung in eine andere Richtung gegangen, und das müssen wir korrigieren.

Nichtsdestoweniger waren zwei Drittel aller Beschäftigten bei Zeitarbeitsunternehmen zuvor arbeitslos oder nicht erwerbstätig. Das ist also ein Schritt in die Erwerbstätigkeit.

Leiharbeit ist in Zeiten, in denen sich die Auftragslage in der Wirtschaft sehr schnell ändert, durchaus ein Mittel, um Schwankungen abzufangen. Das heißt, in Zeiten des Konjunkturaufschwungs wächst die Anzahl der Leiharbeitsverhältnisse.

Aber Leiharbeit darf nicht zum Instrument werden, das zur Lohndrückerei missbraucht wird. Es ist zu gewährleisten, dass die Mitarbeiterinnen von Zeitarbeitsfirmen nicht nur die Tariflöhne der Zeitarbeitsbranche erhalten – das wäre allenfalls ein erster Schritt, und der wird durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sichergestellt.

Wir wollen aber den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ realisieren. Das heißt, wenn jemand eingearbeitet ist, dann sollte er nach drei Monaten an diesem Arbeitsplatz den gleichen Lohn erhalten wie sein dort fest angestellter Kollege. Dass auch diese Lösung nicht der Untergang des Abendlandes ist, zeigt, dass BMW in München das bereits macht.

(Michael Boddenberg (CDU): Prima!)

Es gibt einige Fairnessinitiativen; und inzwischen wird auch den Zeitarbeitern der Metalltarifarbeitslohn bezahlt, der zwischen 11,61 € und 28,17 € liegt.

(Michael Boddenberg (CDU): Prima!)

Das widerlegt das Argument, dass man diese Arbeit nicht anständig bezahlen müsste, weil dies nicht machbar sei. Es ist machbar. In Deutschland muss anständige Arbeit auch anständig bezahlt werden, und bei BMW laufen die Bänder meines Wissens noch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Antrag der SPD. Der dritte Punkt ging uns ein bisschen zu weit, da die Initiativen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales generell zu unterstützen seien. – Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das tun nicht einmal Sie ununterbrochen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher haben wir es uns genehmigt, dies einzuschränken, und zwar auf das Entsendegesetz sowie auf den Mindestlohn; und wir haben auf unsere Gesetze verwiesen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Jetzt werden Sie aber klein!)

– Generelle Amnestien gibt es bei uns nicht. – Wir wollen keine Begrenzung der Verleihzeit sowie des prozentualen Anteils an der Gesamtbelegschaft. Das sind die beiden Punkte, die wir nicht wollen und von welchen wir denken, dass man hierüber im Ausschuss noch einmal sprechen sollte. Wir wollen nicht alles regeln, da Wirtschaftsbetriebe sehr unterschiedlich aussehen. Was wir allerdings wollen, ist die Angleichung der Löhne nach drei Monaten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss aber noch eines sagen: Wir bekommen natürlich ein Problem, wenn es die öffentliche Hand – beispielsweise auch das Land Hessen – nicht schafft, ein Tarifreuegesetz auf den Weg zu bringen. Wir erwarten verantwortungsvolles Handeln seitens der Wirtschaft, und das gilt für den öffentlichen Dienst natürlich umso mehr. Das Tarifreuegesetz war eher ein halbherziger Kompromiss, aber nicht einmal diesen bringt die Landesregierung auf den Weg. Hinzu kommt, dass sie im Bundesrat gegen die Initiative von Rheinland Pfalz gestimmt hat, die das Ziel hat, die Tarifreuegesetze europafest zu machen.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herrn Schäfer-Gümbel?

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Da meine Zeit abgelaufen ist und ich eher damit gerechnet hätte, dass Sie sagten, ich sollte zum Schluss kommen, werde ich nun zum Ende kommen, und Herr Kollege Schäfer-Gümbel kann, wenn er möchte, eine Kurzintervention machen. – Das lässt Zweifel daran aufkommen, ob es nicht eher ein wahltaktischer Gag war, ein Tarifreuegesetz auf den Weg zu bringen, denn die Ernsthaftigkeit des Bemühens wird leider nirgendwo mehr sichtbar. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller, vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Rock für die Fraktion der FDP.

**René Rock (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit dem Tarifreuegesetz beginnen. Als Liberale haben wir hierzu eine klare Haltung. Wir haben festgestellt, dass damit keine Beschäftigungseffekte entstehen. Die Sozialversicherungen profitieren hiervon auch nicht. Die Arbeitnehmer, die aus dem Ausland zu uns kommen, können bis zu 24 Monate lang in ihr eigenes Sozialsystem einzahlen, bevor sie bei uns Zahlungen leisten müssen. Wir haben festgestellt, dass das mit mehr Bürokratie einhergehen würde, die wir uns sparen könnten. Wir haben vor allen Dingen von der EU bestätigt bekommen, dass es überhaupt nicht durchsetzbar ist. Daher sind wir über diese Entwicklung mehr als dankbar; und wir werden natürlich den Antrag der SPD ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Nun zum Antrag der SPD, den die Fraktionsvorsitzende begründet hat. Hierzu muss man wirklich sagen: Man muss den GRÜNEN dafür dankbar sein, dass sie in diesem Antrag zunächst einmal eine Forderung formuliert haben, damit wissen wir, wohin die SPD mit diesem Antrag überhaupt will.

Wir haben verschiedene Bereiche angesprochen. Ein Bereich betrifft die Niedriglöhne. Was Sie machen wollen, ist

ziemlich schwierig, denn es gibt 738.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die ergänzende Leistungen erhalten. Das sind die sogenannten Aufstocker. Es ist abenteuerlich, diese alle in einen Topf zu werfen und mit einer politischen Begründung abzuarbeiten. Es ist völlig abenteuerlich und nicht haltbar.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich will das beispielhaft an der Frage festmachen: Wie komme ich aus dem ALG-Bezug heraus? Welche Möglichkeiten gibt es für eine Integration? Was machen die Argen und Optionskommunen, um die Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen? – Wir wollen an dieser Stelle Flexibilität haben, und ich muss Ihnen in diesem Zusammenhang ganz deutlich sagen: Sie, die SPD, haben mit Ihrem Hartz-IV-Gesetz nicht nur dazu beigetragen, dass beim Versuch, Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen, was wir gar nicht schlecht finden, eben solche Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Sie haben – Sie machen nun seit zehn Jahren in Deutschland Politik –

(Florian Rentsch (FDP): Sie versuchen es!)

vor allen Dingen indirekt dazu beigetragen, dass in diesen zehn Jahren eine gnadenlose Bürgerabzocke vorangetrieben wurde und die Steuern und Abgaben erhöht wurden. Sie haben damit einen Anschlag auf die Mittelschicht in Deutschland verübt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie heute gemeinsam mit den GRÜNEN fordern, dass wir einen gesetzlichen Mindestlohn bräuchten, dann frage ich Sie: Warum haben Sie das im Jahre 1998, als Sie die Mehrheit besaßen, nicht einfach eingeführt? – Das hat einen ganz einfachen Grund, denn als die bürgerliche Mehrheit in Berlin abgewählt worden ist, hat kein Mensch im politischen Raum einen Mindestlohn gefordert. Erst nach zehn Jahren SPD-Regentschaft in Deutschland kommen Sie mit dieser Idee eines Mindestlohns – sozusagen als Götze, den Sie zur Rettung der Menschheit und zur Rettung der Beschäftigten in Deutschland vor sich hertragen. Das ist ein völlig ungeeignetes Instrument, welches Sie da vor sich hertragen.

(Beifall bei der FDP)

Sie setzen immer wieder das Bild in die Welt, dass böse, ausbeuterische und gnadenlose Unternehmer die Menschen lediglich auf dem Existenzminimum halten würden. Das ist falsch. Sie haben mit Ihrer Abgabepolitik maßgeblich zu diesem Zustand beigetragen.

(Beifall bei der FDP)

Nun zum Änderungsantrag der GRÜNEN. Dieser zielt in seiner Aussage ganz zentral auf die Einführung eines Mindestlohns ab, und damit hat der Antrag der SPD überhaupt erst eine Aussage bekommen, über die wir hier reden können.

(Reinhard Kahl (SPD): Das haben wir schon einmal gehört!)

Die GRÜNEN stellen in ihrem Antrag fest, dass es bei der Einführung eines Mindestlohns zwei konkrete Probleme gebe – nämlich die regionale Höhe des Mindestlohns sowie die Frage, wer diesen festlegen solle. Hierauf haben Sie nach unserer Meinung keine wirklich überzeugenden Antworten gegeben. Es ist nun einmal so, dass es in unserer sozialen Marktwirtschaft einen marktgerechten Lohn gibt. Für jemanden, der einigermaßen logisch denken kann, muss doch klar sein, dass, wenn man, da es einen

marktgerechten Lohn gibt, einen Mindestlohn einführt, der unter dem marktgerechten Lohn liegt, dieser keinerlei Auswirkungen haben wird. Über das muss man doch langsam einmal nachdenken. Liegt der Mindestlohn aber darüber, dann besteht die Gefahr, dass es Verdrängungseffekte gibt. Das ist logisch und liegt auf der Hand. Das müsste von der Sozialdemokratie endlich einmal begriffen werden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein!)

– Das merke ich. – Nun zur Tarifautonomie, denn man kann es fast nicht glauben. Gerade die Gewerkschaften, die ebenfalls immer wieder in dieses Horn stoßen, werden vielleicht eines Tages feststellen, dass sie die Geister, die sie riefen, nicht mehr loswerden. Das ist etwas von beinahe historischer Bedeutung.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich fragen, weshalb wir in Deutschland das Modell der Tarifautonomie haben und wenn Sie sich einmal darüber Gedanken machen, wie es entstanden ist, dann müssen Sie wissen, dass sich unsere Verfassungsväter das Ende der Weimarer Republik sehr genau angeschaut und sich Gedanken darüber gemacht haben, weshalb diese Republik gescheitert ist. Nachdem sie sich das angeschaut hatten, haben sie festgestellt: Wir brauchen eine andere Regelung, als dass der Staat bei den Löhnen eingreift. Wir brauchen eine Tarifautonomie.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich kann Ihnen nur raten, ab und an einen Blick in die Geschichtsbücher zu werfen, denn das kann Ihnen nur weiterhelfen.

Wir als Liberale wollen nicht dastehen und sagen: „Das Problem haben wir nicht erkannt“, sondern wir haben eine andere Lösung. Diese Lösung heißt Mindesteinkommen. Damit kommen wir als Staat unserer Verpflichtung nach, sicherzustellen, dass die Menschen, die in unserer Gesellschaft leben, ein Existenzminimum zum Leben haben, das sie durch Arbeit aufstocken können, bis sie es schaffen, von dem Einkommen selbständig zu leben. Das ist aus unserer Sicht das einzig Richtige, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Petra Müller-Klepper (CDU))

Jetzt komme ich zu etwas, was ich fast nicht glauben konnte, als ich es gelesen habe: Ihre Ausführungen zu Leiharbeitskräften. Das ist wirklich schwierig. Schauen wir uns an, wie das alles entstanden ist. Zur Wende des Jahrtausends haben verantwortliche Menschen in Berlin, Herr Schröder, Herr Fischer, Herr Clement, festgestellt, dass sie der Arbeitslosigkeit nicht Herr werden. Sie haben sich Gedanken gemacht, wie sie gerade bei der Langzeitarbeitslosigkeit weiterkommen können. Sie haben festgestellt, dass der momentan existierende Sozialstaat und die Arbeitsmarktregeln nicht genügen. Sie haben mit den so genannten Hartz-IV-Gesetzen – der Name ist mittlerweile ein bisschen belastet; so sind sie in Deutschland aber nun einmal bekannt – ein arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Experimentierfeld aufgemacht. Das war ein mutiger Schritt, leider mit viel zu vielen Fehlern behaftet. Wenn ich mir vorstelle, was Sie nun verlangen: Sie verlangen die Aufhebung all dessen, was die SPD, was Ihre Partei in Berlin beschlossen hat. Nichts anderes verlangen Sie.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Die Kollegin der GRÜNEN hat sich wenigstens noch daran erinnert, wer dafür die Verantwortung trägt. SPD und GRÜNE haben am 23.12.2002 die Neufassung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes beschlossen. Große Teile traten aber erst am 01.01.2004 in Kraft. Die zentralen Bestandteile, die Sie damals beschlossen haben, sind genau die Punkte, die Sie heute wieder revidieren wollen, nämlich die Festlegung an den Einkommen der Stammbeschäftigten und die Frage, wie lange ein Leihbeschäftigter in einem Unternehmen beschäftigt sein darf. Genau diese zwei entscheidenden Kernaussagen haben Sie als SPD beschlossen – niemand anderes.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hört, hört!)

Es ist Ihre Politik, die Sie heute zurückschrauben wollen. In vielen Bereichen wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Politik revidieren würden. Aber gerade in dem Bereich ist Ihre Politik nicht falsch gewesen. Wenn Sie heute Zahlen von Hessen mit denen Deutschlands vergleichen, dann erlauben Sie mir, dass ich heute die Zahlen von Deutschland mit denen im restlichen Europa vergleiche. 1 % der Beschäftigten ist in Deutschland in Leiharbeitsfirmen beschäftigt. Die Zahlen sind von 2006. Sie sind nicht ganz aktuell. Aber neuere habe ich so schnell nicht gefunden. In Frankreich sind es 2,1 %, in den Niederlanden 2,5 % und in England 5 %. Das sind die Zahlen, die wahrscheinlich Herr Schröder und seine Mitstreiter damals bewegt haben, zu sagen: An der Stelle gibt es Beschäftigungspotenzial. Hier gibt es ganz entscheidend etwas für die Beschäftigung in Deutschland zu tun. – Das hat man getan. Den Schritt, den man damals mutig gegangen ist und der sich nach unserer Erkenntnis – ich werde Ihnen ein paar Zahlen vorlesen – bewährt hat, wollen Sie zurückgehen. Das, was funktioniert hat, wollen Sie zerschlagen. Ich glaube, damals hieß das Gesetz Hartz-IV-Gesetz. Das wollen Sie komplett zurückdrehen. Es ist Ihr eigenes Gesetz, über das Sie sich heute im Parlament beschweren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben – ich habe die Zahlen gerundet – insgesamt 730.000 Beschäftigte im Leiharbeitssektor. 250.000 würde man unter dem Begriff Hilfsarbeiter subsumieren. 110.000 Menschen sind im Dienstleistungssektor beschäftigt. Von der Gesamtzahl 730.000 erhalten 66.000 ergänzende Sozialhilfe. Das liegt weit unter dem Schnitt. Von daher kann man der Lohnarbeit nicht Dinge zuweisen, die faktisch nicht bestehen. Die Frau Kollegin hat bereits darauf hingewiesen, dass es diesen sogenannten Klebeeffekt gibt, dass viele Menschen den Weg von der Leiharbeit in ein festes Beschäftigungsverhältnis gehen. Dazu gibt es unterschiedliche Zahlen. Aber es ist auf jeden Fall eine Zahl, über die sich jede Arbeitsagentur mehr als freuen würde.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Rock, ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

**René Rock (FDP):**

Dann komme ich gar nicht zu meinem besten Teil. Den muss ich wohl noch später bringen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist wirklich schade, weil wir noch gar keinen guten Teil gehört haben! Auch wir bedauern das wirklich sehr!)

– Das mögen Sie vielleicht so sehen. – An der Stelle will ich feststellen: Sie haben die Restauration des alten sozialpolitischen Systems in Deutschland vor. Der Weg, den wir beschritten haben, eine Reform der Sozialpolitik in Deutschland durchzuführen, ist der richtige. Wir sind vielleicht nicht auf dem besten Wege. Aber wir haben uns aufgemacht. Wir müssen an der Stelle weiterarbeiten und versuchen, voranzukommen. Die Restauration ist schon einmal an den Liberalen gescheitert. Auch Ihre Restauration wird an uns Liberalen scheitern. Das kann ich Ihnen versprechen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schott für die Fraktion DIE LINKE.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Den Ansatz des Antrages, den wir hier vorliegen haben, begrüßen wir sehr. Denn es ist allerhöchste Zeit, dass wir uns mit einem der großen sozialen Probleme in unserem Lande auseinandersetzen. Wenn wir aber den Niedriglohnsektor und damit Armut betrachten wollen, reicht das Stückwerk nicht aus, das wir hier angeboten bekommen. Den Niedriglohnsumpf trockenzulegen, das muss man sehr viel gründlicher machen. Dafür reicht es nicht aus, sich ein bisschen mit dem Entsendegesetz und mit der Leiharbeit zu beschäftigen. Mindestlohn zu fordern ist ein wichtiger Teil davon. Aber den gesamten Bereich der geringfügigen Beschäftigung auszuklammern ist völlig unverantwortlich. Lasse ich diesen Bereich aus, sind alle anderen nur gut gemeinte Maßnahmen, die nichts Wirkliches bringen, weil sie nur einen Flickenteppich darstellen. Wir müssen das im Ganzen betrachten. Dazu gehört eben mehr.

Wir haben diesen gesamten Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Dafür gibt es zwar Tarifverträge. Aber diese Tarifverträge greifen in der Regel nicht. Das weiß jeder, der in diesem Bereich arbeitet, der damit zu tun hat und der sich damit intensiver auseinandergesetzt hat. Das wissen Sie alle im Haus.

Mit der Ausweitung der Regelung zur geringfügigen Beschäftigung, die wir im Jahre 2003 bekommen haben, haben wir in einem hohen Maße die Betriebe entlastet und in gleich hohem Maße die Sozialkassen belastet. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt kann man an dem Beispiel des Einzelhandels beschreiben. Hier haben wir in Hessen in den letzten zehn Jahren ca. 25.000 Arbeitsplätze verloren. Sicher ist das auch noch dem einen oder anderen geschuldet, was darum herumliegt: den Entwicklungen in den Städten, der Entwicklung der Ladenöffnungszeiten und dergleichen mehr. Aber wir haben stattdessen genau in diesem Bereich in erheblichem Maße Arbeitsplätze mit geringfügiger Entlohnung erhalten. Das heißt, wir verlieren die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze zugunsten der geringfügigen Beschäftigung. Das stellt eine

erhebliche Belastung dar. So erzeugt man Working Poor per Gesetz.

Wenn man dann noch versucht, Arbeitslosigkeit mit Maßnahmen wie Harz IV und 1-€-Jobs zu bekämpfen, schafft man die Rahmenbedingungen, mit denen man den Niedriglohnsektor betonierte. Nach einer Studie des IAB sind acht von zehn 1-€-Jobs nicht zusätzlich. Wie man damit reguläre Arbeitsplätze vernichtet, konnten wir alle in der letzten Woche im „Wiesbadener Kurier“ nachlesen. Es ist dieser Verdrängungseffekt, der das Lohndumping nach sich zieht. Damit haben Sie Arbeitsverhältnisse erzeugt, die Sie bekämpfen wollen.

DIE LINKE fordert seit Jahren die Einführung von Mindestlöhnen. Denn damit schaffen wir den Boden in das Fass, den wir so dringend brauchen. Wir brauchen diese Bundesratsinitiative ganz dringend. Wir brauchen flächendeckende Mindestlöhne. Deshalb findet das unsere volle Zustimmung. Wir begrüßen die Präzisierung in dem Antrag der GRÜNEN ausdrücklich. Bei der Leiharbeit gibt es dringenden Regulierungsbedarf. Es ist doch inzwischen jedem klar, dass die Arbeitsergebnisse in einem Betrieb mit hoher Arbeitszufriedenheit deutlich besser sind als andernorts. Wenn wir aber Kollegen und Kolleginnen nebeneinander arbeiten lassen, die die gleiche Arbeit verrichten, aber zu völlig unterschiedlichen Bedingungen und Entlohnungen beschäftigt sind, fördert das den sozialen Frieden nicht gerade und beschädigt im Endeffekt den Unternehmenserfolg. Denn Mitarbeiter, die schon längst innerlich gekündigt haben, haben wir leider schon viel zu viele. Wenn die CDU meint, wir vernichten gering bezahlte Arbeitsplätze mit dem Mindestlohn, und das so genannte Aufstockungsmodell lobt, dann frage ich Sie, wer am Ende die Aufstockung bezahlen soll.

Wenn sich die Zahlen so weiterentwickeln wie im letzten Jahr, heißt das: Unternehmensgewinne steigen, und Aufstockerzahlen steigen auch. Der Zusammenhang ist nicht zu leugnen. Er liegt doch offen auf der Hand.

In der CDU-Logik bleiben heißt doch, sofort schlechtere Löhne zu zahlen – die Arbeitnehmer können ja aufstocken. Ich frage Sie: Wer soll das am Ende bezahlen? Wir privatisieren die Gewinne, und die Kosten dafür sozialisieren wir. Ganz zu schweigen davon, wie wir mit der Würde der arbeitenden Menschen umgehen. Von Arbeit muss man leben können.

Deshalb fordern wir die geschäftsführende Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zur Einführung von Mindestlöhnen zu ergreifen, aber auch zur Zurückdrängung von 1-€-Jobs, die umgehend in versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden müssen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die geringfügige Beschäftigung wieder auf ein Maß zurückgeführt wird, das nicht reguläre Arbeitsplätze gefährdet, sondern dafür sorgt, dass nur noch Menschen, die in ganz geringfügigem Maß arbeiten, von der Sozialversicherungspflicht befreit sind. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Lautenschläger das Wort.



**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nachvollziehen, dass die SPD-Fraktion heute sagt: Wir machen einen Setzpunkt zu diesem Thema und versuchen, wieder nach vorne zu kommen. Denn die letzte Forsa-Umfrage, die die SPD immerhin bei 20 % sieht, nur noch 5 Prozentpunkte vor der LINKEN mit 15 %, ist natürlich ein Tiefpunkt gewesen.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es! Das ist die Wahrheit! – Gegenruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD): Wie war das am 27. Januar?)

Frau Kollegin Müller-Klepper hat schon deutlich gemacht, dass dort dringend Frischzellen notwendig wären.

(Norbert Schmitt (SPD): Da waren Sie schon bei 50 %! Da lache ich mich kaputt!)

– Herr Kollege Schmitt, es ist besser, wenn ich Ihnen heute nicht sage, was ich den Zeitungen entnehmen konnte. Zu Ihrem eigenen Verhalten hat Ihre Fraktion in den letzten Tagen ja genug gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Dann muss es ja stimmen, wenn es in der „Bild“-Zeitung steht! Wenn das Ihre Informationsquellen sind, dann gute Nacht, Landesregierung!)

Frau Kollegin Ypsilanti, wie ich schon sagte, Frischzellen sind da vielleicht ein Thema. Aber der Demagogie von Herrn Lafontaine als SPD-Fraktion immer weiter nachzulaufen, scheint ja nicht gerade ein erfolgreiches Rezept für die Fraktion dieses Hauses zu sein. Es scheint eher immer mehr zum Absterben von vernünftigen Ideen und zum Anwachsen der LINKEN zu führen, was vielleicht die ganz linke Seite dieses Hauses freut.

(Michael Boddenberg (CDU): Wir sind jetzt auf Augenhöhe!)

Bei Männern ist die Zustimmung zu beiden Parteien schon gleich, bei 17 %. Aber für die Probleme, die Sie auf die Tagesordnung gesetzt haben – darüber wollen wir uns heute eigentlich unterhalten –, haben Sie keine Lösungen. Das Spannende daran ist – auch das haben zwei meiner Vorredner schon angesprochen –, dass wir den Höchststand der Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 hatten. Am Ende der rot-grünen Regierung waren dort die größten Probleme vorhanden. Im Übrigen bezieht sich Kollege Scholz mit seinem Armuts- und Reichtumsbericht, den er auf Bundesebene vorgelegt hat, auf genau diese Zahlen im Zeitraum zwischen 2002 und 2005.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, das müsste Ihnen durchaus zu denken geben. Sie haben damals nicht über das Thema Mindestlöhne gesprochen, weil Sie genau wussten, dass Sie Arbeitsplätze vernichten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber Sie hatten die größte Arbeitslosigkeit. Wenn wir uns den Armutsbericht ansehen, den Sie heute sehr bewusst außen vor gelassen haben, um auf andere Themenfelder abzulenken, dann stellen wir fest, dass Sie auch sehr bewusst die Entwicklung seit dem Jahr 2005 ausgeblendet haben. Denn gleichzeitig haben wir jetzt endlich wieder einen Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und dort den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

(Axel Wintermeyer (CDU): Hört, hört!)

Wir haben dort also in den letzten Jahren eine ganze Menge erreicht, sowohl in Hessen als auch im übrigen Bundesgebiet. Dazu hat z. B. die Zeitarbeit einen ganz wichtigen Anteil beigetragen. Deswegen finde ich es schon bedauerlich, dass wir dieses Thema im Hessischen Landtag zwar nun zum wiederholten Male auf der Tagesordnung haben – –

(Axel Wintermeyer (CDU): Immer dieselbe Leier, aber sie wird nicht besser!)

– Herr Kollege Wintermeyer, das ist zutreffend, weil es der einen Seite dieses Hauses schlichtweg nicht um Problemlösung geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Problemlösung würde bedeuten, dass wir anerkennen, dass die Arbeitslosigkeit nach SGB III massiv zurückgegangen ist,

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

wir aber gleichzeitig nach wie vor ein Problem bei der Langzeitarbeitslosigkeit haben, also nach SGB II, und dort nach wie vor auf einem hohen Niveau verharren. Wir müssen uns hier über die unterschiedlichen Gründe dafür unterhalten und überlegen, wie wir diesen Menschen helfen können, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu gehört eben auch das Instrument der Zeitarbeit. Denn wie das IAB der Bundesagentur für Arbeit feststellt, spielen beim Thema Zeitarbeit die gering Qualifizierten – und das sind die Langzeitarbeitslosen – die größte Rolle. Diejenigen, die in Zeitarbeit tätig sind, waren zum größten Teil in den letzten Monaten davor arbeitslos und haben durch die Zeitarbeit überhaupt erst ein Sprungbrett in den normalen Arbeitsmarkt bekommen. Gering Qualifizierte erhalten durch die Zeitarbeit eine Chance, auf dem Arbeitsmarkt wieder mitzubestehen, auch wenn zum Teil noch staatliche Zuschüsse fließen müssen.

Aber vielleicht sollten wir an dieser Stelle wieder einmal darauf stolz sein, dass wir ein soziales Sicherungssystem haben, das genau in solchen Fällen Armut verhindert, indem es staatliche Zuschüsse zahlt und den Menschen eine Brücke aus der Abhängigkeit zurück in die Unabhängigkeit schafft. Um das Armutsrisiko zu senken, sind staatliche Zuschüsse notwendig. Die Menschen sollen nicht in Armut bleiben, und wir bauen ihnen eine Brücke aus der Arbeitslosigkeit heraus.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich will auch einmal festhalten, dass ungefähr ein Drittel der Leiharbeiter im Anschluss an das Leiharbeitsverhältnis eine unbefristete Beschäftigung erlangt. Das ist durchaus ein großer Erfolg und hat natürlich etwas damit zu tun, dass in den letzten Jahren die Leiharbeit angestiegen ist und dass überhaupt nur in diesem Segment Langzeitarbeitslose wieder eine Chance hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn Sie hier heute über den Mindestlohn oder über das Thema Tariftreue sprechen, dann wissen Sie genau: Wir haben letztes Jahr ein Gesetz gemacht, aber dazu hat der Europäische Gerichtshof sehr deutlich gesagt, dass alle in Deutschland bestehenden Gesetze so nicht

möglich sind. Jetzt reden wir darüber: Gibt es Brücken, über die man noch einen Teil davon retten kann, oder gibt es sie nicht? Wie muss man damit umgehen? Auf der anderen Seite haben wir heute schon die Instrumente des Entsendegesetzes und auch der Tarifparteien, wenn sie Anträge auf Allgemeinverbindlichkeit stellen.

Wenn Sie hier immer Gespenster an die Wand malen – was Sie mit dem Thema Zeitarbeit, die Sie auch gerne nur als Leiharbeit bezeichnen, machen –, hat das genau damit zu tun, dass Sie schlichtweg nicht wollen, dass Menschen in diesem Bereich neue Chancen bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das lehnen wir ab. Wir wollen, dass dieses Segment bleibt und dass wir weitere Türen öffnen, um Langzeitarbeitslose besser zu fördern.

Interessant ist – das gehört auch zur Wahrheit –, dass Ihre rot-grüne Bundesregierung mit uns als Landesregierung damals die Lösung „Leistung aus einer Hand“ angestrebt hat, die alle für richtig gehalten haben, um besser zu fördern und zu fordern, aber eben auch demjenigen, der Hilfe braucht, allumfassend einen Fallmanager als Ansprechpartner zu geben.

Was passiert nun auf der Bundesebene? Der Kollege Scholz, seines Zeichens SPD, macht Vorschläge, das alles wieder zu trennen, anstatt mit den Ländern gemeinsam vernünftige Modelle zu suchen. Das ist die Rolle rückwärts. Sie hilft keinem einzigen Langzeitarbeitslosen, und da helfen auch Ihre Schaufensteranträge überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich gehört auch dazu, dass wir dort in einem Teilbereich nach wie vor große Probleme haben. Das sind die geringfügig Beschäftigten, die Langzeitarbeitslosen, die jetzt in 400-€-Jobs verharren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Ypsilanti, dazu, wie Sie damit umgehen wollen, habe ich von Ihnen kein einziges Wort gehört. Wir haben dazu längst Vorschläge gemacht. Was das Verharren in diesem Bereich angeht, so ist der Zuverdienst bei den 400-€-Jobs ein Problem. Es lohnt sich für den Betroffenen nicht, das Sprungbrett einer Ganztags- oder einer anderen Beschäftigung anzunehmen. Dort brauchen wir dringend Veränderungen.

Das ist nicht neu, das haben wir schon mehrfach diskutiert. Ich kenne aber keine Initiative der SPD dazu, die genau diese Probleme, die die Wirtschaftsweisen regelmäßig in den Berichten des Sachverständigenrats darstellen, aufgenommen hat. Weder auf Bundesebene noch im Hessischen Landtag ist die SPD bereit, genau über diese Probleme zu sprechen, um Menschen aus der dauerhaft geringfügigen Beschäftigung herauszuführen und ihnen wieder vernünftige Chancen zu bieten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Selbstverständlich gehört auch mit dazu, wenn wir über unterschiedliche Chancen sprechen, dass wir uns anschauen müssen, für wen es bei der Langzeitarbeitslosigkeit am schwierigsten ist. Das sind die Alleinerziehenden, Familien mit mehr als drei Kindern, die besondere Schwierigkeiten haben, weil das Thema Kinder zu einem erhöhten Armutsrisiko führt. Die Kollegin von der Leyen will auf Bundesebene den Kinderzuschlag genau deswegen umbauen, weil dieses Problemfeld erkannt ist und wir dort zielgerichtet Zuschüsse brauchen, um Familien

mit mehreren Kindern zu helfen. Gleichzeitig müssen wir als Hessische Landesregierung unsere Hausaufgaben machen – im Vergleich mit den anderen westlichen Bundesländern haben wir einen Spitzenwert bei der Kinderbetreuung –

(Günter Rudolph (SPD): Als wenn das Ihr Verdienst wäre!)

und den Ausbau vorantreiben. Wir müssen Alleinerziehende weiter unterstützen und auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen.

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Frau Ministerin, ich darf Sie daran erinnern, dass die Redezeit der Fraktionen überschritten ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): Fünf Minuten mindestens!)

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Kollegin Ypsilanti, ich will noch einmal darauf hinweisen: Nur Schaufensteranträge zu stellen, um wieder auf der politischen Bühne präsent zu sein, und Herrn Lafontaine, einem Demagogen, hinterherzulaufen, das bringt unser Land nicht weiter.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir müssen gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, dass für diejenigen Gruppen, für die es in unserem Land immer noch eine sehr schwierige Lage gibt, das sind Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und die Mehrkindfamilien in ganz besonderem Maß, eine Besserung eintritt. Wir müssen gemeinsame Lösungen für sie finden, um über die Kinderbetreuung, den Familienzuschlag, die unterschiedlichen flexiblen Möglichkeiten wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Aber auch das, was die Landesregierung in den letzten Jahren für Kinder mit Migrationshintergrund auf die Beine gestellt hat, nämlich frühe Sprachförderung, Abbau der Quote der Hauptschulabbrecher, um bessere Bildungsabschlüsse zu erreichen, waren wichtige Schritte. Das alles hat sich in den letzten Jahren sehr deutlich gezeigt und kann sich sehen lassen.

Diesen Weg wollen wir weitergehen. Dazu erwarte ich von Ihnen dezidierte Vorschläge, wie wir uns gemeinsam um die Geringstqualifizierten und die Langzeitarbeitslosen kümmern, und nicht, dass Sie schöne Programme ankündigen, sie nicht finanzieren und gleichzeitig immer noch versuchen,

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Arbeitsplätze zu vernichten, entgegen allen Vorhersagen von Sachverständigen, die sich intensiv mit diesem Thema beschäftigen.

Eines kann man auch als Fazit ziehen: Interessanterweise glauben Ihnen das die Wählerinnen und Wähler nicht wirklich. Wenn Sie sich das Politbarometer Mitte Mai anschauen und Ihre persönliche Beliebtheit bei allen, dann ist die bei minus 1,2 schon ganz interessant.

(Norbert Schmitt (SPD): Gucken Sie einmal, was das Politbarometer vor der Hessenwahl gesagt hat! – Weitere Zurufe von der SPD)

Gucken Sie sich einmal Ihre Beliebtheit bei Ihren Wählerinnen und Wählern an. Mit minus 0,4 will ich Ihnen sagen: Nur Lafontaine war einmal mit minus 0,5 unbeliebter; das war, als er die Brocken in der SPD hingeschmissen hat. Vielleicht sollten Sie das einfach auch tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Und was sagt das Politbarometer zu Roland Koch? – Weitere Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Das Wort in der zweiten Runde erhält Herr Kollege Lenders für die FDP-Fraktion. Ich darf noch daran erinnern, die Redezeit beträgt fünf Minuten.

**Jürgen Lenders (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es bleibt dabei, unser Problem ist es nicht, dass die Bürger zu wenig verdienen. Unser Problem ist, dass der Staat den Bürgern so viel Geld aus der Tasche zieht, dass ihnen zum Leben zu wenig bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, die Bürger brauchen mehr, vor allem mehr Netto vom Brutto. Genau das wollen wir machen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Die FDP will die Steuer- und Abgabenlast der Bürger senken. Das haben wir auf dem Bundesparteitag vergangenes Wochenende genau so beschlossen, und nicht das, was Sie uns heute Morgen unterstellt haben.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege, in ihrem Antrag greift die SPD nun vor allem die Zeitarbeit an. Sie unterstellt, dass Mitarbeiter von Zeitarbeitsfirmen zu Dumpinglöhnen arbeiten müssten. Da ist dann wieder der unerschwellige Vorwurf der Ausbeutung. Die SPD argumentiert, dass durch gesetzliche Einschränkungen der Zeitarbeit die Nettoeinkommen der Geringverdiener steigen würden. Verehrte Kollegen, das ist Unfug. Die Zunahme der Zeitarbeit hat Kanzler Schröder – das ist eben schon angeklungen – erst durch die Agenda 2010 ermöglicht.

Mir stellt sich die Frage, warum der SPD-Kanzler und vormalige Juso-Chef Schröder das Instrument der Zeitarbeit gestärkt hat. Mir stellt sich auch die Frage, warum Peter Hartz, langjähriger Spitzenfunktionär der IG Metall, ihm dieses Konzept geschrieben hat. Meine Damen und Herren, die Antwort liegt auf der Hand. Die damalige rot-grüne Regierung – ja, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie waren dabei, es ist schön, dass Kollegin Hölldobler-Heumüller sich daran erinnert, aber bei der SPD will sich anscheinend keiner mehr an die Agenda 2010 erinnern, sie erinnert sich aber leider auch nicht an die richtigen Weichenstellungen;

(Beifall bei der CDU und der FDP)

damit stärken Sie nur die populistischen Argumente der Postkommunisten, Sie helfen nicht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern –,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

die damalige Bundesregierung hat angesichts der massiven Wirtschaftskrise begriffen, dass nur durch Flexibilisierung der Arbeitsmarkt in Deutschland in Bewegung kommen kann. Genau das ist auch eingetreten. Seit der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, und mithilfe der Zeitarbeit, ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland und Hessen auf den niedrigsten Stand seit mehr als 15 Jahren zurückgegangen. Damit ist nicht nur theoretisch, sondern auch in historisch beispielloser Weise praktisch bewiesen, dass Zeitarbeit hilft und nicht schadet.

Nun müssen wir uns fragen, warum so viele Arbeitsplätze in der Zeitarbeit geschaffen wurden. Tatsache ist, dass die Lohnkosten in den ausleihenden Unternehmen, die für Leiharbeiter entstehen, in vielen Fällen nicht geringer sind als für reguläre Beschäftigte. Die hessischen Unternehmer benötigen ein flexibles Arbeitsrecht, um auf konjunkturelle Schwankungen reagieren zu können. Frau Ypsilanti, das haben Sie eben richtig erkannt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ein Grund für den Rückgriff auf Leiharbeiter ist das deutsche Arbeitsrecht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Weg mit dem Arbeitsrecht – typisch FDP!)

Das starre deutsche Arbeitsrecht und insbesondere der Kündigungsschutz sind eine hohe Barriere für die Schaffung fester Arbeitsverhältnisse. Hätten wir in Deutschland ein so moderates Arbeitsrecht wie in der Schweiz, hätten wir auch eine Arbeitslosenquote wie in der Schweiz, und die liegt unter 3 %.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Würden wir in Deutschland den Kündigungsschutz reduzieren, würden mehr direkte Arbeitsplätze in Unternehmen entstehen. Meine Damen und Herren von der SPD, bevor Sie die Zeitarbeit kritisieren und dort Arbeitsplätze vernichten, sorgen Sie doch zuerst einmal dafür, dass durch Veränderungen im Arbeitsrecht überhaupt neue Arbeitsplätze entstehen können. Wenn Sie das nicht machen, schicken Sie die Beschäftigten aus der Zeitarbeit direkt in die Arbeitslosigkeit. Das ist in meinen Augen die unsozialste aller politischen Maßnahmen. Deshalb lehnen wir den Antrag der SPD-Fraktion ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Abg. Lenders. – Für die Fraktion der SPD erhält Frau Fuhrmann das Wort.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Lautenschläger, wir haben heute wieder einmal das immer Gleiche von Ihnen gehört, nämlich das CDU-Programm, das heißt: weniger soziale Sicherheit, ein Niedriglohnsektor, und der Staat bzw. alle Bürgerinnen und Bürger zahlen die Aufstockung auf Dauer, damit Menschen menschenwürdig leben können. Das ist das CDU-Programm, und das ist absolut unsozial.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Menschen müssen von ihrer Arbeit, wenn sie ganztags arbeiten, auch leben können. Das ist ein ganz einfacher Grundsatz, der eine hohe Gültigkeit haben muss. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können und nicht von drei bis vier Jobs, wie wir das in den USA von den Working Poor kennen. Das sind Menschen, die vier Jobs haben, sich aber immer noch keine Krankenversicherung und immer noch keine eigene Wohnung leisten können. Solche Verhältnisse wird es mit der SPD in Deutschland nie geben.

(Beifall bei der SPD – Mark Weinmeister (CDU):  
Das will doch gar keiner!)

Wenn Sie von der CDU sich die Landschaft anschauen und sehen, dass wir Tariflöhne haben, die zum Teil bei 2,80 €, bei 3,50 €, bei 4,20 €, für ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in der Weiterbildungsbranche bei 10 € liegen, dann sagen Sie doch nicht ernsthaft, es gebe hier keinen Regelungsbedarf. Es gibt einen Regelungsbedarf.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt einen dringenden Regelungsbedarf, was die Mindestlöhne betrifft. Es gibt einen dringenden Regelungsbedarf, was die Begrenzung von Zeit- und Leiharbeit betrifft.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sind Sie seit gestern sauer auf die Gewerkschaften? – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Versagen die Gewerkschaften?)

Ich habe mir die Rede von Frau Lautenschläger angehört. Sie hat von den Umfragen geredet. Ich weiß nicht, wie die für die CDU vor dem 27. Januar aussahen. Es ist auch sehr spannend: Herr Koch taucht neuerdings bundesweit überhaupt nicht mehr auf. Aber davon reden Sie natürlich nicht.

Ich stelle jedenfalls fest: Sie haben die gleiche Arroganz an den Tag gelegt – von der FDP braucht man in der Frage gar nicht zu sprechen – wie vor dem 27. Januar. Aber Ihre Regierung ist am 27. Januar für diese Arroganz abgewählt worden, auch wenn Sie das bisher noch nicht begreifen wollen.

Letzter Punkt. Heute wird mit der Mehrheit des Hauses das Verhalten der Landesregierung im Bundesrat, was die Absicherung von Mindestlöhnen betrifft, ganz klar gerügt, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Ein allerletzter Punkt. Frau Lautenschläger, Kinderzuschläge entheben uns grundsätzlich und ausdrücklich nicht der Notwendigkeit, das Problem von Tariflöhnen, von Mindestlöhnen, von Dumpinglöhnen, von Hungerlöhnen, wie immer Sie es nennen wollen, zu regeln. Deswegen wird Ihr Verhalten im Bundesrat heute hier gerügt. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Fuhrmann. – Für die Fraktion DIE LINKE erhält Frau Schott das Wort.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann nicht verstehen, dass man sich immer wieder diesen Unsinn über Leiharbeit anhören muss. Leiharbeit schafft keine Arbeit. Es gibt jede Menge Möglichkeiten und Projekte, Arbeit zu schaffen. Aber schauen wir uns einmal an, was Leiharbeit macht.

Es gibt einen Arbeitgeber, der einen Arbeitnehmer braucht. Statt sich an die Bundesagentur zu wenden oder eine Zeitungsanzeige aufzugeben, über die er diesen Arbeitnehmer finden kann, wendet er sich an eine Leiharbeitsfirma und beschäftigt auf diese Weise jemanden, dem er in der Regel deutlich weniger zahlt als dem Stammpersonal. Was hat daran Arbeit geschaffen?

Ich glaube, ich habe die Menschen vergessen, die bei der Leiharbeitsfirma arbeiten und vermitteln. Aber dafür haben wir meines Wissens die Bundesagentur. Also schaffen wir uns hier irgendwie ein Gremium, das mit anderer Leute Arbeit Geld verdient, die dafür deutlich weniger Geld verdienen als ihre Kollegen, die die gleiche Arbeit machen, und permanent auf dem Schleudersitz sitzen. Damit wird Angst geschürt in der Bevölkerung und bei den Kollegen; denn morgen kann es ihnen genauso gehen. Ich kann nicht erkennen, wo da ein Arbeitsplatz geschaffen wird.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber das ist doch nicht unser Problem, wenn Sie das nicht erkennen können, Frau Kollegin!)

Dann müssen wir uns hier anhören, wenn Arbeitnehmer aus solchen Arbeitsverhältnissen eingestellt werden, dass angeblich die Leiharbeit den Arbeitsplatz geschaffen hat. Was ist das für ein hanebüchener Unsinn? Das ist doch gebogen bis zum Geht-nicht-mehr. Der Arbeitsplatz war da, wir haben nur eine Agentur zwischengeschaltet, nämlich die Leihfirma. Nichts anderes haben wir getan. Wo ist dort das Schaffen von Arbeitsplätzen?

Wir schaffen nichts anderes als einen Billiglohnsektor, einen Ausbeutungssektor. Die Leute haben Arbeitsbedingungen, die zum Teil menschenunwürdig sind, und das wissen wir in diesem Hause. Das können wir nicht wegreden. Aber das sollen wir loben. Wir sollen loben, dass Menschen freitags nicht wissen, wo sie montags arbeiten werden. Wir sollen loben, dass Menschen nicht wissen, ob sie in der nächsten Woche noch dieselbe Arbeit haben. Wir sollen loben, dass diese Menschen nicht wissen, wie sie an den Arbeitsplatz gelangen sollen, weil es dort einen Wildwuchs gibt, der unbeschreiblich ist und der ihnen Dinge abverlangt, die wir in keinem regulären Arbeitsverhältnis haben würden. Das sollen wir hier ernsthaft loben? Dafür habe ich überhaupt kein Verständnis.

Wir brauchen Leih- und Zeitarbeit möglicherweise in einem ganz geringen Rahmen, aber nicht in dem Ausmaß, das wir zurzeit in diesem Land haben, nicht in diesem Wildwuchs, den wir haben und der sich ständig ausbreitet und nur dazu führt, dass wir reguläre Beschäftigungsverhältnisse verlieren. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Für die CDU-Fraktion erhält Herr Boddenberg das Wort.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass es durchaus sinnvoll ist, dass man in einer zweiten Runde auf das eine oder andere eingeht, was hier vorgetragen worden ist. Ich will zu der ersten Rednerin, Frau Ypsilanti, kommen, die sich aus meiner Sicht heute etwas anders als Herr Schäfer-Gümbel noch ein Stück mehr von dem entfernt hat, was mit der Agenda 2010 im Bund mit Unterstützung oder maßgeblicher Gestaltung durch den damaligen Bundeskanzler Schröder verabschiedet wurde.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Ypsilanti, das kann man doch sagen. Das haben Sie auch an verschiedenen Stellen gesagt. Dann sollten Sie auch hierher kommen und genau das wiederholen. Ich halte wesentliche Elemente der Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung für verfehlt. Im Ergebnis ist es aber heute so, dass Sozialdemokraten, die nicht in Hessen wirken, sondern im Deutschen Bundestag sitzen, nach wie vor der Überzeugung sind, dass die jüngsten Erfolge auf dem Arbeitsmarkt zumindest in Teilen, vielleicht in wesentlichen Teilen, genau mit dieser Agenda 2010 zusammenhängen. Dann kommen Sie bitte auch hierher, und sagen Sie, dass Ihre Parteifreunde in Berlin Unrecht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Insofern will ich vom Grundsatz her Folgendes sagen. Wir haben schon oft über diese grundsätzliche Frage gesprochen, Herr Dr. Spies. Ich gehöre zu denen, die durchaus aus dem Wahlergebnis vom 27. Januar gelernt haben.

(Günter Rudolph (SPD): Na ja!)

Sie haben doch aufgerufen, dass ein solches Wahlergebnis und auch frühere Wahlergebnisse immer wieder deutlich gemacht haben und zunehmend deutlich gemacht haben, dass wir an verschiedenen Stellen nicht nur ein strukturelles Problem haben, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt, sondern dass wir nach wie vor auch ein Kommunikations- oder Vermittlungsproblem haben, nicht nur in der Arbeitsmarktpolitik. Das gilt nicht nur für die CDU oder die Große Koalition in Berlin.

Deswegen gehört das für mich zu den wesentlichen Erkenntnissen aus dem Januar-Wahlergebnis. Ich glaube, es gibt hier niemanden, der in den letzten Wochen Grund hatte, sich für dieses Ergebnis lange feiern zu lassen. Also sollten wir vielleicht alle einmal über die Frage nachdenken, was uns dieses Wahlergebnis sagt. Es sagt uns aus meiner Sicht: Ja, wir haben an verschiedenen Stellen große Probleme der Vermittlung von Maßnahmen politischer Arbeit. Da ist es nicht nur die CDU, sondern es sind auch die Sozialdemokraten, die an verschiedenen Stellen Probleme haben – das sagen auch die Umfragen in diesen Tagen –, Dinge zu verkünden, die auf den ersten Blick nicht ganz erfreulich oder angenehm sind.

Deswegen sage ich, in der Arbeitsmarktpolitik gibt es keine Schwarz-Weiß-Lösungen.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Da gibt es keine Schwarz-Weiß-Lösung, dass wir so tun, dass das, was nicht sein darf, nicht sein kann – oder andersherum, dass das, was nicht sein kann, auch nicht sein

darf, dass wir erst einmal einen Mindestlohn flächendeckend von Norden nach Süden machen und ein Problem gelöst haben. Frau Ypsilanti, darüber haben wir oft gesprochen, aber das ist den Menschen völlig zu Unrecht Sand in die Augen gestreut.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir sagen, es macht Sinn, dass man differenziert. Deswegen haben wir gemeinsam mit der SPD im Bund ein Entsendegesetz verabschiedet – bei einigen Themen durchaus mit Bauchschmerzen. Die FDP hat nicht umsonst kurz „Post“ gerufen, weil dieses Gesetz aus meiner Sicht ordentlich missbraucht worden ist. Auch das war damals Teil der Kritik der Liberalen.

Da es an verschiedenen Stellen so ist und auch sichtbar ist, dass eine Einfachlösung sich nirgendwo anbietet, schlage ich vor, dass wir versuchen, zunächst einmal sachlich eines festzustellen. Da bin ich etwas enttäuscht, wenn Frau Hölldobler-Heumüller hier so tut, als sei die CDU die Partei, die in Kauf nehme, dass Menschen von der Tafel ernährt werden, weil sie unter die Armutsgrenze fallen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Frau Hölldobler-Heumüller, wir sollten uns wechselseitig nicht unterstellen, dass das irgendjemand gut findet. Das will ich hier in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir können über die Wege streiten. Wir können darüber streiten, dass die CDU die Sorge hat – das ist der zentrale Punkt unserer Argumentation –, dass Arbeitsplätze verloren gehen, dass Arbeitsplätze gar nicht erst entstehen, wenn sie zu teuer sind, dass Arbeitsplätze nicht wettbewerbsfähig sind. Ich sage sehr deutlich, ich weiß, dass viele Arbeitsplätze auch heute schon rein finanziell betrachtet nicht wettbewerbsfähig sind, aber trotzdem in Deutschland noch existieren.

Da sind aber viele Arbeitsplätze dabei, die es nur deshalb weiterhin gibt – das hat Frau Müller-Klepper schon gesagt –, weil sie „alimentiert“ werden, da der Markt sie nicht hergibt. Hier bleibt es bei der Position der CDU-Fraktion. Wir sagen: Bevor wir jemanden in die Arbeitslosigkeit schicken, weil sein Arbeitsplatz gar nicht erst geschaffen wird, weil es sich vielleicht um eine Dienstleistung handelt, die sich Menschen nur dann leisten, wenn sie einen bestimmten niedrigen Preis hat, sagen wir für diesen Fall eine Förderung zu – natürlich streng reglementiert und mit der sehr klaren Ansage an die Wirtschaft, dass es nicht sein kann, dass hier Mitnahmeeffekte stattfinden. Dagegen muss sich die Politik nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten wehren. Wir sagen: Diesen Arbeitsplatz wollen wir lieber alimentieren, statt ihn gar nicht zu haben.

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Boddenberg, Ihre Redezeit ist leider zu Ende.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, lassen Sie mich noch einen Satz in Richtung FDP sagen. Es ist das Thema Kündigungsschutz angesprochen worden. Die Schweiz ist als Beispiel erwähnt worden. Häufig wird in diesem Zusammenhang auch Dänemark genannt. Auch da gibt es keine einfache Lösung, denn man muss, wenn man genau hinschaut, schon feststellen, dass es beispielsweise in Dänemark sehr wohl ei-

nen Kündigungsschutz gibt, allerdings keinen, den der Gesetzgeber par ordre du mufti verhängt, sondern der muss miteinander verabredet werden. Das ist branchenabhängig und sehr unterschiedlich ausgestaltet.

Insofern schlage ich auch der FDP-Fraktion vor: Lassen Sie uns versuchen, weiterhin bei der Sache zu bleiben und keine Schwarz-Weiß-Lösungen hier feilzubieten. Es gibt keine Schwarz-Weiß-Lösungen. Ich glaube, dass von der schwarz-roten Koalition im Bund der richtige Weg eingeschlagen worden ist, der mehreren Facetten des Problems Rechnung trägt.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Boddenberg. – Zu einer Kurzintervention hat Frau Kollegin Ypsilanti für die SPD-Fraktion das Wort.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das geht nicht bei fünf Minuten Redezeit! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Meine Damen und Herren, wir haben das geklärt. Das ist zulässig. Ich erteile jetzt Frau Ypsilanti das Wort.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist nicht zulässig! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hier wird die Geschäftsordnung gebogen!)

#### **Andrea Ypsilanti (SPD):**

Beruhigen Sie sich doch. Herr Boddenberg hat mich etwas gefragt, und Herr Boddenberg soll eine Antwort darauf bekommen.

Herr Boddenberg, ich gehöre zu den Parteimitgliedern, von denen Sie erwarten können, dass sie klar Stellung beziehen, wenn etwas nicht richtig läuft. Natürlich habe auch ich Kritik an der Agenda 2010 geübt. Ich glaube z. B., dass die damals festgelegten Regelsätze heute zu niedrig sind und dass wir viel früher hätten nachsteuern müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen auch, dass bei der Gesetzgebung zur Leiharbeit Probleme bestehen, weil sich die Leiharbeit in eine Richtung entwickelt hat, die wir heute aus sozialpolitischen Gründen nicht mehr mittragen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie und Ihre Ministerin haben hier aber nichts anderes getan, als zu versuchen, darüber hinwegzutäuschen, dass Sie sich im Bundesrat ganz schäbig verhalten haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben zur Tariftreue vor der Wahl noch schnell ein Gesetz gemacht. Bei der ersten Möglichkeit, die sich geboten hat, haben Sie im Bundesrat aber dafür gesorgt, dass dieses Gesetz nicht mehr zur Anwendung kommen kann, weil Sie verhindert haben, dass es europatauglich gemacht wird. Diese Diskussion haben Sie heute mit einer ganz anderen Diskussion hinwegzuwischen versucht.

(Michael Boddenberg (CDU): Wir denken über bessere Lösungen nach, Frau Ypsilanti!)

Sie sind nicht darauf eingegangen, haben keine Stellung bezogen. Ich sage Ihnen, das werden sich die Menschen merken. Sie haben in diesem Bereich nichts dazugelernt,

und deshalb denke ich, dass das Wahlergebnis vom 27. Januar auch heute noch stimmt.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Ypsilanti. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es wird vorgeschlagen, den Antrag der SPD-Fraktion betreffend Handeln für Hessen: Gute Arbeit braucht soziale Rahmenbedingungen, mit dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Entschließungsantrag – –

(Widerspruch bei der SPD)

– Zur Geschäftsordnung, Herr Kahl.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, der Antrag der SPD-Fraktion und der Änderungsantrag der GRÜNEN sollen selbstverständlich überwiesen werden. Wir bitten aber, dass über den Entschließungsantrag jetzt und hier abgestimmt wird, wie es üblich ist.

#### **Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Kahl, vielen Dank für den Hinweis. Ich bitte, mein Versehen zu entschuldigen.

Ich halte noch einmal fest: Der Antrag der SPD-Fraktion und der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollen an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abg. Fuhrmann, Schäfer-Gümbel, Eckhardt, Kühnholz, Merz, Roth, Dr. Spies, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend Koch schadet Beschäftigten und Unternehmen – Tariftreue und Fachkunde bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sichern, Drucks. 17/254. Wer dem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Ich stelle fest, dass der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE angenommen wurde. Gegen den Entschließungsantrag haben die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion gestimmt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, mir liegt ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktion der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Einrichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz), Drucks. 17/326, vor, der in der Zwischenzeit im Plenum verteilt wurde. Wird die Dringlichkeit nach § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Gesetzentwurf Tagesordnungspunkt 69. Es müsste noch die Dauer der Redezeit vereinbart werden. – Herr Wintermeyer, bitte sehr.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, wir haben uns vorhin verständigt, dass wir diesen Dringlichen Gesetzentwurf morgen nach den Aktuellen Stunden kurz einbringen lassen und ihn dann ohne Aussprache an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überweisen.

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank. Wird dem so zugestimmt? – Das ist der Fall. Dann werden wir das für morgen in die Tagesordnung aufnehmen.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 25** und zu **Tagesordnungspunkt 23**:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Forum Flughafen 2020 – das RDF braucht einen Nachfolger – Dialogfortsetzung ist notwendig – Drucks. 17/217 –**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Intensivierung des Dialogs mit der Region rund um den Flughafen Frankfurt – Drucks. 17/135 –**

Zunächst erhält Herr Kollege Posch für die FDP-Fraktion das Wort.

**Dieter Posch (FDP):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausbau des Frankfurter Flughafens hat in der vergangenen Legislaturperiode eine große und wichtige Rolle gespielt. Ich möchte für die FDP-Fraktion wiederholen, was ich in den vergangenen Legislaturperioden schon mehrfach gesagt habe: Die FDP steht ohne Wenn und Aber zum Ausbau des Frankfurter Flughafens.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte hinzufügen, wir sehen keinen Sinn darin, in dieser Legislaturperiode die Auseinandersetzungen der vergangenen Legislaturperioden wieder aufzunehmen. Eine Kritik am Planfeststellungsbeschluss bringt uns nicht weiter. In dieser Feststellung unterscheidet sich unser Antrag sehr deutlich von dem der GRÜNEN. Die Landesregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode entschieden. Das ist ein Fakt, mit dem wir uns in der Landespolitik hinreichend auseinandergesetzt haben. Es macht keinen Sinn, diesen Planfeststellungsbeschluss permanent wieder der Kritik zu unterwerfen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das Einzige – Herr Schmitt, das sei mir an dieser Stelle erlaubt –, was wir in diesem Zusammenhang mit Interesse festgestellt haben, ist die Sprachlosigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Haus, die sich entgegen anderslautenden Ankündigungen seit dem 27. Januar zu dem Thema Planfeststellungsbeschluss und der Frage, wie man damit umgeht, insbesondere ob sie ihn ändern will, nicht geäußert hat. Aber vielleicht haben wir noch die Chance, das bei passender Gelegenheit zu erfahren.

Uns, den Liberalen, geht es darum, uns darüber Gedanken zu machen, welche Aufgabenstellung sich aus der Mediation und der Arbeit des Regionalen Dialogforums für die Zukunft ergebe. Mit dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses ist die Diskussion über den Ausbau des Frank-

furter Flughafens – ich betone: die Diskussion über den Ausbau des Frankfurter Flughafens – nicht beendet. Das Baurecht, das mit dem Planfeststellungsbeschluss gesetzt worden ist, ist das eine, der Dialog mit der Region und der Streit über weitere Maßnahmen zur Lärmreduzierung sind das andere. Das sind zwei verschiedene Aspekte, die man differenziert betrachten muss.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich noch einmal in Erinnerung rufen, welche Aufgabe die Mediation und das Regionale Dialogforum in der Vergangenheit hatten. Die Aufgabe der Mediation und des Regionalen Dialogforums war es, Konflikte transparent zu machen und die Auseinandersetzung unter Zugrundelegung seriöser fachlicher Unterlagen zu versachlichen. Die Aufgabe beider Gremien war es insbesondere, eine Radikalisierung des Streits zu vermeiden. Ich glaube, beide Gremien haben diese Aufgabe in hervorragender Weise erfüllt.

(Beifall bei der FDP)

Zugegeben, auch ich gehörte manchmal dazu. Ich habe manchmal geglaubt, im Regionalen Dialogforum könne man einen hundertprozentigen Konsens erreichen. Dies war mit Sicherheit eine falsche Annahme; denn dazu lagen die Ausgangspositionen viel zu weit auseinander. Deswegen war es, glaube ich, sehr sinnvoll, für die Transparenz der Diskussion zu sorgen, mit Gutachten sachkundig in die Diskussion einzugreifen und damit Verhältnisse zu verhindern, wie wir sie seinerzeit beim Bau der Startbahn West hatten.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich will das an der Stelle sehr deutlich sagen: Das ist etwas, was in der Vergangenheit im Hessischen Landtag parteiübergreifend diskutiert worden ist. Es ist nämlich ohne Weiteres zuzugestehen, dass die Einführung der Mediation noch unter der Regierung von Herrn Eichel initiiert worden ist. Die von 1999 bis 2003 regierende Koalition hat diesen Weg fortgesetzt.

Was veranlasst die FDP-Fraktion, darüber nachzudenken, wie die Arbeit einer Nachfolgeorganisation des Regionalen Dialogforums aussehen kann? Wir alle wissen, dass, aus welchen Gründen auch immer, nicht alle Vorschläge aus dem Regionalen Dialogforum – ich nenne insbesondere das Beispiel des Lärmindex, den Herr Prof. Wörner in die Diskussion eingebracht hat – realisiert wurden und Gegenstand des Planfeststellungsbeschlusses geworden sind.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Kollege Boddenberg, in der Begründung wird das erwähnt. Es ist auch ein Auftrag erteilt worden. Aber es steht nicht im regelnden Teil des Planfeststellungsbeschlusses, und das ist letztendlich maßgebend.

Gleichwohl sind wir der Auffassung, dass diese Arbeit fortgesetzt werden muss und dass wir in einem neuen Forum gemeinsam darüber nachdenken müssen, wie die Vorschläge von Prof. Wörner und dem Regionalen Dialogforum tatsächlich realisiert werden können. Das, was dort angedacht worden ist, ist einzigartig und war, was die Reduzierung von Lärmbeeinträchtigungen angeht, bisher weder Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion, noch ist es in der Praxis berücksichtigt worden. Wir wollen, dass dieses Ergebnis des Regionalen Dialogforums nicht verloren geht, sondern bei der Umsetzung der Plan-

feststellungsbeschlüsse zukünftig Berücksichtigung findet.

(Beifall bei der FDP)

Die Vorschläge, über die im Regionalen Dialogforum diskutiert worden ist – darauf will ich gleich noch einmal eingehen –, haben darüber hinaus nicht nur für die Rhein-Main-Region Bedeutung. Vielmehr handelt es sich um Vorschläge, die weit über Hessen hinausgehen. Das, was in Frankfurt und Umgebung gilt, sollte auch woanders gelten.

Deswegen glauben wir, dass wir diese Ideen vor dem Hintergrund der Diskussionen im Regionalen Dialogforum fortentwickeln sollten, um sie in Zukunft generell zum Maßstab für die Lärmmessung und die Reduzierung der Lärmbelastung werden zu lassen. Diese Regelungen dürfen nicht nur für den Frankfurter Flughafen gelten, sondern sie sollen unseres Erachtens Allgemeingültigkeit erlangen.

Deswegen schlagen wir Ihnen vor, in Zukunft mehrere Foren einzusetzen. Ich gehe davon aus, dass der Herr Ministerpräsident mit den Fraktionen in einen Dialog darüber eintreten wird, wie die organisatorischen Voraussetzungen aussehen müssen, damit diese Foren vernünftig arbeiten können.

Meine Damen und Herren, ich habe eben gesagt, das Thema Lärmindeks sei ein generelles Thema. Ich glaube, dass die Vorschläge des Regionalen Dialogforums bei der Neufassung von Gesetzen und Verordnungen mit dem Ziel, qualitätsverbessernde Maßnahmen für die Umwelt und für die Menschen zu schaffen, in Zukunft mit berücksichtigt werden müssen.

Das, was wir in Hessen bisher gemacht haben, ist auf der Grundlage eines unzureichenden Regelwerks – ich sage das sehr deutlich – zustande gekommen. Ich halte es für sinnvoll, dass man sich im Rahmen der Gesetzgebung mit der Sicherheit im Luftverkehr und der Lärmreduzierung im Luftverkehr intensiver befasst, als das bisher der Fall ist. Es ergibt keinen Sinn, das im Einzelfall ausschließlich der Verwaltung zu überlassen.

Vielmehr bin ich der Auffassung, dass wir in den Luftverkehrsgesetzen bzw. im Fluglärmschutz entsprechende Vorgaben haben sollten, die dann – so, wie es beispielsweise jetzt für Frankfurt gilt – generell für alle Flughäfen Bedeutung hätten. Ich glaube, die Arbeit des Regionalen Dialogforums ist deswegen so wertvoll, weil sie hervorragende Anstöße dafür gegeben hat, wie das in Zukunft zu realisieren ist.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen weiteren Punkt ansprechen. Natürlich haben wir zurzeit bestimmte Klassifizierungen, was die Zulässigkeit des Lärms anbelangt, den einzelne Flugzeuge verursachen. Ich glaube aber, dass man intensiver über die Frage nachdenken muss, wie man an der Lärmquelle selbst eine Lärmreduzierung herbeiführen kann.

Es ist nicht sinnvoll, ausschließlich darüber nachzudenken, ob man einen passiven Lärmschutz für die Bürger realisiert oder ob man auf einen aktiven Lärmschutz setzt, indem man hinsichtlich der Zahl der Flugbewegungen und der Zeiten, in denen geflogen werden darf, eingreift. Vielmehr glaube ich, dass es notwendig ist, eine Diskussion über die Frage zu führen: Wie kann man die Lärmquellen am Flugzeug selbst reduzieren?

Hierbei sind mehrere gefragt. Ich weiß, dass das, was ich hier sage, manchen nicht entgegenkommt, insbesondere nicht den Unternehmen der Luftverkehrswirtschaft. Aber ich glaube, dass es eine Anforderung an die Wirtschaft, an die entsprechenden Unternehmen und an die Wissenschaft geben muss, hier verstärkt Forschung zu betreiben, um das zu entwickeln, was wir vielleicht ein bisschen visionär so beschrieben haben: ein Flugzeug, das nachts eingesetzt werden kann, ohne den Lärm wie bisher zu verursachen.

(Beifall bei der FDP)

Warum soll man über diese Frage nicht intensiver nachdenken? Ein Flugzeug, das weniger Lärm macht, ist doch wertvoller als eine Maßnahme, die wir im Rahmen des aktiven oder passiven Lärmschutzes ergreifen. Der passive Lärmschutz ist immer nur die drittbeste Möglichkeit. Die beste Möglichkeit ist der aktive Lärmschutz am Fluggerät.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Der aktive Lärmschutz in Form einer Reduzierung der Zahl der Flugbewegungen bedeutet nämlich gleichzeitig immer, dass derjenige, der das durchzuführen hat, wirtschaftliche Einbußen erleidet.

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Herr Abg. Posch, Ihre Redezeit ist leider zu Ende.

**Dieter Posch (FDP):**

Letzter Satz. – Deswegen glauben wir, dass es in einem Forum, das auf das Regionale Dialogforum folgt, einen ausreichenden Diskussionsbedarf gibt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Herrn Prof. Wörner ganz herzlich für die Arbeit danken, die er in der Vergangenheit geleistet hat. Ich glaube, seine Arbeit hat es verdient, in angemessener Weise fortgesetzt zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Hermann Schaus:**

Vielen Dank, Herr Kollege Posch. – Für die CDU-Fraktion erhält Herr Boddenberg das Wort.

(Rückfrage des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Ich habe leider keine anderen Wortmeldungen vorliegen. Sie sind dran.

**Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich dachte nur, dass möglicherweise zunächst die GRÜNEN ihren Antrag begründen oder im Zusammenhang mit dem Antrag der FDP diskutieren wollen.

Herr Posch, ich kann mich an vielen Stellen mit dem, was Sie hier gesagt haben, einverstanden erklären. Es ist – davon gehe ich einmal aus – Konsens über alle Parteigrenzen hinweg, dass das Regionale Dialogforum und das Mediationsverfahren am Ende sehr dazu beigetragen haben, dass dieses in jeder Hinsicht gewaltige Projekt mit seinen positiven wie auch negativen Wirkungen in einer sehr sachlichen Atmosphäre diskutiert und weiterentwickelt worden ist.



Meine Damen und Herren, aber ich glaube, wir sollten zunächst schon einmal sagen, dass dieses Projekt nach wie vor ein Projekt ist, das, wenn wir es denn realisieren, viele andere Tagesordnungspunkte ein wenig in den Hintergrund drängen könnte. Wir haben in den letzten Tagen, Wochen und Monaten zu wenig darüber gesprochen, dass wir durchaus mit einem Ausbau eines Flughafens und den anderen großen Infrastrukturprojekten gewaltige Chancen in diesem Land haben.

Wenn es Teil des Regionalen Dialogforums war und weiter sein soll, dazu beizutragen, dass dies wechselseitig von allen Beteiligten so gesehen wird, und wir nämlich nicht nur beispielsweise über das Thema des Lärmschutzes, sondern auch darüber reden, dass dort die Unternehmen Arbeitsbedingungen haben müssen, die sie wettbewerbsfähig halten, dann sind wir sehr dafür, dass wir diesen Dialog nicht nur fortführen, sondern weiter intensivieren.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Das ist sehr nett, Herr Abg. Milde. – Dazu muss man sehen, dass wir auf der Welt nicht allein sind.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Frau Kollegin Wissler, man muss schon hin und wieder in Erinnerung rufen, dass wir auf der Welt nicht allein sind. – Es gibt zurzeit in Europa Investitionsvorhaben im Umfang von 70 Milliarden € für den Ausbau verschiedener Flughafenstandorte. Jetzt will ich gar nicht über diese gewaltige Investitionsgröße reden, sondern will sagen, dass natürlich auch an vielen anderen Plätzen Ausbauten solcher Verkehrsprojekte und Flughäfen mit sehr kritischer Begleitung stattfinden.

Ich will ein Beispiel herausnehmen, von dem ich glaube, dass es in einer sehr vorbildlichen Weise gelungen ist, alle Betroffenen an einen Tisch zu setzen und nicht nur zu beraten, was die besten Wege – insbesondere im Lärmschutz, aber auch in vielen anderen umweltrelevanten Fragen – sind, sondern am Ende auch verbindliche Unterschriften unter Vereinbarungen zu bekommen, die dann zu einem Weniger an gerichtlicher Auseinandersetzung und damit zu einem offeneren und sachlicheren Dialog in der Region geführt haben. Wien ist ein gutes, ein vorbildliches Beispiel dafür, wie Dialog stattfinden kann.

Herr Kaufmann, wenn ich das sagen darf – darüber haben wir oft gestritten –: Ich finde es bis heute schade, dass sich die Bürgerinitiativen weitestgehend aus dem Regionalen Dialogforum und irgendwann aus der Mediation verabschiedet haben. Ich wünschte, dass sich jetzt, wo ein Planfeststellungsbeschluss auf dem Tisch liegt, die Bürgerinitiativen engagierter und aktiver in diesen Dialog einbringen. Ich habe ihnen nicht vorgeworfen, dass sie sich nicht einbringen. Aber sie waren in ihren Bereichen und häufig in ihren Zielgruppen engagiert.

Deswegen ist es mein Wunsch oder unser Wunsch – ich bin gespannt, was die Fraktionen zu den Vorschlägen der Landesregierung sagen werden –, dass wir es schaffen, noch etwas mehr an Breite in diesem Regionalen Dialog zu gewinnen.

Washington – das war ein Bericht in der „FAZ“ am Samstag – hat offensichtlich noch weniger Probleme als viele Standorte in Europa, auch als wir in Hessen. Der Tenor dieses Berichts in der „FAZ“ zu einem großen Ausbauprojekt am Flughafen in Washington war: Dort ist es seit vielen Jahren gelungen, dass vom Vorstandsvorsitzenden der Betreibergesellschaft bis hin zur – das meine ich nicht

abwertend – letzten Bürgerinitiative regelmäßig offen über die Vorhaben des Flughafens geredet worden ist. Wenn ich das recht in Erinnerung habe, haben selbst grüne Bundestagsabgeordnete zu diesem konkreten Projekt gesagt: Es scheint eine wichtige Grundlage für gute Lösungen zu sein, dass man rechtzeitig miteinander spricht.

Insofern muss man heute sagen, dass es richtig war, rechtzeitig eine Mediation zu begründen. Sie wissen auch, dass beispielsweise ich das anfangs deswegen kritisch begleitet habe, weil wir gesagt haben: Das war 1998 nur ein Versuch von Rot-Grün, über den Wahltermin zu kommen. – Aber sei es drum, einmal unabhängig von den Motiven im Nachgang und bis heute und hoffentlich auch in Zukunft muss man sagen, dass das ein sehr richtiger und notwendiger Schritt war.

Natürlich an mehreren, aber an einer zentralen Stelle gibt es Streit, nämlich in der Frage, was eigentlich zwischenzeitlich im Planfeststellungsbeschluss von dem angekommen ist, was aus dem RDF heraus – Auftraggeber war die Mediation – im sogenannten Anti-Lärm-Pakt an Vorstellungen formuliert worden ist. Da gehe ich ein bisschen weiter über das hinaus, was Kollege Posch vorgetragen hat, beispielsweise die Frage des von Herrn Wörner vorgeschlagenen Lärmindex. Dazu steht in der Begründung der Vorbehalt, dass, wenn es im weiteren Verfahren gelingt, zu einer anerkannten Größe zur Begutachtung und Evaluation zu kommen, der Planfeststellungsbeschluss vorsieht, dass das Eingang in das weitere Verfahren findet.

Ich glaube, insofern sind wir auf einem guten Weg. Wir sind bei ersten Schritten auf einem sehr wichtigen Weg für Hessen. Heute schreibt die „Frankfurter Rundschau“: Fraport darf jetzt die Ameisen umsiedeln. – Das will ich nicht ironisch verstanden wissen, sondern das zeigt, wie sehr wir uns auch mit Hunderten und Tausenden Detailfragen zu beschäftigen hatten und zukünftig haben. Deswegen wird das auch weiterhin kein einfacher Dialog sein. Ich glaube aber, ein solches Beispiel und eine solche Überschrift zeigen, wie weit mittlerweile Umweltrecht gerade bei solchen Großvorhaben stattfindet.

Deswegen brauchen wir weiter eine breite Beteiligung – ich wiederhole – angesichts der Komplexität dieser gewaltigen Aufgabe. Ich habe ein bisschen im Archiv nachgeschaut. Der Planfeststellungsbeschluss zur Startbahn West von 1971 hatte den Umfang von 20, 25 Seiten. Der heutige Planfeststellungsbeschluss hat insgesamt einen Umfang von zweieinhalbtausend Seiten, was schon zeigt, dass diese Verwaltung vor gewaltigen Herausforderungen stand und an vielen Stellen auch dem Rechnung getragen hat, was das Regionale Dialogforum bisher geliefert hat.

Wir haben oft darüber gesprochen – ob das Vorschläge technischer Art zur Vermeidung von Fluglärm am Flugzeug selbst sind, aber auch ob es verschiedene offene Türen sind, um dem Gesetzgeber noch die Möglichkeit zu geben, nachzujustieren. All das ist Teil dieses Planfeststellungsbeschlusses.

Wichtig ist in dieser Debatte, dass wir uns alle auch für den zukünftigen Dialog vornehmen, dass das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit weiterhin für alle Beteiligten Geltung haben muss. Das gilt nicht nur für die Frage der Auseinandersetzung, sondern das gilt auch für die Anerkennung, dass in einem Rechtsstaat ein solches Verfahren an verschiedensten Stellen einer Abwägung unterliegt.

Deswegen finde ich es manchmal ein wenig einseitig, wenn in der Frage der Abwägung nur der Lärmschutz und

nur der Naturschutz diskutiert werden, aber die Fragen der Interessen der Arbeitgeber, der Unternehmer dort, in diese Abwägung in der öffentlichen Diskussion aus meiner Sicht zu wenig einfließen.

Herr Kaufmann, wir haben an verschiedenen Stellen auch über diesen Punkt gestritten. Ich glaube, diese Anerkennung ist wichtig, auch im zukünftigen Dialog. Wir sollten Airlines und erst recht der Fraport unterstellen – Sie haben an anderer Stelle Gelegenheit, einzuwirken –, dass sie versuchen, ebenfalls mit dieser Abwägung ein solches Projekt vorzunehmen, d. h. auch die Beteiligten auf der Produzentenseite, wenn ich das so sagen darf. Verschiedenes unternommen haben und weiterhin unternommen werden, um die Situation im Umland des Flughafens zu verbessern.

Abschließend – es wundert mich, dass Herr Posch das nicht angesprochen hat – will ich schon noch sagen, dass mich ein wenig die Position der SPD verwundert. Es hat einen offenen Brief des Kollegen Posch an Ihre Fraktionsvorsitzende Ypsilanti gegeben, in dem Herr Posch daran erinnert hat, was eigentlich aus der Ankündigung vom Dezember geworden ist, dass man das Planfeststellungsergebnis noch einmal juristisch würde prüfen wollen.

Wenn ich es richtig verstanden habe, hat Herr Walter zwischenzeitlich irgendwann einmal bei einer Veranstaltung des Regionalen Dialogforums gesagt: Aus meiner Sicht ist der Planfeststellungsbeschluss, wie er ist, halt so, wie er ist, und nicht veränderbar. – Ich habe Sie so verstanden. Herr Walter, vielleicht sagen Sie etwas dazu. Ich finde schon, dass diese Positionierung der SPD jetzt irgendwann notwendig ist – bei allem, was wir vor dem Landtagswahltermin an Streit in der Frage gehabt haben –: Warum legt ihr jetzt einen Planfeststellungsbeschluss vor?

Wir haben immer gesagt, wir haben es zum rechten Zeitpunkt gemacht – damit die Menschen wussten, worüber sie am 27. Januar auch zu entscheiden haben. Ich finde, mehrere Monate nach dieser Zeit des Wahlkampfes haben die Menschen ein Recht darauf, zu wissen, was die SPD in dieser äußerst grundsätzlichen und für die Zukunft sehr wichtigen Frage für die Zukunft unseres Standortes und unseres Bundeslandes heute sagt.

Auch von unserer Seite natürlich ein herzliches Dankeschön an Herrn Prof. Wörner. Er hat eine tolle Arbeit geleistet und wird uns hoffentlich auch in Zukunft in irgendeiner Form mit Rat und Tat zur Seite stehen. Das war der letzte Satz in einem Zwischenkapitel beim Ausbau des Frankfurter Flughafens. – Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Boddenberg. – Ich erteile das Wort Herrn Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vertreter der beiden Wortbruchfraktionen,

(Widerspruch des Abg. Frank Lortz (CDU))

die nämlich das Nachtflugverbot versprochen haben, den Ausbau nur mit Nachtflugverbot, jetzt aber das Gegenteil für richtig halten, haben jetzt einen neuen Trick erfunden.

Das wird aus den Worten, die der Kollege Posch hier gefunden hat, nicht so deutlich wie aus seiner Presseerklärung, die zu der Rede verteilt wurde. Darin geht es nämlich um das Ziel des lärmarmen Nachtfluges.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Michael Boddenberg (CDU): Ist das Ihres nicht?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist so etwas Ähnliches wie der Glaube an ein Wunder. Ein lärmarmes Nachtflugzeug gab es schon einmal im Zweiten Weltkrieg – das waren die Nachtlastensegler, die unbeobachtet von irgendwelcher Überwachung Güter transportiert haben. Ich glaube allerdings nicht, dass der Flugverkehr des 21. Jahrhunderts mit Segelflugzeugen abzuwickeln ist.

Ansonsten kann man – das sage ich auch in Richtung des Kollegen Boddenberg, der hat das auch angesprochen – als lärmarmes Nachtflugzeug vielleicht noch den fliegenden Teppich bezeichnen; und damit sind wir vollends im Bereich des Märchens.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle hört die Lustigkeit aber auch auf. Sie setzt an dem Wort „Wortbruchfraktion“ an, nämlich daran, etwas zu versprechen, von dem Sie wissen, dass Sie es nicht halten können. Das lärmarme Nachtflugzeug ist das neue Beispiel dafür.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich möchte aber die heutige Debatte gar nicht dafür nutzen, um über den Planfeststellungsbeschluss zu diskutieren. Das findet zurzeit vor Gericht statt und wird auch noch eine Weile dauern. Vielmehr wollen wir uns mit der Frage beschäftigen – und so lauten auch die Anträge –, wie die Arbeit nach der Beendigung des Regionalen Dialogforums weitergehen soll.

Die FDP hat in ihrem Antrag dazu einen wunderbaren Satz formuliert, einen dreifachen Superlativ: „Oberstes Ziel ... soll der maximale Einsatz für die größtmögliche Lärminderung sein.“ Das ist ein dreifacher Superlativ, gemäß dem Motto: superer gehts nicht mehr.

Aber das ist natürlich nicht ganz richtig. Beim Regionalen Dialogforum war es so angelegt, und so steht es auch im Mediationsergebnis, dass es um den Dialog geht,

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

nämlich um das Sprechen zwischen denjenigen, die den Luftverkehr zu vertreten haben, und den Menschen, die in der Region leben und unter diesem Verkehr leiden müssen. Dabei ist der Dialog das Wichtigste. Im Mediationsergebnis heißt es, dass nach dem Mediationsverfahren der Dialog mit der Region fortgeführt werden muss und es vor allem zu einem fairen und offenen Dialog kommen soll.

Meine Damen und Herren, ich muss hier heute konstatieren, dass das Regionale Dialogforum diesen fairen und offenen Dialog nicht leisten konnte.

Das will ich Ihnen an einem Beispiel vorführen. Es geht um den Beschluss des Landtags vom 12. Dezember des vergangenen Jahres. Übrigens haben mittlerweile diejenigen, die damals dafür gestimmt haben, in diesem Hause keine Mehrheit mehr; diejenigen, die dagegen waren, hätten eine Mehrheit. Vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, ob wir diesen Beschluss nicht aufheben sollten. Ich habe es vorhin dem Kollegen Walter gesagt. Denn

dieser Beschluss wird in der weiteren Diskussion missbraucht, wie Sie gleich merken werden. Vielleicht wäre es ein netter Vorschlag, sich dies nach der Sommerpause einmal vorzunehmen. Man denke einmal darüber nach.

Ein Charakteristikum am 12. Dezember war nicht nur diese Beschlussfassung des Landtags, sondern – Sie werden sich erinnern – auch die gemeinsame Erklärung der Luftverkehrswirtschaft, von Herrn Prof. Wörner und der Landesregierung. In dieser gemeinsamen Erklärung steht z. B. der wunderbare Satz – ich darf zitieren –:

Nach den bisherigen Diskussionen stehen zu weiteren Prüfungen unter anderem die Anhebung des Anfluggleitwinkels, die Anhebung der Rückenwindkomponente, laterale und vertikale Optimierung von Start- und Landeverfahren sowie Dedicated Runway Operations an.

Das wurde am 12.12. gemeinsam unterschrieben, unter anderem auch von der Deutschen Flugsicherung.

Aber am 16. Oktober des vergangenen Jahres, also etwa zwei Monate vorher, hat die Deutsche Flugsicherung schriftlich erklärt, dass die Erhöhung des Anfluggleitwinkels und die Anhebung der Rückenwindkomponente nicht mit den ICAO-Regeln in Übereinstimmung zu bringen seien und deshalb von ihr abgelehnt werden müssten. Darüber hinaus hat sie gesagt, dass die Dedicated Runway Operations grundsätzlich nur bei sehr geringen Verkehrslasten möglich seien, wie sie in Frankfurt nicht vorliegen.

Meine Damen und Herren, warum sage ich Ihnen das? – Am 12.12.2007 haben wir eine bejubelte gemeinsame Erklärung der Luftverkehrswirtschaft, der Landesregierung und von Herrn Wörner, und zwei Monate vorher sagt die Luftverkehrswirtschaft in Form der Deutschen Flugsicherung bereits: Das machen wir nicht, das geht nicht.

Genau das ist der Punkt, auf den ich hinauswill. Genau das ist auch das Problem für die Zukunft eines Dialogs. Der ist dann nicht fair, wenn die eine Seite die Leute betrügt, indem sie ihnen irgendwelche schönen Geschichten erzählt – jetzt aktuell die vom lärmarmen Nachtflugzeug, ein weiteres Märchen; die konkreten Beispiele der Vergangenheit habe ich Ihnen genannt. So stiftet man keinen Frieden zwischen der Region und dem Flughafen. Genau das aber ist unser Thema.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen, auch die Versetzung der Landeswellen ist ein großes Thema. Auch darüber wurde in diesem Zusammenhang diskutiert. Mittlerweile gibt es eine Ausarbeitung von Fraport, die nachweist oder, sagen wir besser, sich nachzuweisen bemüht, dass auch diese Versetzung nicht möglich ist.

Meine Damen und Herren, deswegen müssen wir uns jetzt bei der Frage, wie es weitergeht, mehr Gedanken machen, als das im Antrag der FDP zum Ausdruck gekommen ist.

Ganz aktuell haben wir das Papier von Prof. Wörner. Sie wissen vielleicht, die kommunale Seite und die Seite der Luftverkehrswirtschaft haben jeweils Vorschläge dazu gemacht, wie es weitergehen soll; Prof. Wörner hat sie kommentiert. Daraus möchte ich gerne einmal etwas zitieren, was aus unserer Sicht genau das Problem darstellt.

Das zentrale Instrument bei der Frage, wie es organisatorisch weitergehen soll, ist eine vorgeschlagene – bei Herrn Wörner heißt sie – „Zentrale Koordinierungsgruppe“. In dieser Zentralen Koordinierungsgruppe sollen Mitglieder

sein: ein Vertreter der Luftverkehrsseite, ein Vertreter der kommunalen Seite – ich sage in Klammern dazu: Herr Jühe –, ein Vertreter der Staatskanzlei, ein Vertreter des hessischen Verkehrsministeriums und der Vorsitzende – ich sage in Klammern dazu: Prof. Wörner.

Meine Damen und Herren, mit dieser Koordinierungsgruppe führen Sie keinen Dialog, sondern einen Monolog. Genau das aber ist nicht zielführend.

Wir haben in unserem Antrag die Forderung herausgehoben, dass es tatsächlich um einen Dialog geht. Das heißt, die Bürgerinitiativen müssen hineingelassen werden. Die kommen in diesem Vorschlag überhaupt nicht vor. Es ist dort zwar die Rede von einem Vertreter der Kommunen; in dem so genannten Konvent, wie es bei Herrn Wörner heißt, mögen es mehr sein. Aber schon bei der vorhergehenden Diskussion und der Veranstaltung, in der diskutiert wurde, wie es weitergehen soll, waren alle diejenigen Kommunen explizit nicht eingeladen, die sich in der Vergangenheit in irgendeiner Art und Weise kritisch geäußert hatten; die Bürgerinitiativen waren schon gar nicht eingeladen. Daher wundert es einen auch nicht, dass alle diese in dem jetzigen Vorschlag, wie der Dialog weitergeführt werden soll, nicht vorkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das kann kein ernster Vorschlag sein, den wir unterstützen können. Als Ziel war doch immer definiert, dass wir gesagt haben, bei allen Auseinandersetzungen, die zu einem großen Teil jetzt nicht mehr innerhalb dieses Hauses geführt werden, geht es darum, zwischen den Menschen, die in der Region leben und auch schlafen können wollen, und dem Flughafen, der seinen Betrieb haben will, eine faire Diskussion zu bekommen, ein Geben und Nehmen.

Bisher haben wir wieder einmal feststellen müssen, dass es im Wesentlichen um ein Geben geht, nämlich um ein Zugeständnis-Geben der Bewohnerinnen und Bewohner, und ein Immer-weiter-Nehmen der Luftverkehrswirtschaft, vertreten durch Fraport, die Luftverkehrsgesellschaften usw. Das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Deswegen fordern wir, endlich zu einer Verlässlichkeit in der Flughafenpolitik zu kommen, zu einem echten Dialog. Für den Dialog ist es wichtig, insbesondere auch die kritischen Stimmen mit einzubeziehen, nicht nur diejenigen, von denen man von vornherein einschätzen kann, dass sie sich im Zweifelsfall immer zugunsten der Luftverkehrswirtschaft entscheiden.

Meine Damen und Herren, das genau ist unsere Kritik an dem, was im Antrag der FDP steht. Das läuft nämlich genau in diese Richtung. Es wird wieder einmal das (x + 1)-te Pflasterchen draufgeklebt. Es wird von lärmarmen Nachtflugzeugen geredet. Damit wird den Leuten Sand in die Augen gestreut und auf jeden Fall kein Schutz vor Fluglärm in der Nacht geboten.

Herr Kollege Posch, da Sie hier zu diesem Zeitpunkt gesprochen haben, spreche ich Sie an und schaue in Ihre Richtung.

(Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) winkt dem Redner zu.)

– Herr Hahn winkt mir zu, wie freundlich.

(Florian Rentsch (FDP): Man kann Sie sehr einfach glücklich machen!)

Wenn man das lärmarme Nachtflugzeug vorschlägt und sagt, dieses stehe an erster Stelle, an zweiter Stelle stünden die Verkehrsbeschränkungen und an dritter der passive Lärmschutz, dann weiß man, was dies bedeutet. Das heißt, dass die FDP heute gesagt hat, dass die 17 Flugbewegungen in der Mediationsnacht auch ihr zu wenige sind. Das ist die blau-gelbe Position, diesmal nicht blau-gelb à la FDP, sondern blau-gelb à la Lufthansa. Wir wissen, dass dies genau so verkündet worden ist.

Es ist schon lange her, seitdem ich mein Diplom gemacht habe.

(Florian Rentsch (FDP): Das merkt man gar nicht!)

Als Physiker kann ich Ihnen trotzdem sagen, dass es beim Betrieb von Strahlflugzeugen eine physikalische Grenze dessen gibt, was Lärmreduzierung leisten kann, da die Fortbewegung des Flugzeugs dadurch entsteht, dass Gase aus der Düse ausgestoßen werden und damit gegen die Luft drücken. Das macht Krach. Das weiß jeder, der schon einmal in eine Trompete geblasen hat oder Sonstiges. Entweder wollen sie keinen Krach machen, das ist beim Segelflugzeug der Fall, oder sie wollen sich bewegen, dann bleibt es beim Krach. Daher gibt es das lärmarme Nachtflugzeug nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Kaufmann, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Redezeit zu Ende ist.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme zu meinem letzten Satz. – Es würde uns allen sehr viel besser tun, wenn wir in dieser Diskussion mehr Ehrlichkeit hätten und wenn wir endlich anfangen würden, auch die Kritiker einzubeziehen. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Kaufmann, vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Walter das Wort. – Herr Kollege Walter, ich habe übersehen, dass sich Herr Kollege Boddenberg gemeldet hat.

(Michael Boddenberg (CDU): Gestrichen!)

– Er hat es gestrichen. – Gut, dann haben Sie das Wort.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es scheint hier ein großes Interesse an der Position der SPD zu geben, da sowohl der Kollege von der FDP als auch Herr Boddenberg nach uns gerufen hat. Es war unsererseits keine Zurückhaltung, dass wir uns erst jetzt gemeldet haben – das ist insbesondere an die Adresse von Herrn Kollegen Kaufmann gerichtet –, sondern wir haben uns schlichtweg an den üblichen Ablauf des Plenums gehalten, indem wir dem Antragsteller bzw. Herrn Kaufmann die Möglichkeit zur Begründung des eigenen Antrags eröffnen wollten. Daher war ich ein wenig irritiert, dass Sie vorhin nicht reden wollten. Ich hätte meine Position auch

schon vorhin dargelegt. Ich glaube aber, dass die Frage der Reihenfolge nicht sonderlich von Interesse ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich auch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, soweit ich es überschauen kann, ist das in diesem neuen Parlament die erste Debatte zum Frankfurter Flughafen. An den grundsätzlichen Positionen der Fraktionen, damit nehme ich die Spannung ein wenig heraus, hat sich, was jedenfalls die Positionen der bisherigen Redner sowie die meine angeht, nichts verändert. Die Fraktion DIE LINKE ist im Landtag neu, sodass wir uns deren grundsätzliche Position nach meiner Rede anhören werden.

Was sich allerdings fundamental verändert hat, sind die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen, über die wir reden, da wir mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 18.12.2007 eine komplett veränderte Form haben. Bei dieser Form geht es nun darum, und es freut mich – zwei Fraktionen haben dies bereits beantragt, und ich habe mich ebenfalls beim RDF dafür ausgesprochen –, dass wir nun darüber diskutieren, wie wir nach dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses mit der Lärmbelastigung und sonstigen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in der Region umgehen.

Wenn man die beiden Anträge betrachtet, dann könnte man der Meinung sein, dass sie eigentlich relativ identisch sind. Da bin ich mir aber nicht ganz sicher. Es ist meine persönliche Überzeugung, dass die eine Position, nämlich die der FDP, beinhaltet: Wir stehen hinter dem Planfeststellungsbeschluss. Wir stehen hinter dem Ausbau des Frankfurter Flughafens, dennoch wollen wir in dieser Situation alles Menschenmögliche dafür tun, um die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Die zweite Position – ich kann das ein Stück weit vorwegnehmen, da ich im Regionalen Dialogforum die Freude hatte, diese Diskussion zu führen – lautet: Wir wollen in diesem Zusammenhang über möglichst vieles diskutieren. Das eigentliche Ziel ist aber, das, was der Planfeststellungsbeschluss eröffnet, nämlich den Ausbau des Frankfurter Flughafens, zu verhindern. – Das ist nicht die Position der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion steht selbstverständlich nach wie vor zum Ausbau des Frankfurter Flughafens. Es gibt für diesen Ausbau drei zentrale Gründe:

Erstens. Sie wissen, dass der Ausbau des Frankfurter Flughafens für uns das zentrale Thema der Infrastrukturpolitik in unserem Lande ist.

Zweitens. Der Ausbau des Frankfurter Flughafens eröffnet die Chance für die Schaffung von mindestens 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen am Standort Frankfurt.

Drittens. Damit einhergehend ist der Ausbau des Frankfurter Flughafens notwendig, damit er weiterhin ein zentraler Flughafen in Europa bleibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nenne Ihnen noch einen Punkt, der aus Sicht der Sozialdemokraten sehr zentral ist. Wir stellen in diesem Parlament zugegebenermaßen in der Sozial- und Bildungspolitik sehr ambitionierte und kostenintensive Anträge. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen aber sehr wohl, dass dieses Geld, das wir für eine ordentliche Bil-

dungspolitik sowie für eine soziale Balance in diesem Lande ausgeben wollen, zunächst einmal verdient werden muss. Der Frankfurter Flughafen bietet die Chance, diesen notwendigen Wohlstand in unserem Lande tatsächlich zu erarbeiten.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Nun möchte ich noch einmal etwas zu der Argumentation in Bezug auf den Umweltschutz sowie die Reduzierung von Flügen sagen. Es ist richtig, zu sagen: Wenn wir den Frankfurter Flughafen nicht ausbauen, dann werden wir im Jahr 2020 eine Positivprognose von ca. 520.000 Flugbewegungen haben. Mit dem Ausbau wären es über 700.000 Flugbewegungen. – Man könnte nun sagen, dass dies 180.000 Flüge weniger seien und dass dies der Umwelt nutze. Wir alle wissen aber, dass dies nicht richtig ist. Wir hätten in der Region zwar weniger Lärm, doch gäbe es nicht einen einzigen Flug weniger, da die Flüge lediglich woanders stattfänden. Auch die 40.000 Arbeitsplätze würden nicht an unserem Standort entstehen, da diese Bewegungen dann um uns herumgehen würden.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, die Sozialdemokraten unter der Regierung von Hans Eichel, wussten, wie gefährlich ein solches Verfahren ist und mit welchen Spannungen es in einer so hoch belasteten Region behaftet sein würde. Wir haben dieses Mediationsverfahren nicht aus wahltaktischen Gründen begonnen, denn es war nicht unser Ziel, lediglich eine der beiden Positionen hundertprozentig zur Durchsetzung zu bringen, sondern wir wollten den Versuch starten, möglichst vieles von beiden Positionen in ein Ergebnis einfließen zu lassen: den Ausbau plus einer Reduzierung des Lärms.

Zunächst einmal hätte niemand geglaubt, dass dies geht. Die Mediatoren haben aber ein Ergebnis gefunden – von Ministerpräsident Roland Koch wurde dieses Mediationsverfahren übernommen –, das wir als Sozialdemokraten immer mitgetragen haben. Es wurde in diesem Hause auch von den Fraktionen der FDP und der CDU getragen. Nun stelle ich aber fest, dass mit diesem Planfeststellungsbeschluss von dem Ergebnis des Mediationsverfahrens, jedenfalls in Bezug auf das Nachtflugverbot, abgewichen wurde. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hätten einen solchen Planfeststellungsbeschluss in diesem Hause nicht verabschiedet, weil wir uns an unser Wort gehalten und den Ausbau des Frankfurter Flughafens nur mit einem Nachtflugverbot befürwortet hätten.

(Beifall bei der SPD)

Das wird von der CDU kritisiert, und sie sagt, es handele sich doch um ein Nachtflugverbot. Daher sollten wir uns erst einmal vergewissern, was ein Nachtflugverbot überhaupt ist. Es ist auch klar, dass verspätete Maschinen landen müssen. Wenn eine Maschine aus Moskau kommt und um 23.30 Uhr erst in Frankfurt ist, dann lassen wir sie natürlich nicht bis morgens um 6 Uhr über Frankfurt kreisen, um sie dann landen zu lassen. Das ist völlig unstrittig. Wenn eine Maschine von Moskau nach Madrid fliegt und einen Triebwerkschaden hat, dann lassen wir sie nicht kurz hinter der französischen Grenze abstürzen, sondern wir lassen sie in Frankfurt landen. Das ist völlig selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns auf eine Definition festlegen, dann reden wir über geplante Flüge. Wir können vieles erklären, und ich habe für vieles, was hier passiert, sehr viel Sympathie,

doch sage ich auch: 17 Flüge, die pro Nacht geplant sind, sind nicht gleich null Flüge. Daher reden wir nicht über ein Nachtflugverbot, sondern über Nachtflugbeschränkungen. Das Mediationsverfahren hat allerdings ein Nachtflugverbot vorgesehen. Herr Ministerpräsident Koch und Herr Wirtschaftsminister Dr. Rhiel, Sie haben in der Region sehr viel Vertrauen verspielt, weil auch Sie noch kurz vor dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses für das Nachtflugverbot eingetreten sind.

Ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten aus der Plenardebatte vom 06.09.2007. Herr Ministerpräsident, ich zitiere dies, um kein Missverständnis auszulösen.

Der Ausbau des Flughafens wurde mit dem Nachtflugverbot beantragt. Ich kann mir nicht vorstellen,

– so der Herr Ministerpräsident –

dass irgendjemand auf die Idee käme, den Ausbau des Flughafens ohne Nachtflugverbot zu genehmigen.

Herr Ministerpräsident, es war nicht irgendjemand. Es war Ihr Wirtschaftsminister, der den Ausbau des Frankfurter Flughafens ohne Nachtflugverbot genehmigt hat. In dem Sinne müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen: Sie haben den Bürgerinnen und Bürgern etwas anderes versprochen, als wir jetzt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nunmehr haben wir aber eine andere Situation. Ich meine nicht den 27. Januar, sondern ich meine den 18.12. Wir haben einen Planfeststellungsbeschluss. Es wurde bereits zitiert: Ich glaube, dass dieser Planfeststellungsbeschluss so, wie er erlassen worden ist, eine hohe Wahrscheinlichkeit der Rechtmäßigkeit in sich trägt. Ich glaube, dass in der Situation, in der wir vor Erlass des Planfeststellungsbeschlusses waren, in der Tat ein Planfeststellungsbeschluss ohne Nachtflüge rechtswidrig gewesen wäre.

Man hätte ein Nachtflugverbot hinbekommen können, Herr Ministerpräsident, aber nur dann – worüber wir hier oft gestritten haben –, wenn wir entweder ein Flughafensystem Frankfurt/Frankfurt-Hahn von der Europäischen Union genehmigt bekommen hätten oder aber – das wäre der Weg gewesen, den wir gegangen wären – eine Vereinbarung mit den Luftverkehrsgesellschaften abgeschlossen hätten, die vorsieht: Ihr Luftverkehrsgesellschaften bekommt den Ausbau nur, wenn ihr mit einem absoluten Nachtflugverbot einverstanden seid. – Juristisch wäre dies ein Klageverzicht gegen einen Planfeststellungsbeschluss in dieser Form gewesen. Das haben Sie nicht gemacht. Es hat Ihnen die Kraft gefehlt, das umzusetzen. Ich glaube, dass die Luftverkehrsgesellschaften diesen Weg mitgegangen wären.

Jetzt haben wir aber einen Planfeststellungsbeschluss, den wir zu bewerten haben. Wenn ich diesen Planfeststellungsbeschluss bewerte, stelle ich fest, dass es zwei Möglichkeiten gibt, ihn zu verändern. Man kann ihn nicht ignorieren. Wegbekommen tue ich ihn sowieso nicht. Die eine Möglichkeit wäre die Fehlerbehebung. Da ich gerade eben relativ offen gesagt habe, dass ich diesen Planfeststellungsbeschluss für einen mit hoher Wahrscheinlichkeit rechtmäßigen Planfeststellungsbeschluss halte, kommt diese Variante der Fehlerbehebung für uns als Sozialdemokraten nicht infrage.

Dann gibt es die Möglichkeit, ein erneutes Verfahren einzuleiten. Dieses erneute Verfahren würde allerdings wiederum eine komplett neue Abwägung erfordern, die wieder mindestens zwei, drei Jahre erfordern würde. Letztlich käme sie in dieser Situation wiederum zu dem gleichen Ergebnis. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb gehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten davon aus, dass dieser Planfeststellungsbeschluss der gerichtlichen, aber nicht mehr der parlamentarischen Kontrolle unterzogen wird. Die Gerichte werden entscheiden, wie dieser Planfeststellungsbeschluss letztlich zu bewerten ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb halte ich es für so wichtig, was hier an Anträgen vorliegt, dass wir nämlich jenseits der Debatte des Ausbaus, die an dieser Stelle klar entschieden ist, hier alles Menschenmögliche unternehmen, um die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in der Region zu reduzieren.

(Beifall der Abg. Dagmar Metzger (SPD))

Gelegentlich ärgere ich mich über die Kritik an diesem Regionalen Dialogforum. Herr Wörner wird von beiden Seiten kritisiert. Die Ausbaugesegner werfen Herrn Wörner vor, er wäre zu nah an den Luftfahrtgesellschaften. Die Luftfahrtgesellschaften werfen ihm vor, er hätte zu große Restriktionen, was den Ausbau angeht.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Walter, die vereinbarte Redezeit ist nun überschritten.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Das spricht dafür, dass die Arbeit des Regionalen Dialogforums besser war als ihr Ruf. Wenn eine Seite mit der Arbeit des Herrn Wörner zufrieden gewesen wäre, dann wäre die Arbeit des Herrn Wörner nicht so gut gewesen.

Unser Interesse ist, das diese Arbeit fortgeführt wird. Wir sind gänzlich anderer Auffassung als Herr Kaufmann, weil wir der festen Überzeugung sind, dass technisch auch hinsichtlich der aktiven Lärmreduzierung noch sehr viel möglich ist. Die Chapter-4-Flugzeuge, die als einzige in der Nacht fliegen dürfen, machen deutlich weniger Lärm. Sehen Sie, es macht einen Unterschied, ob ich die Maschinen nachts über Offenbach und Frankfurt schicke oder über eine Route, die möglicherweise teurer ist, aber deutlich weniger Lärm für deutlich weniger Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Walter, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Deshalb mein Wunsch: Lassen Sie uns ernsthaft und engagiert darüber diskutieren und daran arbeiten, wie die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in der Region reduziert werden können.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Walter. – Ich habe zwei Kurzinterventionen. Zunächst Herr Boddenberg, dann Herr Rentsch.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Walter, ich will auf diesen für mich durchaus sehr zentralen Punkt noch einmal eingehen. Bevor Sie an das Rednerpult getreten sind, hatte ich Sie gefragt, was die endgültige juristische Überprüfung ergeben hat, die von der SPD-Fraktion nach Auskunft von Frau Ypsilanti eingeleitet worden ist. Das hat nämlich sehr viel mit der Frage zu tun, die Sie jetzt noch einmal zu einem wesentlichen Punkt Ihres Vortrages gemacht haben, nämlich der Frage des Nachtflugverbotes.

Sie sind Jurist. Sie wissen besser als viele andere hier, dass in diesem Planfeststellungsverfahren eine Abwägung vorzunehmen ist. Sie wissen auch, dass es Gutachten gab, nach denen es einen Bedarf an 70, 80 Nachtflügen gibt. Sie wissen aus diesem Verfahren sehr wohl, dass jede einzelne dieser Bedarfsmeldungen am Ende geprüft worden ist. Am Ende – das war auch die zwischenzeitliche Stimme von Herrn Wörner – war davon die Rede, schon im Vorfeld, aber dann auch dokumentiert im Planfeststellungsbeschluss, dass es diese 17 Ausnahmen geben muss, um weitestgehend Rechtssicherheit herzustellen, soweit das in einem solchen Verfahren bis zur endgültigen Entscheidung vor deutschen Gerichten möglich ist. Das ist der Punkt, über den wir schon noch einmal reden wollen und müssen.

Sie sagen heute rückblickend: „Wir hätten das alles ganz anders gemacht“. Sie wissen aber sehr wohl, dass es diese Bedarfe und die Gutachten dazu gegeben hat und dass es die Aufgabe einer Behörde ist, eben nicht nur eine Seite abzuwägen, sondern alle Seiten. Deswegen finde ich, dass es an der Stelle ein wenig unredlich ist, als Sie hier vorgebracht haben, was Sie alles gemacht hätten. Wenn Sie zu diesem Zeitpunkt in der Verantwortung gewesen wären, wäre am Ende gar nichts anderes herausgekommen. Ich möchte Sie bitten, hier noch einmal vorzutragen: Was haben Ihre Juristen zu der Frage gesagt, dass man das alles noch einmal auf den Prüfstand stellen kann und am Ende auch verändern kann? – Denn das hat sehr viel mit der grundsätzlichen Frage von Glaubwürdigkeit zu tun.

Die CDU hat all das vor der Wahl auf den Tisch gelegt. Man kann über Definitionen streiten. Es steht ein Nachtflugverbot in diesem Planfeststellungsbeschluss. Es besteht auch weitestgehend eine ordentliche Kommunikation seit diesem Tag, warum es diese Ausnahmen gibt.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Boddenberg!

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Ich finde, offener und transparenter kann man ein solches Verfahren nicht betreiben.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Walter, sind Sie einverstanden, wenn Herr Rentsch die zweite Intervention macht und Sie in toto antworten dürfen? – Herr Kollege Rentsch, ich bitte um Nachsicht, dass ich Herrn Boddenberg vorgezogen hatte. Er hatte schon vorher eine Kurzintervention, die ich unterschlagen hatte.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Boddenberg ist auch nicht mehr so jung; insofern war es sicherlich richtig, ihn vorzuziehen.

Herr Kollege Walter, ich will zu dem Thema zurückkommen. Wir haben als Freie Demokraten diesen Antrag eingebracht, weil wir – das haben Sie in Ihrer Rede auch gesagt – uns über die Bedeutung dieses Flughafens und auch über die Frage einig sind, dass dieser Flughafen im Einklang mit den Menschen in dieser Region weiterentwickelt werden muss. Ich denke, dass diese Frage für alle Fraktionen in diesem Hause, die es ernst nehmen – bei Herrn Kaufmann bin ich mir sehr häufig nicht sicher, ob er diese Frage wirklich ernst nimmt –, keine einfache politische Frage ist.

Das, was Sie hier gerade gemacht haben, war wieder einmal eine Vermischung zwischen der politischen Ebene und der Verwaltungsebene. Der Landtag beschließt keine Planfeststellungsverfahren. Das will ich hier ganz konkret noch einmal sagen. Es ist gerade der Eindruck entstanden, als ob wir als Parlament einen Einfluss darauf hätten, was die Verwaltung in Hessen in diesem Bereich beschließt und für richtig hält. In Planfeststellungsverfahren wird im Gegensatz zu anderen Ländern – z. B. in Südafrika würde es so etwas nicht geben; da würde so etwas politisch entschieden werden – in Hessen, in Deutschland die Verwaltung nach klaren Vorgaben eine Entscheidung treffen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Herr Kollege Walter, als Jurist ist Ihnen das auch klar. Ich will Ihnen das deshalb sagen, weil die Sozialdemokraten im Wahlkampf bei jeder Veranstaltung den Eindruck erweckt haben, es gäbe politische Möglichkeiten, dieses Planfeststellungsverfahren zu beeinflussen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die gibt es nicht.

(Nancy Faeser (SPD): Natürlich, als Landesregierung!)

Zweitens. Die Sozialdemokraten haben mit der Aussage Wahlkampf gemacht, sie würden diese Entscheidung nach einer gewonnenen Wahl rückgängig machen wollen. Herr Kollege Walter, Sie haben heute selbst gesagt, dass dies so nicht möglich ist.

Ich würde gerne von Ihnen wissen, was Sie zu dieser Erkenntnis gebracht hat. Denn das berühmte Gutachten, das die Sozialdemokraten seit Monaten versprechen – Frau Ypsilanti hat in verschiedenen Veranstaltungen gesagt: wir werden euch nachweisen, dass das rechtlich alles möglich ist, was wir wollen –, das würden wir gerne sehen. Es entsteht ein wenig der Eindruck, dass Sie mittlerweile erkannt haben, dass das, was Sie im Wahlkampf vollmundig erklärt haben, überhaupt nicht umsetzbar ist.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Gott sei Dank ist eben die Vermischung zwischen der politischen Ebene und der Verwaltungsebene in Hessen nicht möglich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Walter.

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Kollege Rentsch, Herr Kollege Boddenberg, ich muss offen sagen: Ich bin ein bisschen enttäuscht. Denn bisher haben wir bei diesem wichtigen Thema Flughafen nie Politspaß gemacht.

(Michael Boddenberg (CDU): Das war kein Spaß!)

Das, was Sie jetzt machen, ist Politspaß. Denn ich glaube, ich habe relativ klare Aussagen getroffen.

(Beifall bei der SDP)

Kollege Rentsch, es ist mir sehr wohl bewusst, dass ein Planfeststellungsverfahren im Bereich der Exekutive und nicht im Bereich der Legislative angesiedelt ist. Ich sage Ihnen aber sehr wohl, dass ich dieses Verfahren politisch beeinflussen kann. Ich habe die beiden Wege benannt, wie man ein absolutes Nachtflugverbot und nicht nur eine Beschränkung in einen Planfeststellungsbeschluss schreiben kann.

Die eine Möglichkeit wäre – so etwas gibt es in diesen vorläufigen Verfahren und im Vorfeld von Verfahren –, dass man die Betroffenen an einen Tisch holt. Die Fraport hat auch null beantragt. Die Luftfahrtgesellschaften haben ein anderes Interesse. Man kann in dieser Situation mit den Luftfahrtgesellschaften zu so einer Vereinbarung kommen, und das Regionale Dialogforum hat dies versucht.

Der zweite Weg ist das Flughafensystem. Sie selbst haben sehr, sehr lange erfolglos daran gearbeitet, dass wir ein Flughafensystem Frankfurt/Frankfurt-Hahn etablieren, das zur Folge gehabt hätte, dass die Bahn auf dem Hahn quasi die fünfte Bahn in der Nacht für den Frankfurter Flughafen gewesen wäre.

Beides sind Möglichkeiten, einen Planfeststellungsbeschluss zu erlassen, der ein absolutes Nachtflugverbot vorsieht. Dann allerdings – ich betone das noch einmal; es ist eine Antwort, über die Sie eigentlich sehr froh sein sollten –, wenn man diese Voraussetzungen nicht schafft, gebe ich Ihnen recht, dass Sie einen Planfeststellungsbeschluss mit null Nachtflügen wohl nicht rechtmäßig erlassen können.

Dies führt mich zu der Aussage, dass Ihr jetziger Planfeststellungsbeschluss eine hohe Wahrscheinlichkeit der Rechtmäßigkeit in sich trägt. Wir reden über 2.500 Seiten; ich bin da etwas vorsichtig – möglicherweise sind Verfahrensfehler darin, die ein Gericht zu beurteilen hat. Aber in der Grundentscheidung sehen wir ein hohes Maß an Wahrscheinlichkeit, deshalb auch diese Aussage.

Politische Bewertungen nehmen wir dauernd vor, aber es wird aus unserer Sicht keine mit Konsequenzen behaftete politische Bewertung über die Frage der Rechtmäßigkeit dieses Beschlusses geben, sondern ausschließlich eine Bewertung durch die Gerichte. Unser Schwerpunkt liegt darauf, dass wir nun alles tun wollen, was menschenmöglich und was im Bereich der Technik möglich ist. Herr Kollege Boddenberg, wir wollen auch Geld in die Hand nehmen, um für eine Reduzierung der Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger einzutreten.

Uns geht es nicht um diese politischen Links-Rechts-Diskussionen, sondern darum, 40.000 Arbeitsplätze in Verbindung mit der Reduzierung der Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger in unserer zentralen Region Frankfurt/Rhein-Main zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Walter. – Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Kollegen Schaus das Wort.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist richtig: Es ist in der Tat die erste Debatte um den Flughafenausbau, an der es uns möglich ist, als Fraktion im Hessischen Landtag teilzunehmen. Ich muss gestehen, dass wir in der Vorbereitung auf diese Diskussion davon ausgegangen sind, dass es hier keine Grundsatzdebatte geben wird, sondern eine sachbezogene: auf die Frage des Dialogforums.

Insofern erlaube ich mir – wie Sie das auch getan haben –, sehr grundsätzlich zum Flughafenausbau Stellung zu nehmen. Ich wundere mich sehr über den bisherigen Verlauf der Debatte, weil alle Rednerinnen und Redner meines Erachtens so diskutiert haben, als ob es überhaupt keine Alternative zu der jetzigen Entwicklung und zum Flughafenausbau gäbe. Ich und wir als Fraktion sehen das ein bisschen anders. Denn die Klageverfahren, die Sie offensichtlich nicht für wesentlich genug halten, um sie in Ihrer Diskussion anzusprechen, stehen noch aus. Ich werde gleich noch einmal im Detail zu einer, wie ich finde, sehr wichtigen Frage Stellung nehmen.

Lassen Sie mich noch einmal grundsätzlich für unsere Fraktion hier erklären, dass wir nach wie vor der Meinung sind, dass der Flughafenausbau so, wie er geplant ist, nicht stattfinden soll, dass wir uns dagegen aussprechen und die drei zentralen Punkte, wie sie von Ihnen, Herr Walter, angesprochen wurden, ganz anders beurteilen.

Ich finde es schon interessant, wenn Sie sagen, dass die zentrale Infrastrukturmaßnahme in der Rhein-Main-Region oder möglicherweise auch in Hessen. Es ist zweifellos eine große und nicht unwesentliche Infrastrukturmaßnahme.

(Leif Blum (FDP): Fällt Ihnen eine andere ein? – Michael Boddenberg (CDU): Gibt es etwas, was wir nicht wissen, Herr Kollege?)

Aber die Fokussierung auf den Flughafenausbau erweckt den Eindruck, als ob Leib, Wohl und Wehe der gesamten Region vom Flughafenausbau abhängen. Das bestreite ich mit aller Entschiedenheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, genauso wird hier von der Schaffung von zusätzlich 40.000 Arbeitsplätzen geredet. Ich kann mich daran erinnern, dass zu Beginn der Diskussion um den Flughafenausbau ein Gutachten vorgelegt wurde, das von 170.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen sprach. Das sind im Laufe der Zeit immer weniger geworden. Ich selbst war als Gewerkschafter an der Überprüfung dieses Gutachtens –

(Horst Klee (CDU): Keine Ahnung! 100.000!)

– Herr Klee, 170.000 in der Region. Ich bringe Ihnen das Gutachten vorbei. Es ging um die unmittelbare und die mittelbare Wirkung, wobei sich auch da immer die schöne Frage stellt, was man alles zur Region zählt. Aber das wäre ein extra Thema.

Fakt ist, dass dieser Punkt nach wie vor sehr strittig ist und dass namhafte Professoren in einem Gegengutachten der Hans-Böckler-Stiftung die Seriosität dieser Berechnungen sehr infrage gestellt und dies auch öffentlich gemacht haben.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was hat Hans Böckler gesagt?)

Aber da hört ja keiner von Ihnen hin.

(Florian Rentsch (FDP): Dafür haben wir ja Sie! – Michael Boddenberg (CDU): Es gibt überhaupt keine Arbeitsplätze am Flughafen!)

Genauso hat es keine Arbeitsplatzschaffung bei der Einrichtung von Cargo City Süd gegeben, weil nur Verlagerungen aus der Region an den südlichen Teil des Flughafens stattgefunden haben, weil auf der einen Seite Arbeitsplätze abgebaut wurden, die auf der anderen Seite wieder entstanden sind. So wird hier auch schön geredet und Arbeitsplätzen das Wort geredet. Wir werden sehen, was dies in der Zukunft bedeutet.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Herr Walter hat als drittem Punkt davon gesprochen, dass die zentrale Hub-Funktion des Frankfurter Flughafens erhalten bleiben müsse.

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Nein, Herr Präsident.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP) – Michael Boddenberg (CDU): Die sind nicht erlaubt!)

– Sie können sich gerne mit einer Kurzintervention anschließen, dann reagiere ich darauf. Aber ich möchte jetzt mit meinen Ausführungen fortfahren.

Meine Damen und Herren, die zentrale Hub-Funktion des Frankfurter Flughafens wird immer betont. Wir wissen alle, dass es Konkurrenz gibt. Seinerzeit waren München oder Amsterdam in der Diskussion, in der Zwischenzeit spricht selbst die Fraport nicht mehr von dieser Konkurrenz, sondern von einer Konkurrenz von Dubai. Es wird von 700.000 Flugbewegungen gesprochen, die dann – nach dem Ausbau der Nordwestbahn – erreicht werden sollen.

Sowohl die Bürgerinitiativen als auch wir sind der Meinung, dass es aufgrund der technischen Entwicklung nicht ausgeschlossen werden kann, dass es weit mehr als 700.000 Flugbewegungen gibt. Es gibt durchaus Berechnungen, die bis 850.000 oder 880.000 Flugbewegungen gehen. Dass die Flugbewegungen in der derzeitigen Größenordnung für die betroffene Bevölkerung in der Region schon nicht mehr verkraftbar sind, steht offensichtlich überhaupt nicht in der Diskussion. Es wird weiter ausgebaut und erhöht. Die Umwelt wird weiter belastet. Vor allen Dingen wächst die Belastung für die Betroffenen in der Region.



Mit dem Bescheid im Planfeststellungsverfahren, ein Nachtflugverbot nicht festzustellen, sind alle, die am Mediationsverfahren beteiligt waren, betrogen worden.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie haben es doch nicht gelesen!)

Die Landesregierung und alle die, die dies unterstützen, haben die Betroffenen in den mehrjährigen Dialog einbezogen, um sie in Sicherheit zu wiegen. Im Ergebnis sind sie – das wiederhole ich noch einmal – in dieser Diskussion betrogen worden.

(Horst Klee (CDU): Was ein Quatsch!)

Wir als LINKE verstehen unter Nachtflugverbot auch nicht den Zeitraum von 23 bis 5 Uhr, sondern für uns ist der Zeitraum von 22 bis 6 Uhr von entscheidender Bedeutung. Das heißt eben nicht „nur“ 17 reguläre Nachtflüge, sondern das heißt in diesem Zeitraum 150 Nachtflüge – und die entsprechende Belastung.

Nun erlebe ich hier in der Diskussion, dass über rechtliche Abwägungen und Rechtssicherheit gesprochen wird

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

und gleichzeitig darauf hingewiesen wird, dass die Verwaltung, sprich: die Landesregierung, hier einen Planfeststellungsbeschluss getroffen habe, nach dem Motto: Damit haben wir nichts mehr zu tun, das waren ja die anderen. – Nein, Sie sind alle in der Verantwortung für die Situation und die Belastungen, die hier entstehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, da können Sie sich nicht herausreden. Ich will durchaus anerkennen, dass das Regionale Dialogforum dazu geführt hat, dass es Diskussionen und Informationen gegeben hat. Was es aber nicht vermochte, war, ein Dialog auf Augenhöhe zwischen den beteiligten Konfliktparteien so zu organisieren, dass letztendlich auch die berechtigten Interessen in angemessener Weise einbezogen worden sind. Das ist das Thema.

Nun komme ich zu der Entwicklung in der betroffenen Region, was die Schadstoffe angeht. Uns liegen Informationen vor, dass in einigen Klagen, die die Anrainergemeinden des Frankfurter Flughafens derzeit anstrengen, ein Umweltproblem, ein Gesundheitsproblem angesprochen wird, das offensichtlich bisher überhaupt noch nicht in der öffentlichen Debatte gestanden hat. Es geht darum, dass die Fraport hinsichtlich der Emissionen und der Luftschadstoffe nach der ersten Anhörung eine Veränderung ihrer Unterlagen vorgenommen hat, was die Luftschadstoffe Benzol und Benzo(a)pyren betrifft. Beide Schadstoffe sind stark krebserregend. Im Jahr 2000 wurde ein viel höherer Wert angegeben als im Jahr 2005,

(Michael Boddenberg (CDU): Da liegen fünf Jahre dazwischen!)

ein Wert, der für Benzo(a)pyren um mehr als die Hälfte, nämlich um 53 %, reduziert wurde.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist doch prima, wenn die Werte zurückgehen!)

Der Wert wurde in den Unterlagen der Fraport reduziert; denn hätte man den alten Wert hochgerechnet auf die Flugbewegungen im Jahr 2020, dann hätte es keine Genehmigung geben dürfen, weil dann die Grenzwerte überschritten worden wären.

(Michael Boddenberg (CDU): Ach du liebe Zeit!)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Schaus, die verabredete Redezeit ist überschritten.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Dieses Thema wird weiterverfolgt. Wir werden in diesem Zusammenhang auch dem zuständigen Minister einige Fragen stellen. Wir sind nämlich der Meinung, dass die Unterlagen, die herauszugeben und über die zu informieren die Fraport derzeit verweigert, umweltrelevante Daten enthalten, die nach dem Umweltinformationsgesetz offengelegt werden müssen.

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

In diesem Sinne bleiben wir weiter am Ball. Nach dem Banner, das jetzt im Kelsterbacher Wald hängt: Im Bannwald darf es keinen weiteren Ausbau des Flughafens geben.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Für eine Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Hahn das Wort.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schaus, ich bin überrascht, dass Sie sich hier gegen den Weiterbetrieb des Rhein-Main-Flughafens ausgesprochen haben. Ich bin deshalb überrascht, weil Sie bis vor wenigen Wochen auf der Payroll einer Gewerkschaft gestanden haben. Ich jedenfalls erfahre für meine Arbeit, die ich für dieses Land im Aufsichtsrat der Fraport AG leiste, von den Arbeitnehmervertretern und den Gewerkschaften nur Zustimmung für den weiteren Ausbau des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich kenne kein einziges Mitglied der Führung der Arbeitnehmervertreter der Fraport AG, ich kenne kein einziges Mitglieder der Führung der Arbeitnehmervertreter der Lufthansa usw., die sich nicht vehement für den Ausbau des Frankfurter Flughafens aussprechen, weil er Arbeitsplätze in der Region sichert und neue Arbeitsplätze schafft.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wie kann sich ein Gewerkschafter so verbiegen, wie Sie es hier eben getan haben? Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Schaus hat eben ein Gutachten angesprochen, das übrigens nicht, wie er gesagt hat, von der Hans-Böckler-Stiftung gemacht worden ist, sondern von ihr in Auftrag gegeben worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Aber das ist nur für die Feinschmecker hier im Raum. Herr Kollege Schaus, dieses Gutachten hat ebenfalls ge-

sagt, dass es eine erhebliche Zahl, nämlich eine fünfstellige Zahl, zusätzlicher Arbeitsplätze nach dem Ausbau des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens in der Region geben wird. Sie haben hier vor dem Parlament die Unwahrheit gesagt, und das muss an dieser Stelle sehr deutlich zum Ausdruck kommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich habe das Gefühl, dass die LINKE sich insbesondere darüber ärgert, dass diese Infrastrukturmaßnahme – es ist nun einmal die größte Infrastrukturmaßnahme nicht nur in Hessen, sondern sogar derzeit außerhalb Berlins auch in ganz Deutschland – nicht staatlich organisiert und finanziert wird, sondern dass ohne einen Cent staatliches Geld über 4,5 Milliarden € von Privaten investiert werden sollen. Das ist offensichtlich den LINKEN ein Dorn im Auge. Deswegen sind Ihnen auch die Erhaltung und die Schaffung von Arbeitsplätzen egal. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so kann man sich enttarnen als eine unsoziale oder, man könnte es auch lateinisch sagen, asoziale Partei. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Zur Erwiderung, Herr Kollege Schaus.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hahn, Sie sind, wie so oft, nicht richtig informiert.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Ich sende Ihnen in den nächsten Tagen den Beschluss der ersten Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft ver.di Hessen,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

in dem steht, wozu sie sich auf ihrem Gründungskongress im April 2003 – der gilt immer noch – als Gesamtorganisation ver.di gegen den Ausbau des Frankfurter ausgesprochen hat.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Wenn Sie sich auf die Kollegen am Frankfurter Flughafen beziehen, dann sagen Sie auch, dass Sie sich auf die Kollegen am Frankfurter Flughafen beziehen.

(Lachen und Unruhe bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es gehört zur Redlichkeit dazu, dass Sie die Beschlusslage tatsächlich kennen und nicht so tun, als ob es hier nur eine Pro-Ausbau-Beschlusslage gibt. Ich weiß das ganz genau. Ich habe daran selbst tatkräftig mitgewirkt,

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

das tue ich seit vielen Jahren innerhalb der Gewerkschaften. Ich bin sehr froh, dass meine Gewerkschaft diese Beschlusslage gefasst hat und unabhängig von dem, was jetzt passiert, auch daran festhält.

Zweiter Punkt. Zur Frage der Arbeitsplätze und der Gutachten. Auch hier sind Sie leider nicht richtig informiert. Es gab mehrere Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung, die sie nicht in Auftrag gegeben hat, sondern die sie selbst durchgeführt und geleitet hat. An einem dieser Gutachten war ich selbst als Beirat beteiligt.

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt wird es ganz wahrheitlich!)

Ich wiederhole noch einmal: Die Wissenschaftler haben die Flughafengutachten, die Seriosität, die Datengrundlage, auf der Ihre Annahme basiert, dass hier zusätzlich in einer fünfstelligen Größenordnung Arbeitsplätze geschaffen werden, widerlegt und als unglaubwürdig und unwissenschaftlich dargestellt.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie haben eigene Gutachten korrigiert! – Weitere Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herr Kollege Schaus, ich bitte, zum Schluss zu kommen.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Hahn, nehmen Sie es einfach zur Kenntnis, dass nicht nur Ihre Meinung immer die richtige Meinung ist.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Ich erteile dem Ministerpräsidenten das Wort.

#### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal ist es richtig, dass der Kernpunkt der Debatte, die wir hier führen, die Frage ist, wie es mit dem Regionalen Dialogforum weitergeht. Trotzdem ist es auch nicht völlig überraschend, dass Grundsatzpositionen ausgetauscht werden. Wenn ich in die Gesichter der sozialdemokratischen Kollegen schaue, stelle ich fest, es war für sie noch einmal wichtig, die Position der Linkspartei dazu kennen zu lernen.

Ich möchte auf einen Punkt, der in dieser Debatte eine Rolle gespielt hat, eingehen. Herr Kollege Walter, er ist in der Sache interessant, und er hat einen politischen Hintergrund, der es verdient hat, in der Debatte festgehalten zu werden. Ich bin zunächst der Meinung, wenn eine Fraktion sagt: „Wir stellen eine bestimmte Auseinandersetzung glatt, d. h. über die prinzipielle Rechtmäßigkeit des Beschlusses streiten wir nicht mehr“, dann ist das erstens vernünftig und zweitens ein Kompliment für diejenigen, die das gemacht haben. Das enthebt uns trotzdem nicht der Verantwortung für die rechtliche Auseinandersetzung, die nachgeht, in der die Gerichte entscheiden und wir alle zusammen nicht.

Sie haben allerdings eine Situation vorgefunden, in der Ihre Fraktionsvorsitzende im Januar gesagt hat: Der Planfeststellungsbeschluss ist änderbar, und wie man das macht, werden wir rechtlich prüfen lassen. – Ich nehme deshalb zur Kenntnis, dass Ihre Erklärung – ich unterstelle einmal, dass Sie für alle sprechen können – bedeutet, dass die Prüfung mit dem Ergebnis beendet ist, dass man rechtlich nichts ändern kann. Das ist kein unwichtiges Datum für die Diskussion und die Erwartungen von Dritten.

Sie sagen ein Zweites, und das ist das Spannende, jedenfalls unter uns Juristen. Dafür müssen wir die zwei Minuten haben. Sie sagen, Sie hätten zwei Möglichkeiten ge-

habt, es zu ändern. Die eine Möglichkeit wäre ein Flughafensystem, das zwangsweise Flüge verlegt. Nach Linate-Malpensa – das ist der Mailänder Rechtsstreit über ein Flughafensystem – ist das ein ziemlich dünnes Eis. Aber die Europäische Union hat uns bis heute, bis zum Zeitpunkt der Genehmigung, Hahn nicht gegeben.

Also gäbe es die zweite Möglichkeit. Sie sagen, das wäre mit einer freiwilligen Vereinbarung möglich gewesen. Hierzu sage ich: Vorsicht, Euer Ehren, wo soll die freiwillige Vereinbarung herkommen, bei der nicht jemand klagt, der sich erst morgen bewerben will? Die BARIG ist natürlich nicht rechtsfähig. Wenn eine neue Fluggesellschaft von irgendwoher kommt, schließt sie die Klage nicht aus.

Das Spannende ist aber das, was Sie nicht gesagt haben. Sie haben gesagt: Ohne Klageverzicht von allen Beteiligten und ohne Hahn gibt es keine Alternative zu der Genehmigung, die erteilt worden ist. – Das ist immer die Position der Hessischen Landesregierung gewesen. Es ist in Ordnung, dass wir es einfach einmal für das Protokoll festgestellt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt wende ich mich dem Regionalen Dialogforum zu. Die Arbeit des Regionalen Dialogforums ist eine Konsequenz der Arbeit der Mediatoren, die von Hans Eichel berufen worden sind. Es war eine erfolgreiche Arbeit mit der Einschränkung, die wahrscheinlich jeder von uns macht, die auch der Präsident als Redner gemacht hat, dass mit einem solchen Dialogverfahren nicht in jeder Frage Übereinstimmung aller Beteiligten zu erreichen ist.

Das wird uns sicherlich auch in Zukunft begleiten. Aber aus der Arbeit, aus den Erkenntnissen und aus dem Verhältnis zum Flughafen, das die Region an vielen Stellen im Gespräch gefunden hat, ergibt sich eine klare Verpflichtung, nämlich diejenige, die der Hessische Landtag in seinen Beschlüssen im letzten Jahr immer wieder betont hat: diesen Prozess nicht auslaufen zu lassen, nachdem jetzt eine historische Phase der Zusammenarbeit logischerweise beendet ist.

Die erste Phase war das Mediationsverfahren, das erst dazu geführt hat, dass am Ende eine Regierung entschieden hat, in ein Planfeststellungsverfahren einzutreten. Die zweite war das Regionale Dialogforum, in dem ein Planfeststellungsverfahren mit offenem Ausgang in der Abwägung der Argumente begleitet werden sollte.

Die dritte Phase, die nun beginnt, ist eine Phase, in der durch das Planfeststellungsverfahren neues Recht geschaffen worden ist. Auf dieser Basis geht es nicht mehr darum, Kompromisse zu dieser Frage zu finden, sondern jetzt geht es darum, unter den Bedingungen des Planfeststellungsbeschlusses im Dialog der Region mit den Betroffenen und Entscheidern die bestmöglichen Ergebnisse für die Bevölkerung zu erreichen. Diese Entscheidung ist in drei unterschiedlichen Konstruktionen zu machen.

Aus meiner Sicht ist es notwendig, dass am Freitag in einer Woche das jetzige Regionale Dialogforum zunächst einmal seine Arbeit beendet. Ich finde, es wäre richtig, dass wir das aus Sicht des Hessischen Landtags so begleiten, dass die Beteiligten das Gefühl haben, dass dieses Beenden in einer Umgebung der Dankbarkeit geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Wir wollen bestimmte Entwicklungen, die aus dem Regionalen Dialogforum kommen, in die Zukunft fortführen. Ich will dabei nur einige Bereiche nennen: Die RDF-Homepage, das, was heute im Internet steht und den Bürgern einen jederzeitigen Zugang zu allen Elementen der Flughafendiskussion gibt, darf nicht verschwinden. Der Anti-Lärm-Pakt, den wir mit seiner Datengrundlage als Möglichkeit der zukünftigen Diskussion aufgenommen haben, darf nicht wieder aus den Überlegungen herauskommen.

Auch das will ich klar sagen: Die inzwischen gefundenen Brücken des Dialogs zwischen den Beteiligten in der Region und denen, die in der Flugsicherung, bei den Fluggesellschaften, aber auch bei den Planungsbehörden einen gemeinsamen Zugang gefunden haben, dürfen nicht wieder kaputtgehen.

Aus all diesen Gründen bereite ich im Augenblick eine Entscheidung des Landeskabinetts vor, die wir im Zusammenhang mit der Auflösung oder der Beendigung der Tätigkeit des jetzigen Regionalen Dialogforums beschließen wollen, um sicherzustellen, dass die nahtlose Fortführung der Arbeit gewährleistet wird.

Ich sage ausdrücklich, die Landesregierung, vertreten durch meine Mitarbeiter, hat in den letzten Wochen mit allen in dem Verfahren Beteiligten intensiv gesprochen. Ich sage auch sehr deutlich, dass der Vorschlag des bisherigen RDF-Vorsitzenden, Prof. Wörner, den er nach intensivem Dialog mit allen Beteiligten gemacht hat, eine sehr entscheidende Grundlage für uns bei den Beratungen ist, wie eine Nachfolge organisiert werden kann. Das muss jetzt sozusagen noch ein Gegenstand der politischen Gespräche sein, um ein solches Strukturmodell zu beschließen.

Die neue Konzeption, die unter den Beteiligten erörtert wird und die nach meiner Einschätzung die Grundlage der Kabinettsentscheidung sein wird, beschäftigt sich mit drei Dingen: Erarbeitung von Konsequenzen aus dem Regionalen Dialogforum, Sicherstellung eines regelmäßigen Dialogs und Gewährleistung einer ausreichenden Information der Bevölkerung unabhängig von der Information des Flughafenbetreibers allein.

Für diese drei Elemente wird es – Herr Kollege Posch hat das Foren genannt, an anderer Stelle ist es anders benannt worden – zum einen ein Expertengremium geben müssen, das sich mit dem sehr ambitionierten Prozess des aktiven Schallschutzes beschäftigt. Herr Kollege Kaufmann, ich werde nicht zu denen gehören, die behaupten, dass ein Flugzeug keinen Lärm macht. Aber ich finde es falsch, wenn man daraus die Konsequenz zieht, sich nicht darum kümmern zu wollen, dass Flugzeuge möglichst leise sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe nie zu denen gehört, die passiven Lärmschutz gering schätzen. Aber ich glaube, dass für die Lebensqualität der Menschen in der Region von besonderer Bedeutung ist, dass wir das Notwendige tun, um ihnen keine Belastungen zuzumuten, die sie nicht haben müssen, wenn wir uns anstrengen. Bei den Landeanflugstrecken, die ebenfalls zum aktiven Lärmschutz gehören, ist es nicht nur die Frage, ob ein Flugzeug technisch leise ist, sondern über welches Wohngebiet es fliegt. Früher hat die Flugsicherung gesagt, man muss am Schluss 3 km geradeaus fliegen. Da der Stand der Flugsicherung der Welt heute ist, dass man einen Flughafen auch in einer Kurve anfliegen kann, kann man gegebenenfalls auch ein Wohngebiet umfliegen. Das ist für die Menschen, die in diesem Gebiet woh-

nen, verdammt wichtig, und es ist gut, dass wir versuchen, das in einem Dialog mit der Region Wirklichkeit werden zu lassen, obwohl es Neuland ist, das wir an dieser Stelle betreten.

Deshalb ist es richtig, dass sich die Bürgermeister der Region, die Flugsicherung und andere in einem solchen Gremium zusammenfinden und die Kriterien für den aktiven Lärmschutz erarbeiten. Ich sage auch sehr klar: Aus meiner Sicht müssen in einer solchen Expertengruppe Leute zusammenkommen, die das wollen. Das ist kein Gremium, in dem der Flughafenausbau noch einmal diskutiert wird wie in den letzten zehn Jahren, sondern das ist ein Gremium, das unter den Bedingungen des Ausbaus des Flughafens möglichst viel für den aktiven Lärmschutz tun soll. Dazu müssen sich diejenigen einigermaßen bereit erklären, die in einer solchen Arbeitsgruppe mitarbeiten. Das scheint mir eine Selbstverständlichkeit im Dialog zu sein, und alle Kenner der Materie wissen, dass das keinerlei parteipolitische Bemerkung ist.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Unabhängig davon, ob man klagt, ob man für den Flughafen ist, ob man gegen den Flughafen ist, ob es eine Bürgerinitiative ist oder die Wirtschaft ist: Die Lehre aus dem Regionalen Dialogforum ist, dass die Beteiligten im Dialog bleiben müssen. Deswegen muss es in einer zweiten Stufe möglich sein – wir nennen das den Konvent Flughafen und Region; das ist die Formulierung, die das Dialogforum dafür gefunden hat –, sicherzustellen, dass alle, die bereit sind, an diesem Dialog teilzunehmen, wie streitig ihre Positionen auch sein mögen, ein gut organisiertes Forum mit einer angemessenen Geschäftsführung, Beratung und Betreuung und nach wie vor der Möglichkeit haben, gutachterliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, um auch in Zukunft in Fortsetzung der Arbeit des Dialogforums arbeiten zu können.

Der dritte Bereich, der in der Diskussion unter dem Stichwort Umwelthaus geführt wird, lautet: Wir wollen, dass die Bürger der Region jederzeit in erheblichem Umfang Zugang zu den Daten haben, die die Belastungen der Region durch den Flughafen aufzeigen. Wir wollen aber, dass sie in genau der gleichen Weise Zugang zu den Wirkungsmechanismen haben, über die gesprochen wird, auch zu den Initiativen, die geschaffen werden, um Veränderungen herbeizuführen. Dazu soll ein öffentlicher Dialog gepflegt werden können. Das Umwelthaus wird deshalb ein Zentrum für Dialog, aber auch für Information. Es wird ein Symbol für Transparenz des Flughafens gegenüber der Region im Umgang mit den Daten, die die Bürgerinnen und Bürger in der Region betreffen.

Das sind die drei Säulen. Diese drei Säulen müssen am Ende koordiniert werden. Herr Kollege Kaufmann hat dazu etwas vorgelesen. Die Koordination, wie auch immer sie im Detail am Ende aussehen wird, ist aus meiner Sicht keine Aufgabe, die man einem einzelnen Menschen – sozusagen als Inkarnation des Kompromisses – aufladen kann. Dieser Prozess muss beide Seiten umfassen, sowohl diejenigen, die den Flughafen betreiben wollen, als auch die Anrainer, die betroffen sind, ohne unmittelbar wirtschaftliche Partner zu sein, und ein Element zwischen beiden, das ein Stück weit ausgleichend wirkt, damit am Ende kein permanenter Streit entsteht. Das ist die Aufgabe: diesen Prozess mit den drei Säulen in Zukunft am Laufen zu halten.

Die Diskussion, die wir jetzt in Fortsetzung der Arbeit des Regionalen Dialogforums führen, unterscheidet sich von

den beiden ersten Stufen dadurch, dass die erste Stufe zeitlich eng begrenzt war – Ergebnis: Bericht an die Landesregierung –, dass die zweite Stufe zeitlich länger, aber ebenfalls begrenzt war – Abschluss des Planfeststellungsverfahrens –, während die dritte Stufe eine Grundlage für eine solide Zusammenarbeit der Region mit den Akteuren am Flughafen sein soll.

Aus meiner Sicht muss die Hessische Landesregierung auch in Zukunft koordinierend die Verantwortung dafür tragen, weil es dafür keine andere Instanz gibt. Sie muss aber nicht nur die Verantwortung tragen, sondern sie wird auch weiterhin zu einem erheblichen Teil die Finanzierung zu tragen haben, wie das beim Regionalen Dialogforum der Fall war. Man sollte es nicht unterschätzen: Das Regionale Dialogforum ist neben seinen guten Leistungen, neben seinen Erfolgen ein Projekt, das Aufwendungen in einer Größenordnung von 15 bis 20 Millionen € – sowohl für die Steuerzahler als auch für die Flughafengesellschaft – erfordert hat. Deshalb muss die künftige Konstruktion so aussehen, dass es zwar eine hauptamtliche Geschäftsführung gibt, dass es selbstverständlich das Umwelthaus und seinen Betrieb gibt, dass aber die Kosten in Schach und die Aufwendungen in einem Proporz gehalten werden unter dem Gesichtspunkt, dass wir eine Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler haben.

Das ist, sehr stark auf dem Wörner-Vorschlag aufbauend, das Grundgerüst der Überlegungen, die den Beratungen des Kabinetts in den nächsten Wochen zugrunde liegen werden. Normalerweise führt man eine solche Debatte nach dem Kabinettsbeschluss. Ich hätte es aber für unangemessen gehalten, die heutige Landtagsdebatte, die eben vor der Sommerpause und nicht danach stattfindet, vergehen zu lassen, ohne Sie darüber zu unterrichten, damit Sie eine Vorstellung davon haben, in welchem Rahmen wir im Verlaufe der nächsten Wochen eine solche Entscheidung treffen werden.

Ich möchte eines sicherstellen: Die Diskussion sollte man auch mit Respekt vor all denjenigen, die diese Arbeit in den letzten Jahren geleistet haben, nahtlos fortsetzen, denn das ist ein wichtiges Gut. Prof. Wörner hat in Person – da teile ich ausdrücklich die Beschreibung, die Herr Kollege Walter vorhin formuliert hat – wesentlich dazu beigetragen, dass sich dieser Respekt aufgebaut hat, dass man zwar alles Mögliche über dieses Gremium sagen kann, aber nicht, dass einer vom anderen zur Seite gedrückt worden wäre. Jeder hatte und hat eine Chance, sich zu präsentieren – durchaus auch mit materiellem Aufwand –, seine Ideen vorzustellen und gehört zu werden. Jeder, der keine Obstruktion betreiben will, sondern den Dialog sucht, hat in diesem Dialogforum einen guten Platz gefunden. Das ist ein großes Kompliment für eine Arbeit über viele Jahre, das wir jedem einzelnen Mitglied, ob Bürgermeister, ob Unternehmervertreter, ob Kirchenvertreter oder anderen, zu zollen haben, ganz besonders aber dem Vorsitzenden, Prof. Wörner. In diesem Sinne soll die Arbeit fortgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich teile dem Herrn Kollegen Al-Wazir das Wort.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat eben gesagt, dass aus seiner Sicht die Fortsetzung des Dialogs unter der Bedingung stattfinden könne, dass diejenigen, die am Dialog teilnehmen, sich in bestimmten Grundlagen einig seien.

(Ministerpräsident Roland Koch: Nein!)

– Doch, Sie sagten, es sei keine grundsätzliche Frage, ob man noch einmal über den Ausbau des Flughafens diskutiert oder nicht.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, dass man sehen muss, was zu diesem Dialog gehört: dass dort Menschen miteinander ins Gespräch kommen, die unterschiedliche Grundeinschätzungen haben. Wenn dies nämlich nicht so wäre, dann hätten wir es nicht mit einem Dialog, sondern mit einem Monolog zu tun. Wir GRÜNEN sind sehr dafür, dass man Menschen, die unterschiedliche Einschätzungen zum Ausbau des Frankfurter Flughafens haben, in diesen Dialog einbezieht, sonst ist es nämlich kein Dialog.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Zweitens. Wir haben in dieser Frage natürlich das Problem, dass es aus guten Gründen ein Misstrauen in der Region gibt. Das Mediationsergebnis ist Anfang des Jahres 2000 auf den Tisch gekommen. Ein Teil davon betraf schon damals die Frage der Reduzierung des durch den bestehenden Flugbetrieb entstehenden Lärms. Was ist diesbezüglich zwischen 2000 und Ende 2007 real passiert? Leider gar nichts, wenn es um Überlegungen geht, wie man die Belastungen, die von dem schon bestehenden Flughafen ausgehen, minimieren kann.

Herr Ministerpräsident, wir führen heute im Landtag die erste Debatte über dieses Thema seit dem 18. Dezember 2007, also seit dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses. Ich muss feststellen, dass Sie Ihr Versprechen, das Sie Anfang 2000 gegeben haben, dass nämlich aus Ihrer Sicht der Ausbau des Flughafens und der Erlass eines Nachtflugverbots untrennbar miteinander verbunden sind, schlicht gebrochen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

17 Flüge zwischen 23 Uhr und 5 Uhr, also ca. alle 20 Minuten eine Flugbewegung, sind nun mal kein Nachtflugverbot.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich will aber auch darauf hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem der SPD, dass der Kollege Jürgen Walter gerade mit vielen, vielen Worten versucht hat, etwas darzustellen, was bisher nicht Position der SPD war. Der Kollege Jürgen Walter hat nämlich eben gesagt, dass aus seiner Sicht am Planfeststellungsbeschluss und damit auch am Nicht-Nachtflugverbot, also an den 17 Flügen zwischen 23 Uhr und 5 Uhr, nichts mehr zu ändern sei.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das hat er nicht gesagt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass wir als Parlament in dieser Frage natürlich nur noch wenige Einflussmöglichkeiten haben. Ich weiß, dass die juristischen Auseinandersetzungen laufen. Glücklicherweise ist in einem Rechtsstaat vorher nicht klar, wie ein Gericht entscheiden wird. Da wir GRÜNEN den Flughafenausbau

nach wie vor für falsch halten, sind wir sehr daran interessiert, dass diese juristischen Auseinandersetzungen laufen, und wir hoffen darauf, dass da noch einiges zu bewegen ist. Aber es ist natürlich völlig klar, dass die Regierung den Planfeststellungsbeschluss auch noch im Laufe des juristischen Verfahrens überprüfen kann, dass man z. B. zu der Einschätzung kommen kann, dass es in einzelnen Bereichen zu fehlerhaften Abwägungen kam.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Ich habe nicht gesagt, dass das einfach ist, Herr Ministerpräsident. Aber z. B. die Tatsache, dass Ihr Verkehrsminister einen Antrag der Fraport AG, der keine Flüge zwischen 23 Uhr und 5 Uhr vorsah, so beantwortet hat, dass am Ende 17 Flüge herauskamen, obwohl der Antragsteller das gar nicht beantragt hatte, könnte ein deutlicher Hinweis darauf sein,

(Michael Boddenberg (CDU): Das haben wir doch alles schon geklärt!)

dass hier eine fehlerhafte Abwägung stattgefunden hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Deswegen bin ich ein wenig überrascht, dass die SPD jetzt offensichtlich der Meinung ist, dass an diesem Planfeststellungsbeschluss nichts mehr zu ändern ist. Wir GRÜNEN sehen das ausdrücklich anders, weil wir aus guten Gründen der Meinung sind, dass wir alle miteinander die Pflicht haben, die Belastung der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Gebiet nicht ins Unermessliche wachsen zu lassen. Dazu gehört auch, dass es nachts ruhig sein muss. Das war ein Versprechen, das zwar nicht wir an den Ausbau gekoppelt haben, das aber die SPD ausdrücklich an den Ausbau gekoppelt hat. Deswegen sind wir sehr überrascht von dem, was eben gesagt worden ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Walter.

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es relativ kurz machen. Herr Ministerpräsident, ich möchte noch einmal auf die beiden Punkte zurückkommen. Wie Sie wissen, haben wir hier sehr oft über das Flughafensystem diskutiert. Man liest heute, dass viele nicht nach Europa wollten. Aber Sie haben hier einmal relativ stolz und selbstbewusst dargestellt, dass Ihr Einfluss in der Kommission dazu führen könne, dass man dieses Flughafensystem hinbekommt. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite ist aber mein eigentlicher Punkt: die freiwillige Vereinbarung. An dieser Stelle sind Ihre Angaben falsch, und das wissen Sie auch. Sie hätten völlig recht, wenn Sie sagen würden, eine freiwillige Vereinbarung mit einem Klageverzicht wäre nicht möglich, wenn die Anzahl der Klageberechtigten unübersehbar wäre. Man schließt mit zehn Leuten einen Vergleich, der Elfte klagt, und dann hat man ein Problem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Elfte kann aber nicht klagen, weil auch nach dem Planfeststellungsbeschluss der Landesregierung, den der Herr Wirtschaftsminister zu verantworten hat, nicht alle denkbaren Flugge-

sellschaften die Möglichkeit haben, nachts zu fliegen. Vielmehr sieht der Planfeststellungsbeschluss diese Möglichkeit nur für die Homecarrier bzw. für diejenigen vor, die ihren Hauptstandort an diesem Flughafen haben. Neben der Lufthansa sind das zwei oder drei weitere Fluggesellschaften. Im Wirtschaftsministerium wird man Ihnen das sagen können.

Herr Ministerpräsident, das bedeutet, wir haben keinen weiteren möglichen Klagebefugten. Nach Ihrem eigenen Planfeststellungsbeschluss sind es lediglich vier Parteien, die man am grünen Tisch auf ihr Einverständnis hätte verpflichten müssen: Freunde, wenn ihr den Ausbau wollt, der euch pro Tag jede Menge zusätzlichen Gewinn und jede Menge zusätzliche Slots bringt, bekommt ihr ihn nur – dafür stehe ich als Ministerpräsident gerade; denn ich habe den Menschen mein Wort gegeben –, wenn ihr auf eine Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss verzichtet.

Herr Ministerpräsident, das wissen und wussten Sie. Sie haben das nicht gemacht, weil die vier betroffenen Fluggesellschaften, unter anderem die Lufthansa, dadurch massive Verluste erlitten hätten. Ich bin mir allerdings relativ sicher, dass meine persönliche Auffassung dazu mit den Auffassungen sämtlicher Mitglieder der SPD-Fraktion korrespondiert – Herr Boddenberg, Sie fragen immer, wo die Unterschiede sind –: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Auffassung, dass ein den Bürgerinnen und Bürgern gegebenes Wort einzuhalten ist.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Gut, dass Frau Ypsilanti nicht im Saal ist!)

#### **Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Walter. – Herr Ministerpräsident.

#### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind jetzt ernsthafte Bewährungsproben für die geschäftsführende Landesregierung. Ich hätte nämlich jetzt Lust, all das zu sagen, was ich Ihrer Meinung nach normalerweise gesagt hätte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Reden wir jetzt nicht mehr über einen Wortbruch, sondern bleiben wir einmal einen Augenblick bei dem Thema. Wie Herr Kollege Al-Wazir zu Recht eingeschätzt hat, ist das nämlich eine nicht unspannende Debatte, die wir hier nicht jeden Tag führen. Haken wir also einmal das Flughafensystem ab.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das erste Problem bei den Schilderungen, die Sie gegeben haben, besteht darin: Wir werden in dem Prozess bereits die Frage zu klären haben, ob die Beschränkung bei den Homecarriern ein angemessenes Ausnutzen des Ermessensspielraums ist.

(Zurufe von der SPD)

– Verehrter Herr Kollege im Recht, ich muss das jetzt in aller Ruhe sagen und bitte auch die Nichtjuristen, uns einen Augenblick zu ertragen: Wenn man von null ausgeht

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Rudolph, ich weiß, das ist für Sie sehr schwer –, also sagt, keiner dürfe fliegen, kann man nicht in die Begründung schreiben: Aber Homecarrier hätten wir sonst erlaubt. – In dem Augenblick, in dem man ein absolutes Verbot ausspricht, begibt man sich juristisch der Möglichkeit, zwischen Homecarriern und anderen zu unterscheiden. Man begibt sich aber nicht nur juristisch dieser Möglichkeit, sondern eröffnet damit gleichzeitig allen das Klagerecht.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Deshalb müssen Sie sehr genau wissen, dass dieser Planfeststellungsbeschluss juristisch sicherlich ein sehr schwergewichtiges Werk ist. Man muss über dieses Thema tatsächlich bis in alle Verästelungen diskutieren und auch eine ganze Menge dazu haben. Deshalb hat Frau Ypsilanti dankenswerterweise wochenlang mehrere Gutachter beschäftigt.

Aber das ist der Punkt: Mit diesem Planfeststellungsbeschluss hat man versucht – in einem schwierigen Kompromiss, mit einem Ritt auf der Rasierklinge; all das bestreite ich nicht –, einen Weg zu finden, wie man vor einem Gericht begründen kann, warum man auf der einen Seite Nachtflüge zwar weitestgehend ausschließt, auf der anderen Seite aber diejenigen, die eine Genehmigung für Nachtflüge beantragen wollen, in einer Weise in ein rechtliches Korsett zwingt, dass die Argumente, die die Landesregierung hatte, am Ende wirken können. Das ist eine Gratwanderung. Herr Kollege Walter, genau an dem Punkt ist sie aber richtig.

Es wäre für mich viel einfacher gewesen, wenn ich auf null Nachtflügen bestanden hätte. Aber ich hätte das Land dem großen Risiko ausgesetzt, dass am Ende aus den null Nachtflügen ein Aufheben der Nachtflugverbotsregelung geworden wäre.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Walter, wir haben doch ein gemeinsames Interesse daran. Ich sage das jetzt sehr offen: Dann hätte ich gern einmal miterlebt, wie CDU, SPD und FDP in zwei oder drei Jahren im Hessischen Landtag ausgesehen hätten, wenn es – das ist ja keine Frage eines Eilverfahrens, ob es 17 oder null Flüge sind – zu einem langen Verfahren gekommen wäre, man aufgrund dieses langen Verfahrens jahrelang nicht gebaut und zum Schluss festgestellt hätte, dass es eine Baugenehmigung gibt, aber nur ohne Nachtflugverbot. Das wäre 2012 oder 2013 gewesen, egal wer hier regiert. Das kann man mit den Sätzen, die Sie und ich richtigerweise zum Thema Flughafen gesagt haben, nicht ernsthaft beantworten.

Deshalb stehe ich zu dem Beschluss so, wie er ist. Ich danke Ihnen noch einmal dafür, dass Sie gesagt haben, er sei rechtmäßig.

Verehrter Herr Kollege Al-Wazir, es muss die Rechtmäßigkeit verletzen, wenn ihn jemand aufheben will. Auch das ist die Wahrheit. Ich will Ihnen nicht die Koalitionsgespräche erleichtern. Aber auch das ist die Wahrheit. Solange jemand sagt, er ist rechtmäßig, hat er Bestand, und das bleibt auch so, egal wie wir politisch darüber diskutieren; denn das kommt aus der Juristerei. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Dr. Wilken das Wort.

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eben kam es mir so vor, als ob Vertreter dieses Hauses, insbesondere von den Liberalen, den Eindruck erwecken wollten, hier würden nur noch Nachhutgefechte ausgetragen.

Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass der weitere Flughafenbau nicht nur in diesem Haus heftig umstritten ist. Meine Damen und Herren von den Liberalen, auch im Arbeitgeberlager des Rhein-Main-Gebiets ist sie heftig umstritten.

(Michael Boddenberg (CDU): Hört, hört!)

Sie können sich nicht auf einmal hierhin stellen und behaupten, Sie hätten das Arbeitgeberlager in dieser Frage eindeutig hinter sich stehen. Auch wir LINKEN machen es uns selbstverständlich alles andere als leicht, wenn es um die Arbeitsplätze am Flughafen geht.

(Michael Boddenberg (CDU): Immerhin!)

Ich verbitte mir, dass Sie uns in dieser Frage mit billigen Polemiken Asozialität unterstellen.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Ach du liebe Zeit!)

Wir wollen selbstverständlich nicht, dass, wie beim letzten Flughafenbau, neue Arbeitsplätze entstehen, die bereits in zehn Jahren wieder verschwunden sind, oder dass neue Arbeitsplätze entstehen, von denen letztendlich niemand mehr leben kann. Deshalb müssen wir, wenn wir über Arbeitsplätze am Flughafen reden und dafür kämpfen, auch deren Qualität mit in den Blick nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Widerstand im Rhein-Main-Gebiet gegen den Ausbau des Flughafens findet nicht nur im Bannwald statt. Er wird nicht nur von den Hausbesitzern im Rhein-Main-Gebiet ausgeübt, deren Häuser in den Einflugschneisen stehen. Nein, er findet ausdrücklich auch auf der Arbeitgeberseite statt. Was den Wettbewerb um die besten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrifft, die wir im Rhein-Main-Gebiet anwerben wollen, so sehen mittlerweile auch die Unternehmer, dass die Arbeitnehmer auf die Lebensqualität in einer Region schauen.

Darum streiten wir in dieser Frage nach wie vor. Wir streiten dafür, dass wir endlich eine Gesamtbelastungsstudie bekommen. Wir streiten dafür, dass wir endlich eine Studie zum Ausbau des europäischen Verkehrssystems bekommen.

In diesen Studien muss zur Kenntnis genommen werden, dass sich bei steigenden Öl- und Kerosinpreisen auch der Luftverkehr verändern wird. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass wir auf dem globalisierten Markt veränderte Konsumgewohnheiten haben. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass wir regionale Wirtschaftskreisläufe brauchen.

All dies ist in die Berechnungen der Fraport nicht eingeflossen. Deswegen werden wir weiter widerständig dafür kämpfen, dass auch über den rechtmäßig zustande gekommenen Planfeststellungsbeschluss politisch weiter diskutiert wird und dass der Flughafenbau immer wie-

der auf der Tagesordnung steht, nicht nur in diesem Haus, sondern sogar in der ganzen Region. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Wilken. – Damit ist die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 25 und 23 beendet.

Zwischen den Fraktionen war vereinbart, die beiden Anträge zur abschließenden Beratung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zu überweisen. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 9: Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Stärkung der hessischen Kommunen und der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, Drucks. 17/255. Hierzu ist zwischenzeitlich signalisiert worden, diesen Gesetzentwurf heute nicht mehr zu beraten, sondern morgen. Das führt dazu, dass die angekündigte Innenausschusssitzung heute Abend nicht mehr stattfindet. Sind Sie damit einverstanden? – Herr Kollege Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind damit sehr einverstanden. Der Innenausschuss tagt jetzt virtuell und vertagt sich auf morgen Abend, damit wir der Geschäftsordnung Genüge tun.

**Vizepräsident Dieter Posch:**

Herzlichen Dank. – Bezüglich **Tagesordnungspunkt 10:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz über die unterirdische Verlegung von Hoch- und Höchstspannungsleitungen (Hessisches Erdkabelgesetz) – Drucks. 17/260 –**

war vereinbart worden, diesen auf das nächste Plenum zu vertagen.

Ich komme zu **Tagesordnungspunkt 27:**

**Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Behandlung von Petitionen in der Sondersitzung des Petitionsausschusses am 31. Juli 2008 – Drucks. 17/229 –**

Hier war vereinbart, diesen Antrag ohne Aussprache zu beschließen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Bevor ich zu den Beschlussempfehlungen komme, darf ich noch auf den mittlerweile ausgeteilten Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Erhöhung der Referendariatsplätze kommen. Es handelt sich um die Drucks. 17/327. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 70.

Zwischen den Fraktionen war vereinbart worden, diesen Tagesordnungspunkt morgen gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 11 – das war ein Antrag der Fraktion der FDP – aufzurufen, ohne Verlängerung der Redezeit. Kön-

nen wir so verfahren? – Das ist so der Fall. Dann wird mit diesem Antrag, wie beschlossen, verfahren.

Ich komme zu **Tagesordnungspunkt 47:**

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 17/219 –**

Darf ich davon ausgehen, dass das Plenum den Beschlussempfehlungen folgt? – Das ist der Fall. Dann sind die Beschlüsse so gefasst.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und angenehme Teilnahme an den verschiedenen Veranstaltungen, die stattfinden. Herzlichen Dank.

(Schluss: 18.23 Uhr)